Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. September 1978
Jg. 6 Nr. 39

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Carter versucht Neuauflage der Menschenrechtsbetrügerei

Arrogantes Auftreten zu Beginn der UNO-Generalversammlung / Lateinamerikanische Staaten drehen den Spieß um

z.gek. Zur Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben die Ständigen Vertretungen Kuweits, Bahreins und der Vereinigten Arabischen Emirate in Presseerklärungen die Ergebnisse des Camp-David-Treffens als besorgniserregend bezeichnet und ihr Festhalten an den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat bekräftigt.

Die arabischen Völker und Regierungen werden aufgefordert, „in diesem entscheidenden Augenblick ihre Reihen zu schließen, um den Bedrohungen ihrer Sicherheit und ihrer Existenz zu begegnen" (Erklärung der VAR, 21.9.78).

„Mr. Carter hat bereits mehr getan, als irgend jemand von einem amerikanischen Präsidenten in der Schaffung einer Bewegung für Frieden im Nahen Osten erwarten konnte. Diese Bewegung ist jetzt bereits so mächtig, daß hervorragende Chancen bestehen, daß Ägypten und Israel ihre verbleibenden Differenzen bereinigen, und andere arabische Nationen mit den für die Palästinenser getroffenen Arrangements ihren Frieden machen werden." Mit solcher arroganten Selbstverständlichkeit glaubt das „Wall Street Journal" in seinem Kommentar vom 20. September die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenzen vom Tisch wischen, den arabischen Völkern die Bedingungen diktieren und dabei Carter noch als Mann des Friedens und der Menschenrechte herausstellen zu können.

Mit einer Neuauflage von Carters Menschenrechtskampagne versuchen die US-Imperialisten gegenwärtig, ihrer fieberhaften globalen Geheimdiplomatie gegen die nationaldemokratische Volksrevolution in den unterdrückten Ländern ideologische Rükkendeckung zu verschaffen, sich auf der eben begonnenen UNO-Generalversammlung aus der Schußlinie zu bringen oder sogar die UNO für ihre Interventionsplanungen direkt einzuspannen.

Während sich im State Department eine eilends gebildete „Arbeitsgruppe Iran" über die Karten beugte, „nahm sich Carter während der Nahost-Verhandlungen die Zeit, um den Schah von Iran persönlich anzurufen und ihm sein ‚Bedauern' über die letzte Runde der Gewalt dort mitzuteilen."

„Zur selben Zeit verfolgte die (Regierung) ... mit Besorgnis die Ausdehnung der Kämpfe in Nicaragua, und zwei hochrangige US-Diplomaten flogen nach London, um sich mit der womöglich noch komplizierteren Situation in Rhodesien zu befassen. ... ‚Es steht jetzt fest, daß das Smith-Regime erledigt ist', sagte ein US-Diplomat. ‚Die Frage ist nicht mehr, daß wir ihn loswerden müssen, sondern wie wir einen größeren Krieg am Ende des Prozesses vermeiden'."

„In Nicaragua sind die US-Planer mit dem ähnlichen Problem konfrontiert, einen geordneten Übergang von der unpopulären Herrschaft des Präsidenten Anastasio Somoza zu ermutigen. ... ‚Wir betreiben ja nicht mehr das Geschäft der Kanonenbootdiplomatie', sagte ein Politiker des State Department mit einem Seufzer, ‚manchmal wünschte ich, wir würden'" (Newsweek, 25.9.).

Der Mann hat die Entschlossenheit seines Präsidenten zur Durchsetzung der Menschenrechte im Weltmaßstab offenbar unterschätzt oder untertrieben. Ein winziger Satz im „Wall Street Journal" vom 22.9. teilt mit, daß die „US Navy Berichten zufolge einen Lenkwaffenzerstörer vor der Küste Nicaraguas stationiert hat, über dessen Aufgabe jedoch nichts mitgeteilt wurde."

Die Sicherung Lateinamerikas als strategisches Hinterland des US-Imperialismus gehört gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo der Kampf der beiden Supermächte um die Beherrschung des Nahen Ostens und des südlichen Afrika akute Form annimmt, zu den vorrangigen Zielen der Carterschen Politik. Umso intensiver die Menschenrechtsagitation gegen die lateinamerikanischen Regierungen.

So haben die US-Imperialisten das kleine Costa Rica, ein Nachbarland Nicaraguas, nötigen können, mit einem Tagesordnungsantrag bezüglich der „Schaffung des Postens eines Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Einhaltung der Menschenrechte" aufzutreten. Im zuständigen Ausschuß der UNO muß der US-Delegierte allerdings mit ansehen,

Fortsetzung Seite 2

als irgend jemand von einem amerikanischen Präsidenten in der Schaffung einer Bewegung für Frieden im Nahen Osten erwarten konnte. Diese Bewegung ist jetzt bereits so mächtig, daß hervorragende Chancen bestehen, daß Ägypten und Israel ihre verbleibenden Differenzen bereinigen, und andere arabische Nationen mit den für die Palästinenser getroffenen Arrangements ihren Frieden machen werden." Mit solcher arroganten Selbstverständlichkeit glaubt das „Wall Street Journal" in seinem Kommentar vom 20. September die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenzen vom Tisch wischen, den arabischen Völkern die Bedingungen diktieren und dabei Carter noch als Mann des Friedens und der Menschenrechte herausstellen zu können.

Mit einer Neuauflage von Carters Menschenrechtskampagne versuchen die US-Imperialisten gegenwärtig, ihrer fieberhaften globalen Geheimdiplomatie gegen die nationaldemokratische Volksrevolution in den unterdrückten Ländern ideologische Rükkendeckung zu verschaffen, sich auf der eben begonnenen UNO-Generalversammlung aus der Schußlinie zu bringen oder sogar die UNO für ihre Interventionsplanungen direkt einzuspannen.

Während sich im State Department eine eilends gebildete „Arbeitsgruppe Iran" über die Karten beugte, „nahm sich Carter während der Nahost-Verhandlungen die Zeit, um den Schah von Iran persönlich anzurufen und ihm sein ‚Bedauern' über die letzte Runde der Gewalt dort mitzuteilen."

Tansania enteignet Minenkonzern Lonrho

Mit Wirkung vom 16.9. hat die Regierung Tansanias alles im Land befindliche Kapital des britischen Mischkonzerns Lonrho (London and Rhodesian Mining and Land Company) übernommen. Drei Monate hatte die Regierung Tansanias dem Lonrho-Chefimperialisten Tiny Rowland Gelegenheit gegeben, über die Übergabe zu verhandeln. Er hat die Gelegenheit nicht genutzt. 50 Mio. Pfund jährlicher Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter Tansanias sind für die britischen Imperialisten damit Vergangenheit. Mit der Nationalisierung zieht die tansanische Regierung die Konsequenz aus den schmutzigen Intrigen und Betrügereien der Lonrho-Kapitalisten, die ihre Hauptgeschäfte in Zimbabwe machen und gleichzeitig die selbständigen afrikanischen Staaten in ihre Hand bekommen wollen. Die Maßnahme Tansanias hat den westdeutschen Imperialisten einen Schrekken eingejagt. Das „Handelsblatt" bringt den Vorschlag eines „Investitionsschutzabkommens", entwickelt am Institut für Weltwirtschaft Kiel, groß heraus: „Die Mitgliedsländer verpflichten sich, ausländische Vermögensanlagen aus anderen Mitgliedsländern nicht zu enteignen." Damit soll der Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausbeutung gespalten und den Imperialisten ein verbrieftes Interventionsrecht verschafft werden. Allzu rosig sieht die Bundesregierung die Aussichten freilich nicht. Im Haushaltsplan 1979 sind fast 17 Mrd. DM für „Risikoabsicherung" vorgesehen sowie 145 Mrd. als Bürgschaften für Kreditbeschaffung und Kapitalexport in alle Welt.

Tansania enteignet Minenkonzern Lonrho

Mit Wirkung vom 16.9. hat die Regierung Tansanias alles im Land befindliche Kapital des britischen Mischkonzerns Lonrho (London and Rhodesian Mining and Land Company) übernommen. Drei Monate hatte die Regierung Tansanias dem Lonrho-Chefimperialisten Tiny Rowland Gelegenheit gegeben, über die Übergabe zu verhandeln. Er hat die Gelegenheit nicht genutzt. 50 Mio. Pfund jährlicher Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter Tansanias sind für die britischen Imperialisten damit Vergangenheit. Mit der Nationalisierung zieht die tansanische Regierung die Konsequenz aus den schmutzigen Intrigen und Betrügereien der Lonrho-Kapitalisten, die ihre Hauptgeschäfte in Zimbabwe machen und gleichzeitig die selbständigen afrikanischen Staaten in ihre Hand bekommen wollen. Die Maßnahme Tansanias hat den westdeutschen Imperialisten einen Schrekken eingejagt. Das „Handelsblatt" bringt den Vorschlag eines „Investitionsschutzabkommens", entwickelt am Institut für Weltwirtschaft Kiel, groß heraus: „Die Mitgliedsländer verpflichten sich, ausländische Vermögensanlagen aus anderen Mitgliedsländern nicht zu enteignen." Damit soll der Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausbeutung gespalten und den Imperialisten ein verbrieftes Interventionsrecht verschafft werden. Allzu rosig sieht die Bundesregierung die Aussichten freilich nicht. Im Haushaltsplan 1979 sind fast 17 Mrd. DM für „Risikoabsicherung" vorgesehen sowie 145 Mrd. als Bürgschaften für Kreditbeschaffung und Kapitalexport in alle Welt.

Ehrenbergs nächster Schritt der „Kostendämpfung" – neues Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgelegt

z.alb. Ehrenberg, Minister für Arbeit und Sozialordnung, hat am 29.8. die „Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz" vorgelegt, das Ergänzungsstück zum Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. Die Begründung zum § 1 („Zweck des Gesetzes") ist: die „wichtige Aufgabe, nicht bedarfsnotwendige Betten in einer beträchtlichen Zahl abzubauen oder anderen Verwendungszwecken zuzuführen"; dies als „wesentliche Änderung gegenüber der Situation 1972".

1972 ist das bisherige Gesetz in Kraft getreten. Aufgemacht war es damals als Feldzug gegen die „Geltungssucht der Chefärzte und Bürgermeister", die sich aus reinen Prestigegründen millionenschwere Geräte in jedem mickrigen Krankenhaus hielten. Dem solle durch „Zwang zur Sparsamkeit und bedarfsgerechter Planung" ein Riegel vorgeschoben werden. Es war eine richtige sozialdemokratische Reform. Die Bourgeoisie wollte an das lockende Kapital in den Versicherungskassen der Arbeiter. Es ging darum, wie dafür Umfang und Qualität der medizinischen Versorgung „bedarfsgerecht" eingeschränkt werden könnte. Zunächst mußten Steuerungsinstrumente geschaffen werden, um zentral zu kontrollieren und wirksam zu reglementieren. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz schuf diese Instrumente auf Landesebene im „Krankenhausbedarfsplan", durchzusetzen über „Fördermittel", d.h. zweckgebundene Zuschüsse des Landes (statt, wie bisher, der Gemeinden) und „selbstkostendeckende Pflegesätze", die unter Landesaufsicht festgelegt werden. Wichtiger Nebeneffekt dabei war, daß so auf kommunaler Ebene einige Milliarden Steuergelder freigesetzt wurden für die direkte Subvention der Kapitalisten, während die Pflegesätze binnen kurzem sich verdoppelten, die Krankenkassenausgaben anstiegen und fast jährliche Beitragserhöhungen stattfanden. Ehrenberg hat dann mit der „Kostendämpfung" den zweiten Schritt getan. Mit der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird jetzt weiteres Terrain erschlossen. Die Mittel bleiben die alten, sie werden nur „differenziert und präzisiert". Wo, wann, in welchem Ausmaß und wie der Angriff geführt wird, das zu koordinieren, behält sich Ehrenberg ausdrücklich vor: zwischen Bund und Ländern „abgestimmt" werden müssen „Ziele der Bedarfsplanung", „Methoden und Kriterien der Bedarfsermittlung" wie auch die „Termine für die Anpassung der Bedarfspläne" (§ 8).

Der „Bedarfsplan" ist das A und O. Krankenhäuser, die darin nicht aufgenommen sind, erhalten auch keine Zuschüsse. Allerdings handeln sich die Länder einen ministeriellen Tadel ein wegen der zu strikten Handhabung gegenüber kleinen Krankenhäusern. Sie können nämlich, obwohl nicht bedarfsgeplant, zur Behandlung von Kassenpatienten zugelassen werden. Dies geschehe zu selten, meint das Ministerium, bloß weil „die medizinische Qualität" nicht ausreiche. Der Minister sorgt sich nicht um die „medizinische Qualität" – die niedrigen Pflegesätze in diesen Krankenhäusern reizen ihn. Sie liegen häufig weit unter den üblichen Pflegesätzen, entsprechen also dem „Ziel, die erforderlichen Krankenhausleistungen möglichst wirtschaftlich zu erbringen". So wird im neuen Gesetz die bisherige Regelung fallengelassen, daß „allgemeine Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten" nur ausnahmsweise gefördert werden.

Als neues Mittel der Bedarfsplanung hat das Ehrenbergministerium eine „Abschlachtprämie" für Krankenhäuser erfunden, ein Zuschuß zwecks „Umstellung des Krankenhauses auf andere Aufgaben" bzw. „Einstellung des Krankenhausbetriebes". Bei der „Umstellung" ist vor allem an „Krankenheime" oder „Pflegeheime" gedacht, wo das Siechen und Sterben billiger ist.

Um „Wirtschaftlichkeit" über schärfere Rationalisierung in den Krankenhäusern allgemein zu machen, soll die Konzertierte Aktion Gesundheitswesen „Maßstäbe und Grundsätze für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser, *insbesondere für Personal- und Sachkosten*" ausarbeiten. Durchgesetzt werden soll das dann über die entsprechende Beschränkung der Pflegesatzhöhe. Die Pflegesätze sollen zudem über die Bundespflegesatzverordnung „so ausgestaltet (werden), daß sie *Anreize* schaffen, die *im Einzelfall ... ausreichende* Krankenhausleistung zu erbringen".

Abgerundet wird das ganze Werk durch eine erneute Änderung der Reichsversicherungsordnung. Erst im letzten Jahr hat Ehrenberg dort den Ersatz von Krankenhauspflege durch Hauspflege von Fachkräften in großem Umfang vorgesehen. Das ist jedoch hinderlich. Nach neuer „Bedarfsplanung" reicht dafür eine „zur Krankenpflege geeignete Person". Ebenfalls werden die Krankenkassen von der „Gestellungspflicht" entbunden – d.h., sie müssen jemanden zwar zahlen, besorgen muß man ihn aber selbst.

Die Planung ist wirklich weitreichend. Das Ministerium überlegt schon, ob die so zu erwirtschaftenden „Überschüsse bei den Krankenhäusern verbleiben sollen". Aber auch dafür ist vorgesorgt: eine „Degression (Herabsetzung) der Fördermittel" kann jederzeit erlassen werden – „soweit wesentliche Änderungen der Leistungs- und Kostenstrukturen" erreicht sind.

Arabischer Währungsfonds gibt sein erstes Darlehen an Ägypten

z.pek. Der Arabische Währungsfonds hat im August seinen ersten Kredit vergeben: 17,5 Mio. Dollar zur Unterstützung der Zahlungsbilanz Ägyptens als Antwort auf die Bestrebungen der Imperialisten, das Land durch IWF-Erpressung aus der Front der Arabischen Einheit herauszubrechen. Die Laufzeit des Kredits beträgt drei Jahre, der Zinssatz beträgt 3,75 Prozent im ersten Jahr und steigt bis auf 4,75 Prozent im dritten Jahr. Durch die wirtschaftliche Unterstützung der arabischen Länder gestärkt, hat Ägypten Ende August beschlossen, keine weiteren Niederlassungen imperialistischer Banken zuzulassen. Der Arabische Währungsfonds wurde im April 1977 von den Ländern der Arabischen Liga durch den Rat für Arabische Wirtschaftliche Einheit zur Unterstützung der Zahlungsbilanz arabischer Länder und zur Organisierung einer gemeinsamen Währungspolitik gegründet und mit einer Summe von 250 Mio. Arabischen Dinar (860 Mio. Dollar.) ausgestattet.

Guinea verarbeitet seine Bauxitvorkommen selbst

z.rua. In Guinea lagern die weltgrößten Bauxitvorkommen mit geschätzten Reserven von 8 Mrd. Tonnen. Die Sozialimperialisten wollten sich diese Reichtümer sichern. Sie verlangten von Guinea als Tilgung und Zins für Kredite die Lieferung seines Bauxits zu Niedrigstpreisen. Im Sommer hat Guinea als Antwort auf diesen Erpressungsversuch der UdSSR die Nutzung seiner Häfen für ihre Kriegsflotte und des Flughafens von Conakry als Landebahn für die kubanischen Söldnertruppen aufgekündigt und den Botschafter der UdSSR ausgewiesen. Guinea will seine Ressourcen selbständig nutzen. Mit Unterstützung Libyens werden am Kouré-Fluß Staudämme und Wasserkraftwerke errichtet, durch die der Abbau des Bauxits verdoppelt werden kann. Mit Krediten der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Entwicklungsbank Nigerias und der Arabischen Bank für die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika (ABEDA) wird die Aluminiumfabrik „Ayekoye" gebaut, in der jährlich 1,2 Mio. t Aluminium produziert werden.

Afrikanische Staaten fördern Kooperation im Bankwesen

z.rua. Das Regionalkomitee Ostafrika der Vereinigung der afrikanischen Zentralbanken (ABCA) hat auf seiner Jahrestagung vom 21.–23. August in Antananarivo, der Hauptstadt Madagaskars, beschlossen, eine Studie über die Verbesse-

und mit einer Summe von 250 Mio. Arabischen Dinar (860 Mio. Dollar.) ausgestattet.

Guinea verarbeitet seine Bauxitvorkommen selbst

z.rua. In Guinea lagern die weltgrößten Bauxitvorkommen mit geschätzten Reserven von 8 Mrd. Tonnen. Die Sozialimperialisten wollten sich diese Reichtümer sichern. Sie verlangten von Guinea als Tilgung und Zins für Kredite die Lieferung seines Bauxits zu Niedrigstpreisen. Im Sommer hat Guinea als Antwort auf diesen Erpressungsversuch der UdSSR die Nutzung seiner Häfen für ihre Kriegsflotte und des Flughafens von Conakry als Landebahn für die kubanischen Söldnertruppen aufgekündigt und den Botschafter der UdSSR ausgewiesen. Guinea will seine Ressourcen selbständig nutzen. Mit Unterstützung Libyens werden am Kouré-Fluß Staudämme und Wasserkraftwerke errichtet, durch die der Abbau des Bauxits verdoppelt werden kann. Mit Krediten der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Entwicklungsbank Nigerias und der Arabischen Bank für die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika (ABEDA) wird die Aluminiumfabrik „Ayekoye" gebaut, in der jährlich 1,2 Mio. t Aluminium produziert werden.

Afrikanische Staaten fördern Kooperation im Bankwesen

z.rua. Das Regionalkomitee Ostafrika der Vereinigung der afrikanischen Zentralbanken (ABCA) hat auf seiner Jahrestagung vom 21.–23. August in Antananarivo, der Hauptstadt Madagaskars, beschlossen, eine Studie über die Verbesse-
rung des interafrikanischen Handels und die Möglichkeiten eines einheitlichen Zahlungsverkehrs der afrikanischen Staaten zu erarbeiten. Die ABCA wurde 1968 als Unterorganisation der OAU gegründet. Ihr gehören alle Zentralbanken der unabhängigen Staaten Afrikas an. Sie untergliedert sich in vier Regionalkomitees für Nord-, Zentral-, West- und Ostafrika. Ihre Aufgabe ist die Überwachung der internationalen Finanzorganisationen, in denen die afrikanischen Staaten vertreten sind, und die Förderung der Kooperation im afrikanischen Währungs- und Bankwesen. Die Studie soll im März 1979 auf der alle zwei Jahre stattfindenden Generalversammlung aller Zentralbankpräsidenten zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Massendemonstrationen koreanischer Studenten

z.hef. Mehrere hundert koreanische Studenten versammelten sich in der Universität Seoul zu einer Protestkundgebung am 13. September, dem 6. Jahrestag der Proklamation des „Yusin (Reform)-Systems". Das „Yusin-System" ist eine pseudoparlamentarische Maskerade des Pak-Regimes zur Kaschierung der Unterdrückung der Volksmassen in Südkorea. Die Versammlung forderte alle Studenten im Land zu Streikaktionen auf. Das Marionettenregime griff die Kundgebung durch 400 Polizisten mit Tränengasbomben heftig an. Die Studenten ließen sich nicht zerstreuen, sondern sammelten sich zu einer Demonstration in der Universität, griffen die Polizei mit Steinen an und riefen „Nieder mit dem Yusin-System". Am 14. September demonstrierten 1000 Studenten in der Universität und führten einen langen und schweren Kampf gegen die Polizei.

Carter versucht Neuauflage der Menschenrechtsbetrügerei

Fortsetzung von Seite 1

wie der Vorschlag von verschiedenen anderen Ländern der Dritten Welt zerrupft wird, bevor er sich schließlich zu Wort meldet, um den Antrag Costa Ricas zu unterstützen, „so wie seine Delegation stets die Aufnahme positiver Vorschläge, die ernsthafte Beachtung verdienen, unterstützt habe" (UN-Presseveröffentlichung, 20.9.). Der Antrag wird jetzt unter einem anderen, routinemäßig auf der Tagesordnung befindlichen Punkt über die Verwirklichung der Menschenrechte und elementaren Freiheiten, wie sie in der UNO-Charta von 1948 proklamiert wurden, mitbehandelt. Ein Begräbnis erster Klasse darf vorausgesagt werden.

Die Länder Lateinamerikas haben so wenig wie die übrigen Länder der Dritten Welt Interesse, unter irgendwelchen Vorwänden sich die Einmischung von seiten der Imperialisten gefallen zu lassen. Es ist schließlich offensichtlich, daß die fortlaufende Demütigung der chilenischen Militärregierung durch die Carter-Regierung in einem direkten Zusammenhang steht mit der immer ausgedehnteren Beherrschung der chilenischen Wirtschaft durch die US-Monopole, z.B. den Aufkauf der restlichen Kupfergruben, um Chile als Preisbrecher auf dem Weltmarkt einzusetzen. „Bankier sein kann wieder Spaß machen in Chile", meldet „Business Week" am 18. September.

Besorgniserregend finden die US-Imperialisten auch in zunehmendem Maße die Menschenrechtssituation in Mexiko, seit klar ist, daß die mexikanische Regierung sich weigert, die neu entdeckten Ölreserven zum strategischen Gas- und Öllager der USA zu machen. Die mexikanische Nationale Ölgesellschaft Pemex hat kürzlich die Verhandlungen mit sechs US-Konzernen über den Bau einer großen Gas-Pipeline abgebrochen, da diese nicht bereit waren, die geforderten 2,60 Dollar pro Kubikfuß zu zahlen. „Sie werden Absatzprobleme bekommen. Die USA sind immer noch der beste Tip", wird in großen Presseorganen der USA gedroht. Sorgenvoll legen die „Ökonomen" die Stirn in Falten und weisen darauf hin, daß die Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC Mexiko nur Inflation gebracht habe. Wenn Mexiko den Weg Venezuelas gehe, d.h. seine erklärte Absicht, der OPEC beizutreten, wahrmache, sei das der Weg ins Verderben, zu „einer konsumorientierten Gesellschaft", wo der Reichtum verfressen statt in Kapital verwandelt werde (Newsweek, 14.8.).

Venezuela ist für die US-Imperialisten auch noch in anderer Hinsicht zum Musterfall für besorgniserregenden Gebrauch staatlicher Souveränität geworden, seit es mit Costa Rica, das über keine eigene Armee verfügt, einen Verteidigungspakt geschlossen hat, „in dem Bewußtsein, daß die gegenwärtige Situation in verstärktem Maße die Gefahr feindseliger Aggres-

ness Week" am 18. September.

Besorgniserregend finden die US-Imperialisten auch in zunehmendem Maße die Menschenrechtssituation in Mexiko, seit klar ist, daß die mexikanische Regierung sich weigert, die neu entdeckten Ölreserven zum strategischen Gas- und Öllager der USA zu machen. Die mexikanische Nationale Ölgesellschaft Pemex hat kürzlich die Verhandlungen mit sechs US-Konzernen über den Bau einer großen Gas-Pipeline abgebrochen, da diese nicht bereit waren, die geforderten 2,60 Dollar pro Kubikfuß zu zahlen. „Sie werden Absatzprobleme bekommen. Die USA sind immer noch der beste Tip", wird in großen Presseorganen der USA gedroht. Sorgenvoll legen die „Ökonomen" die Stirn in Falten und weisen darauf hin, daß die Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC Mexiko nur Inflation gebracht habe. Wenn Mexiko den Weg Venezuelas gehe, d.h. seine erklärte Absicht, der OPEC beizutreten, wahrmache, sei das der Weg ins Verderben, zu „einer konsumorientierten Gesellschaft", wo der Reichtum verfressen statt in Kapital verwandelt werde (Newsweek, 14.8.).

Venezuela ist für die US-Imperialisten auch noch in anderer Hinsicht zum Musterfall für besorgniserregenden Gebrauch staatlicher Souveränität geworden, seit es mit Costa Rica, das über keine eigene Armee verfügt, einen Verteidigungspakt geschlossen hat, „in dem Bewußtsein, daß die gegenwärtige Situation in verstärktem Maße die Gefahr feindseliger Aggres-

sionsakte gegen die Souveränität und territoriale Integrität Costa Ricas mit sich bringt", wie es im Text heißt. Venezuela hat das Abkommen am 20. September dem Generalsekretär der UNO übermittelt mit der Bitte, es allen Mitgliedsstaaten zuzuleiten.

Sehr gut möglich ist, daß die US-Imperialisten auf dieser UNO-Generalversammlung vor den Völkern Lateinamerikas überhaupt nicht in der Rolle von Anklägern, sondern von Angeklagten dastehen werden. Irak und Kuba haben im Entkolonialisierungsausschuß der UNO am 1. September einen Resolutionsentwurf eingebracht, worin das Recht des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt und die Freilassung aller politischen Gefangenen verlangt wird – im Namen der Menschenrechte. Mag hier auch die andere Supermacht die Feder mitgeführt haben und ein politisches Geschäft wittern, die Sache ist gerecht und die US-Imperialisten finden sich unversehens, wie der Kaiser in dem bekannten Märchen, in ihren neuen Kleidern nackt auf dem hohen Roß sitzen.

Grußadressen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zum 29. Jahrestag der Gründung der VR China und zum 18. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee
Sekretär

Frankfurt, den 23. September 1978

An Genossen Pol Pot
Sekretär des Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Kampucheas

Werter Genosse Pol Pot,

Aus Anlaß des 18. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas übersende ich dem Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Kampucheas die revolutionären Grüße des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas am 30. September 1960 ist ein historisches Datum nicht nur für das heldenhafte Volk Kampucheas, sondern für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt, die sich im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zusammenschließen. Durch seine Siege im Kampf gegen die US-imperialistische Aggression, in der Durchführung der nationaldemokratischen Revolution, im sozialistischen Aufbau des Landes und in der Verteidigung des Landes gegen alle äußeren Angriffe hat das heldenhafte Volk Kampucheas bedeutende Beiträge zur Sache der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker geleistet und leistet sie tagtäglich.

All diese Siege sind unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas errungen worden. Sie sind Ergebnis einer korrekten Politik der Einheitsfront im Innern wie in den internationalen Beziehungen. Die korrekte Führung durch die Kommunistische Partei Kampucheas ist auch der Garant dafür, daß das Volk Kampucheas die jetzigen Angriffe gegen seine Unabhängigkeit und Freiheit siegreich zerschlägt.

Genauso wie der US-Imperialismus sich niemals mit der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Bauern in Kampuchea abfinden wird, sondern unentwegt Interventionspläne schmiedet, wird sich der Sozialimperialismus damit nicht abfinden.

An der revolutionären Kraft, die das Volk von Kampuchea unter Führung seiner Kommunistischen Partei immer besser entfaltet, werden alle diese Pläne scheitern. Wir wünschen dem Volk von Kampuchea und seiner Kommunistischen Partei noch größere Siege im Kampf gegen die Feinde des Demokratischen Kampuchea.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee
Sekretär

Frankfurt, den 23. September 1978

An Genossen
Hua Guo-feng
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas
und Premierminister des Staatsrats der Volksrepublik China

Werter Genosse Hua Guo-feng,

Zum 29. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China sendet das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Ihnen, Vorsitzender Hua Guo-feng, dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und dem Staatsrat der Volksrepublik China seine revolutionären Grüße.

Am Vorabend der Gründung der Volksrepublik China hat der Vorsitzende Mao Tsetung erklärt: „Die Chinesen, die ein Viertel der Menschheit ausmachen, sind nunmehr aufgestanden."

Seit der Gründung der Volksrepublik China hat das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas und geleitet durch den Marxismus-Leninismus und die Ideen des Vorsitzenden Mao Tsetung weitere wertvolle Beiträge zum Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt geleistet. Deshalb genießt die Volksrepublik China bei der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt ein hohes Ansehen. Die Volksrepublik China ist ein Staat der Diktatur des Proletariats und ein sozialistisches Land der Dritten Welt. Nachdem die Volksrepublik China bereits große Erfolge im Aufbau des Sozialismus erzielt hat, ist das chinesische Volk nun nach der Zerschlagung der Viererbande zu einem neuen langen Marsch aufgebrochen, um mit dem Klassenkampf als Hauptkettenglied China bis zur Jahrhundertwende in ein großes, modernes, blühendes sozialistisches Land umzuwandeln. Dabei folgt das chinesische Volk unter Ihrer Führung den Weisungen Mao Tsetungs „Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai" und „Lernt in der Industrie von Datjing". Dies ist der Weg, auf dem das chinesische Volk durch Klassenkampf und Revolution die Produktivkräfte befreit und entwickelt und Schritt für Schritt zum Kommunismus voranschreitet.

Die Volksrepublik China hat stets selbstlos den Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt unterstützt, im Bewußtsein, daß die Interessen des chinesischen Volkes mit den Interessen der Weltrevolution übereinstimmen. Heute bildet die Volksrepublik China einen Eckstein beim Aufbau der internationalen Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei den Machtantritt des Revisionismus verhindert und später die Errungenschaften der Kulturrevolution gegen die Anschläge Lin Biaos und der Viererbande erfolgreich verteidigt. Heute versucht der Sozialimperialismus und Revisionismus wie wild die Volksrepublik China zu verleumden und ihr Ansehen in den Augen der Völker herabzuwürdigen. All diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt, denn die Völker lernen es immer besser, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen und zu finden.

Es ist aber eine Tatsache, daß das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Ihnen, Genosse Hua Guo-feng, das Banner Mao Tsetungs hochhält, die Diktatur des Proletariats festigt und den Weg der Revolution fortsetzt. Das ist gerade der Grund für das Geschrei der Sozialimperialisten und Revisionisten.

Wir wünschen der Chinesischen Arbeiterklasse und dem Chinesischen Volk weitere große Siege beim Aufbau der Volksrepublik China.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

1960 ist ein historisches Datum nicht nur für das heldenhafte Volk Kampucheas, sondern für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt, die sich im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zusammenschließen. Durch seine Siege im Kampf gegen die US-imperialistische Aggression, in der Durchführung der nationaldemokratischen Revolution, im sozialistischen Aufbau des Landes und in der Verteidigung des Landes gegen alle äußeren Angriffe hat das heldenhafte Volk Kampucheas bedeutende Beiträge zur Sache der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker geleistet und leistet sie tagtäglich.

All diese Siege sind unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas errungen worden. Sie sind Ergebnis einer korrekten Politik der Einheitsfront im Innern wie in den internationalen Beziehungen. Die korrekte Führung durch die Kommunistische Partei Kampucheas ist auch der Garant dafür, daß das Volk Kampucheas die jetzigen Angriffe gegen seine Unabhängigkeit und Freiheit siegreich zerschlägt.

Genauso wie der US-Imperialismus sich niemals mit der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Bauern in Kampuchea abfinden wird, sondern unentwegt Interventionspläne schmiedet, wird sich der Sozialimperialismus damit nicht abfinden.

An der revolutionären Kraft, die das Volk von Kampuchea unter Führung seiner Kommunistischen Partei immer besser entfaltet, werden alle diese Pläne scheitern. Wir wünschen dem Volk von

Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas
und Premierminister des Staatsrats der Volksrepublik China

Werter Genosse Hua Guo-feng,

Zum 29. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China sendet das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Ihnen, Vorsitzender Hua Guo-feng, dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und dem Staatsrat der Volksrepublik China seine revolutionären Grüße.

Am Vorabend der Gründung der Volksrepublik China hat der Vorsitzende Mao Tsetung erklärt: „Die Chinesen, die ein Viertel der Menschheit ausmachen, sind nunmehr aufgestanden."

Seit der Gründung der Volksrepublik China hat das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas und geleitet durch den Marxismus-Leninismus und die Ideen des Vorsitzenden Mao Tsetung weitere wertvolle Beiträge zum Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt geleistet. Deshalb genießt die Volksrepublik China bei der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt ein hohes Ansehen. Die Volksrepublik China ist ein Staat der Diktatur des Proletariats und ein sozialistisches Land der Dritten Welt. Nachdem die Volksrepublik China bereits große Erfolge im Aufbau des Sozialismus erzielt hat, ist das chinesische Volk nun nach der Zerschlagung der Viererbande zu einem neuen langen Marsch aufgebrochen, um mit dem Klassenkampf als

stimmen. Heute bildet die Volksrepublik China einen Eckstein beim Aufbau der internationalen Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei den Machtantritt des Revisionismus verhindert und später die Errungenschaften der Kulturrevolution gegen die Anschläge Lin Biaos und der Viererbande erfolgreich verteidigt. Heute versucht der Sozialimperialismus und Revisionismus wie wild die Volksrepublik China zu verleumden und ihr Ansehen in den Augen der Völker herabzuwürdigen. All diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt, denn die Völker lernen es immer besser, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen und zu finden.

Es ist aber eine Tatsache, daß das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Ihnen, Genosse Hua Guo-feng, das Banner Mao Tsetungs hochhält, die Diktatur des Proletariats festigt und den Weg der Revolution fortsetzt. Das ist gerade der Grund für das Geschrei der Sozialimperialisten und Revisionisten.

Wir wünschen der Chinesischen Arbeiterklasse und dem Chinesischen Volk weitere große Siege beim Aufbau der Volksrepublik China.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

„Unterm Strich gesehen" – ein Erfolg ?

r.sie. „Tatkraft, persönliches Engagement, Durchhaltevermögen und moralische Grundhaltung" der 600 Soldaten – alles Reservisten – hätten „unterm Strich gesehen" zu einem Erfolg der Übung „Grüner Pfeil" geführt, erklärte der Kommandeur des Sicherungsbataillons 1, Major Bode, bei der Verabschiedung. Die Bedeutung des Sicherungsbataillons 1 für die Bourgeoisie liegt darin, daß es sich um eine mobile, selbständig kämpfende Grenadiereinheit handelt, ausgerüstet mit panzerbrechenden Waffen. Auftrag: Errichtung von Brückenköpfen, wie in der Übung am Elbe-Seitenkanal geübt wurde.

Die Bourgeoisie will die Bundeswehr und die Volksmassen kriegsfähig machen. Dazu gehören regelmäßige Übungen, zu denen die Reservisten gezogen werden. „Nur in *ganz besonderen Ausnahmefällen*" werden Hinderungsgründe akzeptiert. Etwa 10% waren trotzdem nicht zu dieser Übung erschienen. Viele hatten sich krankgemeldet. Feldjäger wurden im Raum Braunschweig, Helmstedt, Gifhorn und Wolfsburg eingesetzt, um alle „transportfähigen" Kranken ranzuschaffen. Ein Bauer aus dem Raum Osnabrück wurde gezogen, obwohl seine Ernte noch nicht drin war und er Widerspruch einlegte. Mit drei kumpelhaften Rundschreiben – „Liebe Kameraden", „mit kameradschaftlichen Grüßen Ihr Udo Bode" – vom Bataillonskommandeur wurde die Übung vorbereitet. Zum Übungsschießen im Juni „mit Familie ... für Essen und Kurzweil ist auch gesorgt", sollten die Reservisten geködert werden: 60 hauptsächlich Dienstgrade, Feldwebel und Offiziere, waren erschienen.

Die Übung „Grüner Pfeil" vom 5. bis 16.9. auf dem Truppenübungsplatz Ehra-Lessien und in der Umgebung wurde eingeleitet durch „einen freien Abend zur freien Verfügung in der Kaserne", durch „einen Gruppenabend zum Kennenlernen der Kameraden" und „ein Bataillonssportfest, zu dem die Öffentlichkeit eingeladen" war. „Wir sind alles Reservisten. Tut ihr uns nichts, tun wir euch nichts. Wir wären auch lieber zu Hause", tönten einige Offiziere noch zu Beginn. Aus der Verbrüderung zwischen Offizierspack und Mannschaften wurde aber nichts. Traf ein Offizier beim Schießen nicht, bekam er Applaus.

In zwei Gruppen wurden gleich am ersten Tag Vertreter gewählt, um die Interessen der Soldaten gegenüber den Vorgesetzten zu vertreten. Gruppenführer, in der Regel Unteroffiziere oder Stabsunteroffiziere, unterstützten Forderungen der Soldaten. Zwei Übungen im Gelände, davon ein scharfes Schießen, mußten vom Kommandeur vorzeitig für beendet erklärt werden, weil Soldaten sich weigerten, bei strömendem Regen weiterzumachen, Gruppen an-

– vom Bataillonskommandeur wurde die Übung vorbereitet. Zum Übungsschießen im Juni „mit Familie ... für Essen und Kurzweil ist auch gesorgt", sollten die Reservisten geködert werden: 60 hauptsächlich Dienstgrade, Feldwebel und Offiziere, waren erschienen.

Die Übung „Grüner Pfeil" vom 5. bis 16.9. auf dem Truppenübungsplatz Ehra-Lessien und in der Umgebung wurde eingeleitet durch „einen freien Abend zur freien Verfügung in der Kaserne", durch „einen Gruppenabend zum Kennenlernen der Kameraden" und „ein Bataillonssportfest, zu dem die Öffentlichkeit eingeladen" war. „Wir sind alles Reservisten. Tut ihr uns nichts, tun wir euch nichts. Wir wären auch lieber zu Hause", tönten einige Offiziere noch zu Beginn. Aus der Verbrüderung zwischen Offizierspack und Mannschaften wurde aber nichts. Traf ein Offizier beim Schießen nicht, bekam er Applaus.

In zwei Gruppen wurden gleich am ersten Tag Vertreter gewählt, um die Interessen der Soldaten gegenüber den Vorgesetzten zu vertreten. Gruppenführer, in der Regel Unteroffiziere oder Stabsunteroffiziere, unterstützten Forderungen der Soldaten. Zwei Übungen im Gelände, davon ein scharfes Schießen, mußten vom Kommandeur vorzeitig für beendet erklärt werden, weil Soldaten sich weigerten, bei strömendem Regen weiterzumachen, Gruppen an-

statt im „Feldposten" zu liegen, auf den LKWs saßen. „Die moralische Grundhaltung und das persönliche Engagement" für die Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie waren schlecht. Ein Pfaffe, eigens rangeschafft, die christlich-nationale Reaktion zu predigen, hatte wenig Erfolg: obwohl der Besuch befohlen wurde, sprach sich eine Gruppe geschlossen dagegen aus, viele folgten dem Beispiel. Zu spät Kommende gingen gar nicht erst rein. Die Bataillonsführung wagte nicht einzugreifen. 20 Millionen hat die Übung gekostet. Auf der Rückfahrt wurde bekannt, daß im Sanitätsbereich zwei Krankmeldungen mit dem Vermerk „Selbstverstümmelung" entdeckt wurden. Mit allen Mitteln will die Bourgeoisie die Kriegsfähigkeit der Reservisten erreichen.

Lehrer streiken in 14 Bundesstaaten der USA

z.bil. Anfang September ist in den USA Schuljahresbeginn. Dieses Jahr stehen die Klassen in großen Teilen des Landes leer. Die Lehrer streiken gemeinsam mit Angestellten, Schulbusfahrern und Arbeitern in der zweiten Woche. Sie verlangen mehr Lohn. Vor den Schulen stehen Streikposten und verhindern, daß Schüler in die Schule kommen. Die Streikbewegung hat ihren Ausgangspunkt in Cleveland. Am 19. September streikten die Lehrer in drei Schulkreisen von Michigan, Pennsylvania, Connecticut, Ohio, New Jersey, Massachusetts, Washington, Illinois und Kaliforni n.

In *Cleveland* streiken die Lehrer, Angestellten und Schulkindergärtnerinnen seit Anfang September. Seit zwei Jahren haben die Lehrer keine Lohnerhöhung gehabt. Sie verlangen jetzt eine 20%ige Lohnerhöhung. Die Schulbehörde schaltet die Gerichte ein. Der Richter ordnet die Fortsetzung von Verhandlungen an. Er kündigt an, daß er sich überlegen wird, ob er Maßnahmen gegen die Streikenden einleiten wird, wenn sie nicht an die Arbeit zurückkehren und die Verhandlungen erfolglos ablaufen. Die Bourgeois suchen den Streik zu zersetzen. Sie propagieren laut, daß die Schulen in Cleveland nur mit Hilfe eines Nothilfeprogramms der Regierung in Höhe von 20,7 Millionen Dollar im Herbst geöffnet werden konnten. Der Streik der Lehrer sei gegen diese Nothilfe gerichtet. Die Lehrer bestehen sowohl auf der Lohnerhöhung als auch auf der Nachzahlung von 5 Monaten Lohn, auf die sie im Sommer verzichten müssen.

In *Bridgeport* bleiben die Klassen und Schulen für 22 500 Schüler der Stadt weiterhin geschlossen. Durch Gerichtsbeschluß sind 135 Lehrer in Haft genommen worden. Sie haben gedacht, darüber und über neue Verhandlungen Spaltung und Zersetzung bei den Lehrern zu erzielen. Aber überall werden die Streikposten der Lehrer durch die Busfahrer unterstützt, die sich weigern, die Kinder in den Schulbussen durch die Streikposten zu fahren.

750 Lehrer und Angestellte führen eine Demonstration zur Freilassung der inhaftierten Lehrer durch. Der Streik steht seit dem 6. September.

In *Dayton* wurden die Schulen am 19. September geöffnet. Aber zwei Drittel der Schüler kamen nicht zur Schule. Die Busfahrer weigern sich, die Streikketten der Lehrer zu durchbrechen.

In *Marion* (Indiana) wurden die Lehrer in Gruppen vor das Gericht bestellt, und es wurde ihnen befohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. 11 Tage haben sie gestreikt. 7 Streikführer der Gewerkschaft sind inhaftiert worden. Der Lohn der Lehrer beträgt bislang zwischen 9 125 und 17 428 Dollar im Jahr. 12% ist die Forderung der Lehrer von Marion.

In *New Jersey* streiken die Lehrer der Heiligen Kreuz Römisch-Katholischen Schule in Delran. Sie fordern 11% mehr Lohn. Bislang beträgt ihr Lohn 9 500 Dollar im Jahr; das ist noch weniger, als der durchschnittliche Lohn der Arbeiter.

In *Philadelphia* und *New Orleans* ist der Streik vorläufig abgebrochen. Nur ein Drittel der Schüler waren in *New Orleans* seit dem 30.8. in der Schule. Die Schulbehörde hatte 4% mehr Lohn angeboten, die Lehrer hatten 8% gefordert. Die Gewerkschaft hat jetzt einen Abschluß von 7% mehr Lohn hingenommen. Die Lehrer haben erzwungen, daß die Schulbehörde im Krankheitsfall 80% der Krankenhauskosten übernimmt (bisher waren es 50%). Die Schulaufsicht muß erklären, daß sie keine Kündigungen oder Disziplinarstrafen gegen die Streikenden aussprechen wird. In *Philadelphia* hat die Schulbehörde zugesagt, sie werde im Februar 1979 alle 1 750 Lehrer und 500 Angestellte wieder einstellen, die im letzten Jahr entlassen wurden.

Dieser Streik der Lehrer, Angestellten und Schulbusfahrer, der trotz des Streikverbots in den öffentlichen Diensten, aus den Gefängnissen heraus und trotz der hohen Geldstrafen mit großer Hartnäckigkeit geführt wird, hat die Unterstützung der Arbeiterbewegung in den USA. Auch wenn in den Bourgeoisblättern Tag für Tag mit weinerlicher Stimme das Recht der Eltern und Schüler beklagt wird, die ihre Kinder nicht in die Schule schikken können, zeigt dies kaum Wirkung. Denn bereits im August haben die Lehrer von Kalifornien bewiesen, daß sie gemeinsam mit den Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten gegen die weitere Verschlechterung der Ausbildung kämpfen. Die amerikanische Arbeiterbewegung erinnert sich gut an die Demonstrationen und Streiks im August gegen den Erlaß der Carter-Regierung, der eine 40%ige Reduzierung aller Angestellten in den Schulen vorsieht. Bereits in den letzten drei Jahren sind Tausende von Lehrern entlassen worden, die Ausbildung ist weiter verschlechtert worden, die materiellen Bedingungen, unter denen der Unterricht stattfindet, sind elendig.

Der Kampf ist schwierig, weil die Führung der Gewerkschaften der Lehrer reformistisch ist. Die Zersplitterung der verschiedenen Streikbewegungen erschwert eine einheitliche Taktik. Gleichwohl, die Stärke des Kampfes der Lehrer liegt in der Unterstützung durch die Arbeiter. So ist die Taktik der Schulbehörde mißlungen, mit Ersatzlehrern den Unterricht zu beginnen. 75 Dollar haben sie den Ersatzlehrern pro Tag angeboten (der normale Lohn für Ersatzlehrer beträgt 25 Dollar). Aber viele Lehrer haben den unwürdigen Dienst abgelehnt, und die Busfahrer haben verhindert, daß die Ersatzlehrer in die Schule kommen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 39: 32 000

Die arabische Nation läßt sich nicht vom US-Imperialismus gängeln

Wird Ägypten Separatfrieden machen? / Streiks und Demonstrationen der arabischen Volksmassen

z.and.Rom. Minutenlangen Beifall haben die Abgeordneten des amerikanischen Kongresses ihrem Friedensengel Carter gespendet. Die US-Imperialisten hoffen, sie hätten in Camp David geschafft, was sie schon seit Jahren betrieben: Ägypten zu einem Separatfrieden mit dem zionistischen Siedlerstaat und zu dessen diplomatischer Anerkennung zu pressen, zur Preisgabe der gemeinsamen arabischen Forderungen nach Abzug der israelischen Besatzer aus allen besetzten Gebieten, nach Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und Gründung eines palästinensischen Staates.

Das erste Dokument von Camp David ist ein „Rahmenabkommen für den Frieden im Mittleren Osten". Die US-Imperialisten und die Zionisten mußten darin zugestehen, daß die israelische Militärverwaltung auf dem Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen durch eine von der Bevölkerung dieser Gebiete gewählte „autonome" Verwaltung ersetzt werden soll. Wenigstens auf dem Papier mußten die Zionisten erstmals die Existenz des palästinensischen Volkes und seiner „legitimen Rechte und Forderungen" anerkennen. Das Entscheidende aber: die zionistische Besatzung soll fortbestehen, zwar auf „spezielle Orte beschränkt", doch bei Bedarf jederzeit und überall gegen die palästinensischen Volksmassen einsetzbar. Daneben soll eine „starke örtliche Polizeitruppe" gebildet werden. Weder ist der vollständige Abzug der Zionisten aus allen 1967 besetzten Gebieten festgelegt, noch werden die Golan-Höhen und Jerusalem überhaupt nur erwähnt. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird ebensowenig anerkannt wie die PLO als sein einzig legitimer Vertreter. Nach Unterzeichnung des Abkommens hat Begin erklärt, Israel werde Jerusalem nie hergeben, seine Truppen aus dem Westjordanland auch nach Ablauf der 5-Jahresfrist nicht vollständig abziehen und weiter zionistische Siedlungen im Jordantal und im Gaza-Streifen gründen.

Das zweite Ergebnis der Konferenz ist ein „Rahmenabkommen für einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel". Es wird den US-Imperialisten nicht leicht gefallen sein, diesen Entwurf des ersehnten Separatfriedens gegen Ägypten durchzusetzen. In dem Abkommen wird festgelegt, daß die israelischen Truppen von Sinai abgezogen werden und die Souveränität Ägyptens wiederhergestellt wird. Mit der vorgesehenen Stationierung von UN-Truppen in einem Küstenstreifen von 20 Kilometer am Mittelmeer und in der Gegend um Sharm-El-Sheik, „um die freie Durchfahrt durch die Straße von Tiran zu sichern", halten sich die US-Imperialisten aber die Möglichkeit für künftige imperialistische Intervention offen. Carter hat Begin bereits die Errichtung von zwei neuen Stützpunkten in der Negev-Wüste versprochen. Während laut Abkommen die ägyptische Souveränität über den Sinai durch das Verbot der Stationierung von Truppen in einem 40 Kilometer breiten Grenzstreifen weiter beschränkt werden soll, kann Israel direkt an der Grenze vier Infanterie-Bataillone aufstellen.

Der euphorische Jubel über die Verhandlungsergebnisse hat sich nicht lange halten können. Am Mittwoch nach Konferenzschluß schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Nur wenige Stunden nach der Zeremonie im Ostsaal des Weißen Hauses ... erwies sich, wie tief die Gegensätze allein bei der Interpretation der Grundsatzfragen ... bleiben." Der Herausgeber der ägyptischen Zeitung „Al-Ahram" erklärte, über Jerusalem und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sei in Camp David nicht verhandelt worden, weil Sadat ohne Beteiligung der Palästinenser über diese Punkte nicht habe entscheiden wollen (Mena, 18.9.). Ägypten besteht auf der Auflösung aller zionistischen Siedlungen auf dem Sinai und der Einstellung jeglicher Siedlungstätigkeit in den anderen besetzten Gebieten.

Die US-Imperiaisten haben ihren Außenminister Vance ausgeschickt, um auch Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien zur Beteiligung an ihrem „Friedensplan" zu pressen. Zum Empfang von Vance hat König Khalid von Saudi-Arabien erklärt, die Abkommen seien „unakzeptable Formeln für einen vollständigen Frieden". Er fügte hinzu, Saudi-Arabien beanspruche aber niemals das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines arabischen Landes einzumischen oder dagegen aufzutreten, daß eine Nation sich im bewaffneten Kampf oder durch Friedensverhandlungen das geraubte Land zurückholt. König Hussein von Jordanien kündigte an, daß Jordanien „auf arabischer und internationaler Ebene ausgedehnte und intensive Kontakte aufnehmen wird, um zu klären, wie der palästinensischen Sache am besten gedient werden kann." Den Ergebnissen von Camp David werde es sich nicht anschließen. Die libanesische Regierung hat sich ebenfalls gegen die Vereinbarungen ausgesprochen, der ägyptische Außenminister ist aus Protest zurückgetreten. In einer Stellungnahme der PLO heißt es: „Der Gipfel von Camp David hat zu einer Übereinkunft geführt, die eine der bedeutendsten Betrügereien seit dem 1948 angezettelten Komplott darstellt." Die PLO ruft zur „militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einheit der nationalen arabischen Mächte auf, um die arabische Befreiungsbewegung vor dem auf dem Gipfel von Camp David festgelegten Plan zu ihrer Liquidierung zu schützen." Der Führer der PLO, Arafat, erklärte: „Carter muß wissen, daß seine Interessen in dieser Region (im Nahen Osten, Red.) die Konsequenzen des von ihm unterzeichneten Abkommens werden tragen müssen. Die revolutionären Palästinenser werden es ihm hundertfach heimzahlen, ihm und seinen Dienern."

Die Vance-Mission ist also nicht gerade aussichtsreich. Um so mehr setzen die US-Imperialisten alles daran, Ägypten zur Unterzeichnung eines Separatfriedens zu zwingen, um ihren Spaltungsplan zum Erfolg zu führen. Nach dem Hinauswurf der Sozialimperialisten haben sie sich wie die Geier auf das Land gestürzt. Der von den Supermächten im Nahen Osten aufrechterhaltene Zustand von weder Krieg noch Frieden hat seine zerrüttende Wirkung gerade auf die ägyptische Wirtschaft gezeigt. Mit Versprechungen von „Frieden", vor allem aber mit der hohen Auslandsverschuldung als Erpressungsmittel versuchen die US-Imperialisten, Ägypten von der arabischen Nation abzuspalten. Die ägyptische Regierung hat dagegen erklärt, ein Separatfrieden käme nicht in Frage. Ägypten werde keinen Friedensvertrag mit Israel unterschreiben, wenn nicht über die Zukunft der 1967 besetzten Gebiete mit den anderen arabischen Staaten Einheit erzielt werde.

Die Sozialimperialisten versuchen, die Kritik der arabischen Staaten an Sadat ihrerseits zur Spaltung zu nutzen. Sie geben sich als die „natürlichen Verbündeten" der arabischen Völker aus, ohne die die Palästinenser nichts ausrichten könnten. „Sadat hat die gemeinsame arabische Sache verraten, um sich den Bedingungen von Washington und Tel Aviv zu unterwerfen", schreien sie. Sie hoffen jetzt darauf, der PLO und den Ländern der „Standhaftigkeitsfront" Verträge aufdrängen zu können. Besonders haben sie es auf einen Verteidigungspakt mit Syrien abgesehen. Der pure Neid des vor die Tür gesetzten Räubers auf die Beute des anderen spricht aus ihrem Gebrüll, „die amerikanische Industrie" habe schon „feste Kontakte mit Kairo geknüpft".

Am Montag hat der Vertreter der PLO El Hassen gegenüber der italienischen Zeitung „Il Manifesto" erklärt: „Schon jetzt ist absehbar, daß es neue Gewaltakte im Libanon geben wird, um Syrien unter Druck zu setzen und den palästinensischen Widerstand in die Defensive zu zwingen." Mittwoch Nacht haben israelische Luftstreitkräfte, unterstützt durch Artillerie der libanesischen Faschisten, die Stadt Nabatiyeh und die Umgebung bombardiert. Schon in seiner Ansprache vor dem amerikanischen Kongreß hatte Carter gedroht: „Wir müssen ebenso teilnehmen an den Anstrengungen, den Konflikt und die schrecklichen Leiden im Libanon zu einem Ende zu bringen." Für seine Friedensbemühungen hat ihn der US-Abgeordnete Motti bereits für den Nobel-Lorbeer 1979 vorgeschlagen.

Es entspricht dem Wesen des imperialistischen Kettenhundes Israel, auch die jämmerlichen Zugeständnisse, die er im Rahmen des Abkommens von Camp David mit hat unterzeichnen müssen, erneut zu brechen, und daß die Lage im Nahen Osten nicht auf Entspannung, sondern auf Krieg zusteuert. Dabei wird der Kurs von Sadat, durch schrittweises Nachgeben gegenüber den US-imperialistischen Erpressungen und zionistischen Forderungen, den Zionistenstaat isolieren zu wollen, gewiß nicht geeignet sein, diesen Krieg siegreich zu beenden.

In Beirut sind am Mittwoch auf Aufruf der PLO und der fortschrittlichen libanesischen Organisationen die palästinensischen und libanesischen Volksmassen unter der Losung „Ohne die PLO wird es im Nahen Osten keinen Frieden geben" in den Generalstreik getreten. Im Westjordanland haben Streiks und Demonstrationen stattgefunden. In der libyschen Stadt Tripolis demonstrierten schon am Montag Tausende gegen den Spaltungsversuch des US-Imperialismus gegen die arabische Nation.

Erklärung des Exekutivkomitees der PLO

„Die Konferenz von Camp David hat ein Abkommen hervorgebracht, das das gefährlichste Glied in der Kette der feindlichen Verschwörungen darstellt, die seit 1948 im Gange sind. Das, was die US-Imperialisten und die Zionisten seit 30 Jahren anstreben, hat ihnen Sadat gegeben, indem er all ihre Bedingungen für die Liquidierung der palästinensischen und arabischen Sache annahm.

Die PLO hat nach der außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees, auf der Vertreter aller palästinensischen Widerstandsorganisationen anwesend waren, folgende Punkte bekräftigt:

1. Das Abkommen von Camp David stellt eine vollständige Unterwerfung Sadats unter das Projekt Begins dar, das er in seiner Rede vor der Knesset während Sadats Besuch (in Jerusalem) und der Konferenz von Ismailia dargelegt hat. Dieses Projekt zeigt die Absicht des zionistischen Feindes, seine Besetzung der palästinensischen Territorien, der Golanhöhen und Teilen des Sinai zu festigen. Dieses Projekt beinhaltet weiterhin die Aufgabe Jerusalems, das immer ein heiliges Symbol für unsere arabische Nation und für alle Moslems und Christen in der Welt gewesen ist.

2. Das Abkommen zeigt volle Übereinstimmung mit den zionistischen Zielen, alle palästinensischen nationalen Rechte abzulehnen. Es zeigt die volle Bereitschaft, die palästinensische Sache, den Boden, das Volk und die Revolution unter Aufsicht und entsprechend den Plänen des US-Imperialismus zu zerschlagen.
3. Dieses Abkommen stellt den letzten Schritt auf dem Weg der Kapitulation des ägyptischen Regimes dar, das jetzt die Würde Ägyptens und einen Teil seines nationalen Territoriums aufgibt und es erlaubt, daß die Fahne des zionistischen Feindes über seiner kostbaren Erde weht. Es verleugnet die Gefallenen des ägyptischen Volkes und der ägyptischen Armee, die ihr Leben dafür geopfert haben, daß die arabische Fahne in Jerusalem, in Sinai und auf den Golanhöhen gehißt wird. Wir rufen das große ägyptische Volk auf, das nie seine nationale Würde, die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Rechte des palästinensischen Volkes und die nationalen arabischen Rechte verraten hat, sich zu erheben gegen die Verletzung seiner nationalen Würde und Widerstand zu leisten gegen die Verschwörung, die die Zukunft seiner Nation bedroht. ...

5. Indem das Sadatregime dieses Abkommen unterzeichnet hat, stärkt es das imperialistisch-zionistische Ziel, Ägypten vom nationalen arabischen Kampf zu isolieren. Es torpediert alle arabischen Beschlüsse, die die Gipfelkonferenzen in Algier und Rabat gefaßt haben, ebenfalls die Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft, der UN-Generalversammlung, der Konferenzen der Blockfreien, der afrikanischen und islamischen Staaten. ...
8. Die PLO lehnt alle Ergebnisse und Abkommen von Camp David ab und ruft die palästinensischen Volksmassen auf, Wut und entschiedene Ablehnung dieser Verschwörung zu dokumentieren. Wir rufen die palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten und in allen Ländern der Vertreibung zum Generalstreik am Mittwoch, 20.9.1978, auf, um seinen unbeugsamen Willen und seine Einheit mit der Revolution zu dokumentieren. Wir rufen zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Verschwörung und alle, die sie unterstützen, auf. ...

Die palästinensische Revolution weist auf die Gefährlichkeit des zionistisch-isolationistischen Planes im Innern des Libanon hin. Diese Kräfte werden versuchen, die Ergebnisse dieses liquidatorischen Abkommens von Camp David auszunutzen, um ihre Aggression gegen die libanesische nationale Bewegung, die PLO und Syrien zu steigern. Es ist deshalb notwendiger denn je, die Einheit aller Kräfte, die gegen diesen Plan sind, zu festigen und alle Mittel koordiniert einzusetzen, damit das libanesische Volk diesen Plan, der gegen seine Zukunft und die Zukunft seiner Heimat gerichtet ist, zurückschlagen kann.

Die kommende Etappe birgt große Gefahren für die Zukunft unserer Region, ihrer Völker und der Befreiungsbewegungen. Die palästinensische Revolution ruft alle Kräfte auf, die sich für die Zukunft dieser Nation, für ihre nationale Würde verantwortlich fühlen, diese Verschwörung, die ihren Boden und ihre Ressourcen ausplündern will, zurückzuschlagen und weiterzukämpfen bis zur vollständigen Zerschlagung des amerikanisch-zionistisch-Sadat'schen Planes.

Beirut, 19.9.1978"

Die imperialistische Intervention in Zimbabwe soll als „legale Handlung" Großbritanniens stattfinden

z.hef.London. Der britische Premierminister Callaghan fliegt heute, am 21.9., nach Nigeria zu einem Treffen mit Präsident Kaunda von Sambia. In der letzten Woche ist in Großbritannien der sogenannte Bingham-Report teilweise veröffentlicht worden, eine von der Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung über den Bruch der Sanktionen gegen das Smith-Regime und die Mitwisserschaft der britischen Regierung. Präsident Kaunda hatte, wie andere Führer der Dritten Welt, vor mehr als zehn Jahren bereits diese Tatsachen enthüllt und die britische Regierung – vergeblich– aufgefordert, dagegen einzuschreiten. Jetzt will Callaghan mit Kaunda, den er andauernd einen „alten Freund" nennt, über den Sanktionenbruch sprechen. Das britische Fernsehen wird deutlicher in der Beschreibung des Gesprächsgegenstands, indem in den Nachrichten nach der Äußerung: „Es wird erwartet, daß die Gespräche zwischen Callaghan und Präsident Kaunda sowohl ökonomische wie politische Auswirkungen (des Sanktionenbruchs) behandeln werden", ein Filmbericht über die momentanen Probleme Sambias gezeigt wird, die benötigte Menge Kunstdünger für den Mais ins Land zu transportieren, was eventuell zu kaum zu zahlenden Maisimporten führen kann. Druck auszuüben, Sambia weiter zu erpressen, dazu reist Callaghan nach Afrika.

Er will den Boden bereiten für folgenden imperialistischen Interventionsplan, den Colin Legum, einer der wichtigsten Publizisten der britischen Imperialisten in Bezug auf Afrika, am 17. September in der Zeitung „Observer" unter der Überschrift *„Es wird Zeit, unsere Truppen nach Rhodesien zu schicken"* beschreibt: „Es scheint nur einen Weg zu geben, eine Katastrophe zu verhindern. Das ist die Akzeptierung dessen durch Smith, das er so lange abgelehnt hat: die Kapitulation vor der Legalität. Das heißt: Akzeptierung einer britischen Übergangsverwaltung, die die oberste Verantwortung für die Sicherheit und die Durchführung der anglo-amerikanischen Vorschläge übernimmt. ... Wenn Smith fortfährt, sich dieser letzten Rettung („lifeline") zu widersetzen, sollte Großbritannien ankündigen, daß es beabsichtigt, seine legale Präsenz herzustellen, indem es Lord Carver an der Spitze eines kleinen militärischen Kontingents entsendet." „Warum nur britische Truppen mit Lord Carver schicken? Warum keine UN-Friedenstruppe? Die Präsidenten der Frontstaaten und die Patriotische Front haben klar gemacht, daß sie nur bereit sind, in der ersten Instanz eine britische militärische Präsenz zu akzeptieren, weil dies in ihren Augen keine ausländische Intervention darstellen würde. Es wäre gerechtfertigt durch Großbritanniens Verantwortung für eine rebellierende Kolonie. Ein anderer Grund, warum ein militärisches Kontingent, wie klein auch immer, britisch sein sollte, ist, daß nicht mehr genug Zeit bleibt, eine UN-Friedenstruppe zusammenzustellen. Gleichwohl könnte und sollte eine UN-Friedenstruppe aufgestellt werden, um dann, wenn ein Waffenstillstand vereinbart worden ist, diesen zu überwachen. Der Sicherheitsrat hat einen solchen Vorschlag im Prinzip bereits gebilligt."

Die Lüge, die Frontstaaten und die Patriotische Front würden eine britische Invasion nicht als ausländische Intervention auffassen, drückt die *Wünsche* der Imperialisten aus. Denn die Intervention kann politisch und militärisch nur erfolgreich sein, wenn sie die Kräfte des Befreiungskampfes durch Spaltung – durch Spaltung der Patriotischen Front, durch Spaltung der Frontstaaten – schwächen. Was Callaghan von Kaunda erpressen will, ist die Fortsetzung der Gespräche mit Smith und die Zustimmung, am liebsten die *Aufforderung* zur britischen Intervention. Nichts eignet sich besser für einen solchen Erpressungsversuch als Gesprächsthema als die gebrochenen Sanktionen. Nicht zufällig hat Außenminister Owen die Bingham-Untersuchung für diesen Termin bestellt und wird ihr gebührende Presseaufmerksamkeit zuteil. ‚Lange Zeit haben wir gesündigt, jetzt aber bereuen wir und schicken zur Wiederherstellung des Friedens Truppen in unsere rebellische Kolonie', Callaghan ist vorstellbar in einer solchen Rolle.

Während die Imperialisten die Intervention vorbereiten, unternehmen sie vielfältige Maßnahmen zur Sicherung ihrer fast genommenen Zwingburg im südlichen Afrika, vor allem zur Stärkung der Moral der Besatzung, der Siedler. Mehr als 1000 verlassen jetzt monatlich das Land. 60000 haben Ansiedlungsanträge an das südafrikanische Regime gestellt. Zur Aufrechterhaltung der weißen Moral dient der Angriff gegen Flüchtlingslager in Mosambik. Von dem letzten Angriff am 30. Juli ist bekannt, daß die Smith-Truppen die meiste Zeit zwischen Absprung oder Absetzung aus dem Flugzeug und der Wiederaufnahme damit verbringen, sich zu verstecken. Ausdrücklich greifen die Smith-Truppen nur Flüchtlingslager an. Im Juli haben sie den Kampf mit Kämpfern der ZANLA, die auf dem Weg nach Zimbabwe waren, ausdrücklich vermieden. Aber auch die Flüchtlingslager erwarten sie wohlvorbereitet, woran sie sich im Juli die Köpfe blutig gerannt, aber nichts ausgerichtet haben.

Dort, wo das Siedlerregime noch die Macht hat, versucht es durch eine neue Unterdrückungswelle die Existenz der imperialistischen Herrschaft zu verlängern. Dazu gehört die Teileinführung des Kriegsrechts, die Verhaftung der Führer von ZANU bzw. „People's Movement" und von ZAPU und die Einführung der Wehrpflicht für Zimbabwer, die Sithole jetzt verkündet hat. Das gleiche hat das Siedlerregime Anfang des Jahres angekündigt, und nach Massendemonstrationen der Schüler und Studenten fallenlassen müssen. Später wurde die Einziehung der schwarzen Ärzte bekanntgegeben. Sie weigerten sich und kündigten Streikaktionen an. Der Plan mußte zurückgezogen werden. Es gibt keinen Grund, warum das Siedlerregime diesmal weiter kommen sollte, auch wenn es den Plan in der Schulferienzeit bekanntgibt. Es geht ihnen auch nicht ernsthaft darum, die circa 1,4 Millionen Zimbabwer, die wehrpflichtig wären, zu bewaffnen. Das würde ihren Fall beschleunigen. Vielmehr ist die Wehrpflicht vor allem ein gutes Mittel, alle möglichen Terroraktionen gegen die Jugendlichen Zimbabwes durchzuführen, bis zur Erschießung wegen der Weigerung, gegen die Befreiungsstreitkräfte zu kämpfen.

Smith hat zur Frage der „Rückkehr zur Legalität" bereits gesagt: „Wenn das etwas ist, von dem die Leute ernsthaft annehmen, daß es zündet, dann muß ich es erwägen. Wenn ich zu der Ansicht komme, daß es meinem Land hilft, dann werde ich es empfehlen". Was die Imperialisten bis jetzt abhält, ist die Gewißheit des Widerstands, nicht nur vom Volk von Zimbabwe und von den afrikanischen Völkern, sondern auch von der internationalen Arbeiterklasse und der ganzen Dritten Welt. Der Wirbel um den Sanktionenbruch, die Betonung Großbritanniens „legaler" Rolle in Zimbabwe, die Afrikareise Callaghans sind Mittel, mit denen die Imperialisten diese Hindernisse beseitigen wollen.

vollständige Abzug der Zionisten aus allen 1967 besetzten Gebieten festgelegt, noch werden die Golan-Höhen und Jerusalem überhaupt nur erwähnt. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird ebensowenig anerkannt wie die PLO als sein einzig legitimer Vertreter. Nach Unterzeichnung des Abkommens hat Begin erklärt, Israel werde Jerusalem nie hergeben, seine Truppen aus dem Westjordanland auch nach Ablauf der 5-Jahresfrist nicht vollständig abziehen und weiter zionistische Siedlungen im Jordantal und im Gaza-Streifen gründen.

Das zweite Ergebnis der Konferenz ist ein „Rahmenabkommen für einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel". Es wird den US-Imperialisten nicht leicht gefallen sein, diesen Entwurf des ersehnten Separatfriedens gegen Ägypten durchzusetzen. In dem Abkommen wird festgelegt, daß die israelischen Truppen von Sinai abgezogen werden und die Souveränität

wollen (Mena, 18.9.). Ägypten besteht auf der Auflösung aller zionistischen Siedlungen auf dem Sinai und der Einstellung jeglicher Siedlungstätigkeit in den anderen besetzten Gebieten.

Die US-Imperiaisten haben ihren Außenminister Vance ausgeschickt, um auch Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien zur Beteiligung an ihrem „Friedensplan" zu pressen. Zum Empfang von Vance hat König Khalid von Saudi-Arabien erklärt, die Abkommen seien „unakzeptable Formeln für einen vollständigen Frieden". Er fügte hinzu, Saudi-Arabien beanspruche aber niemals das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines arabischen Landes einzumischen oder dagegen aufzutreten, daß eine Nation sich im bewaffneten Kampf oder durch Friedensverhandlungen das geraubte Land zurückholt. König Hussein von Jordanien kündigte an, daß Jordanien „auf arabischer und internationaler Ebene ausgedehnte und intensive

permächten im Nahen Osten aufrechterhaltene Zustand von weder Krieg noch Frieden hat seine zerrüttende Wirkung gerade auf die ägyptische Wirtschaft gezeigt. Mit Versprechungen von „Frieden", vor allem aber mit der hohen Auslandsverschuldung als Erpressungsmittel versuchen die US-Imperialisten, Ägypten von der arabischen Nation abzuspalten. Die ägyptische Regierung hat dagegen erklärt, ein Separatfrieden käme nicht in Frage. Ägypten werde keinen Friedensvertrag mit Israel unterschreiben, wenn nicht über die Zukunft der 1967 besetzten Gebiete mit den anderen arabischen Staaten Einheit erzielt werde.

Die Sozialimperialisten versuchen, die Kritik der arabischen Staaten an Sadat ihrerseits zur Spaltung zu nutzen. Sie geben sich als die „natürlichen Verbündeten" der arabischen Völker aus, ohne die die Palästinenser nichts ausrichten könnten. „Sadat hat die gemeinsame arabische Sache verraten,

er im Rahmen des Abkommens von Camp David mit hat unterzeichnen müssen, erneut zu brechen, und daß die Lage im Nahen Osten nicht auf Entspannung, sondern auf Krieg zusteuert. Dabei wird der Kurs von Sadat, durch schrittweises Nachgeben gegenüber den US-imperialistischen Erpressungen und zionistischen Forderungen, den Zionistenstaat isolieren zu wollen, gewiß nicht geeignet sein, diesen Krieg siegreich zu beenden.

In Beirut sind am Mittwoch auf Aufruf der PLO und der fortschrittlichen libanesischen Organisationen die palästinensischen und libanesischen Volksmassen unter der Losung „Ohne die PLO wird es im Nahen Osten keinen Frieden geben" in den Generalstreik getreten. Im Westjordanland haben Streiks und Demonstrationen stattgefunden. In der libyschen Stadt Tripolis demonstrierten schon am Montag Tausende gegen den Spaltungsversuch des US-Imperialismus gegen die arabische Nation.

des US-Imperialismus zu zerschlagen.
3. Dieses Abkommen stellt den letzten Schritt auf dem Weg der Kapitulation des ägyptischen Regimes dar, das jetzt die Würde Ägyptens und einen Teil seines nationalen Territoriums aufgibt und es erlaubt, daß die Fahne des zionistischen Feindes über seiner kostbaren Erde weht. Es verleugnet die Gefallenen des ägyptischen Volkes und der ägyptischen Armee, die ihr Leben dafür geopfert haben, daß die arabische Fahne in Jerusalem, in Sinai und auf den Golanhöhen gehißt wird. Wir rufen das große ägyptische Volk auf, das nie seine nationale Würde, die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Rechte des palästinensischen Volkes und die nationalen arabischen Rechte verraten hat, sich zu erheben gegen die Verletzung seiner nationalen Würde und Widerstand zu leisten gegen die Verschwörung, die die Zukunft seiner Nation bedroht. ...

5. Indem das Sadatregime dieses Abkommen unterzeichnet hat, stärkt es das imperialistisch-zionistische Ziel, Ägypten vom nationalen arabischen Kampf zu isolieren. Es torpediert alle arabischen Beschlüsse, die die Gipfelkonferenzen in Algier und Rabat gefaßt haben, ebenfalls die Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft, der UN-Generalversammlung, der Konferenzen der Blockfreien, der afrikanischen und islamischen Staaten. ...
8. Die PLO lehnt alle Ergebnisse und Abkommen von Camp David ab und ruft die palästinensischen Volksmassen auf, Wut

Die imperialistische Intervention in Zimbabwe soll als „legale Handlung" Großbritanniens stattfinden

z.hef.London. Der britische Premierminister Callaghan fliegt heute, am 21.9., nach Nigeria zu einem Treffen mit Präsident Kaunda von Sambia. In der letzten Woche ist in Großbritannien der sogenannte Bingham-Report teilweise veröffentlicht worden, eine

zeptierung dessen durch Smith, das er so lange abgelehnt hat: die Kapitulation vor der Legalität. Das heißt: Akzeptierung einer britischen Übergangsverwaltung, die die oberste Verantwortung für die Sicherheit und die Durchführung der anglo-amerikani-

schen Front, durch Spaltung der Frontstaaten – schwächen. Was Callaghan von Kaunda erpressen will, ist die Fortsetzung der Gespräche mit Smith und die Zustimmung, am liebsten die Aufforderung zur britischen Intervention. Nichts eignet sich besser für einen sol-

imperialistischen Herrschaft zu verlängern. Dazu gehört die Teileinführung des Kriegsrechts, die Verhaftung der Führer von ZANU bzw. „People's Movement" und von ZAPU und die Einführung der Wehrpflicht für Zimbabwer, die Sithole jetzt verkündet

Steuererleichterung für Hausfrauen(-haltung)

z.alw. Die rheinland-pfälzische Landesregierung in Gestalt der Dr. Hanna-Renate Laurien will jetzt der „Rolle der Hausfrau gerechter" werden. Sie sollen als „Produzenten" anerkannt werden. Wenn die Bourgeois Arbeit zu „Produzententätigkeit" erklärt, aus der sie keinen Profit herauszieht, dann kann es sich bloß um ihre eigene handeln. So ist es auch. Die Vorsorglichkeit der Laurien für die Hausfrauen entpuppt sich beim Nachrechnen als Vorschlag, den Bourgeois per Steuererleichterung die Haushaltshilfen absetzbar zu finanzieren: Steuererleichterung für Hausfrauen, von der Steuer absetzbare „Haushaltsmaschinen, Waschmaschinen" usw. Wir haben nachgerechnet für einen höheren Beamten oder Antreiber mit einem Gehalt von 4500 DM, Steuerklasse III, 2 Kinder, weiter geht die Steuertabelle nicht. Um etliches mehr muß bei einem Bourgeois rauskommen, der um das Vielfache an Profit einsackt. Bei 4500 DM bekommt er für die Waschmaschine von 1200 DM 338,40 DM an Steuerrückzahlung zurück, bei einer Kücheneinrichtung von 6000 DM sind es 2172 DM. Ein Arbeiter, Bruttolohn 1800 DM, bekommt er für die Waschmaschine von 800 DM, die er sich vielleicht kaufen kann, 144 DM wieder zurück, für eine Kücheneinrichtung von 4000 DM, falls er sie sich je zusammensparen kann, bloß 726 DM. Das alles unter der Voraussetzung, daß *voll* abgesetzt werden kann. Wie sie es genau haben will, darüber läßt sich die Laurien aber lieber nicht aus. Gehen wir also von einem angenommenen Freibetrag für Hausfrauenarbeit von 300 DM im Monat aus, macht das für einen Arbeiter 55 DM, den Beamten 73 DM. Bloß, kann die Arbeiterfamilie mit dem Lohn des Mannes hinkommen? Sie kann es nicht, die Frau muß in die Lohnarbeit, ist keine „Hausfrau" mehr. Und so bleibt der ganze Segen der Laurien in den Fängen der Bourgeois, wo er auch hin soll. Wir haben die Beträge unserer Rechnung addiert, und es kommt für den höheren Beamten schon die stolze Summe von 282,60 DM im Monat raus. Für den Kapitalisten wird es reichen, daß er von der „Steuererleichterung" seine Haushaltshilfe bezahlt, womit glücklicherweise die „Produzententätigkeit" seiner Ehegattin vollends beseitigt wäre.

Prompte Aktionen der Arbeiter im Salzgitterkonzern auf die Entlassungspläne

Kampf der europäischen Arbeiterklasse gegen das Stahlsanierungsprogramm der „Neun"

r.her. Entlassungswelle in Norddeutschland. 693 bei Klöckner, 2000 bei HDW und 500 in Ilsede / Peine-Salzgitter.

„Der industrielle Krieg der Kapitalisten untereinander hat das Eigentümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch das Anwerben als durch das Abdanken der Arbeiterarmeen. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industriesoldaten entlassen kann." (Karl Marx)

Erbittert wehren sich die Arbeiter gegen diese Pläne der Stahl- und Werftkonzerne: Klöckner und des staatlichen Peine-Salzgitter-Konzerns, zu dem auch die HDW-Werften gehören.

Nachdem auf die Klöckner-Pläne jetzt die Entlassungspläne des Salzgitter-Konzerns bekannt wurden, haben die Arbeiter schnell reagiert. In Peine wurde Samstag früh gestreikt, nachdem am Freitag die Pläne bekannt wurden, und die Werftarbeiter in Hamburg haben ebenfalls sofort reagiert mit Streik, nachdem die HDW 2000 Entlassungen angekündigt hat.

Die Arbeiter in Ilsede schätzen, daß insgesamt 1200 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Wird der Hochofen stillgelegt, fällt die Arbeit in der Schlackenverarbeitung weg – das betrifft etwa 100 Arbeiter. Außerdem gibt es in Ilsede zahlreiche Zulieferbetriebe, die dann auch dicht machen können. Am 7. Oktober ist Vorstandssitzung bei Peine-Salzgitter, wo entschieden werden soll, was aus dem Stahlwerk Peine wird, das bislang mit dem Rohstahl aus Ilsede betrieben wird.

Auf einer Streikversammlung wurde der stellvertretende Vorsitzende des Vorstands des Konzerns zitiert, der gleichzeitig das Werk in Peine leitet. Am Montag darauf streikte dann die ganze Frühschicht im Stahlwerk Peine viereinhalb Stunden lang, ausgehend von einer Vertrauensleuteversammlung. Die Arbeiter fordern organisierte Aktionen: Streik und Demonstration für nächsten Dienstag. Über 30 Arbeiter nahmen in der Versammlung das Wort für den Kampf gegen die Entlassungen. Am Freitag fand in Ilsede eine Betriebsversammlung statt, den ganzen Tag wurde nicht gearbeitet. Viele Arbeiter aus Peine waren gekommen, um die Versammlung zu unterstützen. Über einen Kran in der Versammlungshalle hatten die Arbeiter einen dicken festen Strick gehängt. Diesmal kam Vorstandsvorsitzender Adams aus Salzgitter angereist.

Wie auch schon bei Klöckner-Bremen, wo am Dienstag eine Betriebsversammlung stattfand, war seine Linie die schwierige Lage auf dem Weltstahlmarkt, die Unterauslastung der Kapazitäten und so fort. Er wurde ausgepfiffen. Als er sich dann auch noch als Erbauer des Werks hinstellen wollte, das die Väter und Großväter der jetzigen Arbeiter erbaut haben, wurde er ausgelacht und ihm das auch unter die Nase gerieben.

Mittlerweile haben sich offensichtlich die SPD-Gewerkschafter und ihre Politiker auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt: Bittstellungen an die Regierung um Hilfe bei den Entlassungen – nicht etwa Kampf der Belegschaften gegen die Kapitalisten für die Zurückweisung der Entlassungen. Bei Klöckner brachte der Betriebsrat eine Resolution an den Bremer Senat auf den Tisch, die zwar einstimmig angenommen wurde, da sie aber keine echte Kampfperspektive aufweist, die Entlassungen zurückzuschlagen, beteiligten sich nur wenige Arbeiter der Betriebsversammlung an einer Demonstration, zu der der Betriebsrat um 17 Uhr aufforderte. Am Abend antwortete dann gleich der Bremer Senator Thape: rechtliche Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen, hätten sie keine.

Auch der Stadtdirektor von Ilsede/Peine-Salzgitter verkennt grundsätzlich nicht die „Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen", er fordert den Konzern auf, die Entlassungen doch mehr zu verteilen, und weil der Salzgitter-Haupteigentümer die Bundesregierung ist, will er sich gleich an den Kanzler wenden um Hilfe. Der Gemeinderat hat ganz einstimmig eine Resolution dazu verabschiedet. Bei Klöckner wurde ebenfalls eine Umverteilung der Entlassungen vorgeschlagen; der Betriebsrat bzw. Teile davon meinten, man solle doch auch, wenn schon entlassen, dann auch bei der Betriebsleitung einige Entlassungen vornehmen, und befaßte sich mit dem Problem, ob denn die Betriebsleitung *zwei* Techniker und *zwei* Kaufleute brauche.

Alle Politiker haben versprochen, sich für die Interessen der Arbeiter in den genannten Richtungen einzusetzen. Eine Verhöhnung der Interessen der Arbeiter ist das. Man kann sich jetzt schon ausmalen, wieviel bombastischer und einstimmiger sich dann solche Resolutionen an das neu zu wählende europäische Parlament werden richten lassen, für das Willy Brandt soviel Reklame macht: Arbeitnehmer ins Europaparlament. Eine neue Ebene des Betrugs würde erreichbar sein, um die Arbeiter in eine Sackgasse zu führen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Entlassungen um einen EG-Plan, dem alle neun Regierungen zugestimmt haben, nach dem sie die europäische Stahlindustrie gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt sanieren wollen. Diese Woche hat der entsprechende Beauftragte in der EG-Kommission den ersten Erfolgsbericht vorgelegt. Für Verzweiflung und Panik in der Stahlindustrie gäbe es keinen Grund. Eine 25prozentige Preiserhöhung sei erreicht. Von 140000 geplanten Entlassungen in den neun EG-Ländern seien seit Anfang 1977 auch schon 50000 erreicht. Klöckner steigert weiter die Produktion, und mehr Stahl wird auch bestellt, teilt der „Weser-Kurier" am 22.9. mit. Besonders weit fortgeschritten seien diese „Umstrukturierungsmaßnahmen" in der BRD, und Helmut Schmidt hat sicher mit dem französischen Regierungschef entsprechende Erfahrungen Gewerkschaften rufen die Stahlarbeiter auf, ab Montag in den Streik zu treten. Den westdeutschen Stahlarbeitern wird dies in ihrem Kampf gegen die Entlassungen nutzen.

Sozialdemokratische Proteste gegen die Steuerreform schnell beruhigt?

Loderers Vorausahnungen

z.maf. Die letzten Wochen hat es der Kanzler der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gegeben. Die bürgerliche Presse meldet voller Triumph, Schmidt habe seinen Leuten das kleine Einmaleins der Steuerrechnung eingebleut. Er habe diesen Unvernünftigen mitgeteilt, daß, wer den „Tarifsprung" beseitigen wolle, unvermeidlich in den entsprechenden Lohn- und Gehaltsbereichen eine höhere „Entlastung" verursache. Außerdem werde in den unteren Entlohnungsklassen sowieso so gut wie keine Steuer gezahlt, was man dort also entlasten wolle?

Nun wissen inzwischen wirklich viele, daß die steuerliche „Entlastung" in den unteren Entlohnungsklassen durchaus nicht nur in Mark und Pfennig verschieden hoch ausfällt, sondern auch in Prozenten des Nettolohns. Es ist auch bekannt, daß dieser „Unregelmäßigkeit" abzuhelfen wäre durch Erhöhung des Freibetrages. Vielleicht irrt der deutsche Bundeskanzler, wenn er annimmt, seine Parteigenossen hätten es in Betrieb und Gewerkschaft mit solchen Trotteln zu tun, wie sie für den

einigen Wochen in Metall (Nr. 13/14) ausgesprochen hat, uneingeschränkt Recht behalten, wenn er feststellte: ‚Eine kleine Reform des Einkommenssteuertarifs und zusätzliches Kindergeld für die Arbeitnehmer; Gewerbesteuersenkung für die Unternehmer als Konzession an die FDP; eine geringfügige Aufstockung der Staatsausgaben als Alibi, daß wieder etwas für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan wurde; und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Defizits.' Das Menetekel ist in Erfüllung gegangen: Aus der international zugesicherten Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist in der Tat mehr oder weniger ein ‚gefälligkeitspolitischer Veitstanz' geworden."

Wird sich das in der gewerkschaftlichen Diskussion als „uneingeschränkt richtig" halten lassen, daß die „Reform des Einkommenssteuertarifs" „klein" sei? Für ein Ehepaar, das karrierebewußt in jenen Gehaltssphären tätig ist, in denen man das Geld vom Stiefel des kapitalistischen Betriebsführers oder des staatlichen Dienstherrn leckt, kommen an die 300 DM bloß bei der

IG Metall sich angesichts solcher Probleme für „Vorausahnungen" des „kleinen" Charakters der Reform feiern läßt, ist direkt ein bißchen peinlich. Besonders, wenn die Politik, 7 DM herauszugeben und bei der Mehrwertsteuererhöhung das Mehrfache herauszuholen, als „Gib-jedem-etwas-Politik" von Loderer „vorausgeahnt" wird.

Wenn sich Loderer in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von einem reformistischen Politiker, der gewissen Einfluß hat, zu einem Clown herunterwirtschaften will, so muß er unbedingt weiter „vorausahnen" und „menetekeln". Was ein Menetekel ist, also eine Sache, die Loderer tut, kann das Mitglied der IG Metall sowieso nur durch Bibelstudium erfahren. Ein Menetekel geschah nämlich das letzte Mal dem Belsazer, König von Babylon, und zwar durch Jehova selber, mit dem Loderer hier ziemlich sinnig gleichgestellt wird, obwohl er doch nicht einmal Papst ist. Als sich bei einer Sauferei zu Babylon der Belsazer am geraubten

Bis hierher schon eine nette Grußbotschaft an die Regierung Schmidt. Aber die Bibel weiß noch weiter:

„Daraufhin gab Belsazer den Befehl un Daniel (der durchschaut hatte, was das Menetekel heißt) wurde in Purpur gekleidet; eine goldene Kette wurde ihm um den Hals gelegt, und es wurde über ihn bekannt gegeben, daß er als dritter im Reiche herrschen sollte." – Aber leider zu spät, die Sache war schon ganz verfahren. „Noch in gleicher Nacht wurde Belsazer, der König der Chaldäer, getötet. Und Darius, der Meder, erhielt das Königtum im Alter von 62 Jahren."

Loderer muß aufpassen, daß sich nicht ein Staatsanwalt findet, der ihm diese Menetekelgeschichten als Anstiftung zum Kanzlermord auslegt; dies wird ihm jedenfalls eher widerfahren, als daß man ihn als dritte Kraft in die Regierung nimmt. Trotz dieser düsteren Andeutungs- und Ahnungspolitik, die Auffangstellung gegen eine praktische Kritik der Politik der Regierung

Klunckers Taktik ist gefährlich und dumm

z.brp. Putschmäßig haben die Sozialdemokraten in der Führung des DGB die für den 25. September in Bonn angesetzte Kundgebung gegen das 7. Besoldungserhöhungsgesetz abgeblasen. Das 7. Besoldungserhöhungsgesetz, das die Kürzung der Gehälter von 116000 Anwärtern im öffentlichen Dienst um bis zu 200 DM vorsieht, wird am 26. September in der Bundestagsarbeitsgruppe „Inneres" behandelt. Die Fraktionen der SPD und FDP hatten sich mit ihren Parteifreunden im DGB verständigt, daß sie eine Empfehlung in den Bundestag einbringen werden, die Anwärterkürzungen fallen zu las-

nicht aus. Gehen wir also von einem angenommenen Freibetrag für Hausfrauenarbeit von 300 DM im Monat aus, macht das für einen Arbeiter 55 DM, den Beamten 73 DM. Bloß, kann die Arbeiterfamilie mit dem Lohn des Mannes hinkommen? Sie kann es nicht, die Frau muß in die Lohnarbeit, ist keine „Hausfrau" mehr. Und so bleibt der ganze Segen der Laurien in den Fängen der Bourgeois, wo er auch hin soll. Wir haben die Beträge unserer Rechnung addiert, und es kommt für den höheren Beamten schon die stolze Summe von 282,60 DM im Monat raus. Für den Kapitalisten wird es reichen, daß er von der „Steuererleichterung" seine Haushaltshilfe bezahlt, womit glücklicherweise die „Produzententätigkeit" seiner Ehegattin vollends beseitigt wäre.

betrifft etwa 100 Arbeiter. Außerdem gibt es in Ilsede zahlreiche Zulieferbetriebe, die dann auch dicht machen können. Am 7. Oktober ist Vorstandssitzung bei Peine-Salzgitter, wo entschieden werden soll, was aus dem Stahlwerk Peine wird, das bislang mit

jetzigen Arbeiter erbaut haben, wurde er ausgelacht und ihm das auch unter die Nase gerieben.

Mittlerweile haben sich offensichtlich die SPD-Gewerkschafter und ihre Politiker auf ein einheitliches Vorge-

triebsleitung einige Entlassungen vornehmen, und befaßte sich mit dem Problem, ob denn die Betriebsleitung *zwei* Techniker und *zwei* Kaufleute brauche.

Alle Politiker haben versprochen, sich für die Interessen der Arbeiter in

Schmidt hat sicher mit dem französischen Regierungschef entsprechende Erfahrungen Gewerkschaften rufen die Stahlarbeiter auf, ab Montag in den Streik zu treten. Den westdeutschen Stahlarbeitern wird dies in ihrem Kampf gegen die Entlassungen nutzen.

Sozialdemokratische Proteste gegen die Steuerreform schnell beruhigt?

Loderers Vorausahnungen

z.maf. Die letzten Wochen hat es der Kanzler der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gegeben. Die bürgerliche Presse meldet voller Triumph, Schmidt habe seinen Leuten das kleine Einmaleins der Steuerrechnung eingebleut. Er habe diesen Unvernünftigen mitgeteilt, daß, wer den „Tarifsprung" beseitigen wolle, unvermeidlich in den entsprechenden Lohn- und Gehaltsbereichen eine höhere „Entlastung" verursache. Außerdem werde in den unteren Entlohnungsklassen sowieso so gut wie keine Steuer gezahlt, was man dort also entlasten wolle?

Nun wissen inzwischen wirklich viele, daß die steuerliche „Entlastung" in den unteren Entlohnungsklassen durchaus nicht nur in Mark und Pfennig verschieden hoch ausfällt, sondern auch in Prozenten des Nettolohns. Es ist auch bekannt, daß dieser „Unregelmäßigkeit" abzuhelfen wäre durch Erhöhung des Freibetrages. Vielleicht irrt der deutsche Bundeskanzler, wenn er annimmt, seine Parteigenossen hätten es in Betrieb und Gewerkschaft mit solchen Trotteln zu tun, wie sie für den Affenfelsen zu Bonn in schwierigen Nominierungsverhandlungen ausgesucht wurden.

Im Heft Nr. 16 macht es der Redaktion der Zeitung „Metall" nichts aus, den 1. Vorsitzenden der IG Metall bloßzustellen. Dieser ward nämlich rechtzeitig präpariert.

„Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG-Metall, sollte mit seiner ernstzunehmenden Warnung, die er angesichts dieser vorausgeahnten Gefahr einer ‚Gib jedem etwas und alle sind zufrieden'-Politik vor einigen Wochen in Metall (Nr. 13/14) ausgesprochen hat, uneingeschränkt Recht behalten, wenn er feststellte: ‚Eine kleine Reform des Einkommenssteuertarifs und zusätzliches Kindergeld für die Arbeitnehmer; Gewerbesteuersenkung für die Unternehmer als Konzession an die FDP; eine geringfügige Aufstockung der Staatsausgaben als Alibi, daß wieder etwas für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan wurde; und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Defizits.' Das Menetekel ist in Erfüllung gegangen: Aus der international zugesicherten Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist in der Tat mehr oder weniger ein ‚gefälligkeitspolitischer Veitstanz' geworden."

Wird sich das in der gewerkschaftlichen Diskussion als „uneingeschränkt richtig" halten lassen, daß die „Reform des Einkommenssteuertarifs" „klein" sei? Für ein Ehepaar, das karrierebewußt in jenen Gehaltssphären tätig ist, in denen man das Geld vom Stiefel des kapitalistischen Betriebsführers oder des staatlichen Dienstherrn leckt, kommen an die 300 DM bloß bei der Steuer raus. Sollen diese Leute mit diesem Geld gegen die Arbeiterbewegung aufgehetzt werden oder nicht? Ihre Bezahlung folgt den Marktpreisen der Arbeitskraft, die von der Arbeiterbewegung erkämpft werden. Letzten Endes wird der große Teil von ihnen erheblich draufzahlen, wenn er sich gegen die Arbeiterbewegung stellt, statt an ihren Kämpfen teilzunehmen. Aber durch diese schiefe Betrügerei wird die Verbindung mit dem Lohnkampf auf jeden Fall für dies Jahr erheblich geschwächt. Daß der 1. Vorsitzende der IG Metall sich angesichts solcher Probleme für „Vorausahnungen" des „kleinen" Charakters der Reform feiern läßt, ist direkt ein bißchen peinlich. Besonders, wenn die Politik, 7 DM herauszugeben und bei der Mehrwertsteuererhöhung das Mehrfache herauszuholen, als „Gib-jedem-etwas-Politik" von Loderer „vorausgeahnt" wird.

Wenn sich Loderer in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von einem reformistischen Politiker, der gewissen Einfluß hat, zu einem Clown herunterwirtschaften will, so muß er unbedingt weiter „vorausahnen" und „menetekeln". Was ein Menetekel ist, also eine Sache, die Loderer tut, kann das Mitglied der IG Metall sowieso nur durch Bibelstudium erfahren. Ein Menetekel geschah nämlich das letzte Mal dem Belsazer, König von Babylon, und zwar durch Jehova selber, mit dem Loderer hier ziemlich sinnig gleichgestellt wird, obwohl er doch nicht einmal Papst ist. Als sich bei einer Sauferei zu Babylon der Belsazer am geraubten Tempelschatz der Juden vergriff, hier mag der Redakteur von „Metall" an den Umgang der Regierung mit den Arbeiterlöhnen gedacht haben, sendete Jehova jene Hand,

„die, ganz allein, jene Schrift geschrieben hat. Die Schrift, die hier steht, lautet also: Mene, Mene, Tekel und Parsin. Und dies ist die Bedeutung der Worte: Mene: Gezählt hat Gott dein Königtum und macht ihm ein Ende. Tekel: Gewogen wurdest du auf der Waage und zu leicht befunden. Parsin: Geteilt wird dein Reich und den Medern und Persern übergeben."

Bis hierher schon eine nette Grußbotschaft an die Regierung Schmidt. Aber die Bibel weiß noch weiter:

„Daraufhin gab Belsazer den Befehl un Daniel (der durchschaut hatte, was das Menetekel heißt) wurde in Purpur gekleidet; eine goldene Kette wurde ihm um den Hals gelegt, und es wurde über ihn bekannt gegeben, daß er als dritter im Reiche herrschen sollte." – Aber leider zu spät, die Sache war schon ganz verfahren. „Noch in gleicher Nacht wurde Belsazer, der König der Chaldäer, getötet. Und Darius, der Meder, erhielt das Königtum im Alter von 62 Jahren."

Loderer muß aufpassen, daß sich nicht ein Staatsanwalt findet, der ihm diese Menetekelgeschichten als Anstiftung zum Kanzlermord auslegt; dies wird ihm jedenfalls eher widerfahren, als daß man ihn als dritte Kraft in die Regierung nimmt. Trotz dieser düsteren Andeutungs- und Ahnungspolitik, die Auffangstellung gegen eine praktische Kritik der Politik der Regierung wurde schon probiert. Denn, was ist letzten Endes zu dem Reformpaket der Regierung zu sagen? „Metall" sagt es: „Der Spielraum für eine grundsätzliche Steuertarifreform ist laut Aussage der Bundesregierung voll ausgeschöpft." Ja, wenn es die Regierung „aussagt" ... Loderer würde da nie zweifeln. Aber er ist ja nicht der einzige in der IG-Metall, die unteren Funktionäre finden sich dem Druck der Tatsachen mehr ausgesetzt, Loderers „Vorausahnungen" werden da keine Hilfe sein.

Klunckers Taktik ist gefährlich und dumm

z.brp. Putschmäßig haben die Sozialdemokraten in der Führung des DGB die für den 25. September in Bonn angesetzte Kundgebung gegen das 7. Besoldungserhöhungsgesetz abgeblasen. Das 7. Besoldungserhöhungsgesetz, das die Kürzung der Gehälter von 116000 Anwärtern im öffentlichen Dienst um bis zu 200 DM vorsieht, wird am 26. September in der Bundestagsarbeitsgruppe „Inneres" behandelt. Die Fraktionen der SPD und FDP hatten sich mit ihren Parteifreunden im DGB verständigt, daß sie eine Empfehlung in den Bundestag einbringen werden, die Anwärterkürzungen fallen zu lassen. Grund für die Gewerkschaftssozialdemokraten, alle Aktionen abzusetzen.

Besonders Kluncker wird erleichtert sein. Er hatte es darauf angelegt, daß die Lehrer allein gegen die Lohnkürzung kämpfen sollten. Seine Absicht: daß sich der bei den Lehrern verhaßte GEW-Vorsitzende Frister bloßstellen sollte als einer, der ständische Forderungen propagiert („Es geht um die Solidarität der Lehrer insgesamt, füreinander, miteinander") und den Kampf der Lehrer lächerlich macht („Alle GEW-Kolleginnen und -Kollegen müssen deshalb versuchen, in persönlichen Gesprächen mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten ihrer Region unsere Auffassung darzulegen ..."), so daß die Lehrer keine Unterstützung von den übrigen Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst und von den Arbeitern erhalten. Welche Wirkung versprach sich Kluncker davon? Daß *er* die Forderung der Lehrer nach Zusammenschluß von GEW und ÖTV aufgreifen und so die Lehrer schnell unter seine reformistischen Fittiche bringen könnte. Nicht nur eine gefährliche Taktik, sondern auch eine dumme. Viele Abteilungen der ÖTV hatten die Beteiligung ihrer Gewerkschaft an der Kundgebung in Bonn verlangt – und letztlich auch erzwungen. Dieser Erfolg wurde allerdings verschleiert, die ÖTV/GEW-Kundgebung hatten die Sozialdemokraten in eine des DGB umgewandelt.

Nachdem die Kundgebung nun abgesetzt ist, ist natürlich nichts vom Tisch. Weder die Kürzung der Anwärterbezüge im 7. BBEG noch die Pläne der Bundesregierung, im Rahmen der Umwandlung der Beamtenanwärter in „Auszubildende" die Anwärter nach BAFöG/GraFöG zu bezahlen.

Gerichtsvollzieher treiben über eine Milliarde DM ein

z.chk. Stolz meldete der baden-württembergische Justizminister Eyrich, daß 1977 die Rekordsumme von mehr als 1 Milliarde DM von Gerichtsvollziehern an Schulden eingetrieben wurde. Gegenüber 1973 sind das 180 Millionen DM mehr. Die wachsende Verschuldung der Arbeiter ist Ausdruck der Tatsache, daß vom Lohn notwendige Anschaffungen, wie z.B. Wohnungseinrichtung oder Auto nicht mehr gemacht werden können. Die Kapitalisten nutzen die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse, um sich über ihre Gerichte weiteren Zugriff auf den Lohn zu verschaffen. Bis zu 10000 DM kann der Lohn für eine vierköpfige Arbeiterfamilie gepfändet werden. In maßlose Überarbeit zu den übelsten Bedingungen wollen die Kapitalisten die Arbeiter, die Schulden haben, treiben. Dazu haben sie sich jetzt ein zusätzliches Druckmittel geschaffen: Das Landesarbeitsgericht Hamm hat entschieden, daß bei „zwei Lohnpfändungen innerhalb eines nicht zu langen Zeitraumes" die Kündigung gerechtfertigt ist.

Juristentag – Kündigungsschutzliquidierung nicht abgesegnet

z.hep. Vom 52. Deutschen Juristentag wollte die Bourgeoisie am 21.9. u.a. ein Problem geklärt haben: gegen eigene frühere Urteile und die vieler Untergerichte hatte das Bundesarbeitsgericht am 26.5.1977 entschieden, daß die Arbeiter aus dem Arbeitsvertrag kein Beschäftigungsrecht haben, d.h. daß man während jahrelanger Prozesse durch mehrere Instanzen gegen Kündigungen nicht wieder in den Betrieb kommt – Liquidierung des Kündigungsschutzes. Unter dem Druck der Kämpfe um Arbeiterschutzrechte und darauf gestützt durch zähe Arbeit von Anwälten hatten sich seither etliche Arbeitsrichter dagegen aufgelehnt und weiter für Kündigungsschutz geurteilt. Vor einem Nachsetzen wollte das Bundesarbeitsgericht seinen Standpunkt vom Juristentag absegnen lassen. Dazu hatte die Bourgeoisie 600 ihrer

Hausjuristen geschickt, um Beschlüsse für Kündigungsschutz niederzustimmen. Das haben sie gemacht. Doch verteidigt hat das Bundesarbeitsgericht kein einziger.

Arzneimittel bis zu 60% teurer

z.brp. Im ersten Halbjahr 1978 haben die Pharmakonzerne die Preise für Arzneimittel um zwischen 2 und 60% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Landesverband der Betriebskrankenkassen Nordrhein-Westfalens bemängelt deswegen, daß die Kostendämpfung im Gesundheitswesen „noch nicht durchschlagend wirkt" (Handelsblatt, 7.9.). Preiserhöhungen bis zu 60% – ist das nicht ein Widerspruch zu der Empfehlung Ehrenbergs im März dieses Jahres, der sich auch die Pharmakonzerne angeschlossen haben, daß die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneimittel um nicht mehr als 3,5% steigen sollen? Überhaupt nicht. Die Pharmakonzerne wollen ihren Profit realisieren und dabei stört sie die „Kostendämpfung" nicht. Kostendämpfung bei Arzneimitteln heißt, daß immer weniger Medikamente verordnet werden und daß die Volksmassen sich immer mehr selber teuer kaufen müssen.

Verkehrsunfall auf dem Heimweg ist Selbstmord

z.diz. Gemeingut der kapitalistischen „Unfallforschung" ist, daß die Arbeiter selbst schuld haben, wenn sie einen Arbeitsunfall erleiden – mit der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit habe das nichts zu tun. Jetzt hat das Bundessozialgericht dem eine neue Variante hinzugefügt: Hast du Ärger und erleidest deswegen einen tödlichen Verkehrsunfall, dann ist das Selbstmord. „Arbeitnehmer, die auf dem Heimweg von der Arbeit vorsätzlich einen Verkehrsunfall herbeiführen, stehen dabei nicht unter Unfallversicherungsschutz. Die Hinterbliebenen können deshalb keine Witwen- und Waisenrente aus der Unfallversicherung beanspruchen." Der Sachverhalt: Auf der Heimfahrt fuhr ein Buchhalter aus Hamburg gegen einen Lastzug und starb. Er soll in seiner Firma Unterschlagungen begangen haben, außerdem habe ihm eine schwere Operation bevorgestanden. (Aktenzeichen 8 RU 98/77)

„Ich habe auch einiges erlebt an harten Situationen"

z.mif. Der angejahrte Hitlerjunge Helmut feiert mit der GSG 9: „Ich weiß, daß von Ihnen viel verlangt wird, das muß auch so sein ... Auch vom Bundeskanzler wird viel verlangt, das muß auch so sein." Er weiß

Setzer der „Bremer Nachrichten" arbeiten langsam

Mehrarbeit und Überstunden werden abgelehnt / Mehrstündige Verzögerung der Zeitungsauslieferung

r.geo. Freitag, den 8.9., hatte ein Setzer Geburtstag, und in der „Bremer-Nachrichten"-Setzerei wollte man ihn etwas feiern. Der Abteilungsleiter – seit Wochen eh angehalten, die Setzerei auf Trab zu bringen, um mehr Arbeit in gleicher Zeit verrichten zu lassen – stieß lautstarke Drohungen aus und bespitzelte die Setzer unentwegt. Die Arbeiter beschlossen, „Gummi zu arbeiten", d.h. langsam zu arbeiten.

Die Folgen waren erschütternd für die Antreiber: Statt um 21.30 Uhr war die „Norddeutsche/Nordkurier" erst um 23.00 Uhr fertig, und um 23.00 Uhr, also nach 6 3/4 stündiger Schicht, waren noch 15 Seiten der „Bremer Nachrichten" zu machen. Jetzt sollten die Arbeiter „freiwillige" Überstunden machen, worauf sich aber bis auf zwei Arbeiter niemand der rund 20 Arbeiter einließ; sie gingen geschlossen heim. Der Abteilungsleiter und der Technische Leiter sowie die zwei verbliebenen Arbeiter hatten die Zeitung dann technisch saumäßig mit Ach und Krach um 0.15 Uhr für den Druck fertig. Folge: Die Bremer Nachrichten gingen am Samstag nicht mehr in den Postvertrieb und gingen zu spät an die Austräger, so daß z.T. ein Extraaustragedienst organisiert werden mußte. Kurz, der Schaden für Druckkapitalist Meyer war schon erheblich, und entsprechend war sein Anpfiff für den Abteilungsleiter.

Die Arbeiter der Setzerei arbeiten seit Jahren fast ausschließlich nachts, von 15.45 bis 23.00 Uhr. Mit eherner Konstanz wird immer mehr Satz pro Schicht verlangt. Wird der Satz bis Schichtende nicht fertig, wird erwartet und zudem erzwungen, daß Überstunden so lange wie nötig gemacht werden. Denn „die Zeitung muß raus". Es gibt unter den Arbeitern in der Spätschicht welche, die schon seit 20 Jahren um 16.00 Uhr antreten und um 23.00 Uhr oder später nach Hause gehen, bis auf Samstag an jedem Tag in der Woche. Die vermeintliche Vergoldung dieses Arbeitstages, der die Arbeiter aus etlichen Zusammenhängen der Familie, der Klasse, der Gesellschaft herausreißt, nämlich die relativ hohe Bezahlung der Spätschichtarbeit über entsprechende Zuschläge, die die Setzer auf rund 3000 DM brutto kommen lassen, entpuppt sich bei näherem Hinsehen keineswegs als Ausgleich. Die Arbeiter der Spätschicht werden auch ökonomisch beschissen: Das Mehr an Lohn kann überhaupt nicht das erforderliche Mehr an Reproduktion der Nachtarbeiter ausgleichen. Ganz abgesehen davon, daß bestimmte Teile der Reproduktion mit Geld überhaupt nicht zu realisieren sind. Nein, auch ökonomisch machen die Nachtarbeiter Verlust, und gezahlt wird mit rapiderer Abnahme der Lebenskraft.

Meyer hat den Umfang der Zeitungen erweitert durch gesteigerte Anzeigenteile und verschiedene Beilagen für das Bremer Umland, womit Meyer der Konkurrenz Marktanteile abjagte.

Am Mittwoch vorletzter Woche haben die Setzer der „Bremer Nachrichten"-Setzerei auf einer knapp zweistündigen Versammlung während der Arbeitszeit die Vorhaben beraten. Diese Mehrarbeit ist nicht zu schaffen, haben sie gesagt. Noch mehr Überstunden würde das für uns in die Nacht hinein bedeuten und, weil niemand von uns Interesse daran hat, noch länger zu arbeiten, würde noch schneller und noch intensiver gearbeitet werden. Ohne mehr Arbeiter kein Mehr an Arbeit, haben sie erklärt und vorbeugend der Betriebsführung dargelegt, würde sie versuchen, mit Druck und Schikane die Mehrarbeit durchzusetzen, dann würde man mit langsamer „Gummiarbeit" reagieren oder ganz die Klamotten hinschmeißen.

Am Montag, den 18. September 1978, war bei den „Bremer Nachrichten" Betriebsversammlung. Knapp 200 der 1000 Beschäftigten waren gekommen. Die meisten kamen nicht, weil „dort ja sowieso nichts passiert". In der Tat war es so, daß der Betriebsrat mit keinem Wort auf die Sachen einging, die der Belegschaft unter den Nägeln brennen. Ellenlange Berichte über einen Streit des Betriebsrates mit dem Datenschutzbeauftragten des Betriebs sollten den Kampfwillen einschläfern. Doch ganz gelungen ist ihnen dieses Vorhaben nicht. Als ein Arbeiter in der Diskussion fragte, ob denn alle Stereotypeure übernommen werden sollen, wenn die Rotation und die Rundstereotypie in ein neues Gebäude ziehen werden, fiel ihm der Betriebsratsvorsitzende ins Wort und meinte, der Betriebsrat werde das schon regeln. Die Forderung eines Setzers nach einer Klimaanlage, die für anständigere Arbeitsbedingungen sorgt, konnten die Reformisten nicht unterdrücken, und sie ist Ausdruck davon, daß die Belegschaft von den Arbeitsbedingungen die Nase voll hat.

Streiks und Besetzungen an Hunderten von französischen Schulen

Harby-Reform: Die klassenmäßige Auslese beginnt in der Vorschule

z.jon.Paris. In St. Jean im Departement Haute Garonne in Südfrankreich haben Eltern einer Grundschule die Nationalstraße 88 Toulouse-Albi blockiert, um die Bereitstellung von ausreichenden Klassenräumen zu erzwingen. In Bonafles (Departement Yvelines) „entführen" Eltern von Grundschülern eine versetzte Lehrerin und kündigen an, sie werden sie solange in ihrer ehemaligen Schule festhalten, bis ihre Forderung nach ausreichenden Lehrkräften erfüllt ist. Die Eltern zweier Klassen mit jeweils 37 und 38 Schülern haben die Grundschule in Heand (Departement Loire) mit der Forderung nach kleineren Klassen besetzt. In Grand-Quevilly streiken 80 Prozent des Personals einer Sekundarschule für die Wiedereinstellung von sechs Hilfskräften. In St. Just-St. Rambert (Loire) streiken Eltern und Lehrer einer Sekundarschule gemeinsam gegen den Lehrermangel. In Le Mans nimmt die Lehrergewerkschaft die Einstellung von sechs Junglehrern, die vom Staat abgelehnt worden waren, selbst in die Hand. In Antony bei Paris streiken die für das Schulessen verantwortlichen Angestellten gegen den Personalmangel. Lehrer, Eltern und Schüler unterstützen den Streik. Die meisten Gymnasien in Besancon, Dole und Montbeliard werden bestreikt, oft von Schülern und Lehrern gemeinsam. Hunderte von Schulen in Frankreich werden ganz oder teilweise bestreikt, oder sind von Eltern, Schülern, Lehrern besetzt. Viele haben den Unterricht seit dem Schulanfang am 15.9. noch gar nicht aufgenommen, weil sie wegen der untragbaren Raumverhältnisse, dem Mangel an Lehrmitteln oder der Entlassung oder der Nichteinstellung von Lehrern boykottiert werden.

Die Streiks richten sich gegen die Auswirkungen der Schulreform, die im vorigen Jahr durch den Erziehungsminister Harby eingeleitet wurde und die sein Nachfolger Beullac rücksichtslos durchsetzt. Unter der Fahne der Chancengleichheit hat die Harby-Reform die Unterdrückung der Arbeiterjugend und ihre Abrichtung auf die Ausbeutung in den Fabriken ins Unerträgliche gesteigert.

Mit Traktoren und Privatwagen blockieren Bauern in der Bretagne im Juni 1978 einen Schulbus, um gegen die hohen Transportkosten zu protestieren.

Die klassenmäßige Auslese der Schüler beginnt nach dieser Reform in der Vorschule, in der Anfänge des Lesens und Schreibens gelehrt werden und die darüber entscheidet, in welchen Kurs der Grundschule ein Schüler eingeordnet wird. In der Grundschule ist das Sitzenbleiben abgeschafft, bzw. zu einer „freiwilligen" Einrichtung geworden. Stattdessen werden die Schüler mit Noten und Tests Klassen zugeordnet, die dem „Leistungsniveau" entsprechen. Vom ersten Schuljahr an wird so zwischen „leistungsschwachen" Schülern, die sich der Indoktrinierung und Unterdrückung widersetzen, und „leistungsstarken" Schülern eine Schere geöffnet, die sich von Jahr zu Jahr vertieft. Diese reaktionäre Karikatur auf die Einheitsschule setzt sich im Kernstück der Reform, der „einheitlichen" Sekundarschule (College d'enseignement secondaire) bis zum 16. Lebensjahr fort. Ein Teil der Arbeiterjugend – soweit nicht in die Sonderschule abgeschoben – wird ab der ersten Klasse der Sekundarschule in „berufsvorbereitende Klassen" gesteckt und auf einfache manuelle Arbeit gedrillt. Ab dem 14. Lebensjahr beginnen diese Schüler eine „Vorlehre", in der sie bereits die halbe Zeit ohne Lohn bei einem Kapitalisten arbeiten. Ein weiterer Teil der jungen Arbeiter wird in der vierten Sekundarschulklasse auf technische Schulen ausgesondert, die zu einem handwerklichen oder Facharbeiterabschluß führen sollen, wenn sie über die Schulpflichtgrenze hinaus besucht werden. In der Sekundarschule selbst wird die Teilung in „starke" und „schwache" Klassen beibehalten. Die Auslese wird durch ein System von Unterstützungs- und Förderkursen verfeinert. Die Minderheit, die von der Sekundarschule als künftige Kader der Bourgeoisie auf das Gymnasium (Lycée) übernommen wird, muß sich dort von Anfang an auf einen eng begrenzten Studiengang festlegen, der über das spätere Studium entscheidet.

Jeweils zwei Klassen in Grund- und Sekundarschule werden bis jetzt nach diesem System organisiert. Die Kämpfe der Eltern, Schüler und Lehrer richten sich heute vor allem gegen die Spar- und Plündermaßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Auslese und Schulunterdrückung organisiert und verschärft. In der Sekundarschule herrscht offiziell Lehrmittelfreiheit. Die Bücher, die angeboten werden, decken noch nicht einmal den Stoff der „leistungsschwachen" Kurse ab. Jede Teilnahme an „stärkeren" Kursen muß mit dem Erwerb teuerer Lehrmittel bezahlt werden. Die technischen und Berufsklassen sind oft ohne jedes Lehrmaterial. Die Eltern werden durch „Kooperativen" zur Bezahlung der Lehrmittel gezwungen. Die Konzentration des Schulwesens in große, stark gegliederte Einheiten führt zur Schließung kleiner Schulen, während an den großen Schulen Lehrermangel und Raumknappheit herrscht. Von den Lehrern werden mit den Förder- und Unterstützungskursen zahlreiche Überstunden gefordert, während zugleich die Zulassung von Studienabgängern gedrosselt wird und viele Lehrer arbeitslos sind.

Die Schulstreiks sind äußerlich zersplittert und ohne einheitliche Führung. Die bürgerliche Presse schweigt sie mit wenigen Ausnahmen tot. Erziehungsminister Beullac konnte frech von einem Schulanfang „ohne Probleme" und „mit einigen Schönheitsfehlern" sprechen. In einigen Fragen entwickelt sich aber eine einheitliche, das ganze Land erfassende Bewegung. Seit dem 21.9. streiken in ganz Frankreich die Sportlehrer gegen ein Dekret, das ihre Unterrichts- und Aufsichtspflichten erhöht, während Hunderte ihrer Kollegen nicht eingestellt werden.

ment Haute Garonne in Südfrankreich haben Eltern einer Grundschule die Nationalstraße 88 Toulouse-Albi blockiert, um die Bereitstellung von ausreichenden Klassenräumen zu erzwingen. In Bonafles (Departement Yvelines) „entführen" Eltern von Grundschülern eine versetzte Lehrerin und kündigen an, sie werden sie solange in ihrer ehemaligen Schule festhalten, bis ihre Forderung nach ausreichenden Lehrkräften erfüllt ist. Die Eltern zweier Klassen mit jeweils 37 und 38 Schülern haben die Grundschule in Heand (Departement Loire) mit der Forderung nach kleineren Klassen besetzt. In Grand-Quevilly streiken 80 Prozent des Personals einer Sekundarschule für die Wiedereinstellung von sechs Hilfskräften. In St. Just-St. Rambert (Loire) streiken Eltern und Lehrer einer Sekundarschule gemeinsam gegen den Lehrermangel. In Le Mans nimmt die Lehrergewerkschaft die Einstellung von sechs Junglehrern, die vom Staat abgelehnt worden waren, selbst in die Hand. In Antony bei Paris streiken die für das Schulessen verantwortlichen Angestellten gegen den Personalmangel. Lehrer, Eltern und Schüler unterstützen den Streik. Die meisten Gymnasien in Besancon, Dole und Montbeliard werden bestreikt, oft von Schülern und Lehrern gemeinsam. Hunderte von Schulen in Frankreich werden ganz oder teilweise bestreikt, oder sind von Eltern, Schülern, Lehrern besetzt. Viele haben den Unterricht seit

Mit Traktoren und Privatwagen blockieren Bauern in der Bretagne im Juni 1978 einen Schulbus, um gegen die hohen Transportkosten zu protestieren.

cengleichheit hat die Harby-Reform die Unterdrückung der Arbeiterjugend und ihre Abrichtung auf die Ausbeutung in den Fabriken ins Unerträgliche gesteigert.

Die klassenmäßige Auslese der Schüler beginnt nach dieser Reform in der Vorschule, in der Anfänge des Lesens und Schreibens gelehrt werden und die darüber entscheidet, in welchen Kurs der Grundschule ein Schüler eingeordnet wird. In der Grundschule ist das Sitzenbleiben abgeschafft, bzw.

form, der „einheitlichen" Sekundarschule (College d'enseignement secondaire) bis zum 16. Lebensjahr fort. Ein Teil der Arbeiterjugend – soweit nicht in die Sonderschule abgeschoben – wird ab der ersten Klasse der Sekundarschule in „berufsvorbereitende Klassen" gesteckt und auf einfache manuelle Arbeit gedrillt. Ab dem 14. Lebensjahr beginnen diese Schüler eine „Vorlehre", in der sie bereits die halbe Zeit ohne Lohn bei einem Kapitalisten arbeiten. Ein weiterer Teil der

cée) übernommen wird, muß sich dort von Anfang an auf einen eng begrenzten Studiengang festlegen, der über das spätere Studium entscheidet.

Jeweils zwei Klassen in Grund- und Sekundarschule werden bis jetzt nach diesem System organisiert. Die Kämpfe der Eltern, Schüler und Lehrer richten sich heute vor allem gegen die Spar- und Plündermaßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Auslese und Schulunterdrückung organisiert und verschärft. In der Sekundarschule herrscht offiziell Lehrmittelfreiheit. Die Bücher, die angeboten werden, decken noch nicht einmal den Stoff der „leistungsschwachen" Kurse ab. Jede Teilnahme an „stärkeren" Kursen muß mit dem Erwerb teuerer Lehrmittel bezahlt werden. Die technischen und Berufsklassen sind oft ohne jedes Lehrmaterial. Die Eltern werden durch „Kooperativen" zur Bezahlung der Lehrmittel gezwungen. Die Konzentration des Schulwesens in große, stark gegliederte Einheiten führt zur Schließung kleiner Schulen, während an den großen Schulen Lehrermangel und Raumknappheit herrscht. Von den Lehrern werden mit den Förder- und Unterstützungskursen zahlreiche Überstunden gefordert, während zugleich die Zulassung von Studienabgängern gedrosselt wird und viele Lehrer arbeitslos sind.

Die Schulstreiks sind äußerlich zersplittert und ohne einheitliche Führung. Die bürgerliche Presse schweigt

Italien: Streik der Krankenhausangestellten

z.ulg.Rom. Gegen den Versuch des Dienstherrn, die Krankenhausärzte von den Belegschaften abzuspalten, haben die 350000 nichtärztlichen Lohnabhängigen an den italienischen Krankenhäusern am letzten Mittwoch 24 Stunden lang gestreikt. Seit zwei Jahren ist der alte Tarifvertrag abgelaufen. Die Einheitsgewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten FLO fordert einen einheitlichen Vertrag für das gesamte Personal. Am 16. Februar hatte sie einen ersten Vertragsabschnitt zum Lohn unterzeichnet, der sich an die Anfang 1977 zwischen der Regierung und der Gewerkschaftsführung für 1978 vereinbarte Obergrenze für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von 25000 Lire (ca. 60 DM) hielt. Der niedrige Abschluß hatte dem ständischen Ärzteverband ermöglicht, einen Streik der Krankenhausärzte für einen besonderen Tarifvertrag zu organisieren. Der Dienstherr witterte die Möglichkeit zur Spaltung und schloß am 7. Juli mit dem Ärzteverband einen Vertrag, der über neue Beförderungsbestimmungen usw. Gehaltserhöhungen bis über 200000 Lire (500 DM) vorsieht. Die Löhne der Krankenpfleger und -schwestern sind in den letzten drei Jahren nominal nur halb so schnell gestiegen wie die in der Industrie. Um ein weiteres Auseinanderklaffen der Löhne innerhalb der Krankenhäuser zu verhindern, fordert die FLO nach dem Sonderabschluß für die Ärzte eine Ausgleichszahlung für das nichtärztliche Personal.

Britische Sozialarbeiter seit 5 Wochen im Streik

z.hef.London. Seit fünf Wochen streiken 750 Sozialarbeiter in den Londoner Bezirken Tower Hamlets und Southwark und 400 Sozialarbeiter in Newcastle für Forderungen nach höheren Löhnen, dem Recht auf Verhandlungen mit den lokalen Behörden und der Einhaltung der 36-Stundenwoche. Vor allen Büros und Krankenhäusern, in denen Sozialarbeiter beschäftigt sind, wurden Streikposten aufgestellt, in Newcastle auch vor dem städtischen Verwaltungshochhaus. Der nationale Exekutivrat der Gewerkschaft NALGO (Vereinigung der Regierungs- und Kommunalbeschäftigten) versucht die Bewegung einzudämmen. Über Anträge der Gewerkschaftsgruppen der Sozialarbeiter in den Londoner Bezirken Brent und Lewisham hat der Exekutivrat so entschieden: Brent solle weiter verhandeln, in Lewisham wird die Urabstimmung eingeleitet. Die Forderung nach einem landesweiten Streik am 27. September hat der Exekutivrat abgelehnt. Die Sozialarbeiter werden in beiden Städten Kundgebungen durchführen und rechnen auf hohe Beteiligung aus anderen Bezirken. Die 3 Gewerkschaften der 1,4 Millionen Arbeiter im öffentlichen Dienst haben in der letzten Woche gemeinsam die Forderung nach 60 Pfund Mindestlohn und 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich aufgestellt. Die 5%-Lohnleitlinie der Regierung wurde ausdrücklich abgelehnt.

Zahlreiche Streiks im Öffentlichen Dienst in Spanien

z.hef.London. Seit fünf Wochen streiken 750 Sozialarbeiter in den Londoner Bezirken Tower Hamlets und Southwark und 400 Sozialarbeiter in Newcastle für Forderungen nach höheren Löhnen, dem Recht auf Verhandlungen mit den lokalen Behörden und der Einhaltung der 36-Stundenwoche. Vor allen Büros und Krankenhäusern, in denen Sozialarbeiter beschäftigt sind, wurden Streikposten aufgestellt, in Newcastle auch vor dem städtischen Verwaltungshochhaus. Der nationale Exekutivrat der Gewerkschaft NALGO (Vereinigung der Regierungs- und Kommunalbeschäftigten) versucht die Bewegung einzudämmen. Über Anträge der Gewerkschaftsgruppen der Sozialarbeiter in den Londoner Bezirken Brent und Lewisham hat der Exekutivrat so entschieden: Brent solle weiter verhandeln, in Lewisham wird die Urabstimmung eingeleitet. Die Forderung nach einem landesweiten Streik am 27. September hat der Exekutivrat abgelehnt. Die Sozialarbeiter werden in beiden Städten Kundgebungen durchführen und rechnen auf hohe Beteiligung aus anderen Bezirken. Die 3 Gewerkschaften der 1,4 Millionen Arbeiter im öffentlichen Dienst haben in der letzten Woche gemeinsam die Forderung nach 60 Pfund Mindestlohn und 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich aufgestellt. Die 5%-Lohnleitlinie der Regierung wurde ausdrücklich abgelehnt.

Zahlreiche Streiks im Öffentlichen Dienst in Spanien

z.hev. Die spanische Regierung, die das Land mit drastischen Maßnahmen der Lohnsenkung und der Kostendämpfung in den Sozialversicherungen auf den EG-Beitritt vorbereitet und dem ausländischen Kapital optimale Ausbeutungsbedingungen bietet, sieht sich einer ganzen Reihe von Kämpfen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst konfrontiert. In Bilbao blockierten die Feuerwehrleute mit ihren Fahrzeugen die Straßen vor der Provinzregierung und setzten die Anerkennung der seit einem Monat ausstehenden Zuschlagszahlung durch. In der andalusischen Industriestadt Huelva streiken die Arbeiter der Verkehrsbetriebe seit 4. September für höheren Lohn und für die Auszahlung ausstehender Löhne der letzten Monate, insgesamt 12 Millionen Pesetas. Die Polizei wurde als Streikbrecher eingesetzt und fährt jetzt die Busse. Die Ärzte von 26 Krankenhäusern der staatlichen Sozialversicherung streikten vorletzte Woche 4 Tage gegen die Kürzung ihrer Bezüge.

sich den Jungs verbunden, schließlich hat er „in seiner Schulzeit schon die tägliche Sportstunde gekannt und ganz wesentliche Impulse für seine persönliche Entwicklung von seinem Sportlehrer bekommen", wie er zum Jubiläum des Deutschen Sportbundes in der Paulskirche verkündet. Dank dieser Impulse hat er es zwischen 1937 und 1945 in Pflichterfüllung für das imperialistische Kapital zum Oberleutnant gebracht, später sogar zum Kriegsminister und Kanzler. Denn er weiß: „Bei dieser Verteidigung des eigenen Staats ist Härte kein Tabu. Härte gegen sich selbst und gegen Terroristen immer in den Grenzen, in dem Rahmen, den die Gesetze uns ziehen, ist kein Tabu."

So stärkt er der GSG 9 das Rückgrat, was nötig ist, muß man doch „dem Dienst in Bonn etwas mehr Attraktivität" geben, der Grenzschutz hat dort „Personalschwierigkeiten". „Pflichtbewußtsein, Pflichterfüllung und Gehorsam sind nicht Zwecke an sich, genau so wenig, wie der Staat ein Zweck an sich ist, sondern sie sollen alle die Mittel sein, einer Gemeinschaft seelisch und physisch gleichartiger Lebewesen die Existenz auf dieser Erde zu ermöglichen und zu sichern." Dies letzte sprach nicht Helmut Schmidt, sondern schrieb Adolf Hitler in „Mein Kampf", S. 593.

Bundeswehrverband fordert Arbeitsdienst

z.diz. Die Bourgeoisie hat den Bundeswehrverband gegründet, um die Gewerkschaftsbewegung unter den Soldaten von innen zu zerbrechen. Zum Vorsitzenden haben sie einen Oberst Volland gemacht. Noch jeder Angriff auf die Soldatenbewegung hat mit einer Umarmung durch diesen Oberst begonnen: Gegen die Forderung nach Lohnfortzahlung hat er 1 DM mehr am Tag gesetzt, einen Freifahrtschein im Monat will Apel jetzt vielleicht herausrükken. Jetzt hat Volland vorgeschlagen, die allgemeine Wehrpflicht zu einer „Gemeinschaftsdienstpflicht auszubauen". Alle Männer und Frauen sollen zu einer „Dienstleistung für Staat und Gesellschaft herangezogen werden", wozu „nicht nur soziale Dienste" zählen – also Arbeitsdienst und Ausbau des stehenden Heeres als Berufsarmee. „Nicht sonderlich populär" sei dieser Vorschlag, meint Volland. Er wird sich noch wundern, wie schnell es unter den Männern *und* Frauen populär werden wird, das Waffenhandwerk zu erlernen und es auf seinesgleichen anzuwenden.

Kriegsschadenrentenanpassung: 59 Mio./Jahr Ertrag

z.mif. Der Entwurf des Neunundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes ist von den Bundesministern des Innern und der Finanzen am 1.9.78 in den Bundestag eingebracht worden. „Zielsetzung: a) Übereinstimmung des Anpassungstermins für die Kriegsschadenrente mit dem Anpassungstermin in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Kriegsopferversorgung. b) Beseitigung von Härten und sonstige Anpassungsmaßnahmen." Dieses neue Stück Rentengerechtigkeit spart der Bourgeoisie „Mehrausgaben des Ausgleichsfonds" von 59 Millionen DM 1978, 58 Mio. 1979, 57 Mio. 1980, 51 Mio. 1981 ein. Ab dann wird sowieso nicht mehr mit viel Empfängern von Kriegsschadenrenten gerechnet, und die Mittel werden frei für die Finanzierung künftiger imperialistischer Eroberungsversuche.

Arbeitserlaubnisverordnung: billige, mobile ausländische Arbeiter

z.gab. Am 29.8. hat die westdeutsche Kapitalistenklasse die Arbeitserlaubnisverordnung für ausländische Arbeiter in der BRD vom Ehrenbergministerium ändern lassen.

Es geht unter anderem um die Zeit der Vernutzung der Arbeitskraft des Ausländers.

Sie soll dann *nicht* auf zwei Jahre beschränkt sein, wenn der Arbeiter einen Arbeitsvertrag nicht mit einem westdeutschen, sondern mit einem „ausländischen Unternehmen" geschlossen hat und dieses zur „Erfüllung eines Werkvertrages" mit einem westdeutschen Kapitalisten „seine Arbeiter" von der westdeutschen Kapitalistenklasse ausbeuten läßt. Arbeitersklavenhandel, jederzeitiges Ansaugen und Abstoßen der Arbeiter, politische Entrechtung der ausländischen Arbeiter – neben einer Lohnsenkung für die ausländischen Arbeiter in der BRD ist dies ein gewaltiges Mittel der Spaltung und Lohndrückerei in den Händen der westdeutschen Kapitalistenklasse.

Die EKD will auf „drittem Weg“ Lohnsenkung

z.std. 500000 Arbeiter und Angestellte arbeiten bei den Kirchen. Gewerkschaftliche Rechte haben sie nicht. Ihre Arbeitsverhältnisse werden geregelt durch kirchliches Recht. Über die Entlohnung entscheidet die Synode. Damit sind verschiedene Möglichkeiten der Spaltung gegeben, die die Kirchen zur Senkung des Lohns benutzen.

Die Beschäftigten fordern eine tarifvertragliche Regelung, die das Streikrecht enthält. Die Kirchenleitung argumentiert „theologisch“, wenn sie von Streik und Tarifrecht hört. Das muß ähnlich sein, wie mit dem Teufel. „Die Möglichkeit eines Arbeitskampfes sei mit dem Gedanken der besonderen Dienstgemeinschaft in der Kirche nicht vereinbar.“ Die Synode der nordelbischen evangelischen Kirche mußte Anfang des Jahres einen Beschluß fassen, für den gesamten nordelbischen Bereich Tarifverträge abzuschließen. Die Forderungen, die sie dabei stellt, sind pfäffisch frech. Streik soll ausgeschlossen sein. Eine Schlichtungsordnung soll im Tarifvertrag verankert werden, die unkündbar ist; es wird eine besondere tarifvertragliche Vereinbarung getroffen, nach der „in Notfällen“ von der Synode ein Tarifvertrag einseitig aufgekündigt werden kann. Dies ist ein offenes Betrugsmanöver gegen die Beschäftigten. Was soll da eigentlich noch verhandelt werden. Um die Front der Beschäftigten insgesamt zu spalten, hat der Rat der EKD vorgeschlagen, Regelungen eines sogenannten „Dritten Weges“ vorzunehmen. Danach soll eine „Arbeitsrechtliche Kommission“ gebildet werden, die zur Hälfte aus Vertretern der Kirche und zur Hälfte aus Vertretern der Beschäftigten besteht. Die Vertreter sollen durch die Vereinigungen entsprechend ihrer Gesamtstärke entsendet werden. Die Kirche hofft, darüber die ÖTV zu isolieren.

Die Beschäftigten halten unbedingt an den Forderungen nach Tarifrecht und Streikrecht fest. Ihre Schwäche besteht darin, daß die ÖTV für die Beschäftigten der Kirchen besondere Regelungen trifft, statt sie als Teil des öffentlichen Dienstes in gemeinsamer Tarifregelung einzubeziehen. Dadurch ließen sich ohne weiteres die Manöver der Pfaffen zurückschlagen.

Wochenendarbeit, erhöhte Zugzahl, Knotenpunktsystem

Rationalisierung auf den Rangierbahnhöfen

r.mim. Seit dem Einstellungsstopp im November 1974 sind bei der Deutschen Bundesbahn 65440 Arbeiter rausrationalisiert worden, laut Vorstand sollen nochmals 16500 rausgeschmissen werden. Sämtliche Maßnahmen bei der Bahn zielen darauf, eine größere Menge Waren in schnellerer Zeit von weniger Arbeitern an den jeweiligen Bestimmungsort zu befördern, damit die Kapitalisten ihren Profit schneller realisieren können. Am Beispiel des Rangierbahnhofs Seelze: Seit dem Sommerfahrplan 1978 müssen die Rangierer 15 Schnell- und Nahgüterzüge mehr abfertigen als vorher. Obwohl der Wagenausgang aus diesem Bahnhof rückläufig ist, werden mehr Waren als früher befördert.

Früher gab es in der Mehrzahl Waggons von zwölf Meter Länge, heute sind sie ca. 24 Meter lang. Ein Zug mit 25 langen Wagen läßt sich schneller bilden als ein Zug mit 50 kurzen Wagen. In der damit eingesparten Zeit müssen die Arbeiter andere Arbeit verrichten.

Der entscheidende Schritt zum beschleunigten Warenumschlag soll jetzt mit dem Knotenpunktsystem gemacht werden: 800 Dienststellen der Deutschen Bundesbahn sind dadurch bereits aufgelöst, 2500 Arbeiter wegrationalisiert worden. „Zur Zeit gibt es 456 Knotenpunktbahnhöfe, zu denen auch die Rangierbahnhöfe zählen. In diesen 456 Knotenpunktbahnhöfen bewerkstelligt die Deutsche Bundesbahn heute Aufgaben, für die sie früher 1880 Bedienungsbahnhöfe brauchte“, bejubelt der Vorstand der Deutschen Bundesbahn seine Rationalisierungsfortschritte. 40% der Gesamtbeförderungszeit werden durch dieses System eingespart, die bislang für Umbildung, Auslösung der Züge und andere Rangierarbeiten gebraucht wurde. Die kleineren Rangierbahnhöfe werden mehr oder weniger aufgelöst, sie haben nur noch Zubringertätigkeiten zu erfüllen.

Entsprechend ist die Arbeitshetze für die Arbeiter in Seelze gesteigert worden: „Um die Bereitstellung der freitags aufgegebenen Wagen am Montagmorgen zu ermöglichen, werden auf mehreren Rangierbahnhöfen die Rangierschichten von Montagmorgen auf den Sonntag verlegt“, so der Vorstand der Deutschen Bundesbahn. In Seelze ist die Wochenendarbeit bereits ausgedehnt worden: Wo 1977 am Sonntag noch vier Rangierer in einer Sechsstundenschicht gearbeitet haben, mussen jetzt bereits ca. 50 Rangierer am Sonntag arbeiten, um in drei Schichten die auf den Sonntag verlegte Rangierarbeit zu leisten. Wie aus dem abgedruckten Schichtplan eines Rangierers in Seelze abzulesen ist, bedeutet die Ausdehnung der Wochenendarbeit beschleunigte Ruinierung der Arbeiter.

Auf die sechs Wochen im Durchschnitt gerechnet hat der Rangierer eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 39,75 Stunden. Trotz Unterschreiten der 40-Stunden-Woche im Durchschnitt wird aber seine Arbeitskraft schärfster Auspressung unterworfen: So muß er z.B. am Donnerstag sechs Stunden Frühschicht machen, hat dann nur 8 1/2 Stunden Unterbrechung, um dann 8 1/2 Stunden die Nacht von Donnerstag auf Freitag durchzuarbeiten. In der zweiten Woche muß er insgesamt 51 Stunden arbeiten. Jede Schicht reicht in die Nacht hinein. Am Samstag und Sonntag der vierten Woche überschneiden sich zwei Schichten lang Feiertags- und Nachtarbeit. Auf diese Weise wird die Lebenszeit des Arbeiters vollständig in Beschlag genommen für die Profitinteressen der Kapitalisten.

Das Schaubild zeigt einen Ausschnitt aus dem Schichtplan eines Rangierers in Seelze über 5 Wochen hinweg. Die Schichten sind als Säulen dargestellt. Nacht- und Feiertagszeiten sind mit hellem Raster hinterlegt, so daß Überschneidungen der Schichten mit diesen Zeiten dunkler erscheinen.

„Die Schwarzen haben recht, das ist ihr Land“

r.rüb. Schüler einer 7. Klasse an der IGS Braunschweig haben letzte Woche im Unterricht die Geschichte „Namo geht nach Mozambique“ besprochen. Namo ist ein Schüler in Zimbabwe, der nach einer Terror-Aktion der weißen Smith-Söldner gegen seine Schule, bei der sein Freund erschossen wird, nach Mozambique geht, um sich den Befreiungsstreitkräften der Patriotischen Front anzuschließen.

Bis auf zwei Kinder stammen die Kinder dieser Klasse aus VW-Arbeiterfamilien. Die Klasse ist bekannt an der Schule als rebellisch. Lehrer, die als offene Unterdrücker auftreten, haben in der Klasse keine ruhige Minute. Haben die Schüler auch untereinander Streit, gegen die Schulunterdrückung stehen sie zusammen. Als ein Lehrer am letzten Schultag vor den Ferien noch regulären Unterricht abhalten wollte, hat sich sie ganze Klasse geweigert, das nötige Material rauszuholen, und ein Schüler hat dem Lehrer gesagt: „Ihr Unterricht stinkt uns schon lange und Sie auch.“

Ihre Erfahrung, daß sie durch Zusammenschluß ihre Interessen durchsetzen können, bestimmte auch die Debatte über den Schüler Namo: „Die Schwarzen haben recht, das ist ihr Land, die Weißen haben sich eingeschlichen“, darüber war sich die Klasse schnell einig. Kurz umstritten die Frage der bewaffneten Gewalt: „Ob das Terrorismus ist?“ „Krieg ist überhaupt nicht gut, aber die weißen Soldaten haben Gewehre, deshalb müssen auch die Schwarzen Gewalt anwenden, ihre Interessen durchzusetzen“, darauf hat sich die Klasse zusammengeschlossen.

Daß die Jugend der Arbeiterklasse die Konkurrenz, die die Schulunterdrückung schafft, überwindet, sich für ihre Interessen zusammenschließt und aus ihren eigenen Erfahrungen heraus die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt unterstützt, schafft der Bourgeoisie Probleme. Sie braucht die Jugend, will sie ihre Interventionspläne im südlichen Afrika durchsetzen. Angesetzt gegen dieses Problem haben sie vor zwei Wochen in Goslar die Dunkelmänner in den schwarzen Röcken. Für die „Braunschweiger Missionstage“ unter dem Motto „Missionierende Kirche“ hatten sie extra sieben „Fackelträger des Christentums“ aus Übersee eingeführt, um ihre Propaganda zu landen. Sie organisierten ein „Konfirmandentreffen“ und ein „Missionsmeeting“, das aber trotz „moderner Rhythmen“ nur wenig Teilnehmer fand.

Sie veranstalteten ein „Kindermissionsfest“. Bei Kaffee und Kuchen wurde aufgeführt die „Geschichte der christlichen Mission“: Sie begann mit Petrus und den Jüngern, die nach Europa kamen, anschaulich mit einem Floß auf einem Teich dargestellt. „Von hier aus waren es dann die ersten Missionare, die im vorigen Jahrhundert von Europa nach Afrika aufbrachen.“ (Seesener Beobachter) Kommentar des Pastor Sachau: Die Missionare seien beinahe in einem Sturm am Kap der guten Hoffnung umgekommen – die Waffen der afrikanischen Völker, mit denen sie bald Bekanntschaft machten, erwähnte er nicht. Die letzte Station der Vorführung bildeten dann die Geistlichen aus Übersee – zwei Afrikaner – die im modernen Schlauchboot wieder nach Europa kamen. Es handelte sich um ein Gleichnis für den freien Welthandel, von dem die Afrikaner ja letztlich profitieren würden, was durch das Schlauchboot untergejubelt werden sollte – direkte Rechtfertigung des alten und neuen Kolonialismus der Imperialisten.

Der Kampf der Völker der Dritten Welt führe die Völker nur ins Chaos, so ein gewisser Dr. G. Hasselblatt in einem Vortrag zum Thema „Äthiopien – Angst und Hoffnung“. Er wollte es mit dem Hinweis auf den Befreiungskampf des Volkes von Eritrea beweisen – und die Massen könnten nur in der christlichen Heilslehre Zuflucht finden, die Gottesdienste wären überfüllt. Die Idee der Landreform hätte die Kirche den „dumpfen Massen“ nahegebracht.

Den Vortrag hielt Hasselblatt am Seesener Gymnasium für die neunte bis dreizehnte Klasse. Die Schüler waren über die Schulgewalt zwangsverpflichtet worden. Obwohl Hasselblatt mit Geschichten über Teufelsaustreibungen zu interessieren suchte – die Hetze und Lügen über den Befeiungskampf der Völker der Dritten Welt wollten die Schüler nicht hören. Zwischenrufe wie „Halt's Maul“ oder „Verschwinde“ bekam er zu hören. Einige Schüler spielten trotz drei Ermahnungen von Probst Hartig lieber Skat, der größte Teil verließ mit der Zeit den Saal. Das konnten auch die anwesenden Lehrer nicht verhindern. In den Diskussionen unter den Schülern war die Meinung: „Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf“ weit verbreitet. 23,55 DM sind in den letzten eineinhalb Wochen unter den Schülern für eine ZANLA-Kompanie gesammelt worden.

Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker...

z.ulg.Rom. ...die Zinsen aber bringt

vertrag einseitig aufgekündigt werden kann. Dies ist ein offenes Betrugsmanöver gegen die Beschäftigten. Was soll da eigentlich noch verhandelt werden. Um die Front der Beschäftigten insgesamt zu spalten, hat der Rat der EKD vorgeschlagen, Regelungen eines sogenannten „Dritten Weges“ vorzunehmen. Danach soll eine „Arbeitsrechtliche Kommission“ gebildet werden, die zur Hälfte aus Vertretern der Kirche und zur Hälfte aus Vertretern der Beschäftigten besteht. Die Vertreter sollen durch die Vereinigungen entsprechend ihrer Gesamtstärke entsendet werden. Die Kirche hofft, darüber die ÖTV zu isolieren.

Die Beschäftigten halten unbedingt an den Forderungen nach Tarifrecht und Streikrecht fest. Ihre Schwäche besteht darin, daß die ÖTV für die Beschäftigten der Kirchen besondere Regelungen trifft, statt sie als Teil des öffentlichen Dienstes in gemeinsamer Tarifregelung einzubeziehen. Dadurch ließen sich ohne weiteres die Manöver der Pfaffen zurückschlagen.

auch die Rangierbahnhöfe zählen. In diesen 456 Knotenpunktbahnhöfen

Auf die sechs Wochen im Durchschnitt gerechnet hat der Rangierer

mit hellem Raster hinterlegt, so daß Überschneidungen der Schichten mit diesen Zeiten dunkler erscheinen.

„Die Schwarzen haben recht, das ist ihr Land“

r.rüb. Schüler einer 7. Klasse an der IGS Braunschweig haben letzte Woche im Unterricht die Geschichte „Namo geht nach Mozambique“ besprochen. Namo ist ein Schüler in Zimbabwe, der nach einer Terror-Aktion der weißen Smith-Söldner gegen seine Schule, bei der sein Freund erschossen wird, nach Mozambique geht, um sich den Befreiungsstreitkräften der Patriotischen Front anzuschließen.

Bis auf zwei Kinder stammen die Kinder dieser Klasse aus VW-Arbeiterfamilien. Die Klasse ist bekannt an der Schule als rebellisch. Lehrer, die als offene Unterdrücker auftreten, haben in der Klasse keine ruhige Minute. Haben die Schüler auch untereinander Streit, gegen die Schulunterdrückung stehen sie zusammen. Als ein Lehrer am letzten Schultag vor den Ferien noch regulären Unterricht abhalten wollte, hat sich sie ganze Klasse geweigert, das nötige Material rauszuholen, und ein Schüler hat dem Lehrer gesagt: „Ihr Unterricht stinkt uns schon lange und Sie auch.“

Ihre Erfahrung, daß sie durch Zusammenschluß ihre Interessen durchsetzen können, bestimmte auch die Debatte über den Schüler Namo: „Die Schwarzen haben recht, das ist ihr Land, die Weißen haben sich eingeschlichen“, darüber war sich die Klasse schnell einig. Kurz umstritten die Frage der bewaffneten Gewalt: „Ob das Terrorismus ist?“ „Krieg ist überhaupt nicht gut, aber die weißen Soldaten haben Gewehre, deshalb müssen auch die Schwarzen Gewalt anwenden, ihre Interessen durchzusetzen“, darauf hat sich die Klasse zusammengeschlossen.

Daß die Jugend der Arbeiterklasse die Konkurrenz, die die Schulunterdrückung schafft, überwindet, sich für ihre Interessen zusammenschließt und aus ihren eigenen Erfahrungen heraus die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt unterstützt, schafft der Bourgeoisie Probleme. Sie braucht die Jugend, will sie ihre Interventionspläne im südlichen Afrika durchsetzen. Angesetzt gegen dieses Problem haben sie vor zwei Wochen in Goslar die Dunkelmänner in den schwarzen Röcken. Für die „Braunschweiger Missionstage“ unter dem Motto „Missionierende Kirche“ hatten sie extra sieben „Fackelträger des Christentums“ aus Übersee eingeführt, um ihre Propaganda zu landen. Sie organisierten ein „Konfirmandentreffen“ und ein „Missionsmeeting“, das aber trotz „moderner Rhythmen“ nur wenig Teilnehmer fand.

Sie veranstalteten ein „Kindermissionsfest“. Bei Kaffee und Kuchen wurde aufgeführt die „Geschichte der christlichen Mission“: Sie begann mit Petrus und den Jüngern, die nach Europa kamen, anschaulich mit einem Floß auf einem Teich dargestellt. „Von hier aus waren es dann die ersten Missionare, die im vorigen Jahrhundert von Europa nach Afrika aufbrachen.“ (Seesener Beobachter) Kommentar des Pastor Sachau: Die Missionare seien beinahe in einem Sturm am Kap der guten Hoffnung umgekommen – die Waffen der afrikanischen Völker, mit denen sie bald Bekanntschaft machten, erwähnte er nicht. Die letzte Station der Vorführung bildeten dann die Geistlichen aus Übersee – zwei Afrikaner – die im modernen Schlauchboot wieder nach Europa kamen. Es handelte sich um ein Gleichnis für den freien Welthandel, von dem die Afrikaner ja letztlich profitieren würden, was durch das Schlauchboot untergejubelt werden sollte – direkte Rechtfertigung des alten und neuen Kolonialismus der Imperialisten.

Der Kampf der Völker der Dritten Welt führe die Völker nur ins Chaos, so ein gewisser Dr. G. Hasselblatt in einem Vortrag zum Thema „Äthiopien – Angst und Hoffnung“. Er wollte es mit dem Hinweis auf den Befreiungskampf des Volkes von Eritrea beweisen – und die Massen könnten nur in der christlichen Heilslehre Zuflucht finden, die Gottesdienste wären überfüllt. Die Idee der Landreform hätte die Kirche den „dumpfen Massen“ nahegebracht.

Den Vortrag hielt Hasselblatt am Seesener Gymnasium für die neunte bis dreizehnte Klasse. Die Schüler waren über die Schulgewalt zwangsverpflichtet worden. Obwohl Hasselblatt mit Geschichten über Teufelsaustreibungen zu interessieren suchte – die Hetze und Lügen über den Befeiungskampf der Völker der Dritten Welt wollten die Schüler nicht hören. Zwischenrufe wie „Halt's Maul“ oder „Verschwinde“ bekam er zu hören. Einige Schüler spielten trotz drei Ermahnungen von Probst Hartig lieber Skat, der größte Teil verließ mit der Zeit den Saal. Das konnten auch die anwesenden Lehrer nicht verhindern. In den Diskussionen unter den Schülern war die Meinung: „Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf“ weit verbreitet. 23,55 DM sind in den letzten eineinhalb Wochen unter den Schülern für eine ZANLA-Kompanie gesammelt worden.

Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker...

z.ulg.Rom. ...die Zinsen aber bringt
zurück nach Rom. Die Vatikaneigene Bank IOR (Institut für die Werke der Religion) hat beim italienischen Außenhandelsministerium die Anerkennung als Auslandsbank beantragt. In einem Rundschreiben an die Zentralbank und die Devisenbehörden hat die Regierung die Genehmigung bereits erteilt und darauf hingewiesen, die IOR sei künftig ebenso wie die Niederlassungen der New Yorker und Londoner Banken zu behandeln. Offiziell unterliegen die im Vatikan ansässigen Pfaffen nach wie vor den italienischen Devisenbestimmungen. Mit Hilfe ihrer Bank können sie künftig nun noch problemloser ihr aus dem Kardinalssalär gebildetes Kapital an „sicherem Ort“ im Ausland anlegen. Das IOR kennt sich in „Niedriglohnländern“ schon gut aus. Da zwischen dem Vatikanstaat und Italien keine Grenzkontrollen bestehen, wird das IOR seine frommen Dienste auch manchem italienischen Bourgeois zu gleichem Behufe anbieten können. Hauptzweck des ganzen gottgefälligen Manövers ist aber, den Einstieg des Heiligen Stuhls ins internationale Bankgeschäft vorzubereiten. Schon bisher war das IOR mit der Verwaltung des umfänglichen Aktien- und Immobilienvermögens des Vatikans betraut. Wenn sich die Völker der Dritten Welt schon nicht freiwillig bekehren wollen, scheint sich der erste Johannes Paul zu denken, vielleicht kann der Kredit für den nötigen Nachdruck bei der Mission sorgen?

Preis- und Vertragsbrecher auf dem Bananenmarkt

Die BRD-Imperialisten müssen das Abkommen von Lomé erfüllen

z.scc.Brüssel. „Bananen können sogar als ‚Luxusgut‘ bezeichnet werden, und es läßt sich durchaus ohne sie auskommen“, ließ sich im April unverbrämt drohend die EG-Kommission vernehmen. Die EG ist mit fast zwei Mio. Tonnen der Welt zweitgrößter Bananenimporteur hinter den USA und setzt die geballte Kraft ihrer imperialistischen Mitgliedsstaaten zum Druck auf den Weltmarktpreis ein. 1977 liegt der Preis, den die mittelamerikanischen Staaten pro Tonne Bananen bekommen, gerade um 13% höher als 1970, hat dabei Anfang der 70er Jahre schroffe Einbrüche bis zu 20% hinnehmen müssen. Daß er überhaupt „gestiegen“ ist, ist einzig Erfolg der Tatsache, daß sich einige lateinamerikanische Länder zu einer Union der bananenexportierenden Länder (UPEB) zusammengeschlossen und damit begonnen haben, im Kampf gegen das US-Monopol United Brands Vertrieb und Verschiffung der Bananen in die eigenen Hände zu nehmen. Dennoch stehen heute zahlreiche Länder, im Rahmen der imperialistischen „Arbeitsteilung“ in bloße Bananenplantagen und -lieferanten für die Imperialisten verwandelt, am Rande des völligen Ruins. Denn die Weltmarktpreise decken nicht einmal mehr die Produktionskosten. Ein internationales Bananenabkommen, wie es die bananenexportierenden Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens seit mehr als zwei Jahren fordern, die Festlegung eines kostendeckenden Mindestpreises, Absatzgarantien, sind für sie zu einer unmittelbaren Existenzfrage geworden.

In dieser Situation des langanhaltenden Preisverfalls hat eine Gruppe von Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums, die AKP-Staaten, mit dem Abkommen von Lomé den EG-Imperialisten Vereinbarungen abringen können, die diese zu finanzieller Unterstützung bei Investitionen im Bananensektor verpflichten und ihnen Schranken setzen beim Versuch, die Bananenpreise noch weiter zu drücken. Bis heute müssen die AKP-Staaten um die Einhaltung der Vertragspunkte kämpfen: die Imperialisten reden sich mit „Interpretationsschwierigkeiten“ heraus, drosseln die Bananenimporte, erschweren den Vertrieb, kommen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nach, kurz, tun, als ob sie das Protokoll Nr. 6 „Bananen“ des Lomé-Abkommens nie unterzeichnet hätten. Halbwegs durchsetzen können haben die AKP-Staaten die vertraglichen Vereinbarungen bisher nur im Hinblick auf die Preise für ihre Bananenexporte: 1977 erzielen sie pro Tonne 319 EUC (1 EUC ca. 2,60 DM) gegenüber 263 EUC, die die anderen, hauptsächlich lateinamerikanischen Ländern von den EG-Imperialisten bekommen. Doch auch an der Preisfront bleiben die EG-Imperialisten tätig. Als Hauptpreisbrecher, wie überhaupt als Hauptvertragsbrecher, tun sich dabei die BRD-Imperialisten hervor.

Zur Zeit der Unterzeichnung des Lomé-Abkommens exportierten die AKP-Staaten ihre Bananen fast ausschließlich nach Italien, Großbritannien und Frankreich, das allerdings den größten Teil seiner Einfuhren billig aus den zu Bananenplantagen herabgewürdigten Kolonien Martinique und Guadeloupe bezieht. Die BRD-Imperialisten weigern sich, trotz Garantieabnahmeverpflichtungen der EG, bis heute, Bananen aus den AKP-Staaten zu importieren. Sie, die mit fast 600000 t Bananen mehr als ein Viertel aller EG-Importe bestreiten und mit Abstand größter europäischer Importeur sind, waren verpflichtet worden, wenigstens 7000 t aus den AKP-Ländern zu kaufen – und kauften 7 (sieben) Tonnen! Sicher, sie würden schon mehr importieren, aber nur zu den Schleuderpreisen, die sie schon gegen die anderen, die Nicht-AKP-Staaten, durchsetzen konnten. 1977 waren das ca. 719 DM pro Tonne, fast 14% weniger. „...die Preisangebote der deutschen Importeure (sind) für die AKP-Exporteure nicht interessant“, resümiert die EG-Kommission, und droht den AKP-Staaten gleich mit weiteren Importbeschränkungen (für Italien) wegen angeblicher „Qualitätsprobleme“.

Damit nicht genug. Zum Schutz ihrer Bananenexporte und -preise hatten die AKP-Staaten durchgesetzt, daß die EG-Imperialisten einen Zoll von 20% auf Einfuhren aus Drittländern zahlen müssen. Diese Tatsache würden die EG-Imperialisten liebend gern zur Schürung der Konkurrenz und zur Spaltung zwischen den AKP-bananenexportierenden und den anderen bananenexportierenden Staaten nutzen, und versuchen es auch. Aber ihre Versuche ziehen nicht. Warum? Weil die Abkommen zwischen der EG und den AKP-Staaten nicht nur allgemein stabilisierend auf die Bananenweltmarktpreise wirken, sondern gleichzeitig als starker Anreiz auf andere Staaten der Dritten Welt, sich dem Abkommen von Lomé anzuschließen. Die BRD-Imperialisten setzen alles daran, diese Wirkung zu unterhöhlen. So haben sie durchsetzen können, daß sie Bananen aus Lateinamerika zollfrei einführen können. Weit gefehlt, daß Bananen für die Volksmassen in Westdeutschland dadurch billiger wären als für die Volksmassen in den anderen Mitgliedsstaaten der EG. Der Druck auf die Lebensmittel ergänzt den Druck auf den Lohnstandard. Mit ihrer Preis- und Vertragsbrecherei erzielen die BRD-Imperialisten gewaltige Extraprofite. Zum Neid der Konkurrenten: „Eine Reihe von Mitgliedsstaaten meint..., daß Deutschland die ‚AKP-Last‘ mittragen sollte...“ Der Schuß gegen die Länder der Dritten Welt scheint nach hinten loszugehen. Die Aussichten, daß die AKP-Staaten in den Neuverhandlungen über das Lomé-Abkommen ihre Forderungen gegen alle EG-Imperialisten durchsetzen, stehen günstig.

Quellen: Bananen: Wichtigste Fakten des Welt- und des Gemeinschaftsmarktes, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, April 1978; AKP-Vorschläge für eine ständige gemeinsame Gruppe „Bananen“ zur Anwendung des Protokolls Nr. 6 des Lomé-Abkommens, AKP-Gruppe, März 1977; Importe frischer Bananen 1975-1977, OSCE

Lohnentwicklung und Lohnkonto der belgischen Stahlarbeiter

z.scc.Brüssel. Mit dieser Untersuchung setzen wir den in den vorigen Nummern der KVZ begonnenen internationalen Vergleich der Lohnentwicklung der Stahlarbeiter fort. Wir gehen davon aus, daß ein belgischer Stahlarbeiter täglich 1 Liter Milch trinke, wöchentlich 1 kg Brathähnchen verzehre und halbjährlich eine neue Hose kaufe, daß er Monat für Monat den gleichen Prozentanteil seines Lohnes (auf der Basis der 40-Stundenwoche) beiseite legt, den er im April 1970 dafür zu zahlen hatte. Sofern die Preise der Waren in den folgenden Jahren unter diesem Lohnanteil lagen, haben wir den „Überschuß" dem jeweiligen Konto gutgeschrieben, im umgekehrten Fall abgezogen.

Die Konten wachsen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Es ist dabei zu berücksichtigen, erstens, daß wir den „allgemeinen Durchschnittslohn der Stahlarbeiter" zugrundegelegt haben, der durchweg deutlich *über* dem Tariflohn eines Facharbeiters der Stahlindustrie liegt. Zweitens, daß es sich um den *Brutto*lohn handelt, sich ein wachsender Teil der „Guthaben" also in den Klauen des Staatsapparates befindet. Drittens, daß die belgischen Stahlarbeiter über einen langen Zeitraum von Massenkurzarbeit nicht mit dem Lohn einer 40-Stundenwoche rechnen konnten; in einigen Betrieben dauerte die Kurzarbeit länger als ein Jahr. Dennoch wollen wir nicht bezweifeln, daß die *Tendenz,* die sich in beiden Schaubildern ausdrückt, der Wirklichkeit in etwa entspricht. Untersuchen wir diese Tendenz näher.

Die belgische Bourgeoisie hütet die Preise der in den Verbrauch der Lohnabhängigen eingehenden Waren wie ein Staatsgeheimnis: ihre Veröffentlichung ist verboten, stattdessen findet man in den amtlichen Statistiken unnachprüfbare allgemeine Preisindices, und erst nach langem Hin und Her hat sich das Wirtschaftsministerium bereiterklärt, die absoluten Preise herauszurücken. Warum diese Geheimnistuerei, wenn doch der *Augenschein* sie für überflüssig erklärt? *Eine* Erklärung findet sie in den sogenannten Preisindexklauseln, nach denen in den meisten Industriezweigen, so auch in der Stahlindustrie, die Löhne „automatisch" angeglichen werden, wenn die Preissteigerungsrate 2% übersteigt. *Wann* sie das tut, hängt allerdings nicht etwa von der Entwicklung der Preise selbst ab, sondern von den bürgerlichen Rechnungskünstlern, die den zugrundeliegenden Warenkorb zusammenstellen. Betrug führt dabei Regie, und Betrug liebt bekanntlich die Dunkelheit. Schaubild 2 deutet an, daß ab 1975 die Preise für Herrenhosen (55% Wolle, 45% Synthetik) im Verhältnis zu den Löhnen leicht zu steigen begannen – 1976 wurden sie folglich aus dem Warenkorb gestrichen und durch bedeutend billigere Baumwollhosen ersetzt. *Tatsächlich* wird es so sein, daß der Arbeiter statt 2 teureren und relativ guten Hosen nun billigere und schlechtere kauft – und dabei teurer lebt, denn er wird dann nicht 2, sondern 3 oder 4 Hosen im Jahr verbrauchen und sein „Hosenkonto" dadurch schnell in die Miesen bringen.

Trotz dieser weiteren Einschränkung sei unbestritten, daß die Löhne der belgischen Stahlarbeiter steigen, wenn auch ab 1975 nur zäh. Ist die Preisindexklausel also doch die „Errungenschaft", als die die Bourgeois und reformistischen Gewerkschaftsführer sie preisen? Im Gegenteil. Vergleichen wir die Entwicklung des „allgemeinen Durchschnittslohns" der belgischen Industriearbeiter mit der Entwicklung der Preisindices, läßt sich unzweideutig feststellen, daß die Löhne seit 1974/75 *fallen.* Mit Hinweis auf die Preisindexklausel verhindern die Reformisten in zahlreichen Betrieben und Branchen seit mehr als 2 Jahren die Aufstellung von Lohnforderungen, sabotieren sie den Lohnkampf. Es spricht für die Kampfkraft der Stahlarbeiter, daß sie sich trotz heftiger Angriffe der Stahlkapitalisten, trotz Massenkurzarbeit, trotz Massenentlassungen, die allein 1976 über 13% von ihnen auf die Straße warfen, ihren Lohn im wesentlichen verteidigten.

Haustarif bei P&S gekündigt – Streiks gegen Stillegungspläne

z.bel. Am 4. September hat die Tarifkommission der IG Metall den Haustarif für die rund 17300 Beschäftigten der Stahlwerke Peine – Salzgitter AG (P&S) zum 30.11. gekündigt. Eine Forderung wurde nicht beschlossen. Zum am 30.9. endenden Geschäftsjahr von P&S verzeichnen die Kapitalisten jetzt erste Erfolge vermehrter Schinderei auf der Basis gesenkter Löhne. Von 3,74 Mio. Tonnen wurde die Rohstahlerzeugung auf über 3,8 Mio. gesteigert, gleichzeitig die Belegschaft um über 1000 reduziert. Mit rund 40 Mio. DM weniger „Verlust" wird gerechnet. Damit hoffen die P&S-Kapitalisten sich eine Ausgangsbasis geschaffen zu haben, um aus der Lauerstellung zum Angriff zunächst auf die „marktstörenden Brescianer", sodann auf die restliche Konkurrenz zu blasen. Das Hochofenwerk Ilsede soll geschlossen, etwa 500 weitere Arbeiter überflüssig gemacht werden, die Rohstahlerzeugung ganz in Salzgitter konzentriert werden. Tatsächlich nur 3,6% für die P&S-Arbeiter betrug der Lohnraubabschluß des Vorjahres, da die „Prämie 2" nicht mitangehoben wurde. Kräftigen Druck in Richtung weiterer Lohnsenkung versprechen sich die P&S-Kapitalisten von der Bekanntgabe ihrer Stillegungspläne in der letzten Woche. Sofort am Tag, nachdem der Plan bekannt war, sind die Arbeiter in Ilsede in den Streik getreten. Sie werden unterstützt von den Kollegen aus Peine, die am Montag ebenfalls in einen mehrstündigen Streik traten. Die Arbeiter forderten Streik und Demonstration für nächsten Dienstag.

Die französische Regierung stellt die Stahlproduktion unter das Kommando der Großbanken

z.jon.Paris. Die französische Regierung hat am 20.9. einen „Rettungsplan" für die Stahlindustrie bekanntgegeben: die Bildung eines Stahlmonopols unter dem direkten Kommando der Großbanken, das über 60 Prozent der französischen Eisen- und Stahlproduktion und die drei größten Stahlkonzerne vereinigt. Es ist dies der 5. Plan zur Rettung der Stahlindustrie seit 1966. Mit keinem dieser Pläne hat die französische Bourgeoisie ihr Ziel erreicht, die Steigerung der Ausbeutung in der Stahlindustrie in einem Maße, daß sie gegenüber der imperialistischen Konkurrenz gleichziehen konnte. In KVZ Nr. 38 haben wir gezeigt, daß die französischen Stahlarbeiter trotz der Angriffe der Kapitalisten in der Überproduktionskrise der letzten Jahre ihre Löhne verteidigen konnten. Der Verband der französischen Stahlkapitalisten beklagt, „soziale Zwänge,", im Klartext der Kampf der Arbeiter gegen Rationalisierungen, Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, hätten verhindert, daß sie die Zahl ihrer Arbeitskräfte 1974 - 1976 um mehr als 2,5% senken konnten, während die westdeutschen Konkurrenten 6% wegrationalisierten und die Belgier sogar 10%.

Drei Konzerne sollten mit Hilfe des Staates unter die gemeinsame direkte Führung der großen Banken genommen werden: die Stahlunion des Nordens und Ostens Usinor (1977: 37000 Beschäftigte, 7 Mio. t Stahl Jahresproduktion), die Industriegesellschaft Chiers-Chatillon (11000 Beschäftigte, 1,3 Mio. t Jahresproduktion) und die Gesellschaft der Stahl- und Walzwerke Lothringens Sacilor (40000 Beschäftigte, 6,4 Mio. t Jahresproduktion). Weil sie in der Krise die Ausbeutung nicht in gleichem Maße wie ihre Konkurrenten steigern konnten, sind diese Konzerne mit fast 38 Mrd. Francs oder 112 Prozent ihres Jahresumsatzes 1977 verschuldet. Auf Regierungsbeschluß werden jetzt für jeden dieser Konzerne Finanzierungsgesellschaften durch die Hauptgläubiger gebildet, die die Mehrheit der Aktien und damit die Geschäftsführung übernehmen. An jeder dieser Finanzierungsgesellschaften ist der Staat zu 15 Prozent beteiligt, die großen Privatbanken, vor allem die Paribas-Bank, übernehmen 30 Prozent, zentrale öffentliche Einrichtungen des Finanzkapitals wie der Sparkassenverband und die Zentrale Kreditkasse teilen sich in den Rest. Die drei Finanzierungsgesellschaften bilden zusammen eine Holding, die die eigentliche Zentrale für die Planung der Profitproduktion bildet. Den Löwenanteil der bisherigen Schulden, vor allem die staatlichen Anleihen in Höhe von 9 Mrd. Francs, machen sich die Finanzkapitalisten als Kapitalbeteiligungen selbst zum Geschenk. Der Staat wird per Gesetz eine „Amortisationskasse Stahlindustrie" schaffen, die aus Steuergeldern die Profite zahlen soll, die die Gläubiger durch die Umwandlung ihrer Forderungen in Kapitalanleihen evtl. nicht sofort bekommen. Für das erste Jahr sind für die Sanierung der Profite 2 Mrd. Francs vorgesehen.

Über das Programm, das die neue Holding gegenüber den Stahlarbeitern durchführen soll, schweigen sich die Finanzkapitalisten noch aus. Vorsorglich wird angekündigt, daß es rund 20.000 Arbeitsplätze – ein knappes Viertel der Beschäftigten der drei Konzerne – kosten soll. Geplant ist wahrscheinlich die Schließung all der Stahlwerke, die z.B. Baustahl, Träger usw. produzieren und die in scharfer Konkurrenz zur Stahlproduktion der italienischen Kapitalisten stehen. Die Produktion soll stattdessen auf hochwertige Industriestähle und Bleche konzentriert werden.

Mit einem Trommelfeuer sozialchauvinistischer Propaganda wird versucht, den Widerstand der Arbeiterklasse von vornherein zu schwächen. Präsident Giscard d'Estaing im Fernsehen: „Ich will erreichen, daß Frankreich gewinnen kann ... in diesem Europa muß Frankreich stark sein ... Frankreich kann die Arbeitsplätze seiner Jugend nur sichern, wenn es in der internationalen Konkurrenz siegen kann." Die Revisionisten und Reformisten in den Gewerkschaftsführungen kritisieren den Rettungsplan, weil er keine „wirkliche Nationalisierung" bedeute, die allein den Sieg über die Konkurrenz bringen könne. Sie wollen selbst an der Durchführung dieses imperialistischen Feldzugs beteiligt sein. Am 19.9. haben Stahlarbeiter von Denain-Usinor nach der Ankündigung von Massenentlassungen und Kurzarbeit für eine Stunde die Autobahn Paris-Brüssel blockiert.

Verschärfte Ausbeutung: Überstunden und Sonderschichten

z.fum. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Düsseldorf – Eisen und Stahl –, wurden im August 1978 gegenüber dem gleichen Monat 1977 14,4% mehr Rohstahl produziert, die Roheisenproduktion ist in den ersten 8 Monaten dieses Jahres um 5,2% angestiegen. Im 1. Quartal 1978 wurden 7,4 Mio. t Roheisen und 10,2 Mio. t Rohstahl hergestellt und im 2. Quartal 8,1 Mio. t Roheisen und 11,2 Mio. t Rohstahl. Die Anzahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie nahm im 1. Halbjahr 1978 von 307968 auf 302107 ab, was eine Steigerung der Ausbeutung von 11,8% (57,14 t auf 63,91 t) ausmacht.

Durch Überstunden und Sonderschichten haben die Kapitalisten das erreicht. *Klöckner-Osnabrück:* Die Arbeiter im Maschinenbetrieb haben im August 1550 Überstunden gemacht, im Elektrobetrieb 200. Durch Sonderschichten in der Urlaubszeit, der letzten am 8.9. (3 Schichten), wurden die von der EG-Kommission festgelegten Produktionsquoten um 1000 t überschritten. *Peine-Salzgitter:* An der Universalmittelstraße wurde die Contischicht eingeführt, im Walzwerk wird regelmäßig eine Sonntagsnachtschicht gefahren. Jetzt ist eine Erhöhung der monatlichen Produktion auf 152000 t in 3 Schichten im 2. Konverterbetrieb vorgesehen, im Juli und August waren es 95000 t bei 2 Schichten. *Krupp-Südwestfalen:* Die wöchentliche Schichtzahl wurde von 15 auf 18 erhöht, Sonderschichten wechseln sich mit Kurzarbeit ab.

Die italienischen Kapitalisten wollen langerkämpfte Schranken
Jahr. Dennoch wollen wir nicht bezweifeln, daß die Tendenz, die sich in beiden Schaubildern ausdrückt, der chung ist verboten, stattdessen findet man in den amtlichen Statistiken unnachprüfbare allgemeine Preisindices, der belgischen Stahlarbeiter steigen, wenn auch ab 1975 nur zäh. Ist die Preisindexklausel also doch die „Er- 13% von ihnen auf die Straße warfen, ihren Lohn im wesentlichen verteidigten. Streik traten. Die Arbeiter forderten Streik und Demonstration für nächsten Dienstag.

Die französische Regierung stellt die Stahlproduktion unter das Kommando der Großbanken

z.jon.Paris. Die französische Regierung hat am 20.9. einen „Rettungsplan" für die Stahlindustrie bekanntgegeben: die Bildung eines Stahlmonopols unter dem direkten Kommando der Großbanken, das über 60 Prozent der französischen Eisen- und Stahlproduktion und die drei größten Stahlkonzerne vereinigt. Es ist dies der 5. Plan zur Rettung der Stahlindustrie seit 1966. Mit keinem dieser Pläne hat die französische Bourgeoisie ihr Ziel erreicht, die Steigerung der Ausbeutung in der Stahlindustrie in einem Maße, daß sie gegenüber der imperialistischen Konkurrenz gleichziehen konnte. In KVZ Nr. 38 haben wir gezeigt, daß die französischen Stahlarbeiter trotz der Angriffe der Kapitalisten in der Überproduktionskrise der letzten Jahre ihre Löhne verteidigen konnten. Der Verband der französischen Stahlkapitalisten beklagt, „soziale Zwänge,", im Klartext der Kampf der Arbeiter gegen Rationalisierungen, Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, hätten verhindert, daß sie die Zahl ihrer Arbeitskräfte 1974 - 1976 um mehr als 2,5% senken konnten, während die westdeutschen Konkurrenten 6% wegrationalisierten und die Belgier sogar 10%.

Drei Konzerne sollten mit Hilfe des Staates unter die gemeinsame direkte Führung der großen Banken genommen werden: die Stahlunion des Nordens und Ostens Usinor (1977: 37000 Beschäftigte, 7 Mio. t Stahl Jahresproduktion), die Industriegesellschaft Chiers-Chatillon (11000 Beschäftigte, 1,3 Mio. t Jahresproduktion) und die Gesellschaft der Stahl- und Walzwerke Lothringens Sacilor (40000 Beschäftigte, 6,4 Mio. t Jahresproduktion). Weil sie in der Krise die Ausbeutung nicht in gleichem Maße wie ihre Konkurrenten steigern konnten, sind diese Konzerne mit fast 38 Mrd. Francs oder 112 Prozent ihres Jahresumsatzes 1977 verschuldet. Auf Regierungsbeschluß werden jetzt für jeden dieser Konzerne Finanzierungsgesellschaften durch die Hauptgläubiger gebildet, die die Mehrheit der Aktien und damit die Geschäftsführung übernehmen. An jeder dieser Finanzierungsgesellschaften ist der Staat zu 15 Prozent beteiligt, die großen Privatbanken, vor allem die Paribas-Bank, übernehmen 30 Prozent, zentrale öffentliche Einrichtungen des Finanzkapitals wie der Sparkassenverband und die Zentrale Kreditkasse teilen sich in den Rest. Die drei Finanzierungsgesellschaften bilden zusammen eine Holding, die die eigentliche Zentrale für die Planung der Profitproduktion bildet. Den Löwenanteil der bisherigen Schulden, vor allem die staatlichen Anleihen in Höhe von 9 Mrd. Francs, machen sich die Finanzkapitalisten als Kapitalbeteiligungen selbst zum Geschenk. Der Staat wird per Gesetz eine „Amortisationskasse Stahlindustrie" schaffen, die aus Steuergeldern die Profite zahlen soll, die die Gläubiger durch die Umwandlung ihrer Forderungen in Kapitalanleihen evtl. nicht sofort bekommen. Für das erste Jahr sind für die Sanierung der Profite 2 Mrd. Francs vorgesehen.

Über das Programm, das die neue Holding gegenüber den Stahlarbeitern durchführen soll, schweigen sich die Finanzkapitalisten noch aus. Vorsorglich wird angekündigt, daß es rund 20.000 Arbeitsplätze – ein knappes Viertel der Beschäftigten der drei Konzerne – kosten soll. Geplant ist wahrscheinlich die Schließung all der Stahlwerke, die z.B. Baustahl, Träger usw. produzieren und die in scharfer Konkurrenz zur Stahlproduktion der italienischen Kapitalisten stehen. Die Produktion soll stattdessen auf hochwertige Industriestähle und Bleche konzentriert werden.

Mit einem Trommelfeuer sozialchauvinistischer Propaganda wird versucht, den Widerstand der Arbeiterklasse von vornherein zu schwächen. Präsident Giscard d'Estaing im Fernsehen: „Ich will erreichen, daß Frankreich gewinnen kann ... in diesem Europa muß Frankreich stark sein ... Frankreich kann die Arbeitsplätze seiner Jugend nur sichern, wenn es in der internationalen Konkurrenz siegen kann." Die Revisionisten und Reformisten in den Gewerkschaftsführungen kritisieren den Rettungsplan, weil er keine „wirkliche Nationalisierung" bedeute, die allein den Sieg über die Konkurrenz bringen könne. Sie wollen selbst an der Durchführung dieses imperialistischen Feldzugs beteiligt sein. Am 19.9. haben Stahlarbeiter von Denain-Usinor nach der Ankündigung von Massenentlassungen und Kurzarbeit für eine Stunde die Autobahn Paris-Brüssel blockiert.

Verschärfte Ausbeutung: Überstunden und Sonderschichten

z.fum. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Düsseldorf – Eisen und Stahl –, wurden im August 1978 gegenüber dem gleichen Monat 1977 14,4% mehr Rohstahl produziert, die Roheisenproduktion ist in den ersten 8 Monaten dieses Jahres um 5,2% angestiegen. Im 1. Quartal 1978 wurden 7,4 Mio. t Roheisen und 10,2 Mio. t Rohstahl hergestellt und im 2. Quartal 8,1 Mio. t Roheisen und 11,2 Mio. t Rohstahl. Die Anzahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie nahm im 1. Halbjahr 1978 von 307968 auf 302107 ab, was eine Steigerung der Ausbeutung von 11,8% (57,14 t auf 63,91 t) ausmacht.

Durch Überstunden und Sonderschichten haben die Kapitalisten das erreicht. Klöckner-Osnabrück: Die Arbeiter im Maschinenbetrieb haben im August 1550 Überstunden gemacht, im Elektrobetrieb 200. Durch Sonderschichten in der Urlaubszeit, der letzten am 8.9. (3 Schichten), wurden die von der EG-Kommission festgelegten Produktionsquoten um 1000 t überschritten. Peine-Salzgitter: An der Universalmittelstraße wurde die Contischicht eingeführt, im Walzwerk wird regelmäßig eine Sonntagsnachtschicht gefahren. Jetzt ist eine Erhöhung der monatlichen Produktion auf 152000 t in 3 Schichten im 2. Konverterbetrieb vorge-

Die italienischen Kapitalisten wollen langerkämpfte Schranken der Ausbeutung einreißen

z.ulg.Rom. Brescia, eine Stadt von gut 200000 Einwohnern knapp 100 km östlich von Mailand, und die umliegende Provinz sind das bedeutendste Zentrum der italienischen Stahlindustrie. 14000 Arbeiter produzieren hier ein Drittel der gesamten italienischen Stahlerzeugung, fast zwei Drittel des Baustahls für Armierbeton, der „Spezialität" der italienischen Stahlkapitalisten auf dem Weltmarkt. Mehr als 40 Stahlwerke gibt es in der Provinz. Die meisten sind ziemlich klein, nur in drei sind mehr als 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Im größten Betrieb, der ATB, dem einzigen zugleich, an dem die großen italienischen Stahlmonopole und außerdem amerikanisches Kapital beteiligt sind, werden gerade 2000 Lohnabhängige ausgebeutet. In den meisten Stahlwerken von Brescia wird der Stahl in Elektroöfen mit Strangußanlagen produziert, ein „richtiger" Hochofen ist in der ganzen Stadt nicht zu sehen. Der Rohstoff ist Schrott.

In den letzten Jahren ist Italien hinter Westdeutschland zum zweitgrößten Stahlproduzenten in der EG geworden. Die westeuropäischen Stahlmonopole schreien Zeter und Mordio über die „Bresciani", um die von ihnen ausgebeuteten Stahlarbeiter unter Druck zu setzen. Die Stahlkapitalisten von Brescia klagen über die von der EG festgesetzten Mindestpreise. In Wirklichkeit müßten sie ihren Baustahl um 25 Prozent unter diesen „Mindestpreisen" losschlagen, ist ihr Argument für drastische Lohnsenkung.

Wie hoch sind die Löhne hier, haben wir den Sekretär der Metallergewerkschaft Imberti gefragt. Die meisten Arbeiter verdienen über 400000 Lire (1000 DM) im Monat, mehr als irgendwo sonst in der Metallindustrie. Die Löhne sind vergleichsweise einheitlich. Mehr als 80 Prozent der Stahlarbeiter der Provinz sind in der Ecklohngruppe 3, die niedrigste Lohngruppe ist abgeschafft, und aus Gruppe 2 steigt man spätestens nach 12 Monaten in die Ecklohngruppe auf. Von der Abteilung „Stahlwerk" der Fenotti & Comini in Nave haben wir die genaue Lohnverteilung erfahren können. Von den 31 Arbeitern pro Schicht ist der Schichtführer in Lohngruppe 5 s, zwei sind in 5, 13 in 4 und 15 in 3. Der Hauptteil der Arbeiter liegt ganz nah am Durchschnittslohn der ganzen Abteilung, die Lohngruppe 4 0,6 Prozent darüber, die Lohngruppe 3 2,6 Prozent darunter. Die Abschaffung des individuellen Akkords haben die Arbeiter schon vor einigen Jahren durchsetzen können. Jetzt handelt der Fabrikrat mit dem Kapitalisten Produktionszahlen aus, auf deren Erfüllung an die ganze Belegschaft in gleicher Höhe ein Akkord gezahlt wird, der aber nicht mehr als 5 Prozent des Gesamtlohns ausmacht. Zugleich mit diesem Akkordvertrag wird die Maschinenbesetzung und die Eingruppierung der Arbeiter ausgehandelt.

Früher ist fast überall in Conti-Schicht gearbeitet worden. Auch jetzt ist noch das Drei-Schicht-System üblich, aber der Sonntag, und oft auch der Samstag, sind frei. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt 39 Stunden, bei Nachtschicht täglich eine halbe Stunde weniger. Es werden aber trotzdem Schichten von acht Stunden gefahren, die „Überzeit" wird in zusätzliche Urlaubstage umgerechnet.

Versuchen die Kapitalisten nicht, Überstunden abzupressen? „Doch, natürlich", berichtet ein Vertrauensmann von Alfa San Polo. „Früher haben die Arbeiter in der Woche durchschnittlich vier Überstunden gemacht, die Vorarbeiter und Meister sogar bis zu 20. Als der Kapitalist auch noch am Sonntag immer mehr Überstunden erzwingen wollte, um am Montag gleich mit voll ausgefahrenen Anlagen die ganze Belegschaft umso mehr auszubeuten, haben wir vor zwei Jahren den Kampf dagegen aufgenommen. Wenn der Kapitalist z.B. drei Arbeiter zu Überstunden hatte zwingen können, ist am Ofen gestreikt worden, oder an der Strangußanlage oder an der Walzstraße. Im letzten Frühjahr haben wir jetzt einen Vertrag durchsetzen können, nach dem am Sonntag nicht mehr als 15 Arbeiter in den Betrieb gehen und sonst – von Störungen abgesehen – überhaupt keine Überstunden mehr gemacht werden. Für die Sonntagsarbeit muß der Kapitalist außer der tariflichen Zulage von 50 Prozent für jede Stunde die gleiche Zeit an Zusatzurlaub gewähren."

Die Kapitalisten versuchen jetzt, die Sonntagsarbeit wieder durchzusetzen. 90 Arbeiter mehr könnten für die beiden zusätzlichen Schichten eingestellt werden, flöten sie nach der revisionistischen Melodie des „Rechts auf Arbeit". „Im Fabrikrat haben wir noch keine einheitliche Meinung dazu", sagt der Vertrauensmann, „aber an der Basis sind sie alle dagegen." Kein Wunder, die Arbeit in den Stahlwerken ist mörderisch. Kaum einer hält das über zwanzig Jahre aus. Bei der Fenotti & Comini hat die Belegschaft in 13 Monaten Kampf durchsetzen können, daß alle Arbeiter regelmäßig ärztlich untersucht werden. Das Ergebnis:

41% waren von dem Lärm schwerhörig geworden, 44,5% hatten sich Bronchitis zugezogen, die Hälfte hatte ein Magenleiden.

Wie steht es mit der Vorbereitung des Tarifkampfs in der Metallindustrie, haben wir verschiedene Arbeiter gefragt. Die Diskussion hat noch kaum begonnen, berichten alle, aber ein entscheidender Punkt wird auf jeden Fall die Verkürzung der Arbeitszeit sein. Und der Lohn? Über Lamas „wenige tausend Lire" wird kaum hinauszukommen sein, meinen fast alle. Das revisionistische Spaltungsmanöver ist geschickt eingefädelt: während von der tatsächlichen Lohnsenkung abgelenkt wird, lassen die Gewerkschaftsführer durchblicken, eine eventuelle Arbeitszeitverkürzung könne mit erneuter Ausdehnung der Schichtarbeit erkauft werden.

Klöckner: Fusion geplant – weniger Arbeiter, mehr Tonnen

z.bäo. Über die Senkung des Lohns und die Verschärfung der Ausbeutung wollen die Stahlkapitalisten einen Vorsprung vor den Konkurrenten erreichen und Extraprofite erzielen. Die Nutzung der modernen, rationelleren Anlagen rund um die Uhr und über die ganze Woche ist das angestrebte Ziel. Dazu wird von seiten der Klöckner-Kapitalisten jetzt die Lage der anderen westdeutschen Stahlkonzerne sondiert. Deshalb führen sie Gepräche mit der Salzgitter AG. Das Kaltwalzwerk auf der Hütte Bremen ist total überaltert, während in Peine das Kaltwalzwerk neu ausgebaut und durchrationalisiert wurde.

Klöckner verfügt dagegen über eine der modernsten Warmbreitbandstraßen. Wenn, dann wollen die Klöckner-Kapitalisten allerdings als die Bestimmenden eine solche Kooperation eingehen. Dazu dienen auch die Rationalisierungen und die geplanten über 600 Entlassungen. Die Stellenbesetzung wird durchforstet nach überzählig zu machenden Arbeitskräften, um die verbleibenden intensiver zu vernutzen. Durch den vorläufig auf Eis gelegten Abbau der 4. Schicht im Warmwalzwerk 2 soll der Lohn gesenkt werden. Die Produktionsleistung pro Schicht wurde so hoch getrieben, daß in drei Schichten das gleiche produziert werden kann wie vorher in Conti-Schicht.

ZANLA-Sammlung bei Graubremse: 1000 DM übertroffen

Heidelberg. Auf einer Tonbildschau zum bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, durchgeführt von den Zellen Hein-Stotz, Apparate- und Rohrleitungsbau (ARB) und Graubremse am 16.9. wurden von Arbeitern der Graubremse 6 Stundenlöhne für die ZANLA-Kompanie gespendet. Nachdem weitere Arbeiter einen Stundenlohn zum Abschluß der Kampagne und der Woche der Solidarität mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt gespendet hatten, wurde das Ziel, 1000 DM vor und im Betrieb zu sammeln, bereits am Donnerstag abend mit 1016,50 DM übertroffen.

HDW-Belegschaft geschlossen in den Streik getreten

Hamburg. Am 21.9. ist die Belegschaft der HDW-Werke Hamburg geschlossen in den Streik getreten gegen die Absichten des Vorstandes, mit Massenentlassungen, Stillegungen, verschärfter Arbeitshetze und Ausweitung der Kriegsproduktion HDW kriegsfähig zu machen. Am Mittwoch zuvor wurden auf einer Betriebsversammlung die geplanten Entlassungen scharf angegriffen. Der Versuch des Betriebsratsvorsitzenden Henke, die Auseinandersetzung über das Programm der HDW-Kapitalisten auf die nächste Sitzung im November zu verschieben, wurde zurückgewiesen.

Gegenüber den Versuchen der Sozialdemokraten, Revisionisten und der KPD/ML, die die Einführung der 35-Stundenwoche als probates Mittel zur Bekämpfung der Entlassungen propagierten und gegen die Meinung des 2. Bevollmächtigten der IG Metall Ortsverwaltung, bestanden die HDW-Arbeiter und Angestellten auf mehr Lohn und vertraten in energischen Redebeiträgen, daß die 35-Stundenwoche nur erfolgreich durchgesetzt werden kann in Verbindung mit der Abschaffung des Programmlohnsystems, dem Verbot der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit.

Vertrauensleutekörper und Betriebsrat beschließen 150 Mark Festgeld

Hannover. Auf ihren letzten Sitzungen haben der Vertrauensleutekörper und der Betriebsrat der Firma Berstorff als Antrag an die Große Tarifkommission der IG Metall eine Festgeldforderung von 150 DM aufgestellt. Der Betriebsratsvorsitzende von Berstorff stellte diesen Beschluß der Vertreterversammlung der IG Metall Hannover am 23.9.78 als Antrag zur Abstimmung. Mit der Begründung, jetzt Forderungen aufzustellen sei noch zu früh, wiesen Gruhl, Kreisverwaltung der IGM, und Wagner, Sekretär der Verwaltungsstelle Hannover, den Antrag ab und verhinderten so zunächst, daß der Beschluß abgestimmt wurde.

Lohnforderungen für papierverarbeitende Industrie aufgestellt
Frankfurt. Zum 31.8.78 sind die Tarifverträge für die papierverarbeitende Indu-
und gegen die Meinung des 2. Bevollmächtigten der IG Metall Ortsverwaltung, bestanden die HDW-Arbeiter und Angestellten auf mehr Lohn und vertraten in energischen Redebeiträgen, daß die 35-Stundenwoche nur erfolgreich durchgesetzt werden kann in Verbindung mit der Abschaffung des Programmlohnsystems, dem Verbot der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit.
Vertrauensleutekörper und Betriebsrat beschließen 150 Mark Festgeld
Hannover. Auf ihren letzten Sitzungen haben der Vertrauensleutekörper und der Betriebsrat der Firma Berstorff als Antrag an die Große Tarifkommission der IG Metall eine Festgeldforderung von 150 DM aufgestellt. Der Betriebsratsvorsitzende von Berstorff stellte diesen Beschluß der Vertreterversammlung der IG Metall Hannover am 23.9.78 als Antrag zur Abstimmung. Mit der Begründung, jetzt Forderungen aufzustellen sei noch zu früh, wiesen Gruhl, Kreisverwaltung der IGM, und Wagner, Sekretär der Verwaltungsstelle Hannover, den Antrag ab und verhinderten so zunächst, daß der Beschluß abgestimmt wurde.

Lohnforderungen für papierverarbeitende Industrie aufgestellt

Frankfurt. Zum 31.8.78 sind die Tarifverträge für die papierverarbeitende Industrie ausgelaufen. Die IG Chemie hat folgende Forderungen aufgestellt: 7,2% mehr Lohn und Gehalt, die Erhöhung der Lohngruppe soll auch für die Lohngruppen 4, 5 und 6 gelten, das entspricht einem Mindestbetrag von 100,39 DM für die Arbeiter. Für die Gehälter K1, T1 und M1 soll der Betrag der Erhöhung der jeweils nächsthöheren Lohngruppe gezahlt werden. 40 DM für alle Auszubildenden. Gültig soll der Tarifvertrag sein ab 1.9.78, kündbar zum 31.8.79. Weiter fordert die IG Chemie die Änderung des Lohngruppenschemas. Die ersten Verhandlungen haben am 21.9. stattgefunden.

Beschlüsse gegen maßlose Ausdehnung des Arbeitstags

Stuttgart. Auf einer Betriebsversammlung der „Stuttgarter Nachrichten" im Druckzentrum Stuttgart am 18.9. haben die Kollegen folgende Beschlüsse gefaßt: 1.) Sofortige Einhaltung der Redaktionsschlußzeiten. Keine Mehrarbeit wegen Ausfall des Computersystems. 2.) Sofortige Arbeitsniederlegung, wenn durch „langen Systemausfall" die schon verarbeiteten Texte nochmals eingegeben werden müssen und dadurch der Arbeitstag über das normale Maß verlängert wird. Der Grund für diese Beschlüsse nach einer fünfstündigen spontanen Betriebsversammlung: Seit Einführung der Neuen Technik im Druckzentrum (1976) kommt es ständig zu einem Ausfall des Computersystems, so daß sich der Satz der Texte und die Eingabe der Satz- und Umbruchanweisungen um die Zeit des Ausfalls nach hinten verschieben. Zur Folge hat das die Verdichtung des Arbeitstags in den Abend und in die Nacht hinein.

Arbeitsämter im Dienst der Kapitalisten

r.gör. Im Durchschnitt 100 DM pro Monat niedriger ist der Lohn, *wenn* man nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat. Das hat eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit ergeben. Das Heer der Arbeitslosen ist für die Kapitalisten eine Reservearmee, die sie einsetzen, um aus der verbleibenden Arbeitskraft mehr herauszuholen, ihren Lohn und damit sogleich das Lebensniveau der Arbeiterklasse insgesamt zu senken. Der Zusammenhang, daß einer hohen Arbeitslosenquote ein niedriger Lohnstandard entspricht, ist statistisch erwiesen. Die Arbeiterklasse kann diesen Zusammenhang nur brechen, wenn sie sich im Lohnkampf zugleich für den Kampf für Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und Bezahlung durch die Kapitalisten zusammenschließt. Denn die Arbeitsämter – beherrscht von der Bourgeoisie – stützen vielfältig den Nutzen, den die Kapitalisten für ihre Jagd nach Höchstprofit aus der Arbeitslosigkeit ziehen.

Nur ein Teil der Arbeitslosen bekommt überhaupt Arbeitslosengeld. 151800 Arbeitslose gab es im März dieses Jahres in Niedersachsen und Bremen (worauf sich alle folgenden Zahlenangaben beziehen). Aber nur 89222 (59%) davon bekamen Arbeitslosengeld. Ein immer größerer Teil wird in die Arbeitslosenhilfe gedrückt. Die ist im Durchschnitt mindestens 250 DM pro Monat niedriger als das Arbeitslosengeld; die Familien und Angehörigen werden zur Kasse gebeten. Nehmen wir den Arbeitsamtsbezirk Osnabrück als Beispiel: Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an der Gesamtheit der Arbeitslosengeld- oder Hilfeempfänger stieg von 8,5% 1972 auf 20,7% 1976. Von 6509 Arbeitslosen Anfang Januar 1977 bekamen überhaupt nur 3945 Personen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Der Rest, immerhin 40%, wird zwar zur Verfügbarkeit der Kapitalisten registriert, aber bekommt vom Arbeitsamt nichts. Sozialhilfe liegt unter dem Existenzminimum. Wer überhaupt Arbeitslosengeld bekommt, muß lange warten. Im Mai dieses Jahres wurden 20221 neue Anträge gestellt, gleichzeitig betrug der Stand der unerledigten Anträge bereits 10034. Das ist nur eine Erscheinungsform davon, daß die Bourgeoisie durch die Arbeitsämter möglichst viele Anträge ganz abgelehnt wissen will. Nehmen wir die Arbeitslosenhilfe als Beispiel, worüber die Bourgeoisie Buch führt: Zusammen mit den noch unerledigten Anträgen des vergangenen Jahres wurden von Januar bis Ende Mai d.J. rund 42000 Anträge gestellt. 29092 wurden bewilligt, 4286 sind noch nicht entschieden: 1/5 Ablehnungen! Gelegentlich liegt die Ablehnungsquote noch höher; bei den Berufsausbildungsbeihilfen z.B. bei 1/3.

Was passiert, wenn dann der Arbeiter zum Gericht geht? Von 2676 erledigten Klagen gegen das Arbeitsamt 1977 wurde gerade 359 ganz und 44 Klagen teilweise stattgegeben. Bei den Widersprüchen gegen Entscheide des Arbeitsamtes lag die Erfolgsquote noch unter 1/3.

Die Bourgeoisie kann diese Behandlung der Arbeiterklasse durchsetzen, weil sie die politische Macht hat und mittels der Arbeitsämter über wesentliche Teile der Lohngelder der Arbeiterklasse verfügt. Sie nutzt das. Der Anteil der Teilzeitarbeitsverhältnisse an den Neuvermittlungen liegt bei über 8%. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nehmen sprunghaft zu. 8167 waren es im Mai; schon so viel wie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. 1285 sind allein während dieses Monats hinzugekommen; am Ende lagen noch 891 unerledigte Anträge der Kapitalisten für 3130 solche vom Arbeitsamt bezahlten Zwangsarbeiter vor. Ebenso steigt rasch an die Zahl der Leiharbeiter, die von eigens dafür gegründeten Firmen verliehen werden. Anfang d.J. gab es 78 solcher Unternehmen für Menschenhandel in Niedersachsen und Bremen. 10859 „Überlassungsfälle" gab es im zweiten Halbjahr 1977. In demselben Zeitraum wurden 3930 Arbeitsverträge wieder aufgelöst, nur 172 von den Arbeitern haben es länger als ein Jahr ausgehalten. Das wirft schon ein Schlaglicht auf die Arbeitsbedingungen.

Aber die Bourgeoisie hat sich mit dem Arbeitsförderungsgesetz die Mittel geschaffen, die Arbeiter der Willkür der Kapitalisten zu verpflichten. Wo der allgemeine Entzug von Geldern für die Reproduktion, die Aussiebung der Arbeitslosengeld- und Hilfeempfänger und die Senkung der Durchschnittszahlungen durch Umschichtungen nicht ausreichen, setzen sie Sperrzeiten ein. Die Quote steigt. Im Mai hatten 5% der Arbeitslosengeldempfänger eine Sperrzeit; 471 sind, weil sie schon einmal eine Sperrzeit hatten, ganz ausgesondert worden.

Dem Entzug von Geldern für die Arbeiterklasse – von Geldern, die ihr als Teil ihres Lohns geraubt wurden – entspricht auf der anderen Seite eine beträchtliche, rasch angewachsene Subventionierung der Kapitalisten aus den Geldern der Arbeitsämter. Im Mai d.J. haben die Arbeitsämter in Niedersachsen und Bremen 175 Mio. DM ausgegeben. Für Arbeitslosengeld und -hilfe wurde gerade die Hälfte davon (89 Mio. DM) gezahlt. Die andere Hälfte wurde zum überwiegenden Teil direkt oder indirekt den Kapitalisten zugeschoben. Um nur einige Posten zu nennen: 7,9 Mio. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (hinzu kommen in diesem Monat noch 5,5 Mio. DM, die aus dem Programm der Bundesregierung direkt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Niedersachsen den Kapitalisten gegeben wurde); 6,1 Mio. DM Zuschüsse an Kapitalisten, wenn sie neue Arbeitskraft einstellen; 1,4 Mio. DM Konkursausfallgeld.

Die Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Arbeitsämter in den Dienst ihres Profitinteresses stellt, sind umfassend. Der *einzelne* Arbeiter erscheint ihrer Willkür ausgeliefert. Die Arbeiterklasse kann das ändern.

Einen Normalarbeitstag gibt es für die Kapitalisten nicht

r.gör. Die Bourgeoisie liebt das Argument der immer kürzer werdenden Arbeitszeiten, soll das doch von der angeblich fortschrittlichen Entwicklung in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zeugen. Ihre Statistiker haben berechnet:

Jahr	Wochenarbeitszeit tariflich	tatsächlich
1961	44,1	45,2
1971	40,5	43,2
1975	40,3	40,6
1976	40,3	41,6
1977	40,1	41,7

Es fällt schon auf, daß die tatsächliche Arbeitszeit – im Unterschied zur tariflich festgesetzten – sich wieder *erhöht*. Das drückt den wachsenden Grad an Überstunden aus: Mehr aus weniger Arbeitern herauspressen ist die Devise der Kapitalisten. 0,1 Stunden mehr von 1976 auf 1977 erscheint wenig. Bei ca. 8 Millionen Arbeitern in der Industrie sind das aber 40 Millionen Arbeitsstunden für die Kapitalisten; 20000 Arbeiter konnten sie entlassen, indem sie aus den verbleibenden diese 40 Millionen Stunden mehr herauspreßten.

Tatsächlich verschleiern diese *Durchschnitts*zahlen das ganze Ausmaß der Verletzungen des Normalarbeitstages. Erzwungene Kurzarbeit und Teilzeitarbeit etwa *erscheinen* als geringere Durchschnittsarbeitszeit. Die Abweichungen vom Normalarbeitstag sind gerade in der Zeit, für die die Statistik eine kürzer werdende Durchschnittsarbeitszeit ausweist, gewachsen! Zugleich herrscht Spaltung nach Branchen. In der Papier und Pappe erzeugenden Industrie z.B. haben die männlichen Arbeiter 1977 im Durchschnitt 44,8 Stunden pro Woche gearbeitet.

Die folgende Übersicht illustriert einen Teil der Verletzungen des Normalarbeitstages:

	Männer	Frauen
Mehr als		
40 Stunden	21%	7%
– im Durchschnitt ...	49 Std.	49 Std.
Weniger als		
40 Stunden	6%	29%
– im Durchschnitt ...	15 Std.	20 Std.

Die Statistik beschönigt noch. Denn das Statistische Bundesamt weist – ganz im Sinne seiner Auftraggeber – die „tatsächlich geleisteten" Arbeitsstunden aus. Auf diese Weise wird ein wachsender Krankenstand der Arbeiter in kürzere Arbeitszeit, mehr Freizeit verwandelt.

Geschichtslügen und Wiederbelebung des Heimatgedankens
r.brb. Auf dem Schleswig-Holstein Tag am 10.-12. September ließen die Bourgeoispolitiker heraus, auf welchen Kurs sie die Volksmassen für die Expansionspläne einnorden wollen: „Daß sich die Menschen wieder zunehmend den Grundwerten der Geschichte Schleswig-Holsteins zuwenden und einen Schleswig-Holstein-Tag feiern, sei nicht eine Idee vom grünen Tisch oder als enger Provinzialismus zu verstehen", schreiben die „Kieler Nachrichten" mit den Worten Stolten-
ten. Nehmen wir den Arbeitsamtsbezirk Osnabrück als Beispiel: Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an der Gesamtheit der Arbeitslosengeld- oder Hilfeempfänger stieg von 8,5% 1972 auf 20,7% 1976. Von 6509 Arbeitslosen Anfang Januar 1977 bekamen überhaupt nur 3945 Personen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Der Rest, immerhin 40%, wird zwar zur Verfügbarkeit der Kapitalisten registriert, aber bekommt vom Arbeitsamt nichts. Sozialhilfe liegt unter dem Existenzminimum. Wer überhaupt Arbeitslosengeld bekommt, muß lange warten. Im Mai dieses Jahres wurden 20221 neue Anträge gestellt, gleichzeitig betrug der Stand der unerledigten Anträge bereits 10034. Das ist nur eine Erscheinungsform davon, daß die Bourgeoisie durch die Ar-
lung in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zeugen. Ihre Statistiker haben berechnet:
Jahr | Wochenarbeitszeit tariflich | tatsächlich
1961 | 44,1 | 45,2
1971 | 40,5 | 43,2
1975 | 40,3 | 40,6
1976 | 40,3 | 41,6
1977 | 40,1 | 41,7
Es fällt schon auf, daß die tatsächliche Arbeitszeit – im Unterschied zur tariflich festgesetzten – sich wieder erhöht. Das drückt den wachsenden Grad an Überstunden aus: Mehr aus
wenig. Bei ca. 8 Millionen Arbeitern in der Industrie sind das aber 40 Millionen Arbeitsstunden für die Kapitalisten; 20000 Arbeiter konnten sie entlassen, indem sie aus den verbleibenden diese 40 Millionen Stunden mehr herauspreßten.
Tatsächlich verschleiern diese Durchschnittszahlen das ganze Ausmaß der Verletzungen des Normalarbeitstages. Erzwungene Kurzarbeit und Teilzeitarbeit etwa erscheinen als geringere Durchschnittsarbeitszeit. Die Abweichungen vom Normalarbeitstag sind gerade in der Zeit, für die die Statistik eine kürzer werdende Durchschnittsarbeitszeit ausweist, gewachsen! Zugleich herrscht Spaltung nach Branchen. In der Papier und Pappe erzeugenden Industrie z.B. haben die männlichen Arbeiter 1977 im
nes Organs „Schleswig-Holstein" hat Ingwert Paulsen jr., der sich als Volkswirtschaftsstudent, Mitglied des RCDS, der CDU und der JU bei der Bourgeoisie einen Namen als Spitzel und Denunziant gegen die revolutionäre Studentenbewegung gemacht hat, oder da ist ein Gerd Stolz, der Artikel in obiger Zeitung verfaßt und ansonsten einer der Oberunterdrücker gegenüber Jugendlichen im Selenter Erziehungsheim ist. Als Finanziers treten solch illustre Vereinigungen und Per-
nen Teil der Verletzungen des Normalarbeitstages:
| Männer | Frauen
Mehr als 40 Stunden 21% 7%
– im Durchschnitt ... 49 Std. 49 Std.
Weniger als 40 Stunden 6% 29%
– im Durchschnitt ... 15 Std. 20 Std.
Die Statistik beschönigt noch. Denn das Statistische Bundesamt weist – ganz im Sinne seiner Auftraggeber – die „tatsächlich geleisteten" Arbeitsstunden aus. Auf diese Weise wird ein wachsender Krankenstand der Arbeiter in kürzere Arbeitszeit, mehr Freizeit verwandelt.

Geschichtslügen und Wiederbelebung des Heimatgedankens

r.brb. Auf dem Schleswig-Holstein Tag am 10.-12. September ließen die Bourgeoispolitiker heraus, auf welchen Kurs sie die Volksmassen für die Expansionspläne einnorden wollen: „Daß sich die Menschen wieder zunehmend den Grundwerten der Geschichte Schleswig-Holsteins zuwenden und einen Schleswig-Holstein-Tag feiern, sei nicht eine Idee vom grünen Tisch oder als enger Provinzialismus zu verstehen", schreiben die „Kieler Nachrichten" mit den Worten Stoltenbergs zur Hauptveranstaltung des Schleswig-Holstein-Tages. Was diese Grundwerte sind, führte Finanzminister Lausen (zukünftiger Geschäftsführer der Landesbank) aus: „Die Volksgruppe in Nordschleswig hat als Bollwerk und Insel der Treue uns Deutschen geholfen, die eigene Identität zu finden und das Bewußtsein zu schärfen, so daß es sich lohnt, ein Deutscher zu sein". (KN vom 11.9.78)

Daß es sich lohne, Deutscher zu sein, soll heißen, sich an die Seite der westdeutschen Imperialisten zu stellen, die sich in der Konkurrenz der Imperialisten in verschiedenen Industriezweigen eine führende Rolle auf Grund der verschärften Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse in der Welt erobert haben und sich im Rahmen „friedenssichernder Maßnahmen" über die UNO immer offener in die Angelegenheiten der Länder der Dritten Welt einmischen, um deren Befreiungskampf niederzuschlagen. „Heimat und Welt sind keine Gegensätze", erläuterte Kultusminister Braun dazu und „Der Schleswig-Holstein-Tag 1978 schlägt Brücken von der engeren Heimatarbeit zu den größeren Aufgaben, denen wir uns in Scheswig-Holstein als Teil der Bundesrepublik Deutschland und als Partner in einem Freien Europa stellen. Das Bewußtsein von Heimat und Nation, sowie der Verpflichtung, die das eigene Volk aus der Geschichte und für die Zukunft übernommen hat, ist geradezu unerläßlich für aufrichtige europäische Verständigung."

„Eine sinnvolle Anknüpfung an einen guten alten Brauch", nannte Konteradmiral Benzino, Befehlshaber des Territorialkommandos Schleswig-Holstein, die Fahnenweihe. Es ist ein „guter alter Brauch" der Faschisten, an den sich die schleswig-holsteinische Landesregierung als die erste und bislang einzige offiziell heranwagt.

Anknüpfungspunkte in der Geschichte wärmte die Reaktion bei diesem Schleswig-Holstein-Tag reichlich auf, begonnen wurde mit der Fahnenweihe, „eine sinnvolle Anknüpfung an diesen guten alten Brauch", wie Konteradmiral Benzino, Befehlshaber des Territorialkommandos Schleswig-Holstein hervorhob, ein guter alter Brauch aus dem Hitlerfaschismus. Es sei der „Dank an jene Truppenteile, die sich beim Katastrophen- und Hilfseinsatz besondere Dienste erworben hätten" und „besonders enge Beziehungen zur Bevölkerung hergestellt hätten." Von „besonders engen Beziehungen" zwischen „den Bürgern mit und ohne Uniform" konnte dagegen bei den NATO-Manövern keine Rede sein. In Störkaten haben die Bauern die Unterbringung der Soldaten in den Scheunen verhindert und den Gebrauch ihrer Telefonleitungen verweigert mit dem Erfolg, daß dort schließlich nur noch die Feldküche aufgebaut werden konnte.

Im Mittelpunkt der Würdigung der Geschichte stand auf dem Schleswig-Holstein-Tag die Schlacht bei Idstedt 1850, in der *die* Deutschen gegen *die* Dänen eine Niederlage bezogen hätten, die aber „für die Entstehung und für die Beständigkeit eines politischen Bewußtseins mehr getan (hätte) als Siege es vermocht hätten" (Werner Schmidt, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes SHHB). Natürlich koste so ein Krieg für die Massen Opfer. Aber sie lohnen sich: „So wurde in Idstedt im Augenblick der Verzweiflung und Enttäuschung ein gesamtdeutsches Erlebnis erfahren und eine Einheit vorweggenommen, die staatlich und politisch erst nach blutigen Umwegen erreicht wurde" (Werner Schmidt, Gedanken auf dem Schlachtfeld bei Idstedt). Und das sind auch die Lehren für heute. Daß diese Geschichtsbetrachtung der Heimatideologen von vorn bis hinten falsch ist, stört sie weniger. Tatsächlich ist nämlich der Kampf der Bauern Schleswig-Holsteins um das Selbstbestimmungsrecht gegen den dänischen Feudaladel von den preußischen Junkern und Bourgeois benutzt worden, sich einzumischen und sich Schleswig-Holstein einzuverleiben. Daß sie dazu das Blut der Schleswig-Holsteinischen Bauern vergossen haben, ist allerdings wahr.

46000 Mitglieder hat der Schleswig-Holsteinische Heimatbund SHHB nach eigenen Angaben. Zum einen ist jeder Reaktionär, der was auf sich hält, Mitglied oder unterstützt seine Machenschaften zumindest ideologisch oder finanziell. Die Schriftleitung seines Organs „Schleswig-Holstein" hat Ingwert Paulsen jr., der sich als Volkswirtschaftsstudent, Mitglied des RCDS, der CDU und der JU bei der Bourgeoisie einen Namen als Spitzel und Denunziant gegen die revolutionäre Studentenbewegung gemacht hat, oder da ist ein Gerd Stolz, der Artikel in obiger Zeitung verfaßt und ansonsten einer der Oberunterdrücker gegenüber Jugendlichen im Selenter Erziehungsheim ist. Als Finanziers treten solch illustre Vereinigungen und Personen auf wie: Dr. Engelbrecht-Greve, herzogliche Gemeindeverwaltung Grünholz, Christian Graf von Holk und alle Kapitalisten, die was auf sich und ihre Expansionsgelüste halten. Zum anderen rekrutieren sich die Mitglieder aus den Vertriebenenverbänden, dem Bauernverband und Jugendlichen vom Lande. Sie alle, die vom Imperialismus zugrunde gerichtet sind, aber noch lange nicht die Erfahrung der Arbeiterklasse gemacht haben, daß der Imperialismus der Feind ist, sollen als Vortrupp der imperialistischen Expansion fungieren. In einem Kommentar zu einer Reise Jugendlicher vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund nach Pommern, Österreich bis Südtirol kommentiert die Zeitschrift „Schleswig-Holstein": „Es ist daher von besonderem Wert, daß die Fahrtenteilnehmer des Arbeitskreises Jugend im SHHB zu Recht sagen können: ‚Wir sind durch Deutschland gefahren'."

Über die Presse haben die Bourgeois versucht, den Schleswig-Holstein-Tag als Tag der Massen auszugeben, indem sie von Tausenden Besuchern logen. Daß die Arbeiterklasse nicht auf diese chauvinistische Propaganda hereinfällt, rechnen sie auch. Was die Bourgeoisie vor hat ist, die Arbeiterklasse zu isolieren, um sie zu schlagen, denn nur dann kann sie sich Hoffnungen machen, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Umso wichtiger ist es, diesen Ideologen praktisch durch den Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern auf dem Programm der revolutionären Partei entgegenzutreten und ihnen den Garaus zu machen.

Industrieansiedlungsplan Ostfriesland – Vernichtung der Kleinbauern

r.scd. Seit dem 1.1.1978 ist der 7. Rahmenplan nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Kraft. Er soll bis 1981 gelten. Seit sechs Jahren gibt es diese Gemeinschaftsaufgabe innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, und es wurden 57,2 Mrd. DM Investitionshilfen seit dieser Zeit den Kapitalisten in den Rachen geworfen.

1,4 Mrd. jährlich sind laut neuem Rahmenplan an Investitionszulagen vorgesehen und nochmal 500 Mio. DM für Infrastrukturmaßnahmen in den Schwerpunktorten der Gemeinschaftsaufgabe.

Der Region „Niedersächsische Nordseeküste" schenkt die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit. In Norddeutschland soll dieses Küstengebiet, es geht von der Elbe bis zur Ems und umfasst die Gebiete Cuxhaven, Bremerhaven, Stade, Emden, Leer und die Insel Neuwerk, mit Abstand die höchsten Zuschüsse erhalten. 3494 Mio. DM für direkte Investitionen und 85 Mio. DM indirekt über Infrastruktur für den Zeitraum von 1978 bis 1981.

Speziell eingerichtete Industrieansiedlungsgesellschaften werben für die Ansiedlung:
„*Leer Nord*
Die Planung ist beendet, die Infrastruktur vorhanden, die Umweltprobleme gelöst und jetzt können Sie einsteigen.
20% Förderpräferenz
Eisenbahn und Wasserstraßennetz
Flugplatz
Erschließung nach Ihren speziellen Forderungen
Strom, Gas, Wasser zu günstigen Konditionen"

VW war Vorreiter in der Ansiedlung an der Küste. Bereits 1968 errichteten sie das Werk in Emden, um die Frachtkosten zu senken und das riesige Arbeitskräftereservoir Ostfrieslands, mit Arbeitslosenquoten bis zu 14%, für die verschärfte Ausbeutung zu nutzen. Mit insgesamt 210 Mio. DM aus dem 1975 festgelegten 6. Rahmenplan steuerten Bund und Land Niedersachsen dazu bei. Jüngstes Beispiel ist die geplante Ansiedlung der Imperial Chemical Industries Limitid (ICI) in Wilhelmshaven, die zur Voraussetzung die vollständige Durchführung und Bezahlung der Infrastruktur forderten und bekamen.

1976 wurde ein Ansiedlungsvertrag zwischen der Stadt Emden und der Norddeutschen Ferrowerke, einem Eisenschwammwerk, abgeschlossen. Von der Gesamtinvestitionssumme entfallen 57 Mio. DM auf Investitionszuschüsse und -zulagen, 45 Mio. DM wurden als Darlehen der EG für Kohle und Stahl gewährt.

Bund und Land verbürgen je 100 Mio. DM bankseitig aufgebrachtes Fremdkapital.

Gründe für die Ansiedlungen gibt es für die Kapitalisten reichlich. Neben der bereits erwähnten Verringerung der Frachtkosten sollen Erdöl und Erdgas direkt aus der Nordsee vielversprechende Extraprofite bringen. Der Ausbau des Wilhelmshavener Hafen für Schiffe bis zu 250000 tdw und der geplante 4. Anleger für ICI und den Norddeutschen Ferrowerken bringen die Rohstoffe bis an das Fabriktor. Bundesautobahnen vom Süden direkt an die Küste sind zum Teil fertiggestellt oder im Bau. Eine Autobahn entlang der gesamten Nordseeküste mit Anschluß an die Niederlande ist geplant.

Seit 1974 ist die Arbeitslosenquote nicht unter 7% im Sommer und 14% im Winter in den Bezirken Emden und Leer gefallen. Die Bourgeoisie schwärmt von den Auswirkungen, die die industrielle Reservearmee auf die in Arbeit Stehenden ausübt.

„Alle neuangesiedelten Betriebe machen mit der arbeitsamen ostfriesischen Bevölkerung gute Erfahrungen, sie lobten die geringe Fluktuation, den niedrigen Krankenstand und die hohe Belastbarkeit." (aus: Wirtschaft und Standort Aurich) Der Großteil der Arbeitslosen und ein beachtlicher Teil der Arbeiter selbst sind gelegte Bauern.

Die niedersächsische Nordseeküste ist im wesentlichen Marschgebiet (über 50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche) mit überwiegender Rindviehhaltung und Futteranbau. Der Rindviehbestand einschließlich Milchkühe ist von 1951 bis 1971 um rund 50% gestiegen, die Zahl der Rindviehhalter ist um 60% gesunken. Die Ackerbaufläche hat sich von 1951 bis 1971 um 30% vergrößert, die Arbeitskräfte haben hier um 2/3 abgenommen. Daß es sich im wesentlichen um Kleinbetriebe und kleine Bauern handelt, verdeutlicht die Tabelle.

Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur

	0,5 bis 30 ha	30-100 ha und mehr
1960/71	-35,0%	30,0%
1971/74	- 4,1%	3,9%
1974/76	- 6,9%	8,3%

Nun ist es aber nicht so, daß die schlechte Luft oder die Gefahr des leckschlagenden Öltankers der Hauptgrund für das Legen der kleinen Bauern ist. Unbestritten hat auch dies Auswirkungen insbesondere in den Randgebieten der Fabriken; Rindervergiftungen und Zunahme der Pflanzenimmissionskrankheiten haben in den letzten Jahren rapide zugenommen. Entscheidend aber ist die Verknappung und Verteuerung des Bodens sowie der steigende Pachtzins. Der Boden wird für geringe Beträge den Kapitalisten überlassen, Bodenspekulationen der Siedlergesellschaften treiben die Preise in die Höhe. Der Kleinbauer, der nur im Zupachten einen rationellen Einsatz der Maschinen und ein Aufstocken von Rindvieh gewährleisten könnte, kommt an das Land nicht ran.

Hinzu kommen Begleitmaßnahmen der Landesregierung, die im zunehmenden Ausbau der Infrastruktur eine den Interessen der Großagrarier entsprechende Flurbereinigung durchführt.

Die Sondertarife für Strom usw., die den Kapitalisten gewährt werden, schlagen sich in einer Zunahme der Tarife der Kleinabnehmer, also bei den Arbeiterhaushalten und den kleinbäuerlichen Betrieben, nieder.

Die steuerlichen Vergünstigungen, u.a. die Nichterhebung der Lohnsummensteuer sowie die gesamten Investitionskosten werden über die produzierenden Klassen im wesentlichen über die Steuern wieder hereingeholt.

Die Bourgeoisie schwätzt gern von der Zugewinnung neuer Arbeitsplätze und deren Erhalt sowie vom dem Ausgleich, den der ländliche Raum durch Industrieansiedlung erfährt, gemeint ist aber die Vernichtung der kleinbäuerlichen Existenz und die Freisetzung der Arbeitskräfte für die Fabriken und die Inbesitznahme des Landes, das ihnen meist schon lange vorher über die Verschuldung der Bauern bei den Banken gehörte.

Bauern gegen Truppenübungsplatz

r.uwh.Emden/Krummhörn. In fruchtbarstes Marschenland zwischen Emden und Norden, das gegenüber einem Landesdurchschnitt von 45 bis 50 Punkten mit 70 Punkten bewertet wird, will das Bundesverteidigungsministerium einen Truppenübungsplatz von ca. 160 ha für das ABC-Abwehrbataillon 120 legen. Drei Bauern würden vollständig zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden. In dem betroffenen Gebiet, der Krummhörn, ist der Anteil an reinen Pachtbauern mit etwa 50% überdurchschnittlich hoch. Die meisten übrigen Bauern müssen zupachten, um die Maschinen einigermaßen wirtschaftlich einsetzen zu können. Der Zins für Pachtland ist von 400 bis 500 DM vor zwei Jahren auf heute durchschnittlich 840 DM gestiegen. Einige Agrarkapitalisten treiben den Preis durch rigorose Überbietung weiter. Der Übungsplatz würde ein Übriges tun. Auf einer Versammlung erklärten die Bauern, sie würden den Übungsplatz auf keinen Fall hinnehmen. Es wurde vorgeschlagen, mit den Einwohnern des Ortes Hinte, der mit seiner Schule und dem Kindergarten direkt an den Übungsplatz grenzt und in dem Zimmervermietung im Fremdenverkehr einen unerläßlichen „Nebenerwerb" bedeutet, eine gemeinsame Versammlung gegen den Übungsplatz durchzuführen.

Die Bauern im Emsland kämpfen gegen die Abhängigkeit von der Kartoffelstärkefabrik

r.ots. Nordhorn. Seit Anfang Septem-
„Leer Nord
Die Planung ist beendet, die Infrastruktur vorhanden, die Umweltprobleme gelöst und jetzt können Sie einsteigen.
20% Förderpräferenz
Eisenbahn und Wasserstraßennetz
Flugplatz
Erschließung nach Ihren speziellen Forderungen
Strom, Gas, Wasser zu günstigen Konditionen"

VW war Vorreiter in der Ansiedlung an der Küste. Bereits 1968 errichteten sie das Werk in Emden, um die Frachtkosten zu senken und das riesige Arbeitskräftereservoir Ostfrieslands, mit Arbeitslosenquoten bis zu 14%, für die verschärfte Ausbeutung zu nutzen. Mit insgesamt 210 Mio. DM aus dem 1975 festgelegten 6. Rahmenplan steuerten Bund und Land Niedersachsen dazu bei. Jüngstes Beispiel ist die geplante Ansiedlung der Imperial Chemical Industries Limitid (ICI) in Wilhelmshaven, die zur Voraussetzung die vollständige Durchführung und Bezahlung der Infrastruktur forderten und bekamen.

schwärmt von den Auswirkungen, die die industrielle Reservearmee auf die in Arbeit Stehenden ausübt.

„Alle neuangesiedelten Betriebe machen mit der arbeitsamen ostfriesischen Bevölkerung gute Erfahrungen, sie lobten die geringe Fluktuation, den niedrigen Krankenstand und die hohe Belastbarkeit." (aus: Wirtschaft und Standort Aurich) Der Großteil der Arbeitslosen und ein beachtlicher Teil der Arbeiter selbst sind gelegte Bauern.

Die niedersächsische Nordseeküste ist im wesentlichen Marschgebiet (über 50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche) mit überwiegender Rindviehhaltung und Futteranbau. Der Rindviehbestand einschließlich Milchkühe ist von 1951 bis 1971 um rund 50% gestiegen, die Zahl der Rindviehhalter ist um 60% gesunken. Die Ackerbaufläche hat sich von 1951 bis 1971 um 30% vergrößert, die Arbeitskräfte haben hier um 2/3 abgenommen. Daß es sich im wesentlichen um Kleinbetriebe und kleine Bauern handelt, verdeutlicht die Tabelle.

abschluß gedrängt. Jetzt gelte es, da-

r.uwh.Emden/Krummhörn. In fruchtbarstes Marschenland zwischen Emden und Norden, das gegenüber einem Landesdurchschnitt von 45 bis 50 Punkten mit 70 Punkten bewertet wird, will das Bundesverteidigungsministerium einen Truppenübungsplatz von ca. 160 ha für das ABC-Abwehrbataillon 120 legen. Drei Bauern würden vollständig zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden. In dem betroffenen Gebiet, der Krummhörn, ist der Anteil an reinen Pachtbauern mit etwa 50% überdurchschnittlich hoch. Die meisten übrigen Bauern müssen zupachten, um die Maschinen einigermaßen wirtschaftlich einsetzen zu können. Der Zins für Pachtland ist von 400 bis 500 DM vor zwei Jahren auf heute durchschnittlich 840 DM gestiegen. Einige Agrarkapitalisten treiben den Preis durch rigorose Überbietung weiter. Der Übungsplatz würde ein Übriges tun. Auf einer Versammlung erklärten die Bauern, sie würden den Übungsplatz auf keinen Fall hinnehmen. Es wurde vorgeschlagen, mit den Einwohnern des Ortes Hinte, der mit seiner Schule und dem Kindergarten direkt an den Übungsplatz grenzt und in dem Zimmervermietung im Fremdenverkehr einen unerläßlichen „Nebenerwerb" bedeutet, eine gemeinsame Versammlung gegen den Übungsplatz durchzuführen.

Die Bauern im Emsland kämpfen gegen die Abhängigkeit von der Kartoffelstärkefabrik

r.ots. Nordhorn. Seit Anfang September läuft im Emsland die Kartoffelkampagne. Für etwa 2500 Bauern in den Kreisen Emsland und Grafschaft Bentheim ist der Anbau von Stärkekartoffeln ein wichtiger Betriebszweig. Sie haben Verträge mit der Emsland-Stärke in Emlichheim/Kreis Grafschaft Bentheim. Auf 11 bis 12000 ha werden pro Jahr etwa 300000 Tonnen Stärkekartoffeln im Wert von ca. 40 Millionen DM geerntet. Die Bauern sind auf die Lieferung an die Stärkemehlfabrik angewiesen. Für den Kartoffelanbau gibt es auf den leichten, sandigen Böden im Emsland keine Alternativen. Der Getreideanbau würde zu geringe Erträge bringen und auch der Anbau von anderen Feldfrüchten wie Zuckerrüben kommt nicht in Betracht. Die Umstellung auf Milchwirtschaft oder Mast würde für die meisten zu große Investitionen bedeuten – größere Ställe usw., von der Marktlage in diesen Produktionsbereichen ganz abgesehen. Der Kartoffelanbau bringt ihnen relativ konstante Einnahmen, bei einem durchschnittlichen Ertrag von etwa 30 Tonnen pro ha und einem durchschnittlichen Stärkegehalt von 16 bis 17 % zur Zeit etwa 14 Mark pro dz., das sind 4200 Mark/ha.

In der Kartoffelstärkeproduktion vollziehen sich gegenwärtig größere Umwälzungen. Der größte Kartoffelstärkeproduzent in Westeuropa, der niederländische AVEBE-Konzern, dessen Anteil an der EG-Produktion mit 500000 Tonnen bisher bei 66 % lag und jetzt durch den Aufkauf eines Hauptkonkurrenten, des niederländischen Konzerns Kooninklijke Scholten-Honig, noch weiter zugenommen hat, hat die Kartoffelstärkeproduktion von 21 auf 12 Betriebe konzentriert und plant, sie künftig nur noch in drei Betrieben abzuwickeln.

Arbeiter- und Bauerndemonstration im Frühjahr 1978 gegen die Pläne des Stärkemehlkonzerns.

Die Emsland-Stärke gehörte bis vor einigen Monaten zum Scholten-Honig-Konzern. Als sich die Pleite von Scholten-Honig abzuzeichnen begann, plante AVEBE den Konzern einschließlich des Emlichheimer Werks zu übernehmen. Für die Emsland-Stärke hätte das bedeutet: Verringerung der Belegschaft von 220 auf 50 Beschäftigte während der Kartoffelkampagne und 25 während des Rests des Jahres.

Gegen diesen Plan haben sich die Arbeiter der Emsland-Stärke und die Bauern sofort zur Wehr gesetzt. Für die Bauern hätte die absolute Monopolstellung von AVEBE verstärkte Abhängigkeit und schlechtere Verträge bedeutet, wenn sie überhaupt noch weiter Stärkekartoffeln hätten liefern können. Aus dem Plan wurde nichts: Ende letzten Jahres demonstrierten mehrere hundert Bauern mit Treckern und Arbeiter der Fabrik in Emlichheim für die uneingeschränkte Fortführung des Betriebs. Wenig später untersagte dann das Bundeskartellamt die Übernahme der Emsland-Stärke durch AVEBE.

„Die Bauern müssen das Sagen haben" – das war eine der hauptsächlichen Forderungen der Bauern in den Auseinandersetzungen. Den Bauern geht es darum, ihre Abhängigkeit von der Stärkemehlfabrik zu vermindern und darum, den Absatz ihrer Kartoffeln zu festen Preisen zu sichern. Für die bürgerlichen Politiker wär dies der Ansatzpunkt für ein neues Manöver. „Die Emsland-Stärke soll in bäuerliche Hand", wurde jetzt propagiert, so von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Oostergetelo. Zunächst wurden die Bauern, von denen einige aus Furcht vor einer Pleite der Emsland-Stärke mit dem Abschluß neuer Anbauverträge zögerten, massiv zum Vertragsabschluß gedrängt. Jetzt gelte es, dadurch den Bestand des Betriebes zu sichern, damit eine Übernahme überhaupt sinnvoll sei. Als die Verträge unter Dach und Fach und die Saatkartoffeln unter der Erde waren, wurde die Emsland-Stärke von Scholten-Honig ubernommen. Für rund 25 Millionen Mark. Den Bauern der Stärkekartoffelerzeugergemeinschaft wurden davon 5 bis 6 Millionen Mark aufgedrückt. Weitere Anteile übernahmen das Land Niedersachsen (2,5 Mio.DM) und die Genossenschaften. Der größte Teil wurde von der Norddeutschen Landesbank, der Deutschen Bank und der Kreissparkasse Nordhorn als Kredit gegeben. Das Land Niedersachsen übernahm dafür die Bürgschaft. Nachdem die Bauern ihren Anteil eingezahlt hatten, wurde der Coup perfekt gemacht. Der Mühlen- und Nährmittelkapitalist Jäckering wurde beteiligt. Nachdem zuvor gesagt worden war, die Emsland-Stärke sei völlig gesund, hieß es jetzt, es würden Verluste produziert. Jäckering wurde die Mehrheit des Unternehmens überlassen, Jäckering liefert auch den Weizen zur Produktion von Weizenstärke, was profitabel ist. Inzwischen werden neben 50000 Tonnen Kartoffelstärke jährlich schon 15000 Tonnen Weizen produziert, und es ist ein offenes Geheimnis, daß Jäckering den Betrieb durchrationalisieren will, letzten Endes den Teil der Kartoffelstärke senken und Teile der Belegschaft entlassen will. Für die Bauern erweist sich die „Übernahme in bäuerliche Hand" als ein großer Betrug. Wenn sie ihre Existenz erhalten wollen, müssen die Bauern und die Arbeiter der Emsland-Stärke ihren Kampf weiterführen.

Weizenkartell der US-Imperialisten wird scheitern

z.pek. Wieder einmal haben die US-Imperialisten Senator Mc Govern gegen die Völker der Dritten Welt vorgeschickt. Der Vorschlag des Senators: Kanada, Australien und Argentinien sollen in ein Weizenexportkartell mit den USA gepfercht werden, mit dem die US-Imperialisten 80% des Weizenweltmarkts ihrer Kontrolle unterwerfen wollen. Mc Govern erklärt dazu: „Ein solches Kartell würde wegen der positiven Wirkungen auf die Handelsbilanz und der Einsatzmöglichkeit von Weizenlieferungen als politische Waffe im nationalen amerikanischen Interesse liegen."

Der Plan Mc Governs ist eine Reaktion auf den Kampf der Länder der Dritten Welt um ein neues internationales Weizenabkommen. Die US-Imperialisten verfügen durchschnittlich über ein Drittel der Weltvorräte an Weizen und hatten den Weltmarktpreis von 72 Dollar im Jahr 1971 auf 215 Dollar 1975 hochgetrieben. Die Erfolge vieler Länder der Dritten Welt in der Sicherung ihrer Selbstversorgung haben ein Sinken der Preise auf heute 120 Dollar pro Tonne bewirkt. Gegen die Monopol- und Spekulationspreise der US-Imperialisten fordern die Länder der Dritten Welt die Einrichtung eines integrierten Rohstoffonds, den die Imperialisten zahlen müssen und über den festgelegte Höchst- und Mindestpreise gehalten werden sollen. Die Verhandlungen um ein solches Weizenabkommen haben die US-Imperialisten zum Scheitern gebracht. Angesichts der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober verbreiten sie jetzt ihre Drohung der Errichtung eines Kartells, „als durchaus realistische Alternative für den Fall, daß es nicht zu einem neuen internationalen Weizenabkommen kommt". Der Name, den sie sich für dieses Gebilde ausgedacht haben, „Organisation Weizen exportierender Länder (OWEC)", soll Assoziationen zum gerechten Kampf der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder gegen die Plünderung ihrer Rohstoffe durch die Imperialisten wecken.

Die Vorstellung der US-Imperialisten über die „Gemeinsamkeit" der Weizen exportierenden Länder ist die Hochzeit zwischen Fuchs und Henne. Sie haben im Erntejahr 1977/78 durch Ruinierung der kleineren Weizenfarmer eine Verringerung der Anbaufläche für Winterweizen um 14% durchgesetzt, ohne daß die Erntemenge bedeutend zurückgegangen ist und gleichzeitig den Weizenpreis für die Bauern weiter gedrückt. Damit sind sie in die Offensive gegenüber Argentinien gegangen, um durch Preisunterbietung dieses Land der Dritten Welt, das im letzten Jahr 11 Mio. Tonnen Weizen produziert hatte und davon 5,8 Mio. Tonnen exportieren konnte, fast vollständig vom Weltmarkt zu verdrängen. Argentinien wird aus der diesjährigen Ernte nur noch 1,5

US-Imperialisten zum Scheitern gebracht. Angesichts der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober verbreiten sie jetzt ihre Drohung der Errichtung eines Kartells, „als durchaus realistische Alternative für den Fall, daß es nicht zu einem neuen internationalen Weizenabkommen kommt". Der Name, den sie sich für dieses Gebilde ausgedacht haben, „Organisation Weizen exportierender Länder (OWEC)", soll Assoziationen zum gerechten Kampf der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder gegen die Plünderung ihrer Rohstoffe durch die Imperialisten wecken.

Die Vorstellung der US-Imperialisten über die „Gemeinsamkeit" der Weizen exportierenden Länder ist die Hochzeit zwischen Fuchs und Henne. Sie haben im Erntejahr 1977/78 durch Ruinierung der kleineren Weizenfarmer eine Verringerung der Anbaufläche für Winterweizen um 14% durchgesetzt, ohne daß die Erntemenge bedeutend zurückgegangen ist und gleichzeitig den Weizenpreis für die Bauern weiter gedrückt. Damit sind sie in die Offensive gegenüber Argentinien gegangen, um durch Preisunterbietung dieses Land der Dritten Welt, das im letzten Jahr 11 Mio. Tonnen Weizen produziert hatte und davon 5,8 Mio. Tonnen exportieren konnte, fast vollständig vom Weltmarkt zu verdrängen. Argentinien wird aus der diesjährigen Ernte nur noch 1,5
Mio. Tonnen exportieren können. Um die Produktion wieder zu steigern, garantiert die Nationale Getreidebehörde Argentiniens jetzt den Bauern einen Mindestpreis von 100 Dollar pro Tonne Weizen und einen Bonus von 5% für Weizen mit mehr als 13,5% Protein. Die Kreditvergabe für die Weizenbauern wurde erleichtert.

Aber auch Australien und Kanada werden über die „Gemeinsamkeit" mit den US-Imperialisten nicht froh. US-Landwirtschaftsminister Bergland meldete auch gleich seine Bedenken an, daß „man den Kanadiern nicht so recht trauen kann". Der „Blick durch die Wirtschaft" sagte am 28. August schadenfroh „einen mörderischen Konkurrenzkampf der großen Ausfuhrländer, sobald die Konkurrenten der Amerikaner ihren neuen Weizen haben", voraus. Als das kanadische Statistische Amt am 31. August bekanntgegeben hatte, daß der Weizenbestand des Landes am Ende der diesjährigen Saison mit 445 Mio. Bushel (ca. 12 Mio. Tonnen) um gut 10% niedriger liegt als im vergangenen Jahr, reagierte die US-Börse in Chicago sofort mit einer Steigerung des Weizenpreises.

Das Weizenkartell der US-Imperialisten ist zum Scheitern verurteilt. Die Länder der Dritten Welt schließen sich gegen das imperialistische Weizenmonopol zusammen. Sie haben die Frage der Nahrungsmittelversorgung und Lagerhaltung bei Getreide auf die Tagesordnung der laufenden UNO-Vollversammlung gesetzt und fordern die Einrichtung einer Getreidenotreserve von 500000 Tonnen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen.

Schüler sollen Deutschlandlied abschreiben

Emmendingen. An der Gewerbeschule in Emmendingen werden die Schüler bei Anfertigung von schriftlichen Arbeiten in Normschrift gezwungen, die 3. Strophe des Deutschlandliedes zu schreiben. Lehrlinge aus einer Klasse aus der Holzverarbeitung haben sich dagegen gewehrt. 4 Schüler haben entgegen den Anweisungen und trotz Unterdrückung die Strophe nicht geschrieben, sondern kurze Gedichte von Tucholsky, Kästner u.a. gegen den Faschismus aufgeschrieben, und anschließend wurde darüber eine Debatte geführt.

Knapp 1000 Lehrlinge demonstrierten zur Schulbehörde

Hamburg. Am Mittwoch, den 20.9. fanden an der G10/G16 Vollversammlungen der Berufsschüler statt. Folgende Forderungen wurden dort beschlossen: Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung! Übernahme aller in die II. Stufe! Danach wurde beschlossen, eine Demonstration zur Schulbehörde durchzuführen. Auf dem Wege dorthin sollte an anderen Berufsschulen vorbeigegangen werden, um die Lehrlinge dort zu informieren. Knapp 1000 Berufsschüler beteiligten sich an der Demonstration zur Schulbehörde. Nachdem dort die Schulaufsicht nicht mit den Lehrlingen reden wollte, wurde für den 21.9. beschlossen, einen Streik an den Berufsschulen zur Durchsetzung der Forderungen durchzuführen.

Kampf für berufsbezogenen Unterricht

Frankfurt. Mit Beginn des neuen Schuljahres sollen die Speditionskaufleute neuerdings 1 bis 2 Stunden Schreibmaschinenkurs machen, obwohl sie keine Abschlußprüfung in diesem Fach ablegen müssen. Den Arzthelferinnen wird nur noch eine Stunde Schreibmaschinenkurs angeboten, obwohl sie darin eine Prüfung ablegen müssen. Dagegen hat Anfang September eine Spediteursklasse protestiert, so lange, bis Schuldirektor Fischer in die Klasse kam. (Fischer ist bekannt dafür, daß er bei dem Schulstreik vor einem Jahr die Türen der Schule abschloß.) Die Schüler griffen ihn an, weil die Arzthelferinnen nur noch eine Stunde Maschinenschreiben haben und weil die Spediteure Maschinenschreiben haben, obwohl sie doch vielmehr berufsbezogenen Unterricht benötigen. Die Schüler boten den Arzthelferinnen ihren Unterricht an und forderten für sich dafür berufsbezogenen Unterricht. Schuldirektor Fischer meinte, jetzt könne er den Unterricht nicht mehr umwerfen, und er ließ sich auf keine Diskussionen mehr ein. Dabei ist bekannt, daß zu dieser Zeit noch an den Unterrichtsplänen gearbeitet wurde.

Blutspendeaktion zur Ausrüstung der ZANLA verweigert

Aachen. Dr. Stürner, Direktor der Aachener Blutbank am Klinikum der RWTH, hat die Durchführung einer Spendenaktion zur Unterstützung der

Frankfurt. Mit Beginn des neuen Schuljahres sollen die Speditionskaufleute neuerdings 1 bis 2 Stunden Schreibmaschinenkurs machen, obwohl sie keine Abschlußprüfung in diesem Fach ablegen müssen. Den Arzthelferinnen wird nur noch eine Stunde Schreibmaschinenkurs angeboten, obwohl sie darin eine Prüfung ablegen müssen. Dagegen hat Anfang September eine Spediteursklasse protestiert, so lange, bis Schuldirektor Fischer in die Klasse kam. (Fischer ist bekannt dafür, daß er bei dem Schulstreik vor einem Jahr die Türen der Schule abschloß.) Die Schüler griffen ihn an, weil die Arzthelferinnen nur noch eine Stunde Maschinenschreiben haben und weil die Spediteure Maschinenschreiben haben, obwohl sie doch vielmehr berufsbezogenen Unterricht benötigen. Die Schüler boten den Arzthelferinnen ihren Unterricht an und forderten für sich dafür berufsbezogenen Unterricht. Schuldirektor Fischer meinte, jetzt könne er den Unterricht nicht mehr umwerfen, und er ließ sich auf keine Diskussionen mehr ein. Dabei ist bekannt, daß zu dieser Zeit noch an den Unterrichtsplänen gearbeitet wurde.

Blutspendeaktion zur Ausrüstung der ZANLA verweigert

Aachen. Dr. Stürner, Direktor der Aachener Blutbank am Klinikum der RWTH, hat die Durchführung einer Spendenaktion zur Unterstützung der Kampagne „1 Million für die Ausrüstung der Kompanie der ZANLA", zu der der KSB aufgerufen hat, von einem „persönlichen Gespräch" abhängig gemacht. „Nachher wird das Geld noch für Waffen verwandt." Das „persönliche Gespräch" wurde vorbereitet durch ein Flugblatt und eine Sammelaktion vor der Klinik am Donnerstag Morgen und Mittag. Dabei wurden insgesamt 25,65 DM gesammelt. Zur Rede gestellt, begründete Dr. Stürner die Ablehnung der Spendenaktion mit seinem „persönlichen Pazifismus", um damit die Klinikleitung aus dem Schußfeld zu halten und den Angriffen auszuweichen. Bei der Blutspendeaktion vor 6 Monaten beteiligten sich 20 Studenten, und es wurden 1 100 DM gesammelt. Die Aktion wird auch am Freitag gegen das Verbot Stürners durchgeführt, das ist mit den Beschäftigten in der Blutspendezentrale schon abgesprochen.

Aktion gegen Besoldungskürzungen in Lüneburg

Lüneburg. Am 21.9. hat der GEW-Kreisverband Lüneburg einen Informationsstand in der Bäckerstraße durchgeführt. Es wurden ca. 500 Flugblätter gegen die geplanten Kürzungen der Anwärterbezüge im öffenntlichen Dienst verteilt. Ungefähr 10 Lehrer beteiligten sich. Es wurde dazu aufgerufen, sich an der Kundgebung der GEW in Hamburg am 25.9. zu beteiligen. Dazu wird ein Transparent erstellt mit der Forderung: Gegen Teilzeitarbeit und Rationalisierung im Öffentlichen Dienst! Die Aktion stieß auf große Zustimmung in der Lüneburger Bevölkerung. Mehrere Angehörige des Öffentlichen Dienstes enthüllten, daß in ihren Dienststellen jetzt auch Lohnsenkungen durchgesetzt wurden. Bei der Caritas in Lüneburg wurde die Praktikantenvergütung diesen Sommer von 320 DM auf 150 DM gekürzt.

BAFöG-Gesetzänderungen: Wachsende BAFöG-Schulden und verstärkte Zwangseintreibung des Lohns der Eltern

z.bew. Von den 1977 ausgezahlten knapp 1,46 Mrd. DM BAFöG-Geldern durch 46 Studentenwerke in der BRD sind 322 Mio. DM, 31 % Darlehen (Deutsches Studentenwerk, Zahlenspiegel 1977), 1975 waren es 24 %. Systematisch betreibt die Bourgeoisie den Zugriff auf den zukünftigen Lohn der besitzlosen Studenten und damit die Unterwerfung eines erheblichen Teils der Lohnabhängigen unter die Schuldknechtschaft des bürgerlichen Staatsapparates. Ab Oktober 1974 wurde das Grunddarlehen von 80 DM eingeführt für alle auswärts wohnenden Studenten. Ab 1.10.1976 wurde es auf 130 DM erhöht, ab 1.4.1977 auf 150 DM. Die Bestimmungen beim Fachwechsel und bei Überschreiten der Höchstförderungsdauer wurden verschärft.

Eine Studentin, die an der Universität Köln im WS 72/73 ihr Studium begonnen hat (Lehramt/Gymnasium) und jetzt im Examen steht, hat ein BAFöG-Schuldenkonto von 13227 DM. 3600 DM betrug das Schuldenkonto am 30.9.1977 nach 10 Semestern zum Ende der Höchstförderungsdauer. Ihr Studium dauerte länger wegen Fachwechsel und Tätigkeit als Fachschaftsvertreter. Ab 30.9.1977 bekam sie ihr volles BAFöG als Darlehen.

Das Darlehen ist innerhalb von 20 Jahren in Monatsraten von mindestens 80 DM zurückzuzahlen.

Das Darlehen ist „mit 6 von Hundert für das Jahr zu verzinsen, wenn der Darlehensnehmer mit mehr als einer Rückzahlungsrate in Verzug gerät." (§18(2)). Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die Schulden zurückzuholen. Eingezogen werden die BAFöG-Schulden über das Bundesverwaltungsamt in Köln, wo jeder Arbeitsplatz mit einem Bildschirmgerät ausgestattet und ein Verfahren zur Speicherung der Daten auf Mikrofilm eingeführt worden ist, um die wachsende Flut zu bewältigen.

Seit 1977 erteilt das Bundesverwaltungsamt den „Darlehensteilnehmern" jährliche Bescheide, in denen die Gesamthöhe des Darlehens und Zinsbeträge festgestellt wird.

Grundlage des BAFöG-Gesetzes ist die Plünderung des Lohns der Eltern aus besitzlosen Klassen. Durchsetzen kann die Bourgeoisie das nur mit Zwang gegen den Widerstand der besitzlosen Studenten und ihrer Eltern. Ausdruck ist die zunehmende Anzahl von Widersprüchen und Prozessen. Beim Studentenwerk Bonn haben 1974 750 Studenten Widerspruch eingelegt gegen ihren Föderungsbescheid, 1976 waren es 1000. Der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Student im Monat war von 492 DM 1975 auf 351 DM 1976 gesunken.

„Die Tätigkeiten des Förderungsjustitiats haben weiter zugenommen", schreibt das Hamburger Studentenwerk im Geschäftsbericht 1977. Die Klagefälle vor Verwaltungsgerichten in Hamburg haben zugenommen von 265 (1976) auf 325 (1977).

Die Bourgeoisie übt Druck aus auf die besitzlosen Studenten, ihre Eltern vor Gericht zu zerren, um ihren Unterhaltsbeitrag einzutreiben, und so Spaltungslinien zu ziehen zwischen der Arbeiterklasse und den Studenten.

Das Studentenwerk Bonn berichtet 1974 von 500 Anzeigen von Studenten, daß die Eltern den auf sie entfallenen Anrechnungsbeitrag nicht leisten (bei fast 8000 BAFöG-Beziehern sind das fast 6 %). 1975 waren es 550 Anzeigen. „Da in vielen Fällen die Auszubildenden einer Überleitung ihrer Unterhaltsansprüche gegen ihre Eltern auf das Land NRW widersprochen und die Gewährung eines verzinslichen Darlehens beantragt haben, brauchten kaum Unterhaltsprozesse gegen die Eltern vor den zuständigen Amtsgerichten geführt werden." (Jahresbericht des Studentenwerks Bonn, 1975) Mit dem Haushaltstrukturgesetz vom 18.12.1975 beseitigt sie diese Möglichkeit durch Streichung des §36(2), der Vorausleistung von Ausbildungsförderung, wenn die Eltern keine Auskunft erteilen über ihr Einkommen, und §37(2), der Beseitigung der Möglichkeit, für die Studenten, Widerspruch einzulegen gegen die Überleitung der Unterhaltsansprüche gegen ihre Eltern aufs Land und Darlehen in Anspruch zu nehmen.

Das Hamburger Studentenwerk rühmt in seinem Geschäftsbericht 1977, daß diese Änderung zu einer erheblichen Abnahme der Fälle von Vorausleistungen geführt habe, von 1573 im Januar 1975 auf 305 im Juli 1977.

Das Spaltungsmanöver trägt nicht die erwarteten Früchte. Die Anzahl der Unterhaltsprozesse, die vor dem Zivilgericht geführt werden, waren in Hamburg: 35/1976 und 38/1977 gegenüber ca. 300 Verwaltungsgerichtsverfahren, wo es hauptsächlich um Widersprüche gegen Förderungsbescheide geht.

Niederlande: Seit mehreren Jahren verhindern die Studenten die Studienzeitverkürzung

z.ovr. Seit mehreren Jahren versucht die Regierung der Niederlande eine Studienzeitverkürzung für Studenten durchzusetzen. Bildungsminister Pais hat seine Pläne offengelegt. Die Studiengänge sollen auf vier Jahre beschränkt werden, mit dem Ziel, das Studium den Erfordernissen der Ansprüche des Arbeitsmarktes anzugleichen. Eine weitergehende „wissenschaftliche Ausbildung" für weitere zwei Jahre soll nur noch einer Elite zukommen, die sich im Studium besonders hervorgetan hat und die besondere Fähigkeiten als Bourgeoisfunktionär zu haben verspricht. Nach einem Jahr Studium gibt es eine Zwischenprüfung, durch die soll man jetzt nur noch einmal durchfallen dürfen, ebenso durch die Prüfung nach den vier Jahren. Drei Gründe nennt die Regierung für diese Maßnahmen: 1. soll Geld eingespart werden, was für Kindergärten und Grundschulen verwendet werden soll, ohne den Bildungsetat erhöhen zu müssen; 2. sollen mehr studieren können, wenn man die anderen schneller durch das Studium zieht, und 3. soll verhindert werden, daß so viele – zur Zeit 40% – das Studium abbrechen oder ein neues anfangen. Bei der Prüfung nach einem Jahr, der Propedeuse, sollen gleich soviele ausgesiebt werden, daß nur noch soviele übrigbleiben, wie es Studienplätze gibt. Nicht mehr als 40% der Medizinstudenten sollen sich nach dem Studium weiter spezialisieren dürfen. 60% müssen Funktionen einnehmen, die die Gesellschaft ihnen „bietet".

Seit Jahren kann dieses Programm nicht durchgesetzt werden. Die Universitäten sind beauftragt worden, Studienpläne zu erstellen, die über vier Jahre laufen. An den Universitäten in den Niederlanden gibt es paritätisch besetzte Gremien, die alle Fragen des Studiums regeln. Sie sind meistens drittelparitätisch besetzt mit Studenten, Mittelbau und Professoren und weigern sich beharrlich, diese Studienpläne zu erstellen. Die Regierung fühlt sich „boykottiert" und droht jetzt härtere Saiten aufzuziehen. Vor zwei Jahren etwa hielt sich hartnäckig das Gerücht, daß in der Stadt Leiden versucht worden ist, den Akademischen Rat (das ist das Gremium) zu bestechen, um so einen Präzedenzfall zu schaffen. Das hat wohl nicht funktioniert, sonst ließen sich die Erfolge erkennen. Als sich der Bildungsminister Pais am 11.9. in Rotterdam zu einer Einweihung an der Universität sehen ließ, haben ihn die Studenten dort empfangen mit einem Lied „Pais, Pais, es fängt erst an!".

Sie wollten ihm eine „Einheitswurst" überreichen als Zeichen für die befürchtete Gleichschaltung an der Universität. Der Kampf der Studenten steht unter reformistischer Führung, aber in ihnen wird der Wille der Studenten deutlich, sich gegen die enorme staatliche Reglementierung zusammenzuschließen. In den imperialistischen Ländern wird der Widerspruch zwischen dem Staatsapparat, der die Ausbildung seines Funktionärsnachwuchses ausrichten muß und den Studentenmassen, die als zukünftige Lohnabhängige ganz andere Interessen haben, offensichtlich.

Berufsgrundbildungsjahr als einjährige Zwangsarbeit für alle Jugendlichen ohne Lehrstelle

z.mav. Um die Arbeitskraft der Jugend billiger zu machen und um sie als Lohndrücker gegen die gesamte Arbeiterklasse einsetzen zu können, hat die Bundesregierung Ende der sechziger Jahre die imperialistische Bildungsreform eingeleitet. Die Berufsschulpflicht sollte gesenkt werden, und ein zentrales Mittel dazu war die Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs (BGJ). Ab 1970 wurden dazu „Modellversuche" in einzelnen Bundeslän-

stätte. Blockunterricht wird ebenfalls praktiziert. Die Jugendlichen sind völlig rechtlos und stehen unter direkter staatlicher Aufsicht, und die Kapitalisten brauchen keinen Lohn für die Vernutzung der Arbeitskraft der Jugendlichen zu zahlen, sondern sie bekommen noch einiges dazu aus den Versicherungskassen, wenn sie einen Ausbildungsplatz bereitstellen.
Den größten Nutzen aus den Berufsgrundbildungsschülern ziehen bis-

das „Berufsvorbereitungsjahr" immer noch keine Lehrstelle, müssen sie an einem 16-wöchigen Blockunterricht teilnehmen. Dann ist es soweit – die Berufsschulpflicht wird beendet: „Aufgrund der einjährigen vollzeitschulischen Ausbildung im BVJ ... und des 16-wöchigen Berufsschulunterrichts ist der weitere Berufsschulunterricht entbehrlich" (Erlaß des nordrhein-westfälischen Kultusministers). In Baden-Württemberg ist nicht ein-

Einen weiteren Schritt, um die Jugendlichen mit staatlicher Gewalt zur Ausbeutung in die Fabriken der Kapitalisten zu pressen, hat das Land Nordrhein-Westfalen im Oktober letzten Jahres beschlossen: „Betreuungsverträge" sollen abgeschlossen werden mit arbeitslosen Jugendlichen, vor allem mit „berufsunreifen oder nicht- oder schwervermittlungsfähigen Jugendlichen". In dieses Programm sollen Jugendliche bis zum 20. Lebens-

Das Darlehen ist „mit 6 von Hundert für das Jahr zu verzinsen, wenn der Darlehensnehmer mit mehr als einer Rückzahlungsrate in Verzug gerät." (§18(2)). Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die Schulden zurückzuholen. Eingezogen werden die BAFöG-Schulden über das Bundesverwaltungsamt in Köln, wo jeder Arbeitsplatz mit einem Bildschirmgerät ausgestattet und ein Verfahren zur Speicherung der Daten auf Mikrofilm eingeführt worden ist, um die wachsende Flut zu bewältigen.
Seit 1977 erteilt das Bundesverwaltungsamt den „Darlehensteilnehmern" jährliche Bescheide, in denen die Gesamthöhe des Darlehens und

schaftliche Ausbildung" für weitere zwei Jahre soll nur noch einer Elite zukommen, die sich im Studium besonders hervorgetan hat und die besondere Fähigkeiten als Bourgeoisfunktionär zu haben verspricht. Nach einem Jahr Studium gibt es eine Zwischenprüfung, durch die soll man jetzt nur noch einmal durchfallen dürfen, ebenso durch die Prüfung nach den vier Jahren. Drei Gründe nennt die Regierung für diese Maßnahmen: 1. soll Geld eingespart werden, was für Kindergärten und Grundschulen verwendet werden soll, ohne den Bildungsetat erhöhen zu müssen; 2. sollen mehr studieren können, wenn man die anderen schneller durch das Studium

Seit Jahren kann dieses Programm nicht durchgesetzt werden. Die Universitäten sind beauftragt worden, Studienpläne zu erstellen, die über vier Jahre laufen. An den Universitäten in den Niederlanden gibt es paritätisch besetzte Gremien, die alle Fragen des Studiums regeln. Sie sind meistens drittelparitätisch besetzt mit Studenten, Mittelbau und Professoren und weigern sich beharrlich, diese Studienpläne zu erstellen. Die Regierung fühlt sich „boykottiert" und droht jetzt härtere Saiten aufzuziehen. Vor zwei Jahren etwa hielt sich hartnäckig das Ge-

Sie wollten ihm eine „Einheitswurst" überreichen als Zeichen für die befürchtete Gleichschaltung an der Universität. Der Kampf der Studenten steht unter reformistischer Führung, aber in ihnen wird der Wille der Studenten deutlich, sich gegen die enorme staatliche Reglementierung zusammenzuschließen. In den imperialistischen Ländern wird der Widerspruch zwischen dem Staatsapparat, der die Ausbildung seines Funktionärsnachwuchses ausrichten muß und den Studentenmassen, die als zukünftige Lohnabhängige ganz andere Interessen haben, offensichtlich.

Berufsgrundbildungsjahr als einjährige Zwangsarbeit für alle Jugendlichen ohne Lehrstelle

z.mav. Um die Arbeitskraft der Jugend billiger zu machen und um sie als Lohndrücker gegen die gesamte Arbeiterklasse einsetzen zu können, hat die Bundesregierung Ende der sechziger Jahre die imperialistische Bildungsreform eingeleitet. Die Berufsschulpflicht sollte gesenkt werden, und ein zentrales Mittel dazu war die Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs (BGJ). Ab 1970 wurden dazu „Modellversuche" in einzelnen Bundesländern durchgeführt, 1972 erließ die Bundesregierung die erste „Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung" (AVO), die 1973 durch eine „Rahmenvereinbarung über das Berufsgrundbildungsjahr" der Kultusministerkonferenz ergänzt wurde.

Inzwischen gehen die Länderregierungen in einigen Städten daran, das Berufsgrundbildungsjahr, das zunächst „freiwillig" war, zu einer *Pflicht*übung zu machen für all diejenigen Jugendlichen, die keine Lehrstelle haben (so in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen). Die Absicht dieser Modellversuche ist, nach und nach die Mehrheit der 14-15-jährigen schulentlassenen Jugendlichen einjähriger Zwangsarbeit für die Kapitalisten zu unterwerfen.

Schon seit 1970 ist es der Bourgeoisie gelungen, einen erheblichen Teil der Jugend in diese Zwangsausbildung zu stecken:

Anzahl der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr nach Durchführungsform

Schuljahr	schulische Form	kooperative Form	insgesamt
1971/72	3934	–	3934
1972/73	6837	195	7032
1973/74	12048	614	12662
1974/75	16399	808	17207
1975/76	21576	1427	23003
1976/77	24505	2635	27140
1977/78	34036	5137	39173

Besonders rasch gesteigert worden ist in den letzten Jahren die Zahl der Jugendlichen im „Berufsgrundbildungsjahr kooperativer Form" (BGJ/k). Das bedeutet, daß die Jugendlichen zwei Tage Unterricht in der Berufsschule haben und drei Tage im Betrieb für einen Kapitalisten arbeiten oder in einer staatlichen Ausbildungsstätte. Blockunterricht wird ebenfalls praktiziert. Die Jugendlichen sind völlig rechtlos und stehen unter direkter staatlicher Aufsicht, und die Kapitalisten brauchen keinen Lohn für die Vernutzung der Arbeitskraft der Jugendlichen zu zahlen, sondern sie bekommen noch einiges dazu aus den Versicherungskassen, wenn sie einen Ausbildungsplatz bereitstellen.

Den größten Nutzen aus den Berufsgrundbildungsschülern ziehen bisher die Metallkapitalisten (10555 Schüler 1978). In den letzten beiden Schuljahren verstärkt zugegriffen haben die Landwirtschafts- und die Baukapitalisten, die ersten haben die Zahl der BGJ-Schüler, die sie ausbeuten, um 510% gesteigert, die zweiten um 94,1% (Bericht des Bundesinstituts für Berufsbildung).

Die Jugendlichen haben das BGJ noch nie geschätzt, weshalb auch von vornherein der Anteil derjenigen, die es abgebrochen haben, groß war. So haben in Hamburg im letzten Vierteljahr des Schuljahres 1976/77 36,6% der Schüler das BGJ abgebrochen. Sie haben es abgebrochen, weil die Kapitalisten mit BGJ-Abschluß sie für eine Lehre nicht genommen hätten (sie wollen die Jugendlichen während der ganzen „Lehrzeit" für billigsten Lohn ausbeuten und nichts „anrechnen"). Oder die Schüler haben abgebrochen, weil sie den BGJ-Abschluß doch nicht bekommen hätten, oder nur ein schlechtes Zeugnis mit 5en und 6en.

Der Widerwille und der Kampf gegen das BGJ ist erheblich, weshalb die Planziele der Bourgeoisie auch lange nicht erreicht wurden. Sie wollte schon in diesem Jahr 65500 Jugendliche ins BGJ zwingen, es sind aber erst 39173. Das macht bezogen auf die Anzahl der Lehrlinge im 1. Ausbildungsjahr allerdings in diesem Jahr schon einen Prozentsatz von 8,2% aus, über 50% ist das Ziel der Kapitalisten.

In Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg haben die Landesregierungen jetzt anstelle des Berufsgrundbildungsjahres das „*Berufsvorbereitungsjahr*" eingeführt, das ebenfalls Zwang ist für die Jugendlichen, die keine Lehrstelle oder „ausbildungsähnliche Stelle" haben. Bekommen die Jugendlichen im Anschluß an das „*Berufsvorbereitungsjahr*" immer noch keine Lehrstelle, müssen sie an einem 16-wöchigen Blockunterricht teilnehmen. Dann ist es soweit – die Berufsschulpflicht wird beendet: „Aufgrund der einjährigen vollzeitschulischen Ausbildung im BVJ ... und des 16-wöchigen Berufsschulunterrichts ist der weitere Berufsschulunterricht entbehrlich" (Erlaß des nordrhein-westfälischen Kultusministers). In Baden-Württemberg ist nicht einmal der anschließende 16-wöchige Blockunterricht festgelegt: „Jugendliche, die auch nach dem Besuch des Vorbereitungsjahres noch in keine Ausbildung eintreten können oder wollen, haben ihre Berufsschulpflicht erfüllt" (Staatsanzeiger).

Einen weiteren Schritt, um die Jugendlichen mit staatlicher Gewalt zur Ausbeutung in die Fabriken der Kapitalisten zu pressen, hat das Land Nordrhein-Westfalen im Oktober letzten Jahres beschlossen: „Betreuungsverträge" sollen abgeschlossen werden mit arbeitslosen Jugendlichen, vor allem mit „berufsunreifen oder nicht- oder schwervermittlungsfähigen Jugendlichen". In dieses Programm sollen Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr gepreßt werden, auch dann, wenn sie z.B. schon ein Berufsgrundbildungsjahr hinter sich haben. Für die „Betreuung" der Jugendlichen, also für ihre Ausbeutung, bekommen die Kapitalisten für jeden einzelnen 3000 – 8000 DM vom Arbeitsamt.

Kultusminister Remmers: BGJ – „Kapazitätsregler" für die Kapitalisten

r.kea. Der Anteil der berufsschulpflichtigen Jugendlichen in Niedersachsen, die ins Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) gepreßt werden, soll nach Plänen der Landesregierung von 30,9% (1977) auf 52,8% bis 1982 gesteigert werden. Bisher gibt es das BGJ in Niedersachsen für die sog. Berufsfelder Metalltechnik, Elektrotechnik, Holz und Kunststoff, Textil und Bekleidung und Chemie, Physik und Biologie. Mit der Einführung des Berufsfeldes Bautechnik ab 1.8.78 ist das BGJ in Niedersachsen jetzt für die sechs wichtigsten von insgesamt zwölf Berufsfeldern eingeführt.

In groß aufgemachten Werbebroschüren sollen die jugendlichen Schulabgänger für das BGJ gewonnen werden. „Bessere fachübergreifende Ausbildung" wird versprochen, und nützen soll es, „um die Arbeitsmarktchancen junger Menschen zu erhöhen".

Tatsache ist, daß 1977 in Niedersachsen von 77646 Lehrstellenanwärtern 5410 (7%) keinen Ausbildungsplatz fanden. Im Regierungsbezirk Aurich fanden sogar 24,4% der Jugendlichen keine Lehrstelle. Angeblich will die Landesregierung diesem Zustand sowie der Jugendarbeitslosigkeit mit der Ausdehnung des BGJ begegnen. Die eigentlichen Absichten sind allerdings deutlich aus internen Verlautbarungen der Bourgeoispolitiker zu entnehmen: „Der hohe Bedarf an Ausbildungsplätzen, dem ein geringes Angebot gegenübersteht, zwingt uns dazu, die Verweildauer der Ausbildungszeit im Lernort ‚Betrieb' zu verringern." „Das berufliche Vollzeitschulwesen (BGJ) wird gezielt und zügig als ‚Kapazitätsregler' im dualen System der beruflichen Bildung ausgebaut." Und: „Die Zusammenarbeit zwischen der ausbildenden Wirtschaft und dem Kultusministerium in allen Fragen der beruflichen Bildung wird noch weiter intensiviert werden." (Remmers, niedersächsischer Kultusminister, vor dem Kultusausschuß des Landtages.)

Remmers will je nach Appetit des Kapitals mit seinem „Kapazitätsregler" BGJ die Arbeiterjugend aufsaugen oder ausspucken. Und weil auch nach Absolvierung des Berufsgrundbildungsjahres längst nicht alle Jugendliche eine Lehrstelle, das heißt eine abgeschlossene Berufsausbildung erhalten, ist die Senkung des Werts ihrer Arbeitskraft gleich einprogrammiert. Die besten Bedingungen dafür wittert das Kapital natürlich in den „wirtschaftlich schwachen Regionen": Durch „flächendeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahres" beim „Großversuch Emsland/Ostfriesland" hofft die Albrecht-Regierung, auf breiter Front die profitbringenden Arbeiterbataillone von morgen heranzüchten zu können.

Schmidts Einhaltung des Nordatlantikvertrages

z.jod. In der Bundestagsdebatte in der letzten Woche hat Bundeskanzler Schmidt das noch immer im Raum stehende Problem, die Verteidigung des Nordatlantikvertrages, angesprochen. In den letzten Wochen ist offensichtlich geworden, daß die Bundesregierung mit verschiedenen Ostblock-Ländern über den Austritt aus der Nato verhandelt hatte und damit die Einverleibung der DDR als Voraussetzung machen wollte, also die Wiedervereinigung unter Herrschaft des westdeutschen Imperialismus. So wollen die bürgerlichen Politiker jetzt von der Sache nicht mehr so viel sprechen. „Mit Schärfe verwahrte sich der Bundeskanzler gegen Vermutungen über eine Änderung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses der Bundesregierung", schreibt die bürgerliche Presse zu Recht über das Verhalten der Bundesregierung. Die Verhandlungen und die Überlegungen der Wiedervereinigung laufen schon seit Jahren: „Aber Egon Bahr ist kein Träumer. Wie vor 10 Jahren, als das jetzt wieder hervorgekramte Bahrpapier entstand, hat er spekulativ gedacht. Das ist nicht verboten, vielmehr hilft es bei der Klärung der Optionen. Wenn man jeden Gedanken an die Wiedervereinigung als Gefahr für diesen Staat betrachtet, sollte man die Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot abschaffen" (Süddeutsche Zeitung, 12.9.1978). Schon seit dem ersten Tag des Wiederaufbaus des westdeutschen Imperialismus träumen die westdeutschen Imperialisten davon, die DDR einzuverleiben. Über den beständigen Ausbau der Ostgeschäfte wurde dieses Interesse durch die Bourgeoisie weiterverfolgt. In diese Verhandlungen und Geschäfte sind alle bürgerlichen Politiker verstrickt. So war die letzte Meldung, die man zu der sogenannten Spionage hören konnte, daß jetzt auch ein hoher CSU-Politiker verhört wird. Vielleicht Strauß? Politische Eintracht wollen sie jetzt wieder herstellen, nach dem erschrockenen Feststellen, wie weit sie mit ihren Verhandlungen mit den Sozialimperialisten gediehen waren. Die Konkurrenz zwischen den Imperialisten ist absolut. Und daß Schmidt und Carter sich nicht mögen, kann nicht an persönlichen Ressentiments liegen, weil die auf solchen Verhandlungen nicht zur Debatte stehen. Es müssen grundsätzliche Interessensgegensätze sein. Strauß unterstützte in der Bundestagsdebatte auch Schmidt in seiner Auffassung, daß er den Kurs in der Außenpolitik nicht gewechselt habe. Er wolle aber über das, worüber man sich unterhalten habe, unterrichtet werden, „weil sonst der Eindruck entstünde, daß es sich um zwei verschiedene außenpolitische Konzeptionen handele". Die USA-Imperialisten haben zwar mitgeteilt, daß sie kein „Bahr-Papier" hätten, aber leichte Verärgerung tritt doch auf. Schon aus dem Grund, weil Schmidt in der Bundestagsdebatte für den Beweis seiner Sicherheitspolitik anführte, daß man heute immerhin für einen Dollar nur noch 1,98 DM zahlen muß, 1969 noch 4 DM. Nach

dieser Entwicklung müßte Schmidt doch
wurde dieses Interesse durch die Bourgeoisie weiterverfolgt. In diese Verhandlungen und Geschäfte sind alle bürgerlichen Politiker verstrickt. So war die letzte Meldung, die man zu der sogenannten Spionage hören konnte, daß jetzt auch ein hoher CSU-Politiker verhört wird. Vielleicht Strauß? Politische Eintracht wollen sie jetzt wieder herstellen, nach dem erschrockenen Feststellen, wie weit sie mit ihren Verhandlungen mit den Sozialimperialisten gediehen waren. Die Konkurrenz zwischen den Imperialisten ist absolut. Und daß Schmidt und Carter sich nicht mögen, kann nicht an persönlichen Ressentiments liegen, weil die auf solchen Verhandlungen nicht zur Debatte stehen. Es müssen grundsätzliche Interessensgegensätze sein. Strauß unterstützte in der Bundestagsdebatte auch Schmidt in seiner Auffassung, daß er den Kurs in der Außenpolitik nicht gewechselt habe. Er wolle aber über das, worüber man sich unterhalten habe, unterrichtet werden, „weil sonst der Eindruck entstünde, daß es sich um zwei verschiedene außenpolitische Konzeptionen handele". Die USA-Imperialisten haben zwar mitgeteilt, daß sie kein „Bahr-Papier" hätten, aber leichte Verärgerung tritt doch auf. Schon aus dem Grund, weil Schmidt in der Bundestagsdebatte für den Beweis seiner Sicherheitspolitik anführte, daß man heute immerhin für einen Dollar nur noch 1,98 DM zahlen muß, 1969 noch 4 DM. Nach

dieser Entwicklung müßte Schmidt doch eigentlich ein treuer Bündnispartner sein? Bei den Imperialisten wirkt so eine Kursentwicklung gerade umgekehrt. Die westdeutschen Imperialisten nutzen das für weitere verschärfte Expansion. Das „Schattenboxen um die Ostpolitik", wie die bürgerliche Presse die Überlegungen des westdeutschen Imperialismus abtun will, findet weiter statt, denn die Profitgier und das Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus kann der NATO-Vertrag nicht binden, sondern soll ihn fördern. Nützt er ihnen nicht mehr, werden sie das Militärbündnis verlassen. Die NATO-Länder müssen ein Jahr vor dem Austritt bei den „Vereinigten Staaten von Amerika" kündigen. Daran wird deutlich, wer der Nutznießer des Nordatlantikbündnisses ist. In erster Linie der USA-Imperialismus. Carter hat also *bestimmte* Vorstellungen über den Nordatlantikvertrag, und Schmidt hat auch *seine*, wenn er von der Einhaltung des Vertrages spricht. Um die Wogen schnell wieder zu glätten, hat Schmidt bei der Durchführung des NATO-Manövers Autumn Forge dem General Haig unter die Arme gegriffen, nachdem Staatssekretär Bülow das Manöver als Selbstdarstellung des General Haig „abqualifizieren" wollte. In einer Bonner Erklärung stellte sich die Bundesregierung hinter General Haig und das NATO-Manöver Autumn Forge. Die westdeutschen Imperialisten werden nicht aus dem NATO-Bündnis austreten, weil es ihre eigenen Interessen zur Zeit sichert. Schließen sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen zusammen und stürzen sie den bürgerlichen Staatsapparat, wollen sich die Kapitalisten der „Bündnistreue" der anderen NATO-Staaten sicher sein. Genau das ist ein Grund, warum die Arbeiterklasse für den Austritt aus der NATO kämpft.

Schweden und Dänemark wehren sich gegen Übergriffe der sowjetischen Baltik-Flotte

z.mih. Am 28. Februar 1978 hat die schwedische Außenministerin Söder dem sowjetischen Botschafter Jakolew in Schweden eine Note gegen die Stationierung von sowjetischen U-Booten, die mit Atomraketen ausgerüstet sind, überreicht. Gerade jetzt „hat ein dänisches Kriegsschiff in der Aalbeck-Bucht, südlich von Skagen, eine aus einer Fregatte, aus einem Tanker und einem Schlepper bestehende Kriegsmarineeinheit" (Süddeutsche Zeitung 13.9.78) der Sozialimperialisten vertrieben. Vor vier Monaten hatte die dänische Regierung mitgeteilt, daß die Aalbeck-Bucht künftig nicht mehr zu den internationalen, sondern zu den nationalen Hoheitsgewässern zähle. In einem Interview mit der „Svenska Dagbladet" führte die Außenministerin Schwedens aus, daß die Sowjetunion „vor ungefähr einem Jahr sechs U-Boote durch den Öresund in die Ostsee überführt (hat)". Es handele sich um ältere, dieselbetriebene Modelle der Golf-Klasse, deren mit atomaren Sprengköpfen armierte Mittelstreckenraketen eine Reichweite von 1200 km hätten. Als die U-Boote erstmals aufgetaucht seien, hätten die schwedische Regierung und die NATO angenommen, die Schiffe würden Häfen im Raum Leningrad zwecks Überholung anlaufen. Erst jetzt habe sich herausgestellt, daß sie auf Dauer in der Ostsee stationiert blieben. In einem Kommentar des Schwedischen Rundfunks vom 8.März hieß es: „Die militärische Entwicklung in der Ostsee könne dazu führen, daß die Spannungen hier stärker zunehmen, als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Supermächte keine Marineeinheiten mit Nuklearwaffen in der Ostsee hätten." Schweden wolle auf diesen Umstand aufmerksam machen und seine Mißbilligung demonstrieren. Doch dürfe „wohl nicht damit gerechnet werden, daß die Supermächte in irgendeiner Weise auf die schwedischen Vorstellungen Rücksicht nehmen." Die TASS hat am 6.März geantwortet, daß das Aufgreifen dieses Vorganges „Propagandarummel" der „unsinnigen Erfindungen über gefährliche Pläne der UdSSR in der Ostsee" sei. Es laufe weder den Schiffahrtsbedingungen noch den Völkerrechtsnormen zuwider, daß hier sowjetische Kriegsschiffe kreuzten.

In der Tat unternehmen die neuen Zaren große Anstrengungen, den Zangenangriff auf Europa von der See aus gut vorzubereiten. Neben der Schwarzmeerflotte ist die Baltikflotte das Lieblingskind des Admirals Gorschkow, seines Zeichen Oberbefehlshaber der sowjetischen Seestreitkräfte. Einen dicken Batzen für die Umwandlung der Kriegsmarine in eine „leistungsfähige Hochseeflotte mit globaler Reichweite" hat Gorschkow von den offiziellen 17,2 Mrd. Rubel für Verteidigungszwecke erhalten. Tatsächlich ist der Gesamtbetrag weit höher, den die Sozialimperialisten durch Umbuchen auf Budgetposten kaschieren, um gleichzeitig Friedenswillen zu heucheln. Laut „Newsweek" werden in diesem Jahr die Verteidigungsausgaben der UdSSR 147 Mrd. Dollar betragen.

Eine große Anzahl der sowjetischen Kriegsschiffe ist überaltet. Sie werden ausgewechselt. Jährlich gehen 6 atomgetriebene U-Boote, 2 Kreuzer und 4 Zerstörer in Dienst. Außerdem baut die Sowjetunion neue U-Boot-Jäger und konstruiert Flugzeugträger des Typs Kiew. Dreißig Prozent der Erneuerungen gehen an die Baltik-Flotte. Direkt für sie sind Tragflügelschnellboote (Geschwindigkeit: 50 Knoten), Luftkissenboote zum Transport von schweren Panzern und Marineinfantrie (Geschwindigkeit 70 Knoten) und zwei neue Flugzeugträger integriert worden.

Neben den direkten Kriegsvorbereitungen geht es den Sozialimperialisten darum, Schweden eine für sie günstige Festlegung der Fischereigrenzen in der Ostsee abzupressen. Gotland soll nicht mehr, wie Schweden weiterhin verlangt, der Ausgangspunkt einer sogenannten Mittellinie sein. Admiral Gorschkow, der z.Zt. in Schweden weilt, will dort dementsprechend vorfühlen, muß sich aber gegen die wachsende Kritik erwehren, daß seit Januar dieses Jahres 4000 Grenzverletzungen durch sowjetische Schiffe verübt worden sind. Der Erfolg seines Besuches ist gefährdet.

„Ein großer Auftrag für dein Land"
Methoden der Söldnerwerbung der US Army
z.alw. Die US-Armee, Instrument der amerikanischen Finanzbourgeoisie im Kampf um die Weltherrschaft, ist eine reine Söldnertruppe. Die US-Bourgeoisie setzt darauf, so eher eine Truppe zu rekrutieren, die für ihre Profitinteressen rund um die Welt in den Krieg zieht.
„Join the people who've joined the army" heißt der Slogan für die Söldnerwerbung, was in etwa heißt: Komm zu uns in die Truppe. „Es lohnt sich wegen der Fähigkeiten, die man erwirbt, wegen der Reife, die man erlangt. Es befriedigt, wenn man daran denkt, einen großen Auftrag für sein Land zu erfüllen," heißt es in einer kleinen Werbebroschüre für die Infantrie, aus der auch das Bild stammt. Die Infantrie, das ist die eigentliche Erobererttruppe, „the ground-gaining force of the Army", die bodengewinnende Kraft der Armee. „In der Infantrie wirst Du mit der größten Herausforderung konfrontiert, die die
Über den Auftrag der US-Armee, den Kampf um die Weltherrschaft militärisch auszutragen, findet sich natürlich in den Broschüren nichts. Genausowenig aber ein breitgewalztes Gerede von „Friedenssicherung", „Verteidigung", „Abschreckung" u.ä., wie es der Predigerpräsident immer rausposaunt. Die Bilder sind offen: Um Kriegsführung geht es, sonst nichts.
Um ihre Söldner zu ködern, versprechen die US-Imperialisten ihnen allerhand. „Ein gutes Anfangsgehalt mit Erhöhung schon nach 6 Monaten. 30 Tage bezahlten Urlaub im Jahr. Die Gelegenheit zu reisen, eine College-Ausbildung zu beginnen bzw. fortzusetzen ... Jede Kaserne bietet fast alle Freizeitmöglichkeiten, die man sich denken kann."
Es will aber nicht so hinhauen mit der Rekrutierung. Die amerikanischen Volksmassen haben einen langen und hartnäckigen Kampf gegen die US-Aggression in Indochina geführt. Die
in der Ostsee stationiert blieben. In einem Kommentar des Schwedischen Rundfunks vom 8.März hieß es: „Die militärische Entwicklung in der Ostsee
sächlich ist der Gesamtbetrag weit höher, den die Sozialimperialisten durch Umbuchen auf Budgetposten kaschieren, um gleichzeitig Friedenswillen zu
dieses Jahres 4000 Grenzverletzungen durch sowjetische Schiffe verübt worden sind. Der Erfolg seines Besuches ist gefährdet.

„Ein großer Auftrag für dein Land"

Methoden der Söldnerwerbung der US Army

z.alw. Die US-Armee, Instrument der amerikanischen Finanzbourgeoisie im Kampf um die Weltherrschaft, ist eine reine Söldnertruppe. Die US-Bourgeoisie setzt darauf, so eher eine Truppe zu rekrutieren, die für ihre Profitinteressen rund um die Welt in den Krieg zieht.

„Join the people who've joined the army" heißt der Slogan für die Söldnerwerbung, was in etwa heißt: Komm zu uns in die Truppe. „Es lohnt sich wegen der Fähigkeiten, die man erwirbt, wegen der Reife, die man erlangt. Es befriedigt, wenn man daran denkt, einen großen Auftrag für sein Land zu erfüllen," heißt es in einer kleinen Werbebroschüre für die Infantrie, aus der auch das Bild stammt. Die Infantrie, das ist die eigentliche Erobererttruppe, „the ground-gaining force of the Army", die bodengewinnende Kraft der Armee. „In der Infantrie wirst Du mit der größten Herausforderung konfrontiert, die die Armee bietet. Mit Dir selbst. Deiner eigenen Widerstandskraft. Deiner Fähigkeit zu nehmen, Dich hier zu beweisen heißt, sich überall beweisen zu können." Die Agitation dieser Broschüre geht direkt auf die Rekrutierung einer skrupellosen Killertruppe. „Wenn Du in diesem Team bist, verlangen wir von Dir das Beste, was Du geben kannst. Als Soldat. Als Mann." Das Beste, was der Söldner geben kann, ist allemal, sein Leben zu riskieren für die Jagd nach dem Höchstprofit einer Handvoll Kapitalmagnaten, für den Griff nach der Weltherrschaft.

Werbung für Heeresflieger. Vorgestellt wird ein 40-Wochen-Übungsprogramm. „Die letzten 8 Wochen sind mit Gefechtsübung ausgefüllt. Hier wird in einer gestellten Gefechtslage Dein gesamtes vorhergehendes Training noch einmal getestet." „Vielleicht den größten Gewinn, den man als Absolvent dieses Programms hat, wird das Privileg sein, die Silberflügel eines Heeresfliegers auf der Uniform zu tragen, eine Ehre, die nur wenige für sich beanspruchen können."

Über den Auftrag der US-Armee, den Kampf um die Weltherrschaft militärisch auszutragen, findet sich natürlich in den Broschüren nichts. Genausowenig aber ein breitgewalztes Gerede von „Friedenssicherung", „Verteidigung", „Abschreckung" u.ä., wie es der Predigerpräsident immer rausposaunt. Die Bilder sind offen: Um Kriegsführung geht es, sonst nichts.

Um ihre Söldner zu ködern, versprechen die US-Imperialisten ihnen allerhand. „Ein gutes Anfangsgehalt mit Erhöhung schon nach 6 Monaten. 30 Tage bezahlten Urlaub im Jahr. Die Gelegenheit zu reisen, eine College-Ausbildung zu beginnen bzw. fortzusetzen ... Jede Kaserne bietet fast alle Freizeitmöglichkeiten, die man sich denken kann."

Es will aber nicht so hinhauen mit der Rekrutierung. Die amerikanischen Volksmassen haben einen langen und hartnäckigen Kampf gegen die US-Aggression in Indochina geführt. Die US-Army war und ist zu einem gewissen Grad zersetzt. Söldnertruppen, die Niederlagen kassieren, sind allemal schwer zusammenzuhalten. Mit „schwerwiegenden Engpässen in der Nachwuchsfrage" rechnen die US-Imperialisten, weiß die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" von März 1978 zu berichten. Sie bringen es auf „geburtenschwache Jahrgänge". Unwahrscheinlich, daß sie es selbst glauben. Immer schwerer wird es für die Menschenrechtsprediger, genügend Söldner für den Kampf um die Weltherrschaft zu finden.

Neue Vollmachten für die französische Bürgerkriegspolizei CRS

z.jon.Paris. Der französische Innenminister hat am vergangenen Montag vier Pläne für die Reform der Polizeiführung zur effektiveren, vereinfachten und zentralisierten Unterdrückung der Volksmassen bekanntgegeben.

Die scheinbar harmloseste dieser Reformen sieht die Angliederung des „Dienstes für Rennen und Glücksspiele" an die Justizpolizei vor, einen Polizeidienst, der im Auftrag der Gerichte zu Ermittlungen und Ausforschungen eingesetzt wird. Damit soll die Überwachung des in Frankreich populären Rennsports mit verschiedenen Geheimdiensten gekoppelt werden.

Die Bildung eines eigenen „regionalen Dienstes der Justizpolizei" auf Korsika wird offen mit dem Widerstand der korsischen Volksmassen gegen die französische Kolonialherrschaft begründet.

„Die wirtschaftliche Entwicklung ... hat zu einer wachsenden Kriminalität geführt, die zur Zeit durch gewisse Aktivitäten unkontrollierter Elemente noch gesteigert wird, die versuchen, ein Klima der Unsicherheit zu schaffen." Die Zeitung „Le Monde" meint, die neue Justizpolizeidienststelle werde vor allem bevorzugter Zuträger des Gerichtshofs für Staatssicherheit sein.

Drittens wird die „Luft- und Grenzpolizei", die bisher direkt dem Innenminister unterstand, in den allgemeinen Polizeidienst, „Zentraldirektion der Öffentlichen Sicherheit", eingegliedert, um diese speziellen „Antiterroreinheiten" besser mit den übrigen Unterdrückungsinstrumenten zu koordinieren.

Das Kernstück der Reform aber betrifft die „republikanischen Sicherheitskompanien" CRS, die verhaßte zentrale Bereitschaftspolizei in der Stärke von rund 15000 Mann, die die französischen Imperialisten in allen großen Klassenkämpfen als schwerbewaffnete Stoßtruppen zur Zerschlagung von Demonstrationen, und Streiks einsetzen. Die CRS solle nicht mehr der „Zentraldirektion der Öffentlichen Sicherheit" untergeordnet sein, sondern dem Innenminister direkt. Bisher konnten sie zumindest theoretisch nur auf Anforderung regionaler oder örtlicher Verwaltungen eingesetzt werden. Unter dem Druck der Volksmassen zögern Bürgermeister gelegentlich, diese Bluthunde zu rufen. Das direkte Kommando des Innenministers soll ihren uneingeschränkten Einsatz sicherstellen. Zuvor schon wurde der Titel der CRS-Offiziere von „Kommmandant" in „Kommissar" abgewandelt. Das bedeutet, sie sind nicht mehr vor allem ausführende Organe der Weisungen der Verwaltung. Vielmehr haben sie jetzt die Vollmacht, selbständig Ermittlungen durchzuführen, Verwaltungsanordnungen zu treffen und sie sogleich selbst auszuführen. Sie können z.B. einen Bürgermeister, der nicht wagt, Unterdrückungsmaßnahmen mit der gewünschten Brutalität durchzuführen, ohne alle Umstände ersetzen. Die französische Bourgeoisie trifft direkte Vorbereitungen auf Ausnahmezustand und Bürgerkrieg.

Soldaten fordern Anerkennung der Patriotischen Front

Wesendorf. 90 DM für den Befreiungskampf in Zimbabwe wurden in der 3./11 der Hammersteinkaserne in Wesendorf gespendet. Außerdem wurde ein Brief an Bundeskanzler Schmidt von neun Soldaten unterschrieben, in dem es unter anderem hieß: „Wir Soldaten der 3./Panzergrenadierbataillion 11 sind der Meinung, daß die Bundesregierung die Beschlüsse der UNO einzuhalten hat und den Anträgen der Länder der Dritten Welt zustimmen muß. Vor allem heißt das zur Zeit: Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung! Keinerlei weitere Unterstützung für das südafrikanische Kolonialregime durch die Bundesregierung! Herausgabe der beschlagnahmten Gelder an die ZANU!"

Kreisbauernverband gegen „rücksichtslose Manöver"

Korbach. Der Kreisbauernverband mußte aufgrund massiven Protestes der Bauern gegen „rücksichtslose Manöver" und die hohen Manöverschäden auftreten. 13000 belgische Soldaten mit 4000 Fahrzeugen sind an dem Manöver „Red Tornado" im Raum Wolfhagen, Korbach, Frankenberg beteiligt. Die Bauern, die bis in die Nacht hinein schuften, um die ohnehin schlechte Getreideernte, die zum Teil überreif und schon ausgefallen ist, einzubringen, müssen auch noch wegen der niedergewalzten Weidezäune ausgebrochenes Vieh wieder einfangen. Abgesehen von den Verlusten der Ernte, die auf den noch nicht abgeernteten Feldern entstehen.

Manöverschäden Bold Guard
Kiel. Die ersten Manöverschäden gab es bereits lange vor Beginn des Manövers. Auf der Kreisstraße 59 bei Bokhorst verunglückte ein voll beladener Bundeswehrtanklastzug, Benzin floß aus. Die Bundesstraße 204 mußte in Höhe der Ortschaft Schenefeld für mehrere Stunden wegen Bergung eines verunglückten Kettenpanzers gesperrt werden. In Ascheberg im Kreis Plön wurde ein wertvolles Reitpferd eines Reitervereins von nicht feststellbaren ausländischen Manöververbänden durch Zäune gehetzt, so daß das Tier erschossen werden mußte. Die Eisenbahnüberführung am Ortseingang von Husum wurde am 7.9.78 von einem Schwertransporter der britischen Besatzertruppen gerammt, so daß die Straße für mehrere Stunden gesperrt werden mußte und die Brücke eingeknickt ist. Nach Beginn des Manövers „Bold Guard" schreibt selbst die bürgerliche Presse: „Die Realität übertraf alle Befürchtungen!" (Lübecker Nachrichten vom 12.9.78) An sieben Unfällen im Lübecker Bereich – wobei ganz sicher nur die „schwersten" überhaupt gemeldet wurden – kamen zwei Menschen ums Leben. In alle Unfälle waren die US-Besatzertruppen verwickelt, die sich aufführten, als seien sie mit ihren LKWs und sonstigen Fahrzeugen allein auf der Straße. In Neustadt fuhr ein Moped mit zwei Personen auf einen unbeleuchteten Lastwagen des

Manöverschäden Bold Guard

Kiel. Die ersten Manöverschäden gab es bereits lange vor Beginn des Manövers. Auf der Kreisstraße 59 bei Bokhorst verunglückte ein voll beladener Bundeswehrtanklastzug, Benzin floß aus. Die Bundesstraße 204 mußte in Höhe der Ortschaft Schenefeld für mehrere Stunden wegen Bergung eines verunglückten Kettenpanzers gesperrt werden. In Ascheberg im Kreis Plön wurde ein wertvolles Reitpferd eines Reitervereins von nicht feststellbaren ausländischen Manöververbänden durch Zäune gehetzt, so daß das Tier erschossen werden mußte. Die Eisenbahnüberführung am Ortseingang von Husum wurde am 7.9.78 von einem Schwertransporter der britischen Besatzertruppen gerammt, so daß die Straße für mehrere Stunden gesperrt werden mußte und die Brücke eingeknickt ist. Nach Beginn des Manövers „Bold Guard" schreibt selbst die bürgerliche Presse: „Die Realität übertraf alle Befürchtungen!" (Lübecker Nachrichten vom 12.9.78) An sieben Unfällen im Lübecker Bereich – wobei ganz sicher nur die „schwersten" überhaupt gemeldet wurden – kamen zwei Menschen ums Leben. In alle Unfälle waren die US-Besatzertruppen verwickelt, die sich aufführten, als seien sie mit ihren LKWs und sonstigen Fahrzeugen allein auf der Straße. In Neustadt fuhr ein Moped mit zwei Personen auf einen unbeleuchteten Lastwagen des US-Marinecorps auf, beide tot. Schwerer Sachschaden entstand auf der Straße zwischen Kassedorf und Schönwalde (Ostholstein), als ein US-Laster ohne jede Vorwarnung plötzlich Vollbremsung machte, ohne zu blinken, Bremslichtbeleuchtung zu haben o.ä. An der selben Stelle gab es einen zweiten Unfall, weil wieder ein US-Jeep ohne Zeichen plötzlich von der Straße abbog. Auf der Lübekker Autobahn verpaßte ein US-Besatzer die Abfahrt, machte auf der Überholspur Vollbremsung und fuhr unverzüglich rückwärts, wobei er gegen den hinter ihm stehenden PKW fuhr. In anderen Teilen Schleswig-Holsteins wurden durch das Manöver weitere 3 Menschen bei Unfällen getötet. Daß es nicht mehr sind, ist eigentlich nur auf die Vorsicht der übrigen Verkehrsteilnehmer zurückzuführen. Die Armeefahrzeuge fahren häufig unbeleuchtet, mit ungleich hellen und blendenden Scheinwerfern, haben selten Blinker bzw. diese werden nicht benutzt. In Jagel bei Schleswig stürzte ein Senkrechtstarter ab.

Ein Kinderspiel ist Manöversabotage

Segeberg. Zwei Jugendliche aus Wankendorf (Nähe Bad Segeberg) berichteten, sie hätten sich ein nettes Spiel mit den Truppenverbänden gemacht. Sie hätten mit ihren Freunden überall entlang den Straßen und Truppen Schilder rausgerissen und weggeschmissen, teilweise auch einfach andersherum gesteckt. Ein Erfolg davon sei bereits gewesen, daß zweimal von mehreren Panzerfahrern nach dem Weg gefragt worden sei. Ihre Eltern seien nicht gegen dieses Spiel; sein Vater, der Bauer ist, habe gesagt, man müsse froh sein, wenn die das Dorf und die Menschen verschonen, die achteten die Felder eines Bauern ja sowieso nur einen Dreck.

DDR: Kampf gegen Überstunden und Sonderschichten

z.mih. Zum 30. Jahrestag der DDR am 28. Oktober 1978 sind die Arbeiter und Bauern der DDR aufgerufen, den Plan zu erfüllen und überzuerfüllen für „Wachstum, Wohlstand und Stabilität“, also für die Profite der neuen Bourgeoisie und ihres großen Bruders sollen die Arbeiter und Bauern in verschiedensten Kampagnen „freiwillige Arbeitseinsätze für diesen ruhmreichen Tag“ leisten. „Freiwillige Arbeitseinsätze“, um nachts noch die Ernte zu bergen oder ein Schiff pro Jahr mehr vom Stapel laufen zu lassen und dergleichen mehr, haben den Arbeitern und Bauern in der DDR keinen Wohlstand, sondern wachsende Verelendung gebracht, Warteschlangen bei lebensnotwendigen Waren, wie Fleisch, die die Sozialimperialisten bereits eingesackt haben. Gegen die wachsende Ausbeutung mit Überstunden und Sonderschichten entwickelt sich der Kampf. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Berliner Morgenpost“ brodelt es in den Betrieben der DDR. „Werktätige haben wiederholt heftige Kritik an den nach ihrer Ansicht nicht mehr vertretbaren Überstunden und Sonderschichten geübt.

In verschiedenen Fällen sollen betroffene Arbeiter es abgelehnt haben, angeordnete Überstunden abzuleisten.“ (10.9.78) In Briefen an die Gewerkschaftspresse haben Arbeiter aus verschiedenen Betrieben verlangt, daß sich die Gewerkschaft für ihre Interessen einsetzen soll.

Türkei: IWF fordert „exportstimulierende Maßnahmen“

z.and.Rom. Der Internationale Währungsfonds (IWF) „zögert“ mit der Auszahlung der seit Anfang August fälligen zweiten Rate eines im Frühjahr ausgehandelten Kredits. Der Grund: Das mit der ersten Rate der Türkei abgepreßte „Stabilisierungsprogramm“ zeige nicht die beabsichtigte Wirkung. Die Inflation liegt monatlich immer noch bei 2,5 bis 3%. An die Auszahlung der zweiten Rate knüpft der IWF jetzt weitere Bedingungen: Einerseits soll erneut das türkische Pfund abgewertet werden, wodurch die Imperialisten billiger an die in der Türkei hergestellten Waren kommen wollen. Zusätzlich sollen „exportstimulierende Maßnahmen“ ergriffen werden. Das bedeutet staatliche Bezuschussung für die imperialistischen Monopole, die sich in der Türkei festgesetzt haben. Damit wollen sie die Ausplünderung des Landes und die Ausbeutung der türkischen Volksmassen erleichtern. Die Preise für mehrere Gebrauchsgüter sollen erhöht und weitere Lohnbeschränkungen durchgesetzt werden. Geht Ecevit nicht auf diese Bedingungen ein, wollen acht internationale Großbanken Kredite von ca. 2,5 Mrd. nicht auszahlen. Bei diesen Banken ist die Türkei bereits in Milliardenhöhe verschuldet. Ecevit hat dazu erklärt: „Nicht der IWF, sondern die türkische Regierung wird die Wirtschaftspolitik in diesem Lande bestimmen.“ „Die türkischen Arbeiter fordern für Ende 1978 eine Lohnerhöhung von 35%“, schreibt entsetzt die

z.and.Rom. Der Internationale Währungsfonds (IWF) „zögert“ mit der Auszahlung der seit Anfang August fälligen zweiten Rate eines im Frühjahr ausgehandelten Kredits. Der Grund: Das mit der ersten Rate der Türkei abgepreßte „Stabilisierungsprogramm“ zeige nicht die beabsichtigte Wirkung. Die Inflation liegt monatlich immer noch bei 2,5 bis 3%. An die Auszahlung der zweiten Rate knüpft der IWF jetzt weitere Bedingungen: Einerseits soll erneut das türkische Pfund abgewertet werden, wodurch die Imperialisten billiger an die in der Türkei hergestellten Waren kommen wollen. Zusätzlich sollen „exportstimulierende Maßnahmen“ ergriffen werden. Das bedeutet staatliche Bezuschussung für die imperialistischen Monopole, die sich in der Türkei festgesetzt haben. Damit wollen sie die Ausplünderung des Landes und die Ausbeutung der türkischen Volksmassen erleichtern. Die Preise für mehrere Gebrauchsgüter sollen erhöht und weitere Lohnbeschränkungen durchgesetzt werden. Geht Ecevit nicht auf diese Bedingungen ein, wollen acht internationale Großbanken Kredite von ca. 2,5 Mrd. nicht auszahlen. Bei diesen Banken ist die Türkei bereits in Milliardenhöhe verschuldet. Ecevit hat dazu erklärt: „Nicht der IWF, sondern die türkische Regierung wird die Wirtschaftspolitik in diesem Lande bestimmen.“ „Die türkischen Arbeiter fordern für Ende 1978 eine Lohnerhöhung von 35%“, schreibt entsetzt die „Welt“.

Italien: Ausdehnung der Teilzeitarbeit geplant

z.ulg.Rom. Während bei den Gewerkschaftsvorständen in Rom täglich neue Beschlüsse von Fabrikräten und unteren Gewerkschaftsgremien gegen das geplante Gesetz zur Halbierung der Lohnzuschläge einlaufen, hat Italiens Ehrenberg, Arbeitsminister Scotti, schon wieder ein neues Gesetz in der Mache. „Binnen zwei Monaten“ soll die Teilzeitarbeit „legalisiert“ werden, verlautet aus dem Arbeitsministerium. Bei der Vernutzung der vollen Arbeits- und Lebenskraft zu halbem Lohn liegen die italienischen Kapitalisten weit hinter der Konkurrenz zurück.

Während in Westdeutschland z.B. der Anteil der Teilzeitarbeiterinnen an den lohnabhängigen Frauen bei 22,8 Prozent liegt, sind es in Italien nur 9,9 Prozent. Tariflich zulässig ist Teilzeitarbeit bisher überhaupt nur bei den Autobahnmautstellen und im Einzelhandel. Nach Scottis Gesetzentwurf sollen künftig als einzige Schranke höchstens 15 Prozent der Beschäftigten jedes Betriebes bestehen bleiben. Als offizielle Garantie für eine Arbeitshetze, die kein Mensch acht Stunden durchhält, hat Scotti für Teilzeitarbeiter eine Erhöhung des Tariflohns um 10 Prozent vorgesehen. Dem Kapitalistenverband ist auch das natürlich noch viel zu viel. Das Koordinationsgremium der weiblichen Vertrauensleute der Metallergewerkschaft hat Scottis Pläne sofort zurückgewiesen. Die Teilzeitarbeit sei „kein erster Schritt zur Arbeitszeitverkürzung, weil sie die Werktätigen spaltet“.

Stufe Eins des spanischen EG-Beitritts gibt nur einen Vorgeschmack

Neuer Sozialpakt / Rationalisierungsprogramme / Volksabstimmung über Verfassung / Fischereibeschränkungen

z.hev. „Umfassende Überlegungen“ macht sich die „Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ bezüglich des Beitritts von Griechenland, Spanien und Portugal zur EG. Zwischen den drei Ländern bestünden erhebliche Unterschiede. „Das wirtschaftliche Gewicht und das Wachstumspotential Spaniens sind weit größer als das Griechenlands oder Portugals“, Spanien wird eine Zwischenstellung zwischen den alteingesessenen EG-Imperialisten und den beiden „Schlußlichtern“ Griechenland und Portugal eingeräumt. Spanien, von der Fläche her doppelt so groß wie Westdeutschland, aber mit 36,2 Millionen Einwohnern (das sind rund 25 Millionen weniger als in Westdeutschland) einer geringeren Bevölkerung und einem knappen Viertel des Bruttosozialprodukts, gilt den europäischen Imperialisten als Problemfall und harte Nuß. Sie befürchten „mehr Krisenregionen und Krisensektoren“. Sie wissen ganz genau, daß es diese Krisen geben wird, ihre Maßnahmen sind ein umfassender Angriff auf die Arbeiter und Bauern Spaniens.

Für die Bauern hat die EG-Mitgliedschaft Spaniens folgende Perspektive: „Welche Lösung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik für die Erweiterungsprobleme auch angeboten wird: es ist klar, daß sich jede Verbesserung im Agrarsektor entsprechend auf die Beschäftigungslage auswirken und zwangsläufig einen erheblichen Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten ... Erwerbspersonen mit sich bringen wird ...“ Und für die Arbeiter: „... die Umstellung auf kapitalintensive Produktionszweige werde Arbeitskräfte freisetzen und die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft beträchtlich ansteigen lassen.“ Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit „wird eine der größten politischen Herausforderungen der achtziger Jahre sein“ (Alle Zitate „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften“, Beilage 1/78).

Stufe eins des Zeitplans für den Beitritt Spaniens zur EG ist bereits in vollem Gange. Kern des Plans ist der konzentrierte ökonomische und politische Angriff auf die spanische Arbeiterklasse, die, im Kampf gegen den Faschismus gestählt, ein hohes Klassenbewußtsein und revolutionäre Erfahrungen hat.

Gegen den Pakt von Moncloa vom Oktober 1977 hat die Arbeiterklasse Spaniens heftige Kämpfe geführt, konnte ihn aber nicht zu Fall bringen.

Wer erinnert sich nicht an das widerliche Schauspiel auf dem Parteitag der revisionistischen PCE im April dieses Jahres, als Carillo sich tief vor der Fahne des spanischen Königshauses verbeugte? Oder an den „Pakt von Moncloa“ vom Oktober 1977, mit dem die revisionistischen Gewerkschaftsführer einer maximalen Lohnerhöhung von 22% bei einer Inflationsrate von 25% im Jahr, also praktisch einer Lohnsenkung, zugestimmt haben? Ministerpräsident Soares war über diesen Pakt so glücklich, daß er die „Strategie der Eintracht“ unbedingt bis zur Annahme der neuen Verfassung fortsetzen wollte und inzwischen seinen Stellvertreter M. Abril Martorell vorgeschickt hat, der demnächst die „Sozialpartner“ zu Gesprächen über einen neuen Sozialpakt einladen will. Jetzt aber sollen die Lohnerhöhungen auf 10% beschränkt werden. Die Revisionisten, Hauptbetreiber eines neuen Paktes, haben der Einladung bereits begeistert zugestimmt. Die Gewerkschaftsführung der UGT will eine „Stabilisierung der Löhne in bezug auf die notwendigen Investitionen“ akzeptieren.

Solche „notwendigen Investitionen“ stehen z.B. für die Stahlindustrie an. Anfang September verabschiedete die Regierung ein Profitsanierungsprogramm. Bis 1983 sind für die drei großen Stahlerzeuger des Landes 46,5 Milliarden Pesetas vorgesehen. Die drei größten, das sind Ensidesa, Altos Hornos del Mediterráneo und Altos Hornos Vizcaya. Sie bekommen das Geld für Stillegungen, Umstellungen und Modernisierungen, also für die Freisetzung von Arbeitskraft und die Steigerung der Intensität der Arbeit. Die Stahlpreise sollen auf EG-Niveau angehoben werden. Ein ähnliches Programm ist für die Werftindustrie vorgesehen, wo die 3 Großwerften Massenentlassungen vornehmen werden, bei Astano 1600 von 7000 Beschäftigten, bei Astilleros Espanoles 5000 von 20000. In anderen Bereichen der Wirtschaft, wie bei Schuhen, Nahrungsmitteln, Motoren, Traktoren und Kohle wurde Ende Juli der „Import liberalisiert“, was nichts anderes heißt, als daß diese Bereiche der spanischen Wirtschaft zum Abschuß durch die internationale Konkurrenz, vor allem durch die EG-Imperialisten, freigegeben wurde. Seit einem Dekret des spanischen Kabinetts vom 16.6.78 können ausländische Banken diesen Prozeß direkt vor Ort vorantreiben: erstmals seit 1936 ist es ihnen wieder erlaubt, Zweigstellen zu errichten. Den spanischen Kapitalisten wiederum wurden Investitionen im Ausland leichter gemacht.

Diesem ökonomischen Programm gegen die Arbeiterklasse entspricht das politische. Die Verfassung, über die im November eine Volksabstimmung stattfinden soll – sie war ursprünglich schon für September vorgesehen – wird ähnlich wie im westdeutschen Grundgesetz das Streikrecht bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln, wahrscheinlich werden die Kapitalisten das Recht der Aussperrung bekommen. Umstritten selbst in den Reihen der bürgerlichen Parteien ist, ob die katholische Kirche in den Rang einer Staatskirche erhoben werden soll oder zumindest formal eine Trennung erfolgen wird. Bezüglich der Forderung vieler spanischer Provinzen nach Autonomie hat es große Massenkämpfe in diesem Jahr gegeben, und die Bourgeoisie in Spanien ist gerade dabei, diese Forderung auf den blassen Föderalismus à la Bundesrepublik herunterzubringen. Ganz auf der Linie der EG-Imperialisten liegt auch das „Antiterrorismus-Gesetz“, das Ende Juli in der spanischen Cortes verabschiedet wurde: politisch verdächtige Personen können 8 Tage lang an einem geheim gehaltenen Ort festgehalten werden, nur der Verteidiger hat Zutritt, der Innenminister ordnet Telefonschnüffelei an, jeder Richter kann das Todesurteil aussprechen gegen die, die Politiker „mit Waffen oder Explosivstoffen“ beseitigen wollen. Inzwischen forderte der spanische Innenminister seinen französischen Kollegen auf, die Aufenthaltsgenehmigung politischer Flüchtlinge in Frankreich zu annullieren, da ja jetzt politische Rechte in Spanien gesichert seien.

Während ein Großteil der Bauern in Spanien noch glaubt, durch den EG-Beitritt finanzielle Vorteile zu haben, mußten die Fischer bereits bittere Erfahrungen machen. Nur 121 der 500 Boote, die normalerweise in EG-Gewässern fischen, haben dazu behördliche Erlaubnis. Rund 200000 Familien in Spanien leben direkt oder indirekt von der Fischerei. Sie sprechen von einem „Krieg der EG gegen Spanien“, ein Krieg, der die Fischer massenhaft ruinieren soll. Die Behörden der EG-Länder verwickeln die spanischen Fischer ständig in Auseinandersetzungen, bringen ihre Boote auf, belegen sie mit Strafen. Die spanische Regierung sah sich gezwungen, von „rechtlicher und finanzieller Unterstützung“ der Fischer zu reden, falls diese in EG-Gewässern aufgebracht würden, mußte aber gleichzeitig bei der EG in Brüssel antanzen, wo am 5. September Verhandlungen über Fischereibeschränkungen für die spanischen Fischer begonnen haben. Dies dürfte nur ein Vorgeschmack dessen sein, was bei voller Mitgliedschaft Spaniens in der EG für Arbeiter, Bauern und Fischer herauskommen wird.

Sozialimperialisten fördern „traditionell gute Beziehungen“ zu Griechenland

z.rua. Ende August verhängte Griechenland einen vollständigen Importstopp gegenüber Japan und einen teilweisen Stopp für Importe aus Schweden, Jugoslawien und Pakistan. Gegenüber der EG gilt diese Einfuhrbeschränkung nicht. Im Gegenteil, die Einfuhr von Waren, insbesondere

ihren Waren- und Kapitalexport haben sie schon erpreßt. Das reicht ihnen nicht. Anfang September gab die Weltbank bekannt, daß ab sofort für Griechenland bei der Kreditvergabe nicht mehr die „günstigen“ Bedingungen, die für die „ärmsten Länder der Welt“ gelten, angewandt werden. Die

einen Anteil von 28 Mio. Bruttoregistertonnen an der Welthandelsflotte geltend macht.

Die UdSSR hat in den letzten Jahren ihre Handelsbeziehungen zu Griechenland gewaltig ausgedehnt. Griechenland muß in steigendem Maße Maschinen, Anlagen und PKWs

meerhäfen zurückkehren müssen, ein äußerst gelungener Coup. Ein weiteres Abkommen sieht den Bau und die Finanzierung eines Tonerdewerks mit einer jährlichen Kapazität von 600000 t. Aluminiumoxyd in Griechenland vor. Die UdSSR liefert die technischen Ausrüstungen, das „know how“ und

Einwohnern (das sind rund 25 Millionen weniger als in Westdeutschland) einer geringeren Bevölkerung und einem knappen Viertel des Bruttosozialprodukts, gilt den europäischen Imperialisten als Problemfall und harte Nuß. Sie befürchten „mehr Krisenregionen und Krisensektoren“. Sie wissen ganz genau, daß es diese Krisen geben wird, ihre Maßnahmen sind ein umfassender Angriff auf die Arbeiter und Bauern Spaniens.

Für die Bauern hat die EG-Mitgliedschaft Spaniens folgende Perspektive: „Welche Lösung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik für die Erweiterungsprobleme auch angeboten wird: es ist klar, daß sich jede Verbesserung im Agrarsektor entsprechend auf die Beschäftigungslage auswirken und zwangsläufig einen erheblichen Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten ... Erwerbs-

se, die, im Kampf gegen den Faschismus gestählt, ein hohes Klassenbewußtsein und revolutionäre Erfahrungen hat.

Wer erinnert sich nicht an das widerliche Schauspiel auf dem Parteitag der revisionistischen PCE im April dieses Jahres, als Carillo sich tief vor der Fahne des spanischen Königshauses verbeugte? Oder an den „Pakt von Moncloa“ vom Oktober 1977, mit dem die revisionistischen Gewerkschaftsführer einer maximalen Lohnerhöhung von 22% bei einer Inflationsrate von 25% im Jahr, also praktisch einer Lohnsenkung, zugestimmt haben? Ministerpräsident Soares war über diesen Pakt so glücklich, daß er die „Strategie der Eintracht“ unbedingt bis zur Annahme der neuen Verfassung fortsetzen wollte und inzwischen seinen Stellvertreter M. Abril Martorell vorgeschickt hat, der demnächst die „Sozial-

als daß diese Bereiche der spanischen Wirtschaft zum Abschuß durch die internationale Konkurrenz, vor allem durch die EG-Imperialisten, freigegeben wurde. Seit einem Dekret des spanischen Kabinetts vom 16.6.78 können ausländische Banken diesen Prozeß direkt vor Ort vorantreiben: erstmals seit 1936 ist es ihnen wieder erlaubt, Zweigstellen zu errichten. Den spanischen Kapitalisten wiederum wurden Investitionen im Ausland leichter gemacht.

Diesem ökonomischen Programm gegen die Arbeiterklasse entspricht das politische. Die Verfassung, über die im November eine Volksabstimmung stattfinden soll – sie war ursprünglich schon für September vorgesehen – wird ähnlich wie im westdeutschen Grundgesetz das Streikrecht bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln, wahrscheinlich werden die Kapitalisten das Recht der Aussperrung be-

wässern fischen, haben dazu behördliche Erlaubnis. Rund 200000 Familien in Spanien leben direkt oder indirekt von der Fischerei. Sie sprechen von einem „Krieg der EG gegen Spanien“, ein Krieg, der die Fischer massenhaft ruinieren soll. Die Behörden der EG-Länder verwickeln die spanischen Fischer ständig in Auseinandersetzungen, bringen ihre Boote auf, belegen sie mit Strafen. Die spanische Regierung sah sich gezwungen, von „rechtlicher und finanzieller Unterstützung“ der Fischer zu reden, falls diese in EG-Gewässern aufgebracht würden, mußte aber gleichzeitig bei der EG in Brüssel antanzen, wo am 5. September Verhandlungen über Fischereibeschränkungen für die spanischen Fischer begonnen haben. Dies dürfte nur ein Vorgeschmack dessen sein, was bei voller Mitgliedschaft Spaniens in der EG für Arbeiter, Bauern und Fischer herauskommen wird.

Sozialimperialisten fördern „traditionell gute Beziehungen“ zu Griechenland

z.rua. Ende August verhängte Griechenland einen vollständigen Importstopp gegenüber Japan und einen teilweisen Stopp für Importe aus Schweden, Jugoslawien und Pakistan. Gegenüber der EG gilt diese Einfuhrbeschränkung nicht. Im Gegenteil, die Einfuhr von Waren, insbesondere Landwirtschaftsmaschinen, aus der EG wird zoll- und steuerbefreit. Xenophon Zolotas, Präsident der Bank von Griechenland, gab im Sommer ein Buch heraus: „Der positive Beitrag Griechenlands für die EG“, in dem er den EG-Imperialisten das Land und seine Naturreichtümer auf dem Silberteller präsentiert. Er führt aus, daß Griechenland über zahlreiche Rohstoffe verfügt, die der EG fehlen und die noch weitgehend unausgebeutet sind. Sie seien insbesondere deshalb so attraktiv für die EG, weil dadurch die hohen Transportkosten, die bei Importen aus den Ländern Afrikas und Lateinamerikas entstehen, entfallen.

Griechenland ist reich an Rohstoffen. Dort lagern die größten Asbest- und Perlitvorkommen Europas und bedeutende Vorkommen an Bauxit, Chrom, Nickel, Magnesit, Mangan, Blei, Kupfer, Zink, Gold, Silber, Gips und Lignit. Die kürzlich auf der Insel Thassos entdeckten Ölvorkommen sichern über 15 Jahre eine Förderung von 50000 Barrel per Tag. Griechenland ist aufgrund der noch vorwiegend agrarischen Produktion und der einseitig entwickelten Industrie, die hauptsächlich auf die Textil- und Lederverarbeitung ausgerichtet ist, nicht in der Lage, diese Rohstoffvorkommen selbst abzubauen.

Ministerpräsident Karamanlis äußerte am 9. September die Hoffnung, daß Griechenland noch im nächsten Sommer in die EG aufgenommen werde. Die EG-Imperialisten zaudern noch. Sie wollen das Land in noch größere Schuldknechtschaft zwingen. Zoll- und Steuervergünstigungen für ihren Waren- und Kapitalexport haben sie schon erpreßt. Das reicht ihnen nicht. Anfang September gab die Weltbank bekannt, daß ab sofort für Griechenland bei der Kreditvergabe nicht mehr die „günstigen“ Bedingungen, die für die „ärmsten Länder der Welt“ gelten, angewandt werden. Die Kredite, die Griechenland unbedingt braucht, um seine hohen Importkosten, insbesondere für Maschinen und Ausrüstungen, zu begleichen, sollen zu höheren Zinssätzen aufgenommen werden.

Was den EG-Imperialisten „attraktiv“ und recht ist, ist den Sozialimperialisten billig. In der „Neuen Zeit“ (37/78) wärmen sie die „traditionell guten Beziehungen“ zu Griechenland auf und gehen schwelgend über Leichen: „Die Wurzeln dieser Freundschaft ... reichen weit in die Geschichte zurück. Auf griechischem Boden haben russische Freiwillige, die ihr Leben für die Unabhängigkeit von Hellas in seinem Kampf gegen das osmanische Reich gegeben haben, ihre letzte Ruhe gefunden ...“

Die neuen Zaren erinnern an die Tradition ihrer Vorfahren, die im russisch-türkischen Krieg 1878 als „Befreier“ des griechischen Volkes in Griechenland einmarschiert sind, um die türkische Fremdherrschaft durch die ihre zu ersetzen und sich die strategische Herrschaft über den Bosporus und die Dardanellen und damit die Kontrolle des Mittelmeeres zu sichern. Nach dieser Herrschaft trachten die Sozialimperialisten in ihrem Ringen mit der US-imperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft auch heute.

Seit einigen Wochen werden die „traditionell guten Beziehungen“ auch in einer Moskauer Zwei-Zimmer-Wohnung gepflegt und garantieren den neuen Zaren, daß in wenigen Monaten russisches Blut den Stammbaum des Onassis-Clans sozialimperialistisch veredelt und seine Besitzansprüche auf einen Anteil von 28 Mio. Bruttoregistertonnen an der Welthandelsflotte geltend macht.

Die UdSSR hat in den letzten Jahren ihre Handelsbeziehungen zu Griechenland gewaltig ausgedehnt. Griechenland muß in steigendem Maße Maschinen, Anlagen und PKWs importieren. In die UdSSR geliefert werden Agrarprodukte wie Tabak, Wein, Rosinen und Zitronen und Rohstoffe, vor allem Bauxit. Während Griechenland 1977 seine Importe im Durchschnitt um 15,2% erhöhte, wuchsen die Importe aus der UdSSR um 46,3%; die Exporte stiegen durchschnittlich um 13%, gegenüber der UdSSR um 26%.

Außenhandel Griechenlands mit der UdSSR
(in Mio. Dollar)

Jahr	Import	Export
1972	39,5	35,7
1973	44,0	43,7
1974	59,9	81,0
1975	100,8	88,4
1976	235,5	89,6
1977	343,6	113,4

Quellen: Beilage zur Zeitschrift „Außenhandel“, UdSSR, 6/78. BfA-Mitteilungen „Weltwirtschaft zur Jahresmitte“, Griechenland, Juli 1978.

Anläßlich des Besuchs des griechischen Außenministers Rallis Anfang September in Moskau wurden mehrere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Eines davon sieht die Lieferung sowjetischer Erdgasanlagen und Ausrüstungen für Elektrizitätswerke vor. Im Austausch dafür sollen auf der staatlichen griechischen Werft Eleusis in der Nähe von Athen die sowjetischen Handelsschiffe und vor allem die Schiffe ihrer Schwarzmeerflotte repariert und mit Ersatzteilen versorgt werden. Für die sozialimperialistische Supermacht, die über keinen Stützpunkt im Mittelmeer verfügt und deren Flotte bei Schäden in die Schwarzmeerhäfen zurückkehren müssen, ein äußerst gelungener Coup. Ein weiteres Abkommen sieht den Bau und die Finanzierung eines Tonerdewerks mit einer jährlichen Kapazität von 600000 t. Aluminiumoxyd in Griechenland vor. Die UdSSR liefert die technischen Ausrüstungen, das „know how“ und die „Experten“. Der Kredit muß von Griechenland mit Lieferungen aus der laufenden Aluminiumoxyd-Produktion abgetragen werden. Darüberhinaus hat sich die UdSSR „verpflichtet, nicht nur die gesamten Lieferungen aus der laufenden Produktion, sondern späterhin die *gesamte Produktion* des Werkes zu übernehmen“. (Austria Presse Agentur, Ost-West-Handel, 7.9.78) Eine Verpflichtung, der sie nur allzu gern nachkommt.

Wie diese schlichte Form des Kapitalexports vonstattengehen soll, haben die Sozialimperialisten bereits durch Ungarn erproben lassen. Die ungarische Textilfirma Hungarotex übernahm die Finanzierung, den Bau und die Leitung einer der insgesamt zwei Flachsspinnereien in Griechenland. In einem Zehn-Jahres-Vertrag wurde festgelegt, daß neben Anlagen und „Spezialisten“ von Ungarn die Rohstoffe geliefert werden. Bei den insgesamt 1500 t. Garnen, die jährlich produziert werden, übernimmt Ungarn den Weiterverkauf von 700 t. Garnen auf Drittmärkten und 500 t. für die Weiterverarbeitung in ungarischen Betrieben. Den Gegenwert des Kredites für „know how“ und Ausrüstung läßt sich Ungarn in Aktien auszahlen. In Xanti wurde in ungarisch-griechischer „Kooperation“ eine Gießerei-Aktiengesellschaft errichtet, in der Manganstahl bzw. Güsse mit hoher Verschleißfestigkeit produziert werden. Für den Betrieb, der bis Ende 1978 fertiggestellt wird, lieferte Ungarn für 1 Mio. Dollar Ausrüstungen und „Fachleute“ und sicherte sich auch hier den entsprechenden Aktienanteil.

Die äthiopischen und eritreischen Volksmassen kämpfen gegen denselben Feind

Kühler Empfang für Delegation der Sozialimperialisten in Addis Abeba

z.rua. Einen frostigen Empfang haben die äthiopischen Volksmassen der sozialimperialistischen Delegation, die anläßlich des 4. Jahrestages des Sturzes des Haile-Selassie-Regimes am 12. September nach Addis Abeba kam, bereitet. Die Delegation wurde geleitet vom Vizepräsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR, Kuznetzov, und dem General Petrov, der im Winter die sozialimperialistische Offensive gegen Somalia befehligt hatte.

Bitterkeit und Haß lodert in den äthiopischen Volksmassen gegen die sozialimperialistische Supermacht, die sie um die Früchte der national-demokratischen Revolution betrogen hat. Für ihre Hegemonieabsichten läßt sie das Mengistu-Regime die äthiopischen Volksmassen in den Krieg gegen das eritreische Brudervolk zwingen und herrscht ihm immer neue Waffenlieferungen und damit immer höhere Schuldknechtschaft auf. Unter der reaktionären Losung „Alles für die nördliche Kriegsfront" werden die äthiopischen Volksmassen in immer tieferes Elend gestoßen.

In dieser Tischlerei werden sowohl moderne Maschinen und Werkzeuge als auch herkömmliche Hilfsmittel benutzt, um hauptsächlich Schul-, Büro- und Geschäftseinrichtungen, Holzfässer, Krücken und Operationstische herzustellen.

Was ist aus der fortschrittlich begonnenen Landreform, mit der 1975 die Großgrundbesitzer enteignet und der individuelle Teil an Landbesitz auf 10 ha. begrenzt wurde, geworden? 70% des Bodens in Äthiopien sind landwirtschaftlich kultivierbar. Getreide, vor allem Mais, Weizen und Sorghum; Nahrungsmittel, die ein Land zu seiner Selbstversorgung dringend braucht, gedeihen auf dem kultivierten Boden gut. Aber nur 11% des Bodens wurden kultiviert. Der Rest liegt brach. In der Wollo-Region sind mehr als eine Million Menschen durch Dürre und Heuschreckenplage vom Hungertod bedroht. Die durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (UNWFP) für die Opfer der Hungersnot bereitgestellten Nahrungsmittel wurden vom Mengistu-Regime den äthiopischen Volksmassen vorenthalten, um damit die Besucher der Jahresfeier zu beköstigen oder sie zu Wucherpreisen in staatlichen Einzelhandelsläden zu verkaufen. Seit Beginn des Jahres sind in Äthiopien die Nahrungsmittelpreise um 29,5% gestiegen. Durch künstliche Verknappung und Hortung werden sie teilweise bis zu 200% in die Höhe getrieben.

Eine Milliarde Dollar verlangen die Sozialimperialisten für die Waffen, die Anfang des Jahres per Luftbrücke unter Verletzung der Lufthoheit Pakistans, Ägyptens und Sudans nach Äthiopien geschafft wurden. Der Militärhaushalt des Mengistu-Regimes wurde 1978 um 61% erhöht, die Kosten sollen von den äthiopischen Volksmassen durch Erhöhung der direkten und indirekten Steuern eingetrieben werden. Viele der von den Sozialimperialisten gelieferten Waffen, darunter 56 alte T-34-Panzer, 400 Panzer T-54/55, 200 Schützenwagen, SAM-Raketen, MIG-Flugzeuge und Kampfhubschrauber sind auf der Strecke geblieben. Sie wurden entweder von den eritreischen Befreiungsstreitkräften erobert oder zerstört. Die sozialimperialistische Delegation hatte in ihrem Reisegepäck nicht nur 10000 Uniformen, in denen die Jugend Äthiopiens in die Schlacht gegen die eritreischen Volksmassen geworfen werden soll, sondern auch eine Reihe von neuen „Abkommen über wirtschaftliche und politische Kooperation". Nicht, daß sie die Uniformen als „Gastgeschenk" mitgebracht hat. Dafür wurden Äthiopien 335650 Dollar in Rechnung gestellt.

Je verhaßter die Sozialimperialisten, ihre kubanischen Söldnertruppen und das Marionettenregime des Oberst Mengistu bei den äthiopischen Volksmassen werden, zu um so brutaleren Maßnahmen greifen sie, um ihre Vorherrschaftspläne durchzusetzen. Mitte September wurden 2000 äthiopische Arbeiter und Bauern als „Zuschauer" zu einer öffentlichen Hinrichtung mehrerer Gewerkschaftsführer der Gaststättenbeschäftigten getrieben, die Gelder aus der Gewerkschaftskasse den Befreiungskämpfern gespendet hatten und deshalb wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten" erschossen wurden. Glauben die Sozialimperialisten und ihre Marionetten, daß die äthiopischen Volksmassen all diese Verbrechen vergessen?

Unter den äthiopischen Volksmassen wächst die Unterstützung des um seine nationale Befreiung kämpfenden eritreischen Volkes und das Bewußtsein, daß sie sich nur durch Kampf von der sozialimperialistischen Besetzung befreien können. Die Befreiungsfront der an Eritrea grenzenden äthiopischen Provinz Tigre stürmte am 2. September die Regierungsgarnison in Adi Daro, einen der wesentlichsten Stützpunkte des Mengistu-Regimes bei seiner Offensive gegen das eritreische Volk. Es war der zweite Stützpunkt, der innerhalb von zwei Wochen von der tigrischen Volksbefreiungsfront eingenommen wurde.

Ebenfalls Anfang September wurde die von den Sozialimperialisten vor zehn Jahren errichtete und mit einem Milliarden-Kredit im vorigen Jahr ausgebaute Erdölraffinerie von Assab an der südlichen Grenze Eritreas in einem 14 Stunden dauernden Kampf erobert. Die Erdöleinrichtungen und Armeebaracken wurden besetzt und die Elektrizitätsversorgung zu der von den Regierungstruppen besetzten Hafenstadt Massawa gekappt.

Die eritreischen Befreiungsstreitkräfte, die Mitte August zu einer Gegenoffensive gegen die sozialimperialistisch geführte Aggression aufgerufen haben, erringen täglich Erfolge. Innerhalb einer Woche wurden 234 sowjetische Panzer zerstört und 2000 Söldner getötet. Die Stadt Keren wird gehalten und die Belagerung der Hafenstadt Asmara wird fortgesetzt. Die eingeschlossenen Truppen müssen von der äthiopischen Regierung auf dem Luftweg versorgt werden, die Zufahrtsstraßen von Addis Abeba nach Asmara werden von den Befreiungsarmeen kontrolliert. Die Nachschubeinheiten des Regimes werden in Hinterhalte gelockt und entwaffnet. Sechs Ausbruchsversuche aus Asmara haben die sozialimperialistischen Söldnertruppen in den letzten Wochen in Richtung auf die im Norden Eritreas gelegene Stadt Keren versucht, alle Versuche schlugen fehl, 3200 Söldner verloren dabei ihr Leben.

Die Pläne der sozialimperialistischen Supermacht, den nationalen Befreiungskampf des eritreischen Volkes innerhalb weniger Wochen mit einer großangelegten Offensive zu zerschlagen, um ihre Vorherrschaft über die Region am Horn von Afrika zu errichten, sind nicht aufgegangen. Für die sozialimperialistische Supermacht ist die Herrschaft über Äthiopien ohne die Herrschaft über das am Meer gelegene Eritrea, das sie als strategische Bastion ausbauen will, wenig wert. Um so hartnäckiger ist sie bestrebt, ihre Marionette Mengistu zu immer größeren Metzeleien anzutreiben. Ihre Aussichten auf Erfolg sind gering. Eine Befreiungsarmee, die gestützt auf die Kraft der organisierten Volksmassen seit fast zwei Jahrzehnten den bewaffneten Befreiungskampf gegen die ausländische Beherrschung führt, ist gestählt und wendig, auch diese Angriffe zurückzuschlagen.

Im Juli, als Mengistu mit der reaktionären Losung „Alles für die nördliche Kriegsfront" durch chauvinistisches Geschrei die verschärfte Plünderung der äthiopischen Volksmassen vorantrieb, erhöhte die EPLF in den befreiten Gebieten Eritreas, wo die Volksmassen die Landwirtschaft als Rückgrat der nationalen Wirtschaft und die kleine Industrie aufbauen, die Löhne der Arbeiter und Bauern. Getreu den in ihrem Nationaldemokratischen Programm festgelegten Aufgabe, die Versorgung der eritreischen Volksmassen mit angemessenen Wohnräumen und Nahrungsmitteln zu sichern, wurden gleichzeitig die Preise für Grundnahrungsmittel herabgesetzt und die Nahrungsmittel über von den Volksversammlungen eingerichtete Lager an die Massen verteilt. Die kostenlose medizinische Versorgung und Ausbildung der Kinder wird gewährleistet.

Für die äthiopischen Volksmassen ist der konsequente Kampf des Volkes von Eritrea gegen die ausländische Beherrschung Vorbild und Stütze, um selbst die sozialimperialistischen Besatzer zu verjagen und die nationaldemokratische Revolution zum Sieg zu führen.

landwirtschaftlich kultivierbar. Getreide, vor allem Mais, Weizen und Sorghum; Nahrungsmittel, die ein Land zu seiner Selbstversorgung dringend braucht, gedeihen auf dem kultivierten Boden gut. Aber nur 11% des Bodens wurden kultiviert. Der Rest liegt brach. In der Wollo-Region sind mehr als eine Million Menschen durch Dürre und Heuschreckenplage vom Hungertod bedroht. Die durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (UNWFP) für die Opfer der Hungersnot bereitgestellten Nahrungsmittel wurden vom Mengistu-Regime den äthiopischen Volksmassen vorenthalten, um damit die Besucher der Jahresfeier zu beköstigen oder sie zu Wucherpreisen in staatlichen Einzelhandelsläden zu verkaufen. Seit Beginn des Jahres sind in Äthiopien die Nahrungsmittelpreise um 29,5% gestiegen. Durch künstliche Verknappung und Hortung werden sie teilweise bis zu 200% in die Höhe getrieben.

Eine Milliarde Dollar verlangen die Sozialimperialisten für die Waffen, die Anfang des Jahres per Luftbrücke unter Verletzung der Lufthoheit Pakistans, Ägyptens und Sudans nach Äthiopien geschafft wurden. Der Militärhaushalt des Mengistu-Regimes wurde 1978 um 61% erhöht, die Kosten sollen von den äthiopischen Volksmassen durch Erhöhung der di-

SAM-Raketen, MIG-Flugzeuge und Kampfhubschrauber sind auf der Strecke geblieben. Sie wurden entweder von den eritreischen Befreiungsstreitkräften erobert oder zerstört. Die sozialimperialistische Delegation hatte in ihrem Reisegepäck nicht nur 10000 Uniformen, in denen die Jugend Äthiopiens in die Schlacht gegen die eritreischen Volksmassen geworfen werden soll, sondern auch eine Reihe von neuen „Abkommen über wirtschaftliche und politische Kooperation". Nicht, daß sie die Uniformen als „Gastgeschenk" mitgebracht hat. Dafür wurden Äthiopien 335650 Dollar in Rechnung gestellt.

Je verhaßter die Sozialimperialisten, ihre kubanischen Söldnertruppen und das Marionettenregime des Oberst Mengistu bei den äthiopischen Volksmassen werden, zu um so brutaleren Maßnahmen greifen sie, um ihre Vorherrschaftspläne durchzusetzen. Mitte September wurden 2000 äthiopische Arbeiter und Bauern als „Zuschauer" zu einer öffentlichen Hinrichtung mehrerer Gewerkschaftsführer der Gaststättenbeschäftigten getrieben, die Gelder aus der Gewerkschaftskasse den Befreiungskämpfern gespendet hatten und deshalb wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten" erschossen wurden. Glauben die Sozialimperialisten und ihre Marionetten, daß die äthiopischen Volksmassen all diese

sein, daß sie sich nur durch Kampf von der sozialimperialistischen Besetzung befreien können. Die Befreiungsfront der an Eritrea grenzenden äthiopischen Provinz Tigre stürmte am 2. September die Regierungsgarnison in Adi Daro, einen der wesentlichsten Stützpunkte des Mengistu-Regimes bei seiner Offensive gegen das eritreische Volk. Es war der zweite Stützpunkt, der innerhalb von zwei Wochen von der tigrischen Volksbefreiungsfront eingenommen wurde.

Ebenfalls Anfang September wurde die von den Sozialimperialisten vor zehn Jahren errichtete und mit einem Milliarden-Kredit im vorigen Jahr ausgebaute Erdölraffinerie von Assab an der südlichen Grenze Eritreas in einem 14 Stunden dauernden Kampf erobert. Die Erdöleinrichtungen und Armeebaracken wurden besetzt und die Elektrizitätsversorgung zu der von den Regierungstruppen besetzten Hafenstadt Massawa gekappt.

Die eritreischen Befreiungsstreitkräfte, die Mitte August zu einer Gegenoffensive gegen die sozialimperialistisch geführte Aggression aufgerufen haben, erringen täglich Erfolge. Innerhalb einer Woche wurden 234 sowjetische Panzer zerstört und 2000 Söldner getötet. Die Stadt Keren wird gehalten und die Belagerung der Hafenstadt Asmara wird fortgesetzt. Die eingeschlossenen Truppen müssen von der

freiungskampf gegen die ausländische Beherrschung führt, ist gestählt und wendig, auch diese Angriffe zurückzuschlagen.

Im Juli, als Mengistu mit der reaktionären Losung „Alles für die nördliche Kriegsfront" durch chauvinistisches Geschrei die verschärfte Plünderung der äthiopischen Volksmassen vorantrieb, erhöhte die EPLF in den befreiten Gebieten Eritreas, wo die Volksmassen die Landwirtschaft als Rückgrat der nationalen Wirtschaft und die kleine Industrie aufbauen, die Löhne der Arbeiter und Bauern. Getreu den in ihrem Nationaldemokratischen Programm festgelegten Aufgabe, die Versorgung der eritreischen Volksmassen mit angemessenen Wohnräumen und Nahrungsmitteln zu sichern, wurden gleichzeitig die Preise für Grundnahrungsmittel herabgesetzt und die Nahrungsmittel über von den Volksversammlungen eingerichtete Lager an die Massen verteilt. Die kostenlose medizinische Versorgung und Ausbildung der Kinder wird gewährleistet.

Für die äthiopischen Volksmassen ist der konsequente Kampf des Volkes von Eritrea gegen die ausländische Beherrschung Vorbild und Stütze, um selbst die sozialimperialistischen Besatzer zu verjagen und die nationaldemokratische Revolution zum Sieg zu führen.

Das Demokratische Kampuchea entwickelt die Produktivkräfte sprunghaft

z.mif. Zwei, teilweise drei Reisernten bringt das Volk Kampucheas pro Jahr seit der Befreiung ein. Der Hunger, den die US-Imperialisten nach ihrer Niederlage als Hebel gegen die Revolution einsetzen wollten, ist besiegt. In der Genossenschaft Ang Tasom leben 1300 Menschen. Sie bebauen 3300 Hektar Reisfelder und weitere 500 Hektar mit Früchten und anderen Nahrungsmitteln. Bereits im letzten Jahr konnte sie neben der Selbstversorgung mit Reis 264 Tonnen an den Staat abgeben. Drei Tonnen Reis pro Hektar konnte die Genossenschaft im letzten Jahr produzieren; für dieses Jahr hat sie sich 3,5 Tonnen zum Ziel gesetzt. Während der Regenzeit sind die Pflanzen gut gewachsen, und das Demokratische Kampuchea rechnet mit einer guten Ernte. In der alten Gesellschaft konnten die Bauern bestenfalls vier oder fünf Monate im Jahr Reis essen, im übrigen mußten sie sich von wilden Pflanzen ernähren.

Auf Basis ihrer Bedürfnisse und des Stands der Produktivkräfte beliefert der Staat die Genossenschaft mit Gütern, die diese nicht herstellen kann: Nähmaschinen, Kleider, Radios, Zigaretten und dergleichen. Der überschüssige Reis dient der Ernährung der Arbeiter in der Stadt, ein Teil kann bereits exportiert werden.

Die Genossenschaft stellt auch Produkte der Leichtindustrie her. Die von den B-52-Bombern der US-Imperialisten bis 1975 abgeworfenen Bomben werden (siehe Bild) zu Hacken und anderen landwirtschaftlichen Geräten verarbeitet.

Ein wichtiges Produkt Kampucheas ist das Gummi Früher war die Produktion in der Hand des Michelinkonzerns, und die Bauernmassen Kampucheas hatten nichts von diesem Reichtum. Heute ist Kampuchea in der Lage, den Kautschuk weiterzuverarbeiten und im Vertrauen auf die eigene Kraft eine Reihe von Produkten selbst herzustellen.

Im Geist des harten Kampfes und des Selbstvertrauens, mit Hilfe des Zusammenfassens von Erfahrungen und durch Heben des technischen Niveaus haben die Arbeiter des Demokratischen Kampuchea Anfang September einige Fabriken in der Hauptstadt Pnom Penh fertiggestellt: eine Kleiderfabrik, eine Säurefabrik und eine Fabrik zur Herstellung von Standardverschlußvorrichtungen. Vorbereitungen für den Bau einer Fabrik für Maschinenreparatur, eines Chemiewerks, einer Seifenfabrik, einer Fabrik zur Verarbeitung von Heilkräutern und eines Ziegelbrennofens sind bereits getroffen.

Der Stellvertretende Premierminister des Demokratischen Kampuchea hat auf der Belgrader Konferenz der Blockfreien am 27.7. erklärt: „Unser Volk hat nur einen Wunsch: in Frieden zu leben, in Ehre und nationaler Würde, in Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität seines Landes in den gegenwärtigen Grenzen; und es hat nur ein Bestreben: alle seine Kräfte zu mobilisieren und all seine Zeit darauf zu verwenden, das Land aufzubauen und der Linie zu folgen, die es selbst festgelegt hat."

Umsiedlungsversuche des Kolonialregimes in Azania

z.hef. Die Festnahme von 400 Azaniern und die Erhebung der Anklage gegen 200 von ihnen war das Resultat eines bewaffneten Überfalls, den das südafrikanische Siedlerregime mit mehreren tausend Polizisten auf die Wohnsiedlung Crossroads bei Johannesburg Anfang September durchgeführt hat. Ziel der Operation war der Beginn der Räumung der Wohnsiedlung von ihren 20000 Einwohnern. Dies ist am Widerstand der dort lebenden Azanier gescheitert. Auf ähnliche Weise wurden in letzter Zeit drei Siedlungen überfallen und geräumt, schließlich mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht. Zweck der Räumungen ist es, die Arbeiter von ihren Familien zu trennen und diese in „Homelands" genannten Reservaten anzusiedeln. Durchschnittlich leben die Familien in dieser Siedlung seit über 20 Jahren hier, hat eine Untersuchung ergeben. Aber nach den Gesetzen des Siedlerregimes ist ihre Anwesenheit hier illegal. Die Arbeiter sollen in kasernengleichen Wohnheimen zusammengepfercht werden, die Familien in den Reservaten in den unentwickeltsten Gebieten des Landes, auf dem schlechtesten Boden vegetieren. Die Rechnung der Imperialisten und ihrer Stellvertreter ist, daß dies die Kosten für die Arbeitskraft noch weiter senkt, daß die Arbeiter, wenn sie überzählig, für längere Zeit krank oder alt sind, dorthin geschickt werden können. Nach den neuen Paßgesetzen ist deshalb jeder Azanier in seinem ganzen Land „Ausländer", bis auf das jeweilige Reservat. Mehr als 3 Millionen wurden bisher auf diese Weise umgesiedelt.

Australien: Abkommen mit Ureinwohnern über Uranabbau

z.mat. Am 15.9. hat der Northern Lands Council, das staatliche „Vertretungsorgan" der australischen Ureinwohner im Bundesstaat Northern Territory, ein Abkommen mit der Regierung über die Erschließung des Urangebietes Ranger unterzeichnet. Gegen eine an die Ureinwohner zu zahlende Gewinnbeteiligung von 4,25 Prozent und die Rücknahme der Ausbaupläne für die Uranlagerstätte Jabiluka hat er dem Beginn der Arbeiten bei Ranger noch vor der nächsten Regenzeit zugestimmt. Ranger liegt „nur in einem Landreservat der Eingeborenen" (Financial Times, 9.9.), Jabiluka dagegen ist heiliges Land der Ureinwohner. Von den vier Uranlagerstätten des Ureinwohnerlandes im Nord-Territorium ist Jabiluka diejenige, die den größten Profit verspricht. Die Londoner Börse reagierte gelassen auf die Rücknahme des Jabiluka-Ausbaus, denn damit sei bei Ranger eine Verzögerung um ein Jahr vermieden worden. Außerdem, so die „Financial Times" am 18.9., „ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Regierung, Widerstand der Eingeborenen hin oder her, die größten Uranvorkommen des Landes nutzlos im Boden liegen läßt." Ohne Abkommen mit den Ureinwohnern wäre an den Ausbau der Transportstraße in dem Gebiet nicht zu denken gewesen, das wissen sie. Mit dem Abkommen bereitet die Regierung den weiteren Ausverkauf des Landes vor. Der Ausverkaufsvertrag mit Exxon über die Uranvorkommen von Yeelirrie in Westaustralien steht vor der Unterzeichnung.

Millionen wurden bisher auf diese Weise umgesiedelt.

Australien: Abkommen mit Ureinwohnern über Uranabbau

z.mat. Am 15.9. hat der Northern Lands Council, das staatliche „Vertretungsorgan" der australischen Ureinwohner im Bundesstaat Northern Territory, ein Abkommen mit der Regierung über die Erschließung des Urangebietes Ranger unterzeichnet. Gegen eine an die Ureinwohner zu zahlende Gewinnbeteiligung von 4,25 Prozent und die Rücknahme der Ausbaupläne für die Uranlagerstätte Jabiluka hat er dem Beginn der Arbeiten bei Ranger noch vor der nächsten Regenzeit zugestimmt. Ranger liegt „nur in einem Landreservat der Eingeborenen" (Financial Times, 9.9.), Jabiluka dagegen ist heiliges Land der Ureinwohner. Von den vier Uranlagerstätten des Ureinwohnerlandes im Nord-Territorium ist Jabiluka diejenige, die den größten Profit verspricht. Die Londoner Börse reagierte gelassen auf die Rücknahme des Jabiluka-Ausbaus, denn damit sei bei Ranger eine Verzögerung um ein Jahr vermieden worden. Außerdem, so die „Financial Times" am 18.9., „ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Regierung, Widerstand der Eingeborenen hin oder her, die größten Uranvorkommen des Landes nutzlos im Boden liegen läßt." Ohne Abkommen mit den Ureinwohnern wäre an den Ausbau der Trans-

„Blockfreiheit ist das Prinzip der Außenpolitik Indiens"

z.gab. Am 11. September ist der indische Außenminister Vajpayee auf „Einladung" Gromykos in der Sowjetunion eingetroffen. Zwei Tage später hat Breschnew den indischen Minister zu sich geladen, um Indien endlich zur Zustimmung zu dem von den Sozialimperialisten seit langem verfolgten Plan der Errichtung eines „kollektiven Sicherheitssystems mit der Sowjetunion als Garantiemacht für die Länder am Indischen Ozean" zu pressen. Es ist fehlgeschlagen. Gegen dieses asiatische Sicherheitssystem mit sowjetischer Garantie erklärte Vajpayee unmißverständlich: Indien habe sich die Blockfreiheit zum Prinzip seiner Außenpolitik gemacht und werde daran festhalten. Erst vor wenigen Wochen hatte Indien der Regierung der Malediven davon abgeraten, den ehemals britischen Luftwaffenstützpunkt auf der Insel Gau den Sozialimperialisten zu überlassen. Gromyko hatte den indischen Außenminister aufgefordert, statt dem Besuch in der Volksrepublik China die „aggressiven Absichten und expansionistischen Ansprüche Chinas zu entlarven und zu vereiteln", dagegen hatte Vajpayee den Sozialimperialisten zu seinem im Oktober geplanten Besuch in der Volksrepublik China zu verstehen gegeben: Indien wolle die Freundschaft zu China wiederherstellen und die Grenzfrage zur Zufriedenheit lösen.

Referat des Sekretärs des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die IV. ordentliche Delegiertenkonferenz

Genossinnen und Genossen,

der Delegiertenkonferenz liegt der Politische Bericht des Zentralen Komitee, die Taktische Resolution und ein Antrag zu Wirtschafts- und Finanzfragen zur Abstimmung vor. Diese Abstimmung verlangt vor allem eine Entscheidung über die Einschätzung der Situation durch die Organisation, über die Linie, an der die Organisation festhält und die sie verteidigt, und über den Kurs, den die Organisation auf Grund der Einschätzung der Situation und in Anwendung der Linie verfolgt. Unsere Einschätzung der Situation besagt nicht, daß die Lage schlecht, mittelschlecht oder ziemlich schlecht ist, sondern wir haben festgestellt, daß die Arbeiterbewegung eine Niederlage erlitten hat, weil die Marxisten-Leninisten hinter den Anforderungen der Massenbewegung hinterhergehinkt sind und sie deshalb nicht zu einschneidenden Erfolgen im Klassenkampf führen konnten. Die Lage ist gefährlich und kompliziert, aber überhaupt nicht schlecht. Die Niederlage, die der Politische Bericht konstatiert, hat ihre Ursache nicht in einer Abstumpfung der Widersprüche oder darin, daß sich Widersprüche, die wir als antagonistisch eingeschätzt haben, als nicht antagonistisch und nur vorübergehend herausgestellt haben. Sie hat ihre Ursache auch nicht darin, daß wir zum Kampf gerufen hätten, die Massen aber nicht gekämpft haben. Sie hat ihre Ursache darin, daß die Vorhut mit dem Rechtsopportunismus in den eigenen Reihen schlecht fertig geworden ist. Die Berichte der Regionalleitungen haben dazu noch einmal im einzelnen Stellung genommen. Dementsprechend haben wir keinen Grund, die Linie der Organisation zu revidieren, wir haben vielmehr allen Grund, diese revolutionäre Linie gegen die Angriffe der verschiedenen Spielarten des Opportunismus zu verteidigen. Diese Linie besteht in der konsequenten Unterstützung der unterdrückten Völker, die die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus bilden, sie besteht im Kampf für die Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, die durch das internationale Proletariat geführt wird, und in der Vorbereitung der proletarischen Revolution und des bewaffneten Aufstandes in Westdeutschland und Westberlin. Dabei führen wir den Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes, für die Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Rechte und für die einheitliche Front des Volkes im Kampf um Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse. Indem wir diese Linie verteidigen, schlagen wir den Kurs ein auf Umwandlung der Organisation in die Parteiorganisation des Proletariats, indem wir die Organisation im Kampf gegen den Opportunismus konsolidieren und gegenüber den Erfordernissen des Klassenkampfes und den Anforderungen der Massenbewegung in ihren praktischen Kämpfen aufholen. Dieser

Die Berichte der Regionalleitungen haben dazu noch einmal im einzelnen Stellung genommen. Dementsprechend haben wir keinen Grund, die Linie der Organisation zu revidieren, wir haben vielmehr allen Grund, diese revolutionäre Linie gegen die Angriffe der verschiedenen Spielarten des Opportunismus zu verteidigen. Diese Linie besteht in der konsequenten Unterstützung der unterdrückten Völker, die die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus bilden, sie besteht im Kampf für die Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, die durch das internationale Proletariat geführt wird, und in der Vorbereitung der proletarischen Revolution und des bewaffneten Aufstandes in Westdeutschland und Westberlin. Dabei führen wir den Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes, für die Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Rechte und für die einheitliche Front des Volkes im Kampf um Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse. Indem wir diese Linie verteidigen, schlagen wir den Kurs ein auf Umwandlung der Organisation in die Parteiorganisation des Proletariats, indem wir die Organisation im Kampf gegen den Opportunismus konsolidieren und gegenüber den Erfordernissen des Klassenkampfes und den Anforderungen der Massenbewegung in ihren praktischen Kämpfen aufholen. Dieser

Kurs ist in der Taktischen Resolution des Zentralen Komitee im einzelnen festgelegt.

Einstimmige Beschlußfassung über die vorliegenden Dokumente wird gut sein, wenn sie den einheitlichen Willen ausdrückt, die festgelegten Aufgaben gemeinsam fester anzupacken und zu erfüllen. Wir hatten seit der Gründungskonferenz auf allen Delegiertenkonferenzen und bei allen Beschlußfassungen des ZK nur noch einstimmige Beschlußfassungen. Trotzdem gab es immer wieder Spaltung. Besser wäre es, wenn wir ruhig öfter Mehrheitsbeschlüsse hätten, dafür aber unbedingte Einheit der Aktion, die durch die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, der unteren Einheiten unter die Beschlüsse der höheren und des einzelnen Mitglieds unter die Organisation zustandekommt. Opportunismus ist Anpassung an die Bourgeoisie. Bürgerlich ist es, vor der Beschlußfassung mit der eigenen Meinung nicht hervorzukommen, sich der Mehrheit in der Beschlußfassung zu unterwerfen und nach der Beschlußfassung die Einheit der Aktion zu sabotieren und sich in die Büsche zu schlagen. Viele der Austritte, vor allem Austritte aus dem ZK, zeigen, daß es kräftig Opportunismus in der Organisation gibt, aber daß der Opportunismus auch die Stärke der revolutionären Linie der Organisation kennt und dementsprechend den offenen Kampf scheut, weil er zur Entlarvung und Isolierung des Opportunismus führt. Auf der Gründungskonferenz hat der Opportunismus im offenen Kampf eine Niederlage bezogen, obwohl er von verschiedener Seite her angriff. Seit der Gründungskonferenz sind die Hauptvertreter des Opportunismus vorsichtig aufgetreten und haben die Methode des verdeckten Kampfes angewandt. Mancher ist mit seinem Austritt zum ersten Mal wieder offen hervorgetreten. Daß es sich dabei nicht einfach um Kapitulation handelt, kann man schon daran sehen, daß noch jeder dieser Vertreter des Opportunismus seinen Austritt zu plazieren wußte. Kurz und gut: die ganze Organisation sollte die Einheit in Abstimmungen nicht allzu hoch schätzen, sondern vor allem auf die Einheit der Aktion achten und um diese den Kampf führen.

Seit der Verabschiedung des Politischen Berichts und der Taktischen Resolution ist einige Zeit vergangen, und es hat seither einige Bewegung gegeben. In diesem Referat wollen wir nur auf einige Bewegungen in der internationalen Lage und auf die Entwicklung in der kommunistischen Weltbewegung eingehen, obwohl auch sonst viel Bewegung stattfindet, z.B. in der Politik der Regierung. Im großen und ganzen haben die beiden vorliegenden Dokumente diesen Entwicklungen standgehalten und werden auch weiterer Bewegung standhalten und die Praxis der Organisation leiten können. Wenn wir also einige Bemerkungen über die internationale Lage und über die Auseinandersetzung in der kommunistischen Weltbewegung machen, dann deshalb, weil es gut sein wird, diese Fragen etwas genauer zu besprechen, und weil sie anhand des Politischen Berichtes auch gut besprochen werden können.

Seit dem Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung vor jetzt zwei Jahren erleben wir einen konzentrischen Angriff auf die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China, in der die Diktatur des Proletariats herrscht und wo die Volksmassen unter Führung der proletarischen Partei einen neuen langen Marsch begonnen haben, um China bis zum Ende dieses Jahrhunderts in ein starkes sozialistisches Land umzuwandeln. Es gibt Angriffe mit Giftgeschossen auf die Diktatur des Proletariats in China. Das hat mit dem Putschversuch der „Vier" begonnen und wird mit den Angriffen der Partei der Arbeit Albaniens nicht enden. Der Revisionismus beginnt seinen neuen politischen und militärischen Einkreisungsfeldzug mit einem ideologischen Einkreisungsfeldzug. Es gibt aber nicht nur Giftgeschosse auf die Diktatur des Proletariats, es gibt auch Beschuß mit Zuckergeschossen. Manche Leute sehnen sich geradezu nach Kreditierung des Aufbaus des Sozialismus. Sie tun das bestimmt nicht dem Sozialismus zuliebe und auch nicht nur wegen der Zinsen. Die Kommunistische Partei Chinas ist im Klassenkampf gestählt und hat Erfahrungen im Beschuß durch die Bourgeoisie, ob diese nun Giftgeschosse oder Zuckerge-

die Auseinandersetzung in der kommunistischen Weltbewegung machen, dann deshalb, weil es gut sein wird, diese Fragen etwas genauer zu besprechen, und weil sie anhand des Politischen Berichtes auch gut besprochen werden können.

Seit dem Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung vor jetzt zwei Jahren erleben wir einen konzentrischen Angriff auf die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China, in der die Diktatur des Proletariats herrscht und wo die Volksmassen unter Führung der proletarischen Partei einen neuen langen Marsch begonnen haben, um China bis zum Ende dieses Jahrhunderts in ein starkes sozialistisches Land umzuwandeln. Es gibt Angriffe mit Giftgeschossen auf die Diktatur des Proletariats in China. Das hat mit dem Putschversuch der „Vier" begonnen und wird mit den Angriffen der Partei der Arbeit Albaniens nicht enden. Der Revisionismus beginnt seinen neuen politischen und militärischen Einkreisungsfeldzug mit einem ideologischen Einkreisungsfeldzug. Es gibt aber nicht nur Giftgeschosse auf die Diktatur des Proletariats, es gibt auch Beschuß mit Zuckergeschossen. Manche Leute sehnen sich geradezu nach Kreditierung des Aufbaus des Sozialismus. Sie tun das bestimmt nicht dem Sozialismus zuliebe und auch nicht nur wegen der Zinsen. Die Kommunistische Partei Chinas ist im Klassenkampf gestählt und hat Erfahrungen im Beschuß durch die Bourgeoisie, ob diese nun Giftgeschosse oder Zuckerge-

schosse wählt.

Wenn man die Entwicklung der Weltlage oberflächlich untersucht, dann könnte man denken, daß diese Entwicklung die Feststellung Tschou En-lais auf dem X. Parteitag, der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte liegt in Europa, überholt hat. Tatsächlich haben die westlichen Imperialisten unter Führung der USA ihre Absicht nicht aufgegeben, die Sozialimperialisten nach Osten zu lenken, und tatsächlich unternimmt der Sozialimperialismus entschieden den Versuch, die Volksrepublik China einzukreisen. Aber dieser Versuch, China einzukreisen, ist Teil der Vorbereitung des Krieges um Europa, durch den allein die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgetragen werden kann. Der Sozialimperialismus versucht, die Volksrepublik China unschädlich zu machen. Es ist nicht leicht, mit einem revolutionären Land im Rücken einen Weltkrieg zu führen, zumal wenn man das eigene Land immer mehr in ein Völkergefängnis verwandelt hat, das nur durch brutale Gewalt zu beherrschen ist. Der US-Imperialismus ist gegenüber dem revolutionären China in einer günstigeren strategischen Lage, wenn es zum Krieg zwischen den Supermächten kommt. Außerdem hat er bereits mehrere vergebliche Versuche hinter sich, die revolutionäre Macht in China zu vernichten. Die Hauptbedrohung der Volksrepublik China geht von den sowjetischen Sozialimperialisten aus, und diese Bedrohung der Volksrepublik China durch den Sozialimperialismus ist Bestandteil der sowjetischen Strategie bei der Vorbereitung des Krieges um Europa. Wenigstens einkreisen möchten die Sozialimperialisten die Volksrepublik China, wenn sie sie schon nicht ausschalten können. Bei dieser Einkreisung der Volksrepublik China bedienen sich die sowjetischen Sozialimperialisten des großvietnamesischen Chauvinismus, der die jetzige Führung Vietnams beseelt. Die Angelegenheit ist ziemlich durchsichtig. Erst soll die revolutionäre Herrschaft der Arbeiter und Bauern in Kampuchea vernichtet werden. Im Krieg gegen das Demokratische Kampuchea wollen die Sozialimperialisten Vietnam in immer tiefere Abhängigkeit treiben, wobei den Sozialimperialisten die Konzeption der vietnamesischen Führung, auf Kosten der Landwirtschaft die Schwerindustrie aufzubauen, entgegenkommt. Das ist freilich auch ein Einfallstor für die andere Supermacht und die übrigen Imperialisten, denen die jetzige vietnamesische Führung mit dem Klingelbeutel hinterherläuft. So hat die vietnamesische Regierung sich gegenüber Japan verpflichtet, die Schulden der Thieu-Clique zu übernehmen, bloß um an einen neuen Kredit heranzukommen.

Mit seinen Angriffen gegen das Demokratische Kampuchea gerät Vietnam zwar immer mehr in Abhängigkeit von den Sozialimperialisten. Das Demokratische Kampuchea aber kann es nicht vernichten.

Die Sache verläuft planwidrig. Stattdessen verschärfen sich die Widersprüche im Innern Vietnams. Das ist eine der Ursachen für die Politik der Schikane und der Vertreibung gegenüber den Auslandschinesen, wobei die andere Ursache für diesen Vertragsbruch der Übergang zu direkten Kriegsprovokationen gegen die Volksrepublik China ist. Die Rechnung der Sozialimperialisten ist sicher nicht, die Volksrepublik China von Vietnam aus ernstlich angreifen zu können. Die Absicht ist eher, die Volksrepublik China durch politische und militärische Provokationen in Auseinandersetzungen zu verwickeln, die ihre Politik der internationalen Einheitsfront in ernstliche Schwierigkeiten bringen soll. In diesem Zusammenhang sind die Angriffe der Partei der Arbeit Albaniens auf die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China zu verstehen.

Die Angriffe der Partei der Arbeit Albaniens auf die Kommunistische Partei Chinas kommen den Sozialimperialisten wie gerufen, um vielleicht doch Früchte ihrer Spalter- und Aggressionspolitik ernten zu können. Wenn der Sozialimperialismus der Volksrepublik China Hegemonialpolitik vorwirft, kann er keinen hinter dem Ofen hervorholen. Wenn er über Vietnam Auseinandersetzungen provoziert, dann sieht die Sache schon anders aus. Tritt dann Enver Hoxha her-

von den Sozialimperialisten. Das Demokratische Kampuchea aber kann es nicht vernichten.

Die Sache verläuft planwidrig. Stattdessen verschärfen sich die Widersprüche im Innern Vietnams. Das ist eine der Ursachen für die Politik der Schikane und der Vertreibung gegenüber den Auslandschinesen, wobei die andere Ursache für diesen Vertragsbruch der Übergang zu direkten Kriegsprovokationen gegen die Volksrepublik China ist. Die Rechnung der Sozialimperialisten ist sicher nicht, die Volksrepublik China von Vietnam aus ernstlich angreifen zu können. Die Absicht ist eher, die Volksrepublik China durch politische und militärische Provokationen in Auseinandersetzungen zu verwickeln, die ihre Politik der internationalen Einheitsfront in ernstliche Schwierigkeiten bringen soll. In diesem Zusammenhang sind die Angriffe der Partei der Arbeit Albaniens auf die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China zu verstehen.

Die Angriffe der Partei der Arbeit Albaniens auf die Kommunistische Partei Chinas kommen den Sozialimperialisten wie gerufen, um vielleicht doch Früchte ihrer Spalter- und Aggressionspolitik ernten zu können. Wenn der Sozialimperialismus der Volksrepublik China Hegemonialpolitik vorwirft, kann er keinen hinter dem Ofen hervorholen. Wenn er über Vietnam Auseinandersetzungen provoziert, dann sieht die Sache schon anders aus. Tritt dann Enver Hoxha her-

vor und stößt ins gleiche Horn, dann kann sich der Sozialimperialismus als Wirkung wenigstens einige Verwirrung versprechen. Das aber erleichtert seine Kriegsvorbereitungen schon beträchtlich. Wir haben es gegenwärtig mit einem großangelegten Komplott der Sozialimperialisten gegen die Kommunistische Partei Chinas und gegen die Diktatur des Proletariats in China zu tun. Ein Akteur nach dem anderen tritt ins Rampenlicht und verkündet seine Verurteilung der „chinesischen Hegemonialpolitik". Es ist klar, daß die Sozialimperialisten mit diesem Komplott erst nach dem Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung beginnen konnten. Jetzt entwickelt sich die Sache ziemlich flüssig, wie's aussieht. Ob sich die Akteure des Komplotts dabei in der jeweiligen Nachbarschaft wohlfühlen, ist ihre Angelegenheit. Nach Fidel Castro, Le Duan, dann Enver Hoxha ist jetzt vor zwei Tagen Mengistu vor's Mikrophon getreten mit seiner Philippika. Politisch und militärisch ist Vietnam der Eckstein in diesem Komplott gegen die Volksrepublik China. Ideologisch soll Enver Hoxha die Volksrepublik China in die Zwickmühle bringen. Kann sein, daß der Sozialimperialismus sich auch politisch und militärisch davon noch viel verspricht. Günstig plaziert wäre Albanien gerade für den zweiten Zug, wenn es direkt um Europa geht.

Aber das Komplott ist schon halb zerschlagen. Gleich bei dem Angriff auf das Demokratische Kampuchea haben sich die Sozialimperialisten festgerannt. Statt eine großangelegte Hetzkampagne gegen China unter den Blockfreien starten zu können, sind Vietnam und Kuba auf der Blockfreienkonferenz als Agenten des Sozialimperialismus knapp an einer Verurteilung vorbeigekommen und konnten sich bloß aus der Affaire ziehen, indem sie eine Resolution unterzeichneten, die sich der Sache nach gegen die beiden Supermächte und jeden Hegemonismus richtet.

Die Entfaltung des sozialimperialistischen Manövers im Fernen Osten hat den Abschluß des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages beschleunigt inclusive Hegemonieklausel. Die Sozialimperialisten fühlen diese Klausel, obwohl sie gegen niemand ausdrücklich gerichtet ist, ausschließlich gegen sich gerichtet. Ihre Absichten kennen sie selber eben am besten.

Der Besuch des Vorsitzenden Hua Guo-feng in Rumänien und Jugoslawien hat das sozialimperialistische Komplott an seinem anderen Ende ziemlich angeschlagen. Die Hauptstoßrichtung des sozialimperialistischen Hegemonialstrebens ist Europa. Der Besuch Hua Guo-fengs hat den Widerstandswillen der Völker gegen die Rivalität der beiden Supermächte und in Rumänien und Jugoslawien vor allem den Widerstandswillen gegen die Pressionen des Sozialimperialismus gestärkt. Das Geschrei der Sozialimperialisten über diesen Besuch hat ihre Interessen und Absichten in diesem Teil der Welt erneut enthüllt.

Kurz zuvor hatte die Volksrepublik China nach längerer und intensiver Debatte in den eigenen Reihen vor aller Welt offengelegt, daß sie in der Militärpolitik ohne Schwanken an der Linie des Volkskriegs festhält, um jeden Aggressor im Volkskrieg zu ertränken. Jugoslawien und Rumänien haben Militärdelegationen mit der Volksrepublik China ausgetauscht. Jugoslawien hat selber große Erfahrungen im Volkskrieg. Rumänien verfolgt trotz seiner Mitgliedschaft im Warschauer Pakt eine unabhängige Verteidigungspolitik, die sich auf die Volksmassen stützt. Zweifellos gibt es ein sozialimperialistisches Komplott, um die Kriegsvorbereitungen für den Krieg um Europa zu erleichtern. Statt die Volksrepublik China zu isolieren, kann das Komplott auch zur Anwendung von Lehren der chinesischen Volksmassen in anderen Teilen der Welt führen. Wie immer der Charakter der Staatsmacht in Rumänien und Jugoslawien eingeschätzt wird, den Gipfel des Revisionismus wird man in keinem der beiden Länder finden.

Wir haben gesagt, daß die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas eine beträchtliche Rolle in den Versuchen der Sozialimperialisten spielt, die Volksrepublik China ideologisch, politisch und militärisch einzukreisen, um freie Hand für die Kriegsvorbereitungen in Europa zu bekom-

rialisten über diesen Besuch hat ihre Interessen und Absichten in diesem Teil der Welt erneut enthüllt.

Kurz zuvor hatte die Volksrepublik China nach längerer und intensiver Debatte in den eigenen Reihen vor aller Welt offengelegt, daß sie in der Militärpolitik ohne Schwanken an der Linie des Volkskriegs festhält, um jeden Aggressor im Volkskrieg zu ertränken. Jugoslawien und Rumänien haben Militärdelegationen mit der Volksrepublik China ausgetauscht. Jugoslawien hat selber große Erfahrungen im Volkskrieg. Rumänien verfolgt trotz seiner Mitgliedschaft im Warschauer Pakt eine unabhängige Verteidigungspolitik, die sich auf die Volksmassen stützt. Zweifellos gibt es ein sozialimperialistisches Komplott, um die Kriegsvorbereitungen für den Krieg um Europa zu erleichtern. Statt die Volksrepublik China zu isolieren, kann das Komplott auch zur Anwendung von Lehren der chinesischen Volksmassen in anderen Teilen der Welt führen. Wie immer der Charakter der Staatsmacht in Rumänien und Jugoslawien eingeschätzt wird, den Gipfel des Revisionismus wird man in keinem der beiden Länder finden.

Wir haben gesagt, daß die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas eine beträchtliche Rolle in den Versuchen der Sozialimperialisten spielt, die Volksrepublik China ideologisch, politisch und militärisch einzukreisen, um freie Hand für die Kriegsvorbereitungen in Europa zu bekom-

men. Das ist eine Tatsache, die vom Willen der Partei der Arbeit Albaniens ganz unabhängig ist. Wie kann es dazu kommen? Niemand kann sich davor schützen, daß der Feind versucht, seinen gerechten Kampf gegen einen anderen Feind auszunutzen, wird die Partei der Arbeit Albaniens versichern, wie sie auch versichert, daß sie niemals das Bündnis mit dem Sozialimperialismus suchen wird. Warum aber kann der Sozialimperialismus darauf hoffen, im Bündnis mit der Partei der Arbeit Albaniens vorgehen zu können, und warum ist er dazu objektiv bereits in der Lage? Es muß schon an der Politik der Partei der Arbeit Albaniens selber liegen. Der Gegensatz der Partei der Arbeit Albaniens zur Kommunistischen Partei Chinas ist nur ein Ausdruck dieser Politik, dabei ist nicht dieser Gegensatz wesentlich und der Ausgangspunkt, sondern dieser Gegensatz entspringt erst aus Differenzen, die mit der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Chinas unmittelbar nicht mehr zu tun haben als mit allen Kommunisten, die in der gegenwärtigen Weltlage den Kampf darum führen, ob Revisionismus oder Marxismus-Leninismus praktiziert werden soll. Im Brennpunkt der Auseinandersetzung steht die Einschätzung der Weltlage. Es gibt aber auch noch eine Reihe anderer prinzipieller Streitpunkte. Letztenendes handelt es sich um einen Kampf zwischen dialektischem Materialismus und metaphysischem Idealismus.

Die Partei der Arbeit Albaniens verficht eine Theorie des Ultraimperialismus.

Die Theorie, daß der Imperialismus nicht unvermeidlich den Krieg hervorbringen würde, sondern daß die Imperialisten auch die Möglichkeit hätten, dauerhaft friedlich zusammenzuarbeiten, stammt von Karl Kautsky. Die Partei der Arbeit Albaniens unter E. Hoxhas Führung verhilft ihr zu neuen Ehren.

Der Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion führte außenpolitisch zur sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit, und Chruschtschow hat diese Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten propagiert, um den „Weltfrieden" zu verteidigen. Die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit war von vornherein reaktionär und gegen die Völker gerichtet, die allein den Frieden erringen und durch Sturz des Imperialismus schließlich den Krieg aus der Welt schaffen können. Die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit verschaffte dem US-Imperialismus Spielraum und verschärfte die Kriegsgefahr. Sie diente dem Krieg und nicht dem Frieden. War die Erleichterung der US-imperialistischen Aggression zunächst der Hauptaspekt der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit, so zeigte sich nach und nach, daß sich unter der Decke dieser Zusammenarbeit die Rivalität von zwei Supermächten entwickelte. Bereits in der Karibischen Krise war die Rivalität zwischen den beiden Supermächten die Hauptseite in dem Widerspruch zwischen sowjetisch-amerikanischer Zusammenarbeit und zwischen der Rivalität der beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Die Marxisten-Leninisten haben einige Zeit gebraucht, bis sie die neue Situation verstanden haben. Erst auf dem X. Parteitag hat die Kommunistische Partei Chinas eindeutig festgestellt:

„Wie Lenin sagte, , . . . ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie'. Heute sind es in der Hauptsache die beiden nuklearen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um die Hegemonie ringen. Sie machen jeden Tag ein großes Geschrei um Abrüstung, betreiben aber in Wirklichkeit täglich Aufrüstung. Ihr Ziel ist Erringung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist." (Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, V, Peking 1973, S. 27)

Damit wies die Kommunistische Partei Chinas die Ansätze einer ultraimperialistischen Theorie zurück, wie sie Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens entwickelt hatte:

„Die größte konterrevolutionäre Kraft, die dem Kampf der Völker um Freiheit und Sozialismus entgegensteht, ist die sowjetisch-amerikanische Allianz. Auf allen Gebieten – dem wirtschaftlichen, politischen

die Rivalität zwischen den beiden Supermächten die Hauptseite in dem Widerspruch zwischen sowjetisch-amerikanischer Zusammenarbeit und zwischen der Rivalität der beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Die Marxisten-Leninisten haben einige Zeit gebraucht, bis sie die neue Situation verstanden haben. Erst auf dem X. Parteitag hat die Kommunistische Partei Chinas eindeutig festgestellt:

„Wie Lenin sagte, , . . . ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie'. Heute sind es in der Hauptsache die beiden nuklearen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um die Hegemonie ringen. Sie machen jeden Tag ein großes Geschrei um Abrüstung, betreiben aber in Wirklichkeit täglich Aufrüstung. Ihr Ziel ist Erringung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist." (Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, V, Peking 1973, S. 27)

Damit wies die Kommunistische Partei Chinas die Ansätze einer ultraimperialistischen Theorie zurück, wie sie Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens entwickelt hatte:

„Die größte konterrevolutionäre Kraft, die dem Kampf der Völker um Freiheit und Sozialismus entgegensteht, ist die sowjetisch-amerikanische Allianz. Auf allen Gebieten – dem wirtschaftlichen, politischen

und militärischen – nähern sich der imperialistische Kurs der USA und jener der Sowjetunion immer mehr. Um ihre hegemonistischen und Herrschaftsziele zu erreichen, brauchen die beiden Supermächte einander, darum haben sie auch ihre Uhren auf den gleichen Gang gebracht, darum koordinieren sie ununterbrochen ihre Pläne und ihre konkreten Handlungen.

Ihr strategisches Ziel ist es, den Sozialismus zu vernichten, die Revolution zu ersticken, ihre Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Die Spitze dieser Allianz ist gegen die Volksrepublik China gerichtet, die das Haupthindernis bei der Verwirklichung ihrer konterrevolutionären Pläne ist. Obzwar es sich absolut nur um einen Wunschtraum handelt, lassen die USA und die Sowjetunion nichts unversucht, um China einzukesseln und zu isolieren und danach zur Abwürgung der Revolution und zur Zerstörung der Volksrepublik China überzugehen. Dieser gemeinsamen konterrevolutionären Strategie wurden alle anderen Hauptaktivitäten auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen, sei es in Europa oder Asien, sei es in Afrika oder Ozeanien, untergeordnet.

Das Gewicht dieser reaktionären Allianz spürt man in allen internationalen Konflikten und Problemen. Seit Ende des II. Weltkrieges sind nunmehr 26 Jahre vergangen und dennoch halten die USA und die Sowjetunion weiterhin ihre Truppen in fremden Ländern stationiert. Die jeweiligen Einflußbereiche werden von beiden Supermächten als vollendete Tatsache behandelt und respektiert und sie bemühen sich, einander bei der Beherrschung und Ausbeutung dieser Gebiete nicht im Wege zu stehen." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Tirana 1972, S. 28f.)

Das ist Ultraimperialismus reinsten Wassers. Wenn sich die beiden Supermächte bemühen, sich gegenseitig aus dem Weg zu gehen und ihre jeweiligen

Einflußbereiche zu respektieren, dann ist es bloß eine Phrase, von ihrem jeweiligen Hegemonismus zu reden. Nicht zum imperialistischen Krieg, d.h. zum Krieg zwischen den beiden Supermächten, wird es unvermeidlich kommen, sondern zum Krieg zwischen den beiden Supermächten auf der einen und der Volksrepublik China auf der anderen Seite. Dementsprechend haben Enver Hoxha und die Partei der Arbeit Albaniens Nixons Gang nach China als Verrat und Kapitulation der Volksrepublik China vor dem US-Imperialismus verstanden.

Anders hat z.B. Genosse Kim Il Sung diesen Besuch eingeschätzt:

„Alle Tatsachen zeigen, daß der Prozeß des Zusammenbruchs des Imperialismus in unserer Zeit sehr schnell verläuft.

Der Plan des Nixonbesuchs in China führt heute in der Welt zu unterschiedlichen öffentlichen Meinungen.

Der Nixonbesuch in China ist nicht der Einzug eines Siegers, sondern die Reise eines Besiegten und widerspiegelt genau das zum Untergang verurteilte Schicksal des USA-Imperialismus. Das ist ein großer Sieg des chinesischen Volkes, ein Sieg der revolutionären Völker der Welt." (Kim Il Sung, Der gemeinsame Kampf der revolutionären Völker Asiens gegen den USA-Imperialismus wird unbedingt vom Sieg gekrönt, Pjöngjang 1972, S. 11)

Tatsächlich ist der Krieg zwischen den beiden Supermächten auf der einen Seite und der Volksrepublik China auf der anderen Seite vermeidbar, während der Krieg zwischen den beiden Supermächten unvermeidbar ist. Die Kommunistische Partei Chinas hat auch hierzu ihre Auffassung auf dem X. Parteitag klar formuliert:

„China ist ein Stück schmackhaftes Fleisch, das alle gern verspeisen möchten. Doch dieses Stück Fleisch ist so zäh, daß seit vielen Jahren schon keiner es anbeißen kann. Mit dem Ende des ‚Superspions' Lin Biao ist der Zugriff noch schwieriger geworden. Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, ‚ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen', er intensiviert das Ringen in Europa und forciert seine Expansion dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu und nach allen Gebieten, nach denen er seine Hände ausstrecken kann. Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt. Das läßt sich durch ihre mannigfaltigen Vorspiegelungen nicht vertuschen und wird heute von immer mehr Völkern und Staaten durchschaut, das stößt auf heftigen Widerstand in der Dritten Welt und löst in Japan und in den Ländern Westeuropas Unzufriedenheit aus. Die beiden Oberherren – die USA und die Sowjetunion – sind in ein Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. Sie befinden sich in einer Lage,

X. Parteitag klar formuliert:

„China ist ein Stück schmackhaftes Fleisch, das alle gern verspeisen möchten. Doch dieses Stück Fleisch ist so zäh, daß seit vielen Jahren schon keiner es anbeißen kann. Mit dem Ende des ‚Superspions' Lin Biao ist der Zugriff noch schwieriger geworden. Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, ‚ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen', er intensiviert das Ringen in Europa und forciert seine Expansion dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu und nach allen Gebieten, nach denen er seine Hände ausstrecken kann. Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt. Das läßt sich durch ihre mannigfaltigen Vorspiegelungen nicht vertuschen und wird heute von immer mehr Völkern und Staaten durchschaut, das stößt auf heftigen Widerstand in der Dritten Welt und löst in Japan und in den Ländern Westeuropas Unzufriedenheit aus. Die beiden Oberherren – die USA und die Sowjetunion – sind in ein Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. Sie befinden sich in einer Lage,

Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der 3. Welt. Über 1 Million zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA gesammelt

die durch die Verszeile illustriert wird: ‚Da stehst du machtlos da: die Blüten fallen nieder.' " (a.a.O., S. 28f.)

Der Kampf der Völker und des internationalen Proletariats, die Revolution, ist der entscheidende Faktor gegen den Krieg, während die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, der Imperialismus, den Krieg unvermeidlich hervorbringt.

Für Enver Hoxha dagegen macht die Zusammenarbeit das Wesen der Beziehungen unter den Imperialisten und zwischen den beiden Supermächten aus, während, wie sich noch herausstellen wird, die Revolution bei ihm der entscheidende Faktor für den Krieg ist. Die *Möglichkeit* eines Krieges zwischen den beiden Supermächten konnte Enver Hoxha nicht abstreiten:

„Natürlich wäre es unrealistisch und unsinnig, wenn man in der sowjetisch-amerikanischen Allianz nur die Annäherung und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten, nur ihre gemeinsamen Interessen und Handlungen sehen würde. Als imperialistische Mächte haben die Vereinigten Staaten und die UdSSR selbstverständlich auch Rivalitäten, Konflikte und tiefe Widersprüche untereinander, die sie daran hindern, immer und überall in voller Eintracht und Einheit zu handeln. Die Existenz und die Verschärfung dieser Widersprüche liegen im Wesen dieser Allianz selbst, liegen im kapitalistischen Gesellschaftssystem der beiden Länder, in ihren imperialistischen Zielsetzungen. Beide Teile beabsichtigen mit ihren Kriegsvorbereitungen unter anderem auch, sich gegenseitig aufzufressen." (a.a.O, S. 31)

„Unter anderem auch", auf solche Verbeugungen vor dem Marxismus-Leninismus und der Analyse des Imperialismus durch Lenin, Stalin und Mao Tsetung kann gepfiffen werden.

Tatsache ist, daß Enver Hoxha die Kriegsgefahr überhaupt nicht oder nur falsch erklären kann. Die imperialistischen Gleichgewichtstheorien widerlegt er nicht materialistisch, sondern übernimmt sie:

„Die Geschichte Europas hat bestätigt, daß das ‚Kräftegleichgewicht' der Großmächte immer eine Waffe in den Händen der Ausbeuterklassen gewesen ist, um die revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken. Die Intervention war immer eine Waffe des Systems des Gleichgewichts, um es wiederherzustellen, wenn es gestört wird, oder es zu erhalten, damit es nicht gestört wird." (Enver Hoxha, Bericht an den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, Dortmund 1977, S. 188)

Streben nach Gleichgewicht, nicht Streben nach Vorherrschaft, Zusammenarbeit, nicht Rivalität macht bei Enver Hoxha das Wesen der Imperialisten und der beiden Supermächte aus. Das sind keine längst von Enver Hoxha selber revidierten falschen Auffassungen, sondern es sind Früchte des metaphysischen Idealismus, der das Denken Enver Hoxhas auszeichnet. Im Bericht an den VII. Parteitag stellt Enver Hoxha seine Erhabenheit über jede konkrete Analyse der konkreten Situation erst recht unter Beweis:

„Unsere Partei vertritt die These, daß gleichgültig, ob sich die Supermächte einander annähern oder ob sie sich streiten, die Zeche die anderen bezahlen müssen. Die Zusammenarbeit und die Rivalität zwischen den Supermächten stellen die zwei Seiten einer widersprüchlichen Realität dar, sie sind der Hauptausdruck ein und derselben imperialistischen Strategie, nämlich die Freiheit der Völker zu rauben und die Welt zu beherrschen. Sie stellen die gleiche Gefahr dar, deshalb sind die beiden Supermächte die größten und Hauptfeinde der Völker, deshalb kann man sich nie auf den einen Imperialismus stützen, um den anderen zu bekämpfen oder sich seiner zu entledigen." (a.a.O., S. 191)

Aber die Völker können sich gegen die beiden Supermächte zusammenschließen, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten ausnutzen und durch Fortschritte des Befreiungskampfes und der Revolution den Spielraum der beiden Supermächte so einengen, daß es ihnen gelingt, den imperialistischen Krieg hin-

„Unsere Partei vertritt die These, daß gleichgültig, ob sich die Supermächte einander annähern oder ob sie sich streiten, die Zeche die anderen bezahlen müssen. Die Zusammenarbeit und die Rivalität zwischen den Supermächten stellen die zwei Seiten einer widersprüchlichen Realität dar, sie sind der Hauptausdruck ein und derselben imperialistischen Strategie, nämlich die Freiheit der Völker zu rauben und die Welt zu beherrschen. Sie stellen die gleiche Gefahr dar, deshalb sind die beiden Supermächte die größten und Hauptfeinde der Völker, deshalb kann man sich nie auf den einen Imperialismus stützen, um den anderen zu bekämpfen oder sich seiner zu entledigen." (a.a.O., S. 191)

Aber die Völker können sich gegen die beiden Supermächte zusammenschließen, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten ausnutzen und durch Fortschritte des Befreiungskampfes und der Revolution den Spielraum der beiden Supermächte so einengen, daß es ihnen gelingt, den imperialistischen Krieg hin-

auszuschieben und ihm entweder durch die Revolution zuvorzukommen oder ihn durch die Revolution zu beenden. Die Gefahr des imperialistischen Krieges geht aus der Rivalität der Imperialisten hervor, die auf der Ausbeuterordnung und der Jagd nach dem Mehrwert beruht. Je besser die Völker den Kampf gegen die Ausbeuterordnung führen, desto größer sind ihre Möglichkeiten, dem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen. Umgekehrt für Enver Hoxha:

„Wir müssen mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Weltlage untersuchen. Wie unsere Partei gelehrt hat und jeden Tag lehrt, ist die Welt revolutionär. In einer solchen Weltlage ist der Imperialismus in Gefahr. Deshalb bereitet er den Krieg vor." (Rede Enver Hoxhas zum 35. Jahrestag der Albanischen Volksarmee, ATA, 11. Juli 1978)

Konsequent hat sich die ultraimperialistische Theorie weiterentwickelt zur Theorie, daß die Revolution den Krieg gebiert. Das ist Metaphysik und Idealismus und steht in schroffem Gegensatz zum Marxismus-Leninismus. Es ist Chruschtschowrevisionismus mit umgekehrter Wertung. Sobald Enver Hoxha die Partei der Arbeit Albaniens zum Angriff auf die Volksrepublik China führte und diese zum Kriegshetzer erklärte, hat er auch die Wertung Chruschtschows übernommen. Er ist zu einem albanischen Chruschtschow geworden.

Unter dem Deckmantel des Angriffes auf die Theorie der Drei Welten führt Enver Hoxha den Angriff auf die unterdrückten Völker, die die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus und damit der proletarischen Weltrevolution bilden.

Die Theorie der Drei Welten ist die Zusammenfassung der Entwicklung der großen Widersprüche in der Welt durch die Kommunistische Partei Chinas. Sie spiegelt die Tatsache wider, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückenden Nationen und den unterdrückten Nationen zum Hauptwiderspruch geworden ist und daß sich unter den imperialistischen Ländern zwei Supermächte herausgebildet haben, gegen die sich der Kampf der unterdrückten Nationen in erster Linie richtet. Sie spiegelt die Tatsache wider, daß das sozialistische Lager durch die Sowjetrevisionisten gespalten und zerstört worden ist, und daß die Welt des Imperialismus von heftigen Widersprüchen geschüttelt wird. Sie drückt die strategische Konzeption aus, daß sich die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zusammenschließen müssen, um alle zu gewinnenden Kräfte zu gewinnen und alle positiven Faktoren zu nutzen und den Imperialismus Schritt für Schritt und Stück für Stück zu schlagen. Sie besagt, daß sich der Platz der sozialistischen Länder an der Seite der ausgebeuteten und unterdrückten Völker befindet und daß es zwischen den beiden Supermächten und den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern eine Zwischenzone gibt, die durch die Länder der Zweiten Welt gebildet wird, auf die sich die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert und die die Dritte Welt im Kampf gegen die beiden Supermächte auf ihre Seite zu ziehen versuchen muß, bevor die Völker der Welt unter der Führung der Arbeiterklasse mit dem Imperialismus endgültig Schluß machen. Unter der Führung Enver Hoxhas greift die Partei der Arbeit Albaniens nicht diesen oder jenen Aspekt der Theorie der Drei Welten an, sondern ihren Ausgangspunkt: Sie bestreitet die Tatsache, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Nationen gegenwärtig den Hauptwiderspruch in der Welt bildet und daß die unterdrückten Nationen die Hauptkraft darstellen im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus

Völker befindet und daß es zwischen den beiden Supermächten und den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern eine Zwischenzone gibt, die durch die Länder der Zweiten Welt gebildet wird, auf die sich die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert und die die Dritte Welt im Kampf gegen die beiden Supermächte auf ihre Seite zu ziehen versuchen muß, bevor die Völker der Welt unter der Führung der Arbeiterklasse mit dem Imperialismus endgültig Schluß machen. Unter der Führung Enver Hoxhas greift die Partei der Arbeit Albaniens nicht diesen oder jenen Aspekt der Theorie der Drei Welten an, sondern ihren Ausgangspunkt: Sie bestreitet die Tatsache, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Nationen gegenwärtig den Hauptwiderspruch in der Welt bildet und daß die unterdrückten Nationen die Hauptkraft darstellen im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus

und Hegemonismus. Sie glaubt sich über die konkrete Untersuchung der konkreten Situation erhaben und meint, Lenins Entdeckung, daß der Grundwiderspruch zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnissen in der Epoche des Imperialismus sich weltweit zum Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus entwickelt hat, erspare die Analyse aller großen Widersprüche der Epoche und die Festlegung des Hauptwiderspruchs, der Hauptkraft und der Hauptstoßrichtung der Revolution in jedem bestimmten Zeitpunkt der Epoche des Imperialismus.

Der strategischen Konzeption der Drei Welten stellt die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas folgende Konzeption gegenüber:

„In der historischen Epoche, in der wir leben, ist der Grundwiderspruch der zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Dieser Widerspruch äußert sich in den sozialistischen Ländern im Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg; in den kapitalistisch-revisionistischen Ländern im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie; im Weltmaßstab – im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Die objektive Realität bestätigt in allen ihren Aspekten, daß diese Widersprüche in unseren Tagen weder verschwunden noch weniger scharf geworden sind, sondern sich sogar noch mehr zugespitzt und vertieft haben.

Es stehen sich zwei gegnerische Kräfte gegenüber:

Auf der einen Seite stehen die sozialistischen Länder und das Weltproletariat als die soziale Hauptkraft der großen Sache der Revolution und des Sozialismus und Seite an Seite mit ihnen die unterdrückten Völker oder die Völker, die Gefahr laufen, unterdrückt zu werden, alle revolutionären, fortschrittlichen, freiheitsliebenden Kräfte der Welt.

Auf der anderen Seite stehen der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus als die Hauptfeinde der Völker und des Sozialismus und an ihrer Seite die anderen imperialistischen, revisionistischen Mächte, die Monopolbourgeoisie, die faschistischen Kräfte, die gesamte Weltreaktion und der internationale Revisionismus." (N. Hoxha, Einige grundlegende Fragen, Tirana 1977, S. 49)

Auf der Grundlage dieser Analyse könnte das Proletariat nur in die Niederlage geraten. Daß der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern in dieser Analyse unter den Tisch fällt, geschweige in seiner konkreten Gestalt untersucht wird, ist Ausdruck der ultraimperialistischen Theorie, die Enver Hoxha entwickelt hat. Sie ist uns bereits bekannt. Als nächstes wird das Weltproletariat zur Hauptkraft des Kampfes erklärt, während das Proletariat zahlenmäßig noch immer weit hinter den Angehörigen der nichtkapitalistischen Klassen und Schichten zurückbleibt, die in der Epoche des Imperialismus zu einer Kraft der proletarischen Weltrevolution geworden sind. Nur unter Führung des Proletariats können diese Klassen und Schichten die Revolution machen. Es heißt aber die Revolution hinausschieben, wenn die Arbeiterklasse darauf verzichtet, diese Klassen und Schichten als Hauptkraft der Revolution in den Kampf zu führen. Wie die Widersprüche zwischen den Imperialisten in dieser Strategie außer Rechnung bleiben, so bleiben auch die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Kräften, die die einen auf die Seite des Imperialismus stellen, die anderen schwanken lassen, so daß sie im Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus gewonnen werden können, außer Kalkül. Es gibt zwei Kräfte und sonst nichts und unter der Hand ist die Kraft der Feinde des Proletariats gewaltig potenziert worden und die Kraft des Proletariats gewaltig reduziert worden. Bleibt noch der Schritt, den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf den Widerspruch zwischen kapitalistischem und sozialistischem System zu reduzieren und damit auf den Widerspruch zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern, um die Kräfte noch geringer in Anschlag zu bringen:

„Vom Klassenstandpunkt aus betrachtet, zeigt sich jedoch, daß in diesen Staaten (der ‚zweiten' und der ‚dritten Welt', der ‚blockfreien Welt', der ‚Entwicklungsländer'), von irgendeiner Ausnahme abgesehn, die antagonistischen Klassen und die Ausbeutung des Menschen existieren, daß die Bourgeoisie über das Proletariat und die Werktätigen dieser Länder in dieser oder jener Form herrscht. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Länder nach dem in ihnen herrschenden Gesellschaftssystem in bürgerlich-kapitalistische und sozialistische

die Arbeiterklasse darauf verzichtet, diese Klassen und Schichten als Hauptkraft der Revolution in den Kampf zu führen. Wie die Widersprüche zwischen den Imperialisten in dieser Strategie außer Rechnung bleiben, so bleiben auch die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Kräften, die die einen auf die Seite des Imperialismus stellen, die anderen schwanken lassen, so daß sie im Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus gewonnen werden können, außer Kalkül. Es gibt zwei Kräfte und sonst nichts und unter der Hand ist die Kraft der Feinde des Proletariats gewaltig potenziert worden und die Kraft des Proletariats gewaltig reduziert worden. Bleibt noch der Schritt, den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf den Widerspruch zwischen kapitalistischem und sozialistischem System zu reduzieren und damit auf den Widerspruch zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern, um die Kräfte noch geringer in Anschlag zu bringen:

„Vom Klassenstandpunkt aus betrachtet, zeigt sich jedoch, daß in diesen Staaten (der ‚zweiten' und der ‚dritten Welt', der ‚blockfreien Welt', der ‚Entwicklungsländer'), von irgendeiner Ausnahme abgesehn, die antagonistischen Klassen und die Ausbeutung des Menschen existieren, daß die Bourgeoisie über das Proletariat und die Werktätigen dieser Länder in dieser oder jener Form herrscht. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Länder nach dem in ihnen herrschenden Gesellschaftssystem in bürgerlich-kapitalistische und sozialistische

Länder eingeteilt werden. Die Theorien über den sogenannten mittleren Zustand, die nichtkapitalistische Entwicklung, die von den Chruschtschowrevisionisten mit soviel Eifer propagiert werden, haben das Ziel, die in mehreren Ländern bestehenden aufrichtigen sozialistischen Bestrebungen zu sabotieren, ideologische Verwirrung zu stiften und den Kampf der fortschrittlichen Kräfte zu unterhöhlen.

Auch bei der Einschätzung der von den verschiedenen Regierungen und Staaten verfolgten Politik gehen die Marxisten vom Klassenstandpunkt aus, von der Haltung, die diese Regierungen und diese Länder zum Imperialismus und zum Sozialismus, zum eigenen Volk und zur Reaktion einnehmen. Aufgrund dieser Lehren bauen die revolutionäre Bewegung und das Proletariat ihre Strategie und Taktik auf, finden sie ihre wahren Verbündeten im Kampf gegen Imperialismus, Bourgeoisie und Reaktion und schließen sich mit ihnen zusammen. Die Bezeichnung ‚Dritte Welt', ‚Blockfreie Staaten' oder ‚Entwicklungsländer' schaffen bei den breiten Massen, die für die nationale und soziale Befreiung kämpfen, die Illusion, man hätte einen Unterschlupf gefunden, um sich vor der Bedrohung durch die Supermächte zu schützen. Sie verschleiern den realen Zustand der meisten dieser Länder, die auf diese oder jene Weise politisch und ökonomisch sowohl an die Supermächte als auch an die einstigen Kolonialmetropolen gebunden und von ihnen abhängig sind." (Enver Hoxha, Bericht an den 7. Parteitag, S. 178)

Richtig ist, daß sich in der Epoche des Imperialismus nur noch Kapitalismus oder Sozialismus „entwickeln" kann. Aber genau so richtig ist, daß deshalb nicht in jedem Land entweder der Kapitalismus oder der Sozialismus *herrscht*, und erst recht ist richtig, daß in der Epoche des Imperialismus sich selbst der Kapitalismus in einem Land der Dritten Welt nur selbständig entwickeln kann gegen den Imperialismus. Das gerade ist die Ursache, daß die nationale Bourgeoisie für die neue Demokratie gewonnen werden kann und daß sich selbst solche Länder der Dritten Welt, in denen die Bourgeoisie herrscht – und das ist die große Mehrheit – dem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus anschließen. Aber nicht darauf kam es uns mit dem Zitat an, sondern darauf, wie sich unter der Hand bei Enver Hoxha aus dem Grundwiderspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus der Hauptwiderspruch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern entwickelt. Diesen Widerspruch nicht zu behandeln, ist denn auch der Hauptvorwurf gegen die strategische Konzeption der Drei Welten. Einerseits stimmt das nicht, andererseits läuft die Konzeption Enver Hoxhas genau darauf hinaus, den Widerspruch zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern, zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Lager zum Hauptwiderspruch zu erklären. Wiederum handelt es sich um eine Chruschtschowsche Theorie bloß mit anderer Wertung. In Wirklichkeit ist das sozialistische Lager durch den Machtantritt der Revisionisten in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern zerstört worden und ist der Widerspruch zwischen dem sozialistischen Lager und dem kapitalistischen Lager bereits während der fünfziger Jahre in seiner Rolle als Hauptwiderspruch durch den Widerspruch zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Nationen abgelöst worden. Wiederum kann es bloß eine Frage der Zeit sein, bis sich die Wertung Enver Hoxhas der Wertung der Revisionisten anpaßt. Der Prozeß ist bereits in Gang mit den Angriffen auf die Volksrepublik China als revisionistisches Land und mit der Verteidigung der chauvinistischen und im Dienste des Sozialimperialismus stehenden Politik der vietnamesischen Führer.

Und damit noch einige Bemerkungen zu anderen Punkten in der Theorie Enver Hoxhas, die die Partei der Arbeit Albaniens an die Seite der Revisionisten zu führen droht. Nach Nexhmije Hoxha gibt es in den sozialistischen Ländern keinen Klassenwiderspruch mehr zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern nur noch den Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg. Das ist bereits schon die revisionistische Theorie der „voll entwickelten sozialistischen Gesellschaft". Der Sozialismus ist eine Phase der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in der es noch Klassen und Klassenwidersprüche gibt und in der deshalb nach wie vor die Diktatur des Proletariats notwendig bleibt. Gibt es bloß den Widerspruch zwischen den zwei Wegen, dann gibt es keine wissenschaftliche Begründung für die Diktatur des Proletariats. An die Stelle des Klassenkampfes kann der Versuch treten, der Lage mit der

und den unterdrückten Nationen abgelöst worden. Wiederum kann es bloß eine Frage der Zeit sein, bis sich die Wertung Enver Hoxhas der Wertung der Revisionisten anpaßt. Der Prozeß ist bereits in Gang mit den Angriffen auf die Volksrepublik China als revisionistisches Land und mit der Verteidigung der chauvinistischen und im Dienste des Sozialimperialismus stehenden Politik der vietnamesischen Führer.

Und damit noch einige Bemerkungen zu anderen Punkten in der Theorie Enver Hoxhas, die die Partei der Arbeit Albaniens an die Seite der Revisionisten zu führen droht. Nach Nexhmije Hoxha gibt es in den sozialistischen Ländern keinen Klassenwiderspruch mehr zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern nur noch den Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg. Das ist bereits schon die revisionistische Theorie der „voll entwickelten sozialistischen Gesellschaft". Der Sozialismus ist eine Phase der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in der es noch Klassen und Klassenwidersprüche gibt und in der deshalb nach wie vor die Diktatur des Proletariats notwendig bleibt. Gibt es bloß den Widerspruch zwischen den zwei Wegen, dann gibt es keine wissenschaftliche Begründung für die Diktatur des Proletariats. An die Stelle des Klassenkampfes kann der Versuch treten, der Lage mit der

Ausmerzung einiger schlechter Elemente Herr zu werden. Es ist eine gefährliche Theorie. Damit zusammen hängt Enver Hoxhas Ablehnung der wissenschaftlichen Theorie über die Unvermeidlichkeit des Kampfes der zwei Linien in der kommunistischen Partei.

Im Aufbau des Sozialismus wie in der Landesverteidigung neigt Enver Hoxha Auffassungen zu, die bereits in der Sowjetunion die bürgerlichen Elemente gestärkt hatten. Wenn wir jetzt den Kampf führen, gegen die Auffassungen, die die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas verbreitet, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß nicht das „links"-opportunistische Getöse das Wesen dieser Auffassungen ausmacht, sondern der Rechtsopportunismus, der zur Schonung des Revisionismus und schließlich zur Aussöhnung mit dem Revisionismus führt. Es ist kein Zufall, daß Enver Hoxha auf einmal von den Sozialimperialisten als Gewährsmann herangezogen werden kann.

Genossinnen und Genossen,

wir haben über einige internationale Fragen und einige Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung gesprochen. Im Politischen Bericht des ZK haben wir die Linie festgelegt, auf der wir diese Fragen behandeln müssen. Mit dieser Linie werden wir den Angriff auf den Opportunismus führen können, in welcher Spielart er auch auftritt. Ohne Kampf gegen den Opportunismus kann es keinen Sieg über den Imperialismus geben und kann die proletarische Weltrevolution nicht vorankommen.

US-Imperialisten proben Kampf um Europa

Hamburg. Die NATO-Imperialisten unter der Führung der USA verstärken ihre Kriegsvorbereitungen in diesen Herbstmanövern heftig. In dem Manöver Bold Guard und Saxon Drive demonstrieren die US-Imperialisten deutlich ihr Zugriffsrecht auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Bold Guard ist mit 65000 Soldaten das größte Manöver seit dem Krieg. Die US-Imperialisten drängen sich mit der größten Beteiligung seit jeher in dieses Manöver. Die Angaben der bürgerlichen Presse darüber schwanken zwischen 3500 und 11700 Soldaten. Ebenfalls erstmals nimmt eine Truppe der US-Besatzer in „Saxon Drive“ an einem niederländischen Manöver teil. Sie wollen ihre Vormacht überall und vollständig durchsetzen. Die Manöverlage ist deutlich: „Mit knapp 20000 Soldaten und schweren Panzer- und Artilleriewaffen dringt das Corps ‚Rot‘ in breiter Front zwischen Hamburg und Lübeck tief nach Schleswig-Holstein und drängt das Corps ‚Blau‘, knapp 40000 Mann stark, in die Defensive.“ (Hamburger Morgenpost) Die Manöverbewegungen bei Saxon Drive werden eröffnet mit einem zweitägigen Vorstoß nach Osten über Munster, Uelzen, Rasche und Oerrel am 18. und 19.9. Die US-Besatzer sollen sich mit ihren Angriffsbahnen vertraut machen. Höhepunkt ist für die Imperialisten im Bold-Guard-Manöver die Besetzung Fehmarns am 20.9. durch Landungsboote und Marineinfanteristen vor allem der US-Imperialisten. Zum Manöverschluß werden die US-Imperialisten den Hamburger Hafen inspizieren. Vom 20.9. bis zum 20.10. werden sie mit 6 Kriegsschiffen aus dem Bold-Guard-Manöver anlanden. Die britischen Imperialisten sind am 24.9. mit ihrem modernsten Raketenzerstörer Sheffield vertreten.

IG Bau Steine Erden fordert 7%

Hannover. Die Tarife im WEG-Bereich (Wirtschaftbereich Erdöl und Erdgasgewinnung) laufen zum 30.9.78 aus. Die IGBE schlägt als 1. Verhandlungstermin über die neuen Tarife den 27.9. vor. Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft sind: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen ab 1.10.78 um 7%. Absicherung der betrieblichen Zulagen. Verhandlungen über materielle Forderungen aus dem Manteltarifvertrag. Von den Tarifverhandlungen betroffen sind die Beschäftigten zahlreicher Firmen in Hannover und im Celler Raum, der ein Zenrum der Bohrindustrie bildet, u.a. der Brigitta-Elwerath-Betriebsgenossenschaft (BEB), Prakla-Seismos, Preußag AG, Bohrunternehmen Willy Thiele, Bomag, Koller & Sohn. Für die Beschäftigten der Firma Bomag, deren Besitzer nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, kommt es darauf an, in diesem Tarifkampf über eine Betriebsvereinbarung abzusichern, daß Tariflohn bezahlt wird. Einige Beschäftigte aus dem Angestelltenbereich werden zur Zeit schon unter Tarif bezahlt, so erhalten Schreibkräfte 49 DM, weniger als der niedrigste Tarif, nur 1363 DM. Keiner

werden die US-Imperialisten den Hamburger Hafen inspizieren. Vom 20.9. bis zum 20.10. werden sie mit 6 Kriegsschiffen aus dem Bold-Guard-Manöver anlanden. Die britischen Imperialisten sind am 24.9. mit ihrem modernsten Raketenzerstörer Sheffield vertreten.

IG Bau Steine Erden fordert 7%

Hannover. Die Tarife im WEG-Bereich (Wirtschaftbereich Erdöl und Erdgasgewinnung) laufen zum 30.9.78 aus. Die IGBE schlägt als 1. Verhandlungstermin über die neuen Tarife den 27.9. vor. Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft sind: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen ab 1.10.78 um 7%. Absicherung der betrieblichen Zulagen. Verhandlungen über materielle Forderungen aus dem Manteltarifvertrag. Von den Tarifverhandlungen betroffen sind die Beschäftigten zahlreicher Firmen in Hannover und im Celler Raum, der ein Zenrum der Bohrindustrie bildet, u.a. der Brigitta-Elwerath-Betriebsgenossenschaft (BEB), Prakla-Seismos, Preußag AG, Bohrunternehmen Willy Thiele, Bomag, Koller & Sohn. Für die Beschäftigten der Firma Bomag, deren Besitzer nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, kommt es darauf an, in diesem Tarifkampf über eine Betriebsvereinbarung abzusichern, daß Tariflohn bezahlt wird. Einige Beschäftigte aus dem Angestelltenbereich werden zur Zeit schon unter Tarif bezahlt, so erhalten Schreibkräfte 49 DM, weniger als der niedrigste Tarif, nur 1363 DM. Keiner
weiß sicher, ob er eine Tariferhöhung ausbezahlt bekommt.

2 mal Albrecht: Richter im Griff, Gorlebenvorbereitung

r.hep. Am 18.9. meldete sich Richter Schwalbe aus Frankfurt bei Ministerpräsident Albrecht in seiner Staatskanzlei, zwecks Vernehmung desselben. Anlaß war: Albrecht hatte 1977 das Verbot kommunistischer Organisationen gefordert, er war damit nicht durchgekommen. Für diesen Versuch der Unterdrückung auf seiner Linie der Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie bis hin zur Folter war er „Babyarsch“ und „Folterkecht“ genannt worden. Er meinte, das beleidige ihn. In entsprechenden Strafverfahren hatten die Verteidiger den Beweis angetreten über Inhalt seiner Politik und Angemessenheit der Würdigung seiner Person, wozu er nun verhört werden sollte.

Hatte Albrecht den Richter schon mal in sein Haus befohlen, räumte er gleich ganz auf mit dem Schein des unabhängigen Richters. Er ließ ihn in seiner Vielzimmerresidenz direkt in sein Amtszimmer zitieren. Der anwesende Rechtsanwalt, ohnehin nur für einen Befangenheitsantrag erschienen, ging mit der Erklärung, sich Albrechts Befehlen nicht zu unterwerden. Deshalb ist bisher nicht bekannt, wie sich die beiden vernommen haben, auch nicht die Marke vom Vernehmungscognac. Aus der gleichen Woche ist von Albrecht zu melden: 18 Leuten ließ er über die Bezirksregierung Hannover ein Forderungsschreiben mit Klagedrohung über DM 233926,09 schicken, Schadenersatz für in Grohnde lädierte Polizisten und Polizeimaterial.

Sprungbrett gen Osten und künftige Hauptstadt eines geeinten Deutschland

Westdeutsche Bourgeoisie beschließt „Förderungsprogramm“ für Westberlin / Das Finanzkapital profitiert

r.pel. Am 19. Juni erklären die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien nach einer Aussprache mit dem Bundespräsidenten und dem Westberliner Regierenden Bürgermeister Stobbe: „Die Berlin-Frage ist untrennbar mit der deutschen Frage verknüpft. Bis zu deren Lösung bleibt Berlin Ausdruck und Sinnbild der ... Trennung der Deutschen und eine Aufforderung an alle politischen Kräfte, die Teilung ... zu überwinden.“ Sie beschließen ein „Förderungsprogramm“, das im einzelnen folgende Maßnahmen beinhaltet: Ausbau der Steuerpräferenzen, Senkung der Gewerbesteuer, Erhöhung der Investitionszulagen, insbesondere für Dienstleistungsbetriebe, Ausbau der Forschungskapazitäten im Bereich der Produktions- und Nachrichtentechnik, Erhöhung des zusätzlichen Kindergeldzuschlages von 22 DM auf 50 DM.

Am 14. September läßt der Bundesfinanzminister verlauten, der Bund beabsichtige die Aufstockung seines Beteiligungsbesitzes in Westberlin und der Bundesaufträge für Westberliner Firmen. Die Bundespost allein werde Aufträge über 793 Mio. DM erteilen.

Am 20. September berät das Kabinett zustimmend über die Vorschläge der Parteivorsitzenden und erhöht die Bundeshilfe für den Westberliner Haushalt um 640 Mio. DM auf 8,4 Mrd. DM für das Jahr 1979. Eine Woche vorher hat die CDU ihren Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Frühjahr, Lorenz, durch Richard von Weizsäcker ersetzt.

Er hat gleich die Parole ausgegeben: „Die Teilung Deutschlands im festen Bündnis mit dem Westen überwinden.“

Mancher mag das für Wahlkampfgeklingel halten. Es ist aber mehr. Die westdeutsche Bourgeoisie plant eine erneute Offensive gen Osten. Es soll eine Warenexportoffensive sein; zunächst. Verschiedene vorbereitende Maßnahmen sind abgeschlossen bzw. seit einiger Zeit eingeleitet. Die Autobahn Helmstedt-Drewitz wird grunderneuert, ein Abkommen über ihren sechsspurigen Ausbau am Berliner Ring ist seit letztem Dezember unterschrieben; das gleiche gilt für den Ausbau der Spandauer Schleuse. Über eine neue Autobahntrasse im Norden wurde soeben Einigkeit mit der DDR erzielt. Es gibt ein neues Verwaltungsabkommen für den Post- und Fernmeldeverkehr, 700 neue Fernsprechleitungen sind in Betrieb genommen.

Reibungsloser und rascher Warenumschlag wird so ermöglicht. Daß die Perspektive der westdeutschen Bourgeoisie über diesen begrenzten Zweck hinausgeht, hat Egon Bahr mitten im dicksten Wirbel der sogenannten Spionageaffäre Holtz im „Spiegel“ absetzen lassen: „In der Verfassung steht nicht die NATO, sondern die deutsche Einheit.“ Die NATO soll eine imperialistische Wiedervereinigung durchsetzen helfen, so muß man es wohl verstehen. Frühzeitiger Ausbau der Infrastuktur ist da nützlich. Warum kann Westberlin nicht die Rolle spielen, die es Ende der vierziger Jahre schon spielte, nämlich Ausgangspunkt der ökonomischen Infiltration der DDR und militärischer Stützpunkt? Die Anstrengungen der westdeutschen Bourgeoisie deuten auf dieses Vorhaben hin.

Zum „Ausgleich der Standortnachteile der Berliner Wirtschaft“ werden den Kapitalisten Investitionszulagen (nach dem Berlinförderungsgesetz) gezahlt. Diese können bis zu 30% der Investition betragen. Seit 1970 zeigt die Entwicklung steil nach oben. Wurden 1969 erst 129,8 Mio. DM ausgezahlt, so waren es 1977 schon 398,1 Mio. DM. 77% davon gingen in die Industrie. Gewährt werden diese Geschenke theoretisch bei Investitionen ab 800 DM, der Löwenanteil wandert jedoch in die Taschen der großen Konzerne. Auf 111 Anträge von 19000 sind 1977 jeweils 2,6 Mio. DM entfallen. Das tut die beabsichtigte Wirkung.

Die Zahl der Aktiengesellschaften in Westberlin ist zwischen 1966 und 1976 von 221 auf 179 gefallen, das Grundkapital ist jedoch von 5,8 Mrd. auf 9,2 Mrd. DM gestiegen. Berechnet man die Entwicklung der Arbeiterstunden auf die industrielle Nettoproduktion, so ergibt sich bei fallender Stundenzahl (sprich weniger Arbeitern) und wachsendem Produkt eine Erhöhung der Produktivität von 1976 auf 1977 um 8,7% und von 1977 auf 1978 um 7,0%. Die Rationalisierungsinvestitionen haben ihre Wirkung getan. Monopolisierung und Steigerung der Ausbeutung soll die Bedingungen schaffen, den Export in die DDR in größerem Ausmaß zu betreiben.

Dieser ist bis heute ziemlich bescheiden und liegt wertmäßig bei 394 Mio. DM 1976; die Steigerungsraten der letzten Jahre von um die 70% lassen die Kapitalisten jedoch einen grösseren Sprung nach vorn erhoffen.

Der Bundeskanzler ist schon einen Schritt weiter. Am 9. März hat er in seiner Erklärung zur „Lage der Nation“ auf die „dynamische Entwicklung“ im Handel mit der Volksrepublik Polen verwiesen und freudig bemerkt: „Auch die Osteuropäer können sich der Ausstrahlung Berlins ... nicht entziehen.“ Schmidt setzt auf die Bestrebungen verschiedener Staaten des Comecon, sich aus der drückenden Abhängigkeit von der Sowjetunion etwas zu lösen, und hofft, auf diese Märkte weiter einbrechen zu können.

Westberlin ist das geeignete Sprungbrett. Die Zuschüsse des Bundes zum Westberliner Haushalt sind Indiz für diese Strategie. Seit 1971 sind sie von 3,1 Mrd. DM auf 7,8 Mrd. DM 1978 gestiegen. Der gesamte Haushalt beträgt knapp 14 Mrd.

US-Imperialisten demonstrieren ihre „Besatzerrechte“

r. erd. Gegen den Bau von 250 Wohnungen für die US-Besatzertruppen auf dem Düppeler Feld führte der „Verein zur Erhaltung des Düppeler Feldes“ am 15.9. eine Demonstration zum Sitz des Stadtkommandanten Benedikt durch. Die Demonstration wurde von ihm überhaupt nur genehmigt, indem auf Unterdrückungsmaßnahmen zurückgegriffen wurde, die die US-Besatzer 1968, während der Vietnam-Demonstrationen in Westberlin, erlassen, aber nicht durchsetzen konnten. Der Amtssitz des US-Besatzer-Kommandanten wurde mit einer 200 Meter-Bannzone umgeben, die Benutzung eines Lautsprecherwagens wurde nur unter der Bedingung gewährt, daß er nicht bis in die 200 Meter-Zone dringt. Benedikt hatte bei Zuwiderhandlungen Strafen von fünf Jahren Gefängnis und 25000 DM Geldstrafe angedroht. Immer offener behaupten die US-Besatzer die politische Oberhoheit über Westberlin. Die Abschiebungen von mittlerweile über 1400 Pakistani sind auf ihren Befehl zustandegekommen. Um die „Einwanderungsflut“ von vor allem aus der DDR „eingeschleusten“ Pakistani zu unterbinden, hat die Westberliner Polizei auf Anordnung der Alliierten zum ersten Mal Personenkontrollen und Razzien in der zur DDR gehörenden S-Bahn durchgeführt. Auf direkte Anordnung der Alliierten sind mit der gleichen Begründung Razzien in einigen Westberliner U-Bahnhöfen durchgeführt worden.

Betonsilos mit zwölf DM/qm Kostenmiete

Mieterversammlung in Osterholz-Tenever greift Wohnungsbaugesellschaft an / „Hier wird bald eine Bombe hochgehen“

r.geh.Bremen. Demonstrativ-Bauvor-

Am 20. September berät das Kabinett zustimmend über die Vorschläge der Parteivorsitzenden und erhöht die Bundeshilfe für den Westberliner Haushalt um 640 Mio. DM auf 8,4 Mrd. DM für das Jahr 1979. Eine Woche vorher hat die CDU ihren Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Frühjahr, Lorenz, durch Richard von Weizsäcker ersetzt.

Er hat gleich die Parole ausgegeben: „Die Teilung Deutschlands im festen Bündnis mit dem Westen überwinden.“

Mancher mag das für Wahlkampfgeklingel halten. Es ist aber mehr. Die westdeutsche Bourgeoisie plant eine erneute Offensive gen Osten. Es soll eine Warenexportoffensive sein; zunächst. Verschiedene vorbereitende Maßnahmen sind abgeschlossen bzw. seit einiger Zeit eingeleitet. Die Autobahn Helmstedt-Drewitz wird grunderneuert, ein Abkommen über ihren sechsspurigen Ausbau am Berliner Ring ist seit letztem Dezember unterschrieben; das gleiche gilt für den Ausbau der Spandauer Schleuse. Über

US-Imperialisten demonstrieren ihre „Besatzerrechte“

r. erd. Gegen den Bau von 250 Wohnungen für die US-Besatzertruppen auf dem Düppeler Feld führte der „Verein zur Erhaltung des Düppeler Feldes“ am 15.9. eine Demonstration zum Sitz des Stadtkommandanten Benedikt durch. Die Demonstration wurde von ihm überhaupt nur genehmigt, indem auf Unterdrückungsmaßnahmen zurückgegriffen wurde, die die US-Besatzer 1968, während der Vietnam-Demonstrationen in Westberlin, erlassen, aber nicht durchsetzen konnten. Der Amtssitz des US-Besatzer-Kommandanten wurde mit einer 200 Meter-Bannzone umgeben, die Benutzung eines Lautsprecherwagens wurde nur unter der Bedingung gewährt, daß er nicht bis in die 200 Meter-Zone dringt. Benedikt hatte bei Zuwiderhandlungen Strafen von fünf Jahren Gefängnis und 25000 DM Geldstrafe angedroht. Immer offener behaupten die US-Besatzer die politische Oberhoheit über Westberlin. Die Abschiebungen von mittlerweile über 1400 Pakistani sind auf ihren Befehl zustandegekommen. Um die „Einwanderungsflut“ von vor allem aus der DDR „eingeschleusten“ Pakistani zu unterbinden, hat die Westberliner Polizei auf Anordnung der Alliierten zum ersten Mal Personenkontrollen und Razzien in der zur DDR gehörenden S-Bahn durchgeführt. Auf direkte Anordnung der Alliierten sind mit der gleichen Begründung Razzien in einigen Westberliner U-Bahnhöfen durchgeführt worden.

Betonsilos mit zwölf DM/qm Kostenmiete

Mieterversammlung in Osterholz-Tenever greift Wohnungsbaugesellschaft an / „Hier wird bald eine Bombe hochgehen“

r.geh.Bremen. Demonstrativ-Bauvorhaben Osterholz Tenever ist der hochtrabende Name der Betonsilos an der Bremer Autobahnabfahrt Sebaldsbrück. Letzte Woche war eine Mieterversammlung in Tenever mit den Wohnungsbaugesellschaften und Vertretern aller bürgerlicher Parteien. Die bürgerlichen Politiker spüren, daß „hier bald eine Bombe hochgeht“, wie sie sich auf der Versammlung ausdrückten, wenn es ihnen nicht gelingt, die Widersprüche zu verkleistern und zu unterdrücken.

Die Kostenmiete liegt bei 12 DM/qm und da sie die wenigsten zahlen können, wird sie durch Steuern subventioniert. Aber auch 5 DM/qm sind hoch genug, immerhin bedeutet das für eine 84 qm-Wohnung eine Grundmiete von ca. 450 DM. Draufgeschlagen werden allerlei Gebühren, gezwungenermaßen 35 DM für einen Tiefgaragenplatz (auch wenn man kein Auto hat), Heizungspauschale, Benutzung sozialer Räume, Mietausfallwagnis. So kommt man in den 2 1/2 Zimmer-Wohnungen auf 500 bis 600 DM, in den 4 Zimmer-Wohnungen auf 700 DM und mehr. Aber nur mit Berechtigungsschein! Die Sozialdemokraten nennen das „politische Miete“. Das geht so: entweder man begibt sich in das Netz der Wohngeld- und Sozialämter oder man wird maßlos ausgeplündert. Kommt man über den Satz und der B-Schein fällt weg, so sind bis zu 1050 DM keine Seltenheit. Es reicht schon, wenn man als Familie ein Kind bekommt, man muß dann eine größere Wohnung nehmen und der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft noch mehr Geld in den Rachen werfen.

Durch den „sozialen“ Wohnungsbau kann eine Gesellschaft mit 15% Eigenkapital ins Geschäft einsteigen.

Das fehlende Geld kann sie auf dem freien oder staatlichen Kapitalmarkt aufnehmen. Die Sozialdemokraten begründen das damit, daß so mehr Wohnungen gebaut werden können. Dahinter steckt ein Komplott des Staates mit den Baukapitalisten, einfacher an Geld ranzukommen und auf kleinstem Raum möglichst viele Wohneinheiten zu errichten. Daraus läßt sich durch die Mieten schon soviel Geld schinden, daß es nicht schlimm ist, wenn Wohnungen leer stehen. Die Neue Heimat baut auch überall munter weiter, Hauptsache, das Geld fließt.

Der Bremer Senat sorgt dafür, seit dem 1. Juli 1978 ist eine Mietobergrenzenregelung in Kraft. 7,5 Mio. DM hat der Senat bereitgestellt, um den Baukapitalisten ihre Profite zu sichern. Die Differenz zwischen der vom Mieter gezahlten Miete und der Kostenmiete wird so gedeckt. Die Wohnungsbaugesellschaft kommt in jedem Fall zu den in der Kostenmiete vorkalkulierten Profiten.

Über den Preis des Baulandes, das sie den Bauern abgekauft haben und zu welchem Preis es später in die Berechnungen eingegangen ist, wollten die Herren auf der Versammlung nichts sagen. Sie haben bestimmt ihre Gründe. Von den 220 leerstehenden Wohnungen (Stand 15.8.78) sind über 20% seit über drei Monaten leer. Das sind vor allem die großen, die viele Leute mit Kindern gut gebrauchen, aber nicht bezahlen können. Als der SPD-Vertreter die Höhe der Kostenmiete mit den Kosten eines Eigenheims verglich, gab es Zwischenrufe. Als wenn wir es nötig hätten, in Tenever zu wohnen, wenn wir Geld für ein Eigenheim hätten! Im Moment können sogar viele in den älteren Teilen von Tenever nicht wohnen bleiben. Denn alle Blocks, die jetzt fünf Jahre alt werden, verlieren die öffentlichen Gelder. Wodurch die Mieten sprunghaft steigen. So ziehen die Mieter einfach einen Block weiter.

An diesem Punkt wollten die SPDler die Mieter spalten: es blieben dann ja nur die Sozialhilfeempfänger, die ja alles Geld vom Staat kriegen und das Viertel würde sich zum Slum entwickeln. Dieser Angriff wurde zurückgeschlagen. Durch die Mieten der Baugesellschaften ziehen die privaten Vermieter mit und man kriegt in Osterholz kaum noch billigere Wohnungen. Da, wo man herkommt, sind die Mieten durch die Sanierung auch erhöht, man kann nicht zurück. So wird die Ausplünderung durch die Mieten immer größer.

Auf der Mieterversammlung hat sich gezeigt, daß die Interessen der Mieter mit denen der Baukapitalisten und der bürgerlichen Parteien unvereinbar sind. Die Versprechungen der Politiker wurden als Wahlkampfmanöver entlarvt. Nach der Versammlung trafen sich viele Mieter in Tenever in einer Gaststätte. Als die Vertreter der Baugesellschaften und Parteien auch Anstalten machten, dort hereinzukommen, pfiffen und buhten die Mieter so lange, bis sie sich nicht mehr getrauten und abzogen.

Ausbau des Staatsapparates in Westberlin – Alles für die deutsche Einheit

r.pel. 756600 Lohnabhängige weist die Statistik für Westberlin 1977 aus. 1970 waren es 856200. Ganze 35% sind in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft beschäftigt. Ein aufgeblähter Staatsapparat ist über die Stadt gestülpt. 192217 Arbeiter, Angestellte und Beamte (ohne Teilzeitarbeiter) sind direkt dem Kommando des bürgerlichen Staates unterworfen. Das sind 26% aller Lohnabhängigen. Zum Vergleich: In Niedersachsen sind es 15%, in Hamburg 20%. 30000 Lohnabhängige arbeiten in einer der drei Bundesbehörden, von der Bundesdruckerei bis zur Bundesversicherungsanstalt.

Industrie, Handwerk, Landwirtschaft
Staat
Handel u. Verkehr
Dienstleistungen
50 40 30 20 10 %
1960 1965 1970 1975

Dies ist ständige Drohung gegen die DDR und Ausdruck der Absicht, von hier aus Europa zu regieren.

Ladendiebstahl

b.irm. Blumen-Muth in Kiel: einmal morgens und einmal abends kommt die Chefin und räumt die Kasse aus. Seit einigen Tagen heißt es: „Irgendjemand aus dem Personal stiehlt, nie stimmt die Kasse". Praktische Folgen: Alle zwei Tage werden inventurähnliche Maßnahmen eingeleitet, Rosen zählen, Vasen zählen, jede abgebrochene Blume schriftlich registrieren ... Sendungen neuer Blumen müssen jeweils von einer Kollegin persönlich gegengezeichnet werden. Die Drohung steht: welche Konsequenzen hat der nächste Fehlbetrag?

Bei Karstadt gibt es neben der regelmäßigen Ausgangskontrolle für die Belegschaft auch „neue Sitten": mitten während der Arbeit wurde ein Kollege kürzlich aufgefordert, seine Tasche auf Diebesgut inspizieren zu lassen. Und just zum gleichen Zeitpunkt, am 13.9. schreibt die KN: „Ladendiebstahl – immer noch ein Kavaliersdelikt? – Auch Personal unter den Sündern".

‚Kavaliersdelikt'! Ladendiebstahl war noch nie ein Hobby von Geldsäcken. Für die Teile der Arbeiterbevölkerung, die schon ins absolute Elend gedrückt worden sind, ist die kostenlose Versorgung aus den Läden notwendiger Bestandteil der Reproduktion geworden. Sowieso besteht das einzig Kriminelle darin, daß die Kapitalistenklasse sich das, was die Arbeiterklasse produziert hat, aneignen und zu horrenden Preisen wieder an sie verhökern will. Dieser für das Kapitalistenherz abgrundtiefen Moral muß beigekommen werden: „Das bedeutet Verluste in Höhe von ... 350 Mio. DM in Schleswig-Holstein" (KN, 13.9.).

Die Beträchtlichkeit dieses Betrags soll einer rechten Moral auf die Sprünge helfen. Pech ist es dabei für die Kapitalisten, daß die Arbeiterklasse eben nicht auf solche „Zahlen, die manche Abwehrmaßnahmen der Geschäftsleute verständlicher erscheinen (lassen)" guckt, spiegeln sie doch nur wieder, was ihnen alles aus den Knochen gepreßt worden ist.

In allen großen Kaufhäusern steht geschrieben: „Im Interesse unserer Kundschaft wird jeder Ladendiebstahl zur Anzeige gebracht". Welches Interesse der Kunden, fragt man sich, wo ihnen doch kein Pfifferling von dem ganzen Zeug gehört. Es ist ein mieser Versuch, eine Kameraderie von Arbeitern und Kapitalisten um die Akkumulation des Kapitals zu schmieden.

Wirkung hat es aber doch: Innerhalb der Belegschaften wird Spitzeltum und Mißtrauen gesät, weiß doch keiner, wer für die Fehlbeträge und Fehlbestände letztlich verantwortlich gemacht wird. Gegenüber den Kunden, die in der Masse nichts als Kollegen, die gerade Pause oder Feierabend haben, sind, wird das Spitzeltum sogar prämiert und zum Teil in Berufsform gegossen als Ladendetektiv beschäftigt. Dennoch ist bestimmend, was die Landespolizei in ihrer „Aktuellen Information" als „mangelnde Anzeigebereitschaft der Bevölkerung" bezeichnet.

Es sind erfreulicherweise wenige Tränen, die den Umsatzverlusten der Kapitalistenklasse nachgeweint werden. Aber fest steht dennoch: Entrinnen wird man dem Übel der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht durchs Klauen. Die Arbeiterklasse muß die Kapitalistenklasse stürzen, enteignen und die politische Macht erobern. Das wird nützen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72 08 76/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon: 089/53 13 48
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon: 040/38 21 68
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon: 0421/6 16 04 55
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon: 031/6 14 50 99
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon: 0611/73 02 31
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/1 62 79
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon: 0711/61 18 05
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon: 089 53 13 48

Der Kampf gegen das Schulgesetz ist keineswegs auf Eis gelegt

Die Klassensprecherwahlen als wichtigen Kampfschritt nutzen

b.rbr. Nachdem die Landesregierung nur unter schwersten Schlägen der Schülerbewegung das neue Schulgesetz verabschieden konnte, hofft sie zu Beginn dieses Schuljahres, bereits die ersten Früchte dieses Gesetzes zu ernten. Eigens zu diesem Zweck hat sie Erläuterungen zu dem im Juli verabschiedeten Gesetz herausgegeben, um jeden Versuch, die Durchsetzung der Ziele des Schulgesetzes zu unterlaufen oder zu verhindern, im Keim zu ersticken (siehe dazu KVZ Nr. 36, S. 18). Das Ziel des Gesetzes ist die Spaltung der Jugend, die frühere Freigabe und Entwertung ihrer Arbeitskraft durch Abbau der Berufsschulpflicht und vollständige Entrechtung und Unterdrükkung an den Schulen.

Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß die Ernte, die sich die Landesregierung erhofft hat, ausbleiben wird. Stattdessen halten die Schüler an ihren Kampfzielen fest und nutzen die im Kampf gegen das Schulgesetz errungene Einheit, um seiner Durchsetzung entgegenzutreten.

In der gewerblichen Berufsschule in Kiel haben die Drucker und Setzer der Klasse U 2 bereits Ende des letzten Schuljahres durchgesetzt, daß außer drei Fünfen in Gemeinschaftskunde und einer Fünf in Deutsch keine Fünfen und Sechsen gegeben werden konnten. Alle Schüler mußten versetzt werden. Der Versuch, einem Schüler in Deutsch eine Sechs zu verpassen, wurde von der Klasse zurückgeschlagen und der Lehrer gezwungen, die Note auf Fünf hochzusetzen. In diesem Schuljahr wurde in der gesamten Mittelstufe des Drucker- und Setzerbereiches noch keine Klassenarbeit geschrieben. Stattdessen wird der Angriff auf die Unterrichtsinhalte, mit denen den Schülern das System von Ausbeutung und Unterdrückung aufgepfropft werden soll, angegriffen. In der bereits erwähnten Klasse wollte der Lehrer den Schülern unterjubeln, daß die verrenteten Arbeiter unter der westdeutschen Bourgeoisie das Paradies auf Erden gefunden hätten. Als Schüler daraufhin das Ehrenberg'sche Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz angriffen und die Lügen des Lehrers aufdeckten, drohte er, zwei Schüler vom Unterricht auszuschließen – ohne Erfolg.

In der Klasse Bau Block U wurden bereits die Klassensprecherwahlen durchgeführt. Ganz im Sinne des neuen Schulgesetzes, nach dem es die gesetzliche Pflicht der Eltern, wie der Schüler sein soll, zusammen mit der Schulverwaltung den „Schulfrieden" zu wahren, kündigte der Klassenlehrer die Klassensprecherwahl damit an, daß er zur Erfüllung seiner Aufgaben eine „rechte Hand" brauche. Ganz entgegen dem Sinn des neuen Schulgesetzes führten daraufhin die Schüler dieser Klasse eine Wahl unter Ausschluß der Lehrer während der Unterrichtszeit durch und wählten einstimmig zwei Vertreter auf der Grundlage der Aktionseinheit, die sich im Kampf gegen das Schulgesetz gebildet hat, d.h. für das politische Mandat der Schülervertretungen, für Satzungs- und Finanzhoheit, für das Streikrecht und gegen das Notensystem. Der Versuch, innerhalb einer Woche gleich zwei Klassenarbeiten in „Fachkunde" zu schreiben, wurde mit dem Zuruf bedacht, „wenn Sie das machen, weigern wir uns!" Daraufhin schrieb der Lehrer die Arbeit nicht. Gleich am ersten Tag versuchten der Klassenlehrer und Leiter der Bauabteilung die Schüler einzuschüchtern, daß ihnen verboten sei, während des Unterrichts auf Toilette zu gehen. Die Schüler gingen trotzdem und inzwischen herrscht in dieser Klasse ein erfrischendes Ein- und Ausgehen.

Die Einsicht, über die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, wächst. So waren in dieser Klasse am Anfang vier von 25 Schülern gewerkschaftlich organisiert. Inzwischen, nach drei Wochen, sind es bereits 16 und es werden noch mehr werden.

In Rendsburg werden die dortigen drei Gymnasien in Kürze ihre erste unabhängige Schülerzeitung herausgeben. An diesen Beispielen wird deutlich, daß die Schülerbewegung zu Beginn dieses Schuljahres keineswegs gewillt ist, sich zum Spielball der Profitinteressen der Kapitalistenklasse machen zu lassen und das neue Schulgesetz hinzunehmen. Im Gegenteil, die Schüler haben vom ersten Tag an den Kampf dagegen aufgenommen.

Bereits am Ende des letzten Schuljahres haben sich einige Schüler der Berufsschule zusammengesetzt, um in diesem Schuljahr zu erreichen, daß an allen Wochentagen Schülervertretungen auf einem einheitlichen Programm zu den Schülervertretungswahlen kandidieren und gewählt werden. Wie in der Bauklasse, soll es ein Programm sein, auf dem der Kampf gegen das Schulgesetz und gegen die Landesregierung geführt werden kann.

Die Gesamtschülervertretung wird am 10. Oktober gewählt, in der Woche davor, vom 2. – 6. Oktober müssen die Tagesvertretungen gewählt werden, d.h. daß in dieser Woche überall Klassensprecherwahlen stattfinden müssen. Wie dringlich diese Aufgabe ist, zeigt das Landesschulamt, das der Schülervertretung die Herausgabe von 3000 DM Flugblattkosten verweigert, weil diese Schriften „über den Rahmen der normalen Schülervertretung weit hinausgehen".

Streik gegen Entlassungen bei HDW

Bis zur nächsten Betriebsversammlung die Einheit über die Forderungen herstellen

b.joh. 2000 Entlassungen und durchgreifende Maßnahmen zur Leistungssteigerung haben die HDW-Kapitalisten im Rahmen ihres Strukturkonzepts angekündigt. Am Donnerstag ist die Belegschaft der Hamburger HDW-Werke mit großer Geschlossenheit in einen dreistündigen Streik dagegen getreten und hat einen Zug zum Verwaltungsgebäude durchgeführt.

Am Freitag streikten die Arbeiter in Dietrichsdorf nach der Mittagspause gegen die Stillegungspläne.

Henkes Programm, das die Umrüstung der Werft zur kriegsmäßigen Produktion beinhaltet, ist Bestandteil eines vom ‚Verband der deutschen Schiffbauindustrie' vorgelegten Strukturkonzeptes. Dieses sieht weitere 8000 Entlassungen in der Werftindustrie vor bis 1981, und die Stillegung von unproduktiven Anlagen, womit die Monopolisierung weiter vorangetrieben werden soll. Für alle vom 1.7.78 bis 30.6.80 hereingenommenen Aufträge fordern sie 20% Baukostenzuschüsse zur ‚Absicherung der Anpassungsmaßnahmen'.

Henke hat diese Anpassungen konkretisiert. Die Ausweitung der Kriegsproduktion im Werk Süd und im Werk Gaarden will er mit staatlichen Zuschüssen finanzieren. Verschärfung der Arbeitshetze, Massenentlassungen und Stillegungen von zwei Werken gedenkt er in der umfassenden Rationalisierung zum Einsatz zu bringen.

Die Unterstützung der HDW-Arbeiter findet er für sein Programm nicht. Das haben nicht nur der Streik der Hamburger Werftarbeiter, der Streik in Dietrichsdorf, sondern auch die Betriebsversammlung am Mittwoch in Kiel gezeigt. Obwohl der Betriebsratsvorsitzende Böhm versuchte, die Auseinandersetzung über dieses Programm auf die lange Bank zu schieben, fand eine Debatte statt, in der Henke scharf angegriffen wurde. Er, der den Angestelltenbereich in der Presse als „Wasserkopf" bezeichnet hatte (in Kiel sollen fast alle 530, in Hamburg etwa 600 Entlassungen im Angestelltenbereich vorgenommen werden), mußte sich anhören, selber als Wasserkopf bezeichnet zu werden, der abgeschafft gehört. Das fand Beifall.

Die Sozialdemokratie arbeitet heftig an einer Spaltung des Kampfes der HDW-Arbeiter. Zu dem in Hamburg stattgefundenen Streik ließen sie verbreiten, er richte sich „gegen die Benachteiligung Hamburgs bei den Entlassungen". Die Tatsache, daß die Kieler Belegschaft über diesen Streik nicht informiert wurde, obwohl die Betriebsversammlung gerade tags zuvor stattfand, ist ebenfalls Bestandteil der Spaltung. Im Kampf gegen die Entlassungen findet eine zunehmende Verbrüderung der Opportunisten mit der Sozialdemokratie statt. Massiv arbeitet diese Koalition daran, mit der Forderung nach der 35-Stundenwoche den Arbeitern das Interesse zu verwischen, sich gegen die verschärfte Ausbeutung zur Wehr zu setzen und Forderungen zu erheben. Der zweite Bevollmächtigte der IGM Ortsverwaltung, Hilsebein, gab diesem Treiben Vorschub. In der anstehenden Tarifrunde werde es nicht in erster Linie um den Lohn gehen, kündigte er an, sondern um die Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Urlaub und Herabsetzung des Rentenalters.

Der Vertrauensleutekörper bei HDW Kiel hatte in einer Resolution schon am Freitag in der vorhergehenden Woche die 35-Stundenwoche gefordert, um die Entlassungen abzuwehren. Diese Manöver, die gegenwärtig mit der so berechtigten Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gefahren werden, sind allerübelster Machart. Voll angehängt haben sich die RGO-Listenvertreter. Sie unterscheiden sich in keinem Deut mehr von den Sozialdemokraten, außer daß sie natürlich alles „kompromißlos" fordern.

Die Kapitalisten, wie die Opportunisten machen mit der 35-Stunden-Woche ihre Rechnungen auf. Die Kapitalisten rechnen den Arbeitern vor, daß sie eine 12,5%-ige Lohnerhöhung bedeute, die Opportunisten sehen durch sie 12,5% mehr Arbeitsplätze gesichert. Den Kapitalisten, die an der Produktion des Mehrwerts interessiert sind, den sie aus weniger Arbeitern, weil weniger Lohn ausbeuten wollen, und die die industrielle Reservearmee benutzen, den Druck auf die Arbeiterklasse zu verschärfen, ihnen gegenüber ist die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit erst dann richtig, wenn sie mit Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit verbunden ist. Gelingt es ihnen, die Intensität der Arbeit zu steigern, so machen sie mit der 35-Stunden-Woche noch einen Riesenprofit. Wollen die Opportunisten mit „ihrer" 35-Stunden-Agitation ein Geschäft machen, müssen sie diesen einleuchtenden Tatbestand leugnen, oder sie müssen abstreiten, daß es den Kapitalisten überhaupt um Profit geht.

So weit wagt sich lediglich die Sozialdemokratie vor, die sich mit der Mitbestimmung das entsprechende Betrugsinstrument geschaffen hat. Die Revisionisten machen leutselige Rechnungen auf, mit denen sie nachweisen wollen, daß die Kapitalisten die Verkürzung der Arbeitszeit „bezahlen" können. Vom Tatbestand der Ausbeutung und dem tendenziellen Fall der Profitrate, dem die Kapitalisten mit verschärfter Ausbeutung begegnen müssen, wollen sie nicht der kapitalistischen Konkurrenz zum Opfer fallen, gehen sie nicht aus. So gerät „ihre" Forderung nach der 35-Stunden-Woche zum leeren Gewäsch, das den Kapitalisten alle Möglichkeiten läßt, dem Sinken der Profitrate mit der Intensivierung der Arbeit zu begegnen. Gerade das zu verhindern, muß die Arbeiterklasse ein Staatsgesetz erzwingen über das Verbot der Akkordarbeit, der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit.

Die Verschärfung der Ausbeutung, welche den Kapitalisten große Teile der Arbeiterklasse für die Produktion überflüssig, für die Erpressung der Arbeiterklasse notwendig macht, das ist zusammengefaßt das Programm des Henke. Das wurde auf der Betriebsversammlung *auch* gesagt. Das Programmlohnsystem wurde angegriffen, das Verbot aller Akkordsysteme, der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit wurde propagiert, das konnten die Opportunisten nicht verhindern. Und es wurde die Hilfestellung der Gewerkschaftsführung angegriffen, welche sie den Kapitalisten in den Lohnkämpfen bieten will. Das alles macht schon einen Fortschritt aus in den HDW-Betriebsversammlungen.

Die Vorschläge, die gemacht wurden, sind gut geeignet, die Belegschaft zusammenzuschließen: die Beratung und Beschlußfassung muß von den Abteilungen ausgehen und, hinzielend auf die nächste Betriebsversammlung im November, zu einem Schlag gegen Henke führen. Dieser Schlag wird umso heftiger, wenn der Betriebsrat, mit einem Beschluß der Betriebsversammlung versehen, diese Forderungen unterstützt. Henke hat sich viel vorgenommen, aber durchgesetzt hat er es lange nicht.

Veranstaltungen und Termine

Kreisveranstaltungen des KBW

Donnerstag, den 28.9., 20 Uhr

Kreis Neumünster
„Der Kampf ums Jugendzentrum ist nur die Spitze des Eisberges – der Angriff gegen den Magistrat ist überfällig und möglich."
Neumünster. Theodor Litt Schule, Holstenstraße

Freitag, den 6.10. 78, 20 Uhr

Kreis Kiel
„Unterdrückung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes und frühzeitige Abrichtung für die kapitalistische Produktion. Die Politik des Kieler Magistrats."
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Kreis Rendsburg
„Entlassungsdrohungen gegen die Werftarbeiter: Druckmittel zur Erzwingung von Überstunden und verschärftem Arbeitstempo."
Ort wird in der nächsten KVZ bekanntgegeben.

Kreis Plön
„Die von Bülow und von Donner haben Generationen von Landarbeitern vernutzt für Großgrundbesitz und Bauernlegen im Pakt mit der Landesregierung."
Preetz. Schellhorner Berg

Kreis Pinneberg
„Die Kämpfe der Jugend des Kreises Pinneberg haben eine große Tradition – um erfolgreich zu sein, müssen sie die Spaltung durch die Opportunisten überwinden."
Ort wird in der nächsten KVZ bekanntgegeben.

Kreis Lübeck
„Krankenhausschließung Priwall – Das Ehrenbergsche Mordprogramm soll durchgesetzt werden."
Lübeck. bei Leuschner's, Kronsforder Allee

Kreis Steinburg
„Das Gesundheitswesen im Kreis Steinburg – die Maßnahmen zur Zentralisierung und Kostendämpfung durch Landrat Brümmer tragen die Handschrift des Sterbehelfers Ehrenberg."
Itzehoe. „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Mittwoch, den 10.10.78, 20 Uhr

Kreis Stormarn
„Mülldeponie Stapelfeld. Der Unrat der kapitalistischen Profitproduktion ruiniert die Naherholungsgebiete."
Ahrensburg. „Baracke", Stormanstraße

Landesschulamt richtet Beratungsstellen ein

b.kel. Die ersten beiden Bildungsberatungsstellen sind in diesen Tagen in Kiel und im Kreis Plön eingerichtet worden. Bis zum Jahresende soll es sie in allen Kreisen Schleswig-Holsteins geben. Ab Herbst 1979 wird es außerdem an den Hauptschulen die ersten 30 Beratungslehrer geben.

„Die Bildungsberatungsstelle berät und informiert Schüler und Eltern über die für die Schüler geeigneten Bildungsgänge (Schullaufbahnberatung), hilft bei Schulschwierigkeiten und unterstützt die Schulen und Schulaufsichtsbehörden in psychologischen Fragen." Sie arbeitet mit „anderen Beratungsstellen" zusammen (Schulgesetz, § 117)! „Insbesondere mit der Erziehungsberatung", heißt es im Kommentar des Schulgesetzes dazu. Der Bildungsberater trägt die Funktionsbezeichnung „Schulpsychologe", „vergleichbar mit der Funktionsbezeichnung ‚Schulrat' " und untersteht dem Landesschulamt (§ 118 Schulgesetz, Kommentar)! Welcher Schüler wird schon freiwillig zur Dienstaufsicht ziehen um sich dort einer Aussiebungsberatung zu unterziehen? Dem wird mit dem „Beratungslehrer" begegnet, der direkt an der Schule tätig ist.

Immer weniger Lehrer sind bereit, dem bürgerlichen Staat dabei Hilfestellung zu leisten, die Schüler auszusieben, in die Sonderschule zu stopfen und ihnen in ihren Kämpfen gegen das bürgerliche Schulsystem das Genick zu brechen. Deswegen setzt man ihnen jetzt diese Karriere-Lehrer vor die Nase, um dies so besser unter Kontrolle zu bekommen. Und wo? Zunächst nur an der Hauptschule. Lauffer, Präsident des Landesschulamtes: „Wir wollen ein Zeichen setzen, daß wir uns verstärkt der Hauptschule zuwenden, also einer Schule, die unserer Förderung in ganz besonderer Weise bedarf ... Und wenn man bedenkt, daß noch im letzten Schuljahr 16,2% die Hauptschule ohne Hauptschulabschluß verlassen mußten, so ist das eine ganz besondere Herausforderung" („Pop und Politik", NDR II, 15.9.78). Herausforderung, noch mehr Schüler möglichst früh aus der Schule zu schmeißen, ins Berufsbildungsjahr zu pressen, wodurch die dann, von der Berufsschulpflicht befreit, den Kapitalisten ganz zur Ausbeutung zur Verfügung stehen.

Verhaftetes Mitglied der Rendsburger Bürgerinitiative Umweltschutz freigelassen

b.ols.Rendsburg. Am Donnerstag, den 21.9., mußte die Polizei das Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg (BUR) aus der Untersuchungshaft entlassen. Über zehn Tage hatte sie ihn in Kiel festgehalten, weil sie angeblich stichhaltige Beweise hätte, daß er daran beteiligt gewesen sei, einen Brandsatz an einem Stand der Schleswag auf der NORLA zu legen. Die „Beweise" bestanden in einigen angeblich ‚verdächtigen' Äußerungen in Tonns Telefongesprächen, die, wie auch bei anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative, ständig vom Verfassungsschutz abgehört werden.

Die BUR hat gegen diese Schikane, wie auch gegen die erkennungsdienstliche Behandlung fünf weiterer Bürgerinitiativmitglieder gekämpft. Am 16.9. haben sie mit anderen Bürgerinitiativen zusammen eine Demonstration mit ca. 200 Teilnehmern organisiert.

Erreicht wurde, daß Fritz Tonn an der Beratung der Bürgerintiative am 23. in Wilster, zu der die BUR eingeladen hatte, um die nächsten selbständigen Kampfschritte der Bewegung zu beraten und sich nicht auf die Grünen Listen festlegen lassen, teilnehmen konnte.

Drei mal „Widerstand pp." vor dem Lübecker Amtsgericht.

b.Lübeck,ulh. Zur Unterstützung bei der Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW zu den Kommunalwahlen nahm der Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein am 14.1.78 an einer Kundgebung des KBW in Lübeck auf der „Breiten Straße" teil. Da sich die Bourgeoisie in Lübeck bei ihren Überlegungen, wie die kommunistische Propaganda zu unterdrücken sei, durch die Ankündigung verstärkter Propaganda empfindlich gestört fühlte, hatte sie die Aktion kurzerhand verbieten lassen. Verhindern konnte sie sie jedoch nicht, denn die Aktion stieß auf großes Interesse. Erst nach Bekanntgabe des Abschlusses der Aktion beim Singen der Internationale meinte Polizeikommissar Lehmann seine Polizeitruppe zur Zerschlagung dieser Aktion einsetzen zu können. Danach ist der Spielmannszug noch zweimal erfolgreich trotz Verbots der Lübecker Behörden in der „Breiten Straße" aufgetreten, bei der letzten Aktion wurden 120 DM für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA gesammelt. Das Verfahren muß sofort eingestellt werden!

Der Prozeß findet statt am 28.9., 8.15 Uhr, Schöffengericht, Burgfeldt 7, Saalbau 154

Sofortige Einstellung des Strafprozesses gegen R. Lötzer und U. Hölken.

b.Lübeck. Am 3. Oktober 1977 wurden
nahm der Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein am 14.1.78 an einer Kundgebung des KBW in Lübeck auf der „Breiten Straße" teil. Da sich die Bourgeoisie in Lübeck bei ihren Überlegungen, wie die kommunistische Propaganda zu unterdrücken sei, durch die Ankündigung verstärkter Propaganda empfindlich gestört fühlte, hatte sie die Aktion kurzerhand verbieten lassen. Verhindern konnte sie sie jedoch nicht, denn die Aktion stieß auf großes Interesse. Erst nach Bekanntgabe des Abschlusses der Aktion beim Singen der Internationale meinte Polizeikommissar Lehmann seine Polizeitruppe zur Zerschlagung dieser Aktion einsetzen zu können. Danach ist der Spielmannszug noch zweimal erfolgreich trotz Verbots der Lübecker Behörden in der „Breiten Straße" aufgetreten, bei der letzten Aktion wurden 120 DM für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA gesammelt. Das Verfahren muß sofort eingestellt werden!

Der Prozeß findet statt am 28.9., 8.15 Uhr, Schöffengericht, Burgfeldt 7, Saalbau 154

Sofortige Einstellung des Strafprozesses gegen R. Lötzer und U. Hölken.

b.Lübeck. Am 3. Oktober 1977 wurden auch in Lübeck die neuen Rekruten vom Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein empfangen. Einen Informationsstand am Bahnhof hatte die Stadt Lübeck verbieten lassen. Um jegliche Propaganda vor dem Bahnhof zu unterdrücken, ließ sie die Genossen, die die Volksmiliz verteilten und die KVZ verkauften, unter dem Vorwand, die Personalienfeststellung zu verweigern, von einer größeren Anzahl Polizei überfallen. Zwar gelang ihnen, zwei Genossen festzunehmen, die Verteilung der Volksmiliz und den Verkauf der KVZ jedoch konnten sie nicht verhindern. Eher trug die Abwehr des Überfalls dazu bei, die Diskussion um die Forderungen der Soldatenbewegung zu intensivieren und die Front gegen die Verbotsanträge der CDU gegen KBW, KPD und KPD/ML zu erweitern.

Ein Jahr brütet Richter Kolz nun darüber, wie diese Niederlage vor Gericht auszubügeln ist. Für den Polizeiüberfall hat er sich eine ganz abenteuerliche Begründung zurechtgezimmert: „Am 3.Oktober 1977 gegen 15 Uhr verteilten etwa 40-50 Anhänger des Kommunistischen Bundes Westdeutschland vor dem Lübekker Hauptbahnhof Zeitungen an Passanten, die aus dem Hauptbahnhof kamen oder auf dem Wege zum Bahnhof waren, blockierten dabei teilweise die Eingänge, belästigten die Passanten und versuchten teilweise die Zeitungen an den Mann zu bringen, indem sie Passanten einfach festhielten."

11 Zeugen hat Kolz zum Beweis dieser und anderer Geschichten geladen – das kann auch 11 mal schiefgehen. Das Verfahren muß auf jeden Fall eingestellt werden!

Der Prozeß findet statt am 28.9., 11.30 Uhr, Schöffengericht, Burgfeldt 7, Saalbau 154

Wer nachts kommt, hat schlechte Karten zu Überleben

Ehrenbergs Kostendämpfung in den Intensivstationen in Schleswig-Holstein stößt auf Widerstand der Belegschaften

b.chv. Im Zuge einer großen Kampagne für das Recht auf „menschliches Sterben" wird gerade die Intensivmedizin und die Intensivstation als Ort des Grauens geschildert, wo die Patienten gegen ihren Willen künstlich am Leben gehalten werden. Ein Ort des Grauens ist es,aber nicht wegen der Technik und nicht deswegen,weil dort mehrmals am Tage Menschen aus einer akuten bedrohlichen Lage gerettet werden, sondern weil das Mordprogramm Ehrenbergs auf den Intensivstationen Schleswig-Holsteins grauenvolle Wirklichkeit ist. Gestützt auf das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) von 1972 werden in den Kreiskrankenhäusern in Schleswig-Holstein winzige Intensivstationen gehalten.Etwa in der Größenordnung: vier Betten Innere,fünf Betten Chirurgische in Pinneberg, in Preetz sechs Betten Innere, keine Chirurgische, in Segeberg sechs Betten Chirurgische, keine Innere.

Eine Intensivstation mit sechs Betten kostet ca. eine halbe Million DM. Allein an Geräten sind notwendig: Zwei Herzschrittmacher je 2500 DM, pro Bett ein Überwachungsgerät 1500, zwei Beatmungsgeräte je 25000 bis 40000 DM (je nach Qualität), ein Defibrilator (Gerät zur Wiederbelebung) 5000 bis 10000 DM. Die Finanzierung solcher Anlagen hängt von der Größe des Krankenhauses ab: §10 KHG „Jedes Krankenhaus erhält eine Bemessungsgrundlage, die umso größer ist, je größer das Krankenhaus." Dazu noch § 9:„Es sind nur die bei Anwendung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerechtfertigten Kosten zu berücksichtigen." Folge: Kreiskrankenhäuser mit 200 bis 3oo Betten, so wie es in Schleswig-Holstein üblich ist, können sich gut ausgerüstete Intensivstationen für alle Abteilungen nicht leisten. Die schärfsten Einsparungen werden jedoch über die Reduzierung des Personalstandes durchgesetzt.Nimmt man das Legen eines Herzschrittmachers oder die Wiederbelebung eines Patienten als Grundeinheit der Tätigkeit auf einer Intensivstation, so werden allein für diesen Akt zwei bis drei Pflegekräfte und zwei Ärzte gebraucht.Mißt man daran die personelle Besetzung der Intensivstationen, so kann man sich ausrechnen, daß die Überlebenschancen gering sind, wenn man nach Pinneberg kommt, wo auf der Inneren Intensiv ganze vier Betten existieren, die von sechs Kollegen (Tag- und Nachtplanstellen zusammen) gepackt werden müssen. Die beiden Intensiv-Ärzte „ dürfen" dazu wenn notwendig Dialyse machen (Dialyse: Blutaustausch bei Nierenfunktionsstörungen;das beansprucht einen Arzt vollständig über Stunden).Faktisch heißt dies, daß in Pinneberg zwei Pfleger und ein Arzt pro Schicht arbeiten.Auf der Chirurgischen Intensiv mit fünf Betten

Bemessungsgrundlage, die umso größer ist, je größer das Krankenhaus." Dazu noch § 9:„Es sind nur die bei Anwendung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerechtfertigten Kosten zu berücksichtigen." Folge: Kreiskrankenhäuser mit 200 bis 3oo Betten, so wie es in Schleswig-Holstein üblich ist, können sich gut ausgerüstete Intensivstationen für alle Abteilungen nicht leisten. Die schärfsten Einsparungen werden jedoch über die Reduzierung des Personalstandes durchgesetzt.Nimmt man das Legen eines Herzschrittmachers oder die Wiederbelebung eines Patienten als Grundeinheit der Tätigkeit auf einer Intensivstation, so werden allein für diesen Akt zwei bis drei Pflegekräfte und zwei Ärzte gebraucht.Mißt man daran die personelle Besetzung der Intensivstationen, so kann man sich ausrechnen, daß die Überlebenschancen gering sind, wenn man nach Pinneberg kommt, wo auf der Inneren Intensiv ganze vier Betten existieren, die von sechs Kollegen (Tag- und Nachtplanstellen zusammen) gepackt werden müssen. Die beiden Intensiv-Ärzte „ dürfen" dazu wenn notwendig Dialyse machen (Dialyse: Blutaustausch bei Nierenfunktionsstörungen;das beansprucht einen Arzt vollständig über Stunden).Faktisch heißt dies, daß in Pinneberg zwei Pfleger und ein Arzt pro Schicht arbeiten.Auf der Chirurgischen Intensiv mit fünf Betten

ist nur ein Arzt zuständig, der obendrein mit im Stellenplan der Narkoseärzte geführt wird.Je nach Lage arbeiten Aushilfswachen oder Schülerinnen nachts noch mit.

Total kriminell ist es in Segeberg: eine Innere Intensiv gibt es erst gar nicht.Herzinfarkte,Herzrhytmusstörungen,Vegiftungen etc. werden auf die normalen Stationen gefahren, die, wenn überhaupt, von einer Nachtwache bewältigt werden müssen.Kommt es ganz dick, so wird auch mal ein Patient auf die Chirurgische Intensiv (sechs Betten) geschoben. Diese Abteilung hat überhaupt keinen festen Intensivarzt. Der jeweilige Ambulanzarzt kann sie mit versorgen. Nachts ist der diensthabende Arzt, der für die ganze innere Abteilung eingesetzt ist, auch für die Intensiv verantwortlich. Pflegekräfte sind pro Schicht drei, nachts zwei vorgesehen.Dazu muß man wissen, daß nachts auf einer Intensivstation derselbe Betrieb herrscht wie am Tage. In Eckernförde sind zwar acht Betten und drei Narkoseärzte vorhanden, dafür nachts auch nur 2 Pfleger. Auch in Rendsburg sind nachts nur zwei Kollegen eingeteilt. In Preetz sind für sechs Betten zwölf Kollegen (vier pro Schicht) verantwortlich, mit zwei bis drei Ärzten.

Die Folge solcher Sparbesetzungen, bei einer Tätigkeit, die in jeder Schicht höchste Konzentration und diszipliniertesten Einsatz verlangt, wo oft in sekundenschnelle gehandelt werden muß, ist für die Kollegen totale Überarbeitung. Zwei Jahre Intensivstation und du bist fertig, sagen die Kollegen. Und doch arbeiten sie manchmal fünf bis sechs Jahre und noch länger da, weil sie eine Tarifgruppe höher bezahlt werden und sie das Geld brauchen.

Im Sinne der Kostenersparnis ist auch, daß Intensivstationen nur aus einem Raum bestehen, in dem alle Patienten, Männer, Frauen und Kinder neben einem toten Patienten mit einem Delirium o.ä. zusammengefaßt sind.Vor den Augen aller wachen Patienten finden dramatische Wiederbelebungsverusche statt, werden externe Herzschrittmacher gelegt, und Tag wie Nacht werden verstorbene Patienten rausgefahren. Nicht selten zwei bis drei mal in 24 Stunden. Diese unerträgliche Belastung führt vor allem bei den herzkranken Patienten zu dem sog. „Durchgangssyndrom", einem Psychose ähnlichem Zustand mit Halluzinationen, Angstzuständen und totaler Verwirrtheit, der mit Beruhigungsmitteln behandelt werden muß. Die Kollegen wissen, daß diese Reaktionen direkte Folge der engen Räumlichkeit sind. Kommen die Patienten auf die normale Station, ist die Psychose schnell weg.

Gespart wird auch an therapeutischen Mitteln. Ein externer Herzschrittmacher, der gelegt werden muß bei starker Verlangsamung des Herzrhytmus, um ihn wieder zu beschleunigen kostet 190,- DM. Hat sich der Herzrhytmus wieder normalisiert, kann diese Sonde entfernt werden. Diese Maßnahme ist häufig entscheidend für die Überlebenschance eines Patienten. Der neue Oberarzt im Kreiskrankenhaus Preetz wollte allen Patienten diese Chance geben. Der

auch, daß Intensivstationen nur aus einem Raum bestehen, in dem alle Patienten, Männer, Frauen und Kinder neben einem toten Patienten mit einem Delirium o.ä. zusammengefaßt sind.Vor den Augen aller wachen Patienten finden dramatische Wiederbelebungsverusche statt, werden externe Herzschrittmacher gelegt, und Tag wie Nacht werden verstorbene Patienten rausgefahren. Nicht selten zwei bis drei mal in 24 Stunden. Diese unerträgliche Belastung führt vor allem bei den herzkranken Patienten zu dem sog. „Durchgangssyndrom", einem Psychose ähnlichem Zustand mit Halluzinationen, Angstzuständen und totaler Verwirrtheit, der mit Beruhigungsmitteln behandelt werden muß. Die Kollegen wissen, daß diese Reaktionen direkte Folge der engen Räumlichkeit sind. Kommen die Patienten auf die normale Station, ist die Psychose schnell weg.

Gespart wird auch an therapeutischen Mitteln. Ein externer Herzschrittmacher, der gelegt werden muß bei starker Verlangsamung des Herzrhytmus, um ihn wieder zu beschleunigen kostet 190,- DM. Hat sich der Herzrhytmus wieder normalisiert, kann diese Sonde entfernt werden. Diese Maßnahme ist häufig entscheidend für die Überlebenschance eines Patienten. Der neue Oberarzt im Kreiskrankenhaus Preetz wollte allen Patienten diese Chance geben. Der

Verbrauch der Herzschrittmacher stieg in zwei Monaten auf 30 Stück, soviel, wie sonst in einem Jahr. Prompt machte die Neubestellung von 3o weiteren Schwierigkeiten. Die Krankenhausverwaltung genehmigte erstmal 10 Stück.

Trotz des KHG von 1972 fließen immer noch 30% des gesamten Krankenkassenetats in die Krankenhäuser. Das ist der Finanzbourgeoisie entschieden zu viel.Die Novellierung des KHG zum 1.1.79 soll die finanzielle Daumenschraube für die Krankenhäuser radikal anziehen. Ehrenberg hat darin Übung. Schon über das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz konnten die Krankenhäuser zu mehr „Wirtschaftlichkeit" gezwungen werden.Im Deutschen Ärzteblatt heißt es dazu:„Um dem Krankenhaus mehr Wirtschaftlichkeit zu oktroyren, wird empfohlen: wirtschaftet das Krankenhaus sparsam, und verkürzt es die Verweildauer, sollen nur dann Gewinnanreize (Bonus oder Verlustausgleich) eingeräumt werden, wenn gleichzeitig überflüssige Betten und Kapazitäten abgebaut oder einer anderen Verwendung zugeführt werden." Dieses Programm plant Mord in großem Stil und die Umwandlung kleinerer Krankenhäuser in Siechenheime und Sterbehäuser. Antreiber vom Schlage Dr. Walter, z.Z. geschäftsführender Chefarzt im Kreiskrankenhaus Preetz, können die Kollegen nicht mehr einschüchtern. Am Wochenende vom 29. bis 30.7., bei 30 Grad Raumtemperatur, Klimaanlage gibt es nicht, mußten eine Schwester, ein Pfleger und ein Arzt zeitweise sieben Patienten versorgen, von denen zwei maschinell beatmet wurden und weitere zwei einen externen Herzschrittmacher hatten.In solcher höllischen Lage verordnete Chefarzt Walter, daß das zweite Notbett der Intensivstation sofort in den Keller gefahren werden soll. Diese Schikane hat er dann eine Woche später mit einer Katastrophenverordnung gerechtfertigt, nach der alle Betten von den Fluren in den Keller zu verschwinden haben.Wie bei einer Nachtbesetzung, zwei Schwestern pro Abteilung, diese Betten im Bedarfsfall aus dem Keller wieder hochkommen, darüber schweigt sich Walter aus. Jedenfalls weigerten sich die Kollegen, der Aufforderung des Chefarztes nachzukommen. Über ein Schreiben des stellvertretenden Landrates Borchers, den mann sich wird merken müssen, er will Landrat werden, versuchte die Kreisverwaltung den Stationsarzt von den Kollegen zu isolieren, indem man ihn auf das Öffentliche Dienstrecht §7 verwies, wonach er widerspruchslos den Anordnungen des Dienstvorgesetzten Folge zu leisten hat. Einschüchtern sollte dieser Brief, das Gegenteil trat ein.Die Isolierung des Arztkollegen ist nicht gelungen.Die Kollegen stehen alle hinter ihm und die Beratungen über die unerträglich Arbeitssituation hören nicht auf. Die Kollegen sind dabei, ihre Forderungen zu beraten.

Widerstand in vielfältiger Form gegen die zunehmende Verrottung des Gesundheitswesen hat es von den Krankenhausbeschäftigten schon immer gegeben. Jedoch seitdem die Kollegen in den Krankenhäusern in den letzten Jahren mit Festgeldforderungen in den Tarifauseinandersetzungen an vorderster Front gekämpft haben, hat sich ihr Bewußtsein gestärkt und sie wissen, mit wem sie es zu tun haben. In den Kämpfen in den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß der Kampf gegen die Rationalisierung, gegen Nacht-und Überstundenarbeit eng mit dem Kampf um einen ausreichenden Lohn verbunden werden muß. Nur wenn man einen ausreichenden Lohn erkämpft, kann man entscheidend gegen die Nachtschichten von zehn Stunden angehen und sie auf vier reduzieren.

In dieser Front haben die Kollegen im Kreiskrankenhaus Preetz in den letzten Jahren immer gestanden.Ihrem Widerstand ist es zu danken, daß bei der Durchsetzung der Ehrenbergschen Kostendämpfung auf der Intensivstation Preetz nicht diese Einbrüche hingenommen werden mußten wie in Pinneberg und Segeberg.Damit sind die Kollegen aber nicht zufrieden, weil auch die Personalbesetzung in Preetz nicht ausreicht. Einen Teilerfolg konnten die Angestellten schon erringen:Die Ärzte brauchen die Überarbeit von zwölf Stunden am Tag bei sieben Tagen hintereinander und das jede zweite Woche nicht mehr zu machen. Sie haben dann die acht Stunden am Tage erstmal durchgesetzt.Die Arbeitshetze ist damit weniger geworden. Es kommt jetzt darauf an, in allen Krankenhäusern in Schleswig-Holstein den Kampf um mehr Planstellen mit dem Kampf um einen ausreichenden Lohn zu verbinden.

schen Lage verordnete Chefarzt Walter, daß das zweite Notbett der Intensivstation sofort in den Keller gefahren werden soll. Diese Schikane hat er dann eine Woche später mit einer Katastrophenverordnung gerechtfertigt, nach der alle Betten von den Fluren in den Keller zu verschwinden haben.Wie bei einer Nachtbesetzung, zwei Schwestern pro Abteilung, diese Betten im Bedarfsfall aus dem Keller wieder hochkommen, darüber schweigt sich Walter aus. Jedenfalls weigerten sich die Kollegen, der Aufforderung des Chefarztes nachzukommen. Über ein Schreiben des stellvertretenden Landrates Borchers, den mann sich wird merken müssen, er will Landrat werden, versuchte die Kreisverwaltung den Stationsarzt von den Kollegen zu isolieren, indem man ihn auf das Öf-

der Durchsetzung der Ehrenbergschen Kostendämpfung auf der Intensivstation Preetz nicht diese Einbrüche hingenommen werden mußten wie in Pinneberg und Segeberg.Damit sind die Kollegen aber nicht zufrieden, weil auch die Personalbesetzung in Preetz nicht ausreicht. Einen Teilerfolg konnten die Angestellten schon erringen:Die Ärzte brauchen die Überarbeit von zwölf Stunden am Tag bei sieben Tagen hintereinander und das jede zweite Woche nicht mehr zu machen. Sie haben dann die acht Stunden am Tage erstmal durchgesetzt.Die Arbeitshetze ist damit weniger geworden. Es kommt jetzt darauf an, in allen Krankenhäusern in Schleswig-Holstein den Kampf um mehr Planstellen mit dem Kampf um einen ausreichenden Lohn zu verbinden.

Eine Million zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe zur Ausrüstung einer Kompanie, dieses Sammlungsziel ist übererfüllt worden. Während der Woche der Solidarität wurden im Bezirk Holstein auf den täglichen Veranstaltungen, bei den Straßensammlungen allein 7300,22 DM gespendet. Am 21.9. (Bild) fand ein Umzug statt zur Ratsversammlung, die aufgefordert wurde, das Sammlungsverbot sofort aufzuheben und die Patriotische Front anzuerkennen.

Aus Profitgier opfern die Kapitalisten das Leben der Arbeiter

Absturz eines Bauarbeiters / Richter, Staatsanwalt, Verteidigung: Der Kapitalist Born ist unschuldig

b.jüt. Am 12.9.78 tagte zum zweiten Mal das Amtsgericht in Bad Oldesloe. Es sollte herausfinden, ob der Baukapitalist Born aus Kükels bei Bad Segeberg schuldig ist am Tod eines seiner Arbeiter. Dieser war am 3.6.77 beim Decken einer Halle abgestürzt, hat sich Halswirbelsäule und Brustbein gebrochen und ist an den Folgen seiner Verletzungen gestorben, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen.

Der Unfall war an einem Freitag. Es waren noch ein Arbeiter und ein Lehrling auf der Baustelle. Der eine hat Schulden bei Born, der andere ist „froh, daß man überhaupt eine Lehrstelle findet". Weitere Zeugen sind Einschaler einer anderen Baufirma, das Gericht wird sich später keine Mühe machen, diese zu finden. Obwohl der Rettungshubschrauber eingesetzt wird, worüber in der Regel die Polizei benachrichtigt ist, erscheint sie nicht am Unfallort. Ein Foto, wie es dort aussah, wurde freitags nicht gemacht.

Am Samstag beobachtet die Familie des Arbeiters, wie der Kapitalist Born mit Balken und Brettern zum Unfallplatz fährt, ein Fanggerüst aufbaut und unter die Absturzstelle schiebt.

Am Dienstag, mit vier Tagen Verspätung, kommt der Sicherheitsbeauftragte der Bauberufsgenossenschaft. Er findet ein Fanggerüst, wie es die Arbeiter von Born nach eigenen Aussagen noch nie auf einer seiner Baustellen gesehen haben. Das Gerüst entspricht aber nicht vollständig den Sicherheitsvorschriften.

Der Kapitalist Born läßt fünf Lehrlinge und drei Gesellen für sich schuften, die Konkurrenz ist hart. Deshalb hat es sich auf Hallenbau spezialisiert. Jeder Pfennig, den er zusätzlich für Gerüste und Sicherheitsvorkehrungen ausgibt, drückt ihm auf den Profit. Jahrelang hat er seine Arbeiter ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen aufs Dach gejagt, insgesamt sind drei abgestürzt, der letzte hat es mit dem Leben bezahlt. Der Lohn liegt unter Tarif, durchschnittlich 9,50 DM bis 10,00 DM (11,50 DM ist Tarif). Jetzt ist das Maß voll, die Familie des verunglückten Arbeiters erstattet Anzeige und erzwingt die Eröffnung eines Strafverfahrens. Zweimal erscheint der Kapitalist Born und bittet mit Tränen in den Augen, die Anzeige zurückzunehmen, schließlich seien auch Arbeitsplätze gefährdet und niemand würde davon lebendig.

Aber die Familie hat die Unterstützung des ganzen Nachbardorfes Wahlstedt, in dem die Profitgier und Ausbeutungsmethoden von Born bekannt und verhaßt sind.

Schon bei der ersten Verhandlung im Frühjahr muß die Familie, die als Nebenklägerin auftritt, dagegen kämpfen, daß die Richterin das Verfahren einstellt, weil „wir hier nur Steuergelder verschwenden". Schon damals waren sich Richter, Verteidiger und Staatsanwalt einig, daß es um „Verstoß gegen Sicherheitsvorschriften" gehen soll. Daß das Fanggerüst nachträglich aufgestellt wurde, soll dabei vertuscht werden. Polizei und Staatsanwaltschaft stellen keinerlei Nachforschungen an, wann Born z.B. das Gerüst erworben hat. Wichtige Zeugen werden nicht geladen, auf Druck des Vaters wird einer der behandelnden Ärzte zum zweiten Termin geholt, denn auch die Ärzte zweifeln an dem geschilderten Unfallhergang, wonach der Arbeiter von einer Eternitplatte gestürzt sei und dann unglücklicherweise am Gerüst vorbeigefallen sei. Bei der zweiten Verhandlung muß Born fürchten, daß seine Lügen endgültig aufgedeckt werden. Nach zwei Stunden wird das Verfahren eingestellt, Herr Born gibt eine Teilschuld zu und zahlt ein Bußgeld von 4000 DM an die Familie. Zeugen werden nicht vernommen. In der Begründung stellt die Richterin fest: „Ein Verschulden im juristischen Sinne von Herrn Born sei nicht festzustellen. Jedoch gibt er selbst zu, daß er nicht unbeteiligt sei.

Auch sei die Frage unerheblich, ob Veränderungen am Unfallort durch Herrn Born vorgenommen wurden. Das Bußgeld wird ihm eine Lehre sein, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. Außerdem habe er bisher ein unbescholtenes Leben geführt."

Das Gericht konnte die Verurteilung des Kapitalisten Born verhindern. Es hat klargestellt, daß es Aufgabe der bürgerlichen Rechtsprechung ist, das Recht der Kapitalisten zu schützen, den Arbeiter für den Profit in den Tod zu treiben.

Bezahlung aller Manöverschäden! Raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Friedensvertrag!

b.reh. „Ältere Menschen fühlen sich an Mobilmachungszeiten vor fast vier Jahrzehnten erinnert. Doch ist die Szene, die sich in diesen Tagen der Öffentlichkeit bietet, *nur* ein Herbstmanöver", schreibt die „Norddeutsche Rundschau". Vor dem Zweiten Weltkrieg gingen auch etliche „Nur"-Manöver direkt in den Vormarsch nach Polen über.

Bereits am 17. Juni war ein Bourgeoistrupp mit Anhang, Fackeln und Stoltenberg an der Spitze an die DDR-Grenze gezogen und hatte gierig in Richtung Osten geglotzt. Am Dienstag vergangener Woche hat die gleiche Brut, wieder mit Stoltenberg an der Spitze und dem gesamten Landtag im Troß, sich die Kräfte beschaut, die ihnen die ostdeutschen Ausbeutungsgebiete und mehr erobern sollen. Zwei Tage darauf, stellte Polizeiminister Titzck 31 „NATO-Parlamentariern" die „grausamste aller Grenzen der Welt", die „Zonengrenze" vor. Genau wie diese Propagandaaktionen der Bourgeoispolitiker strotzte das ganze Manöver Bold Guard vor Expansionismus und Vorbereitung des Krieges gegen die Volksmassen, vor allem gegen die Bauern und Soldaten.

Wie schon in den letztjährigen Manövern, zeigte die Truppe „Rot" ganz hervorragende Ergebnisse, schreiben die bürgerlichen Frontberichterstatter. Wuchtig und überaus schnell hatten sie im Raum zwischen Hamburg und Lübeck durch Vorstoß gegen „Blau" Raum gewonnen. Innerhalb von zwei Tagen war „Blau" über die Autobahn Hamburg-Neumünster an den Nord-Ostsee-Kanal gedrängt worden und konnte erst im letzten Augenblick das Blatt wenden. Mit „Vorwärtsverteidigung", deren Notwendigkeit von den NATO-Imperialisten alle drei Tage propagiert wird, haben die Bewegungen von „Blau" überhaupt nichts zu tun. Das war die Rolle, die „Rot" ausführte. Derweil „Rot" vormarschierte, machte „Blau" so neckische Übungen wie Landung mit amphibischen Fahrzeugen auf Fehmarn, angeblich um das Ziel der kurz zuvor gelandeten „Roten", Kontrolle über den Fehmarn-Sund zu erlangen, zu vereiteln. Nun fragt sich jeder, warum die Sozialimperialisten ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo sie die Hälfte des Weges zur Nordseeküste erobert haben, nach der Kontrolle des Fehmarn-Belts greifen sollten, was strategisch keinen Nutzen hätte. Eine sinnvolle Antwort auf die Frage ist nur, daß es ebenfalls Übungen für den Vormarsch waren. Nämlich die Anlandung auf DDR-Territorium. Es war der erste Einsatz von amphibischen Fahrzeugen der NATO in der Ostsee, deshalb waren die bürgerlichen Betrachter des Spektakels auch so begeistert. Indes mußten die „Kieler Nachrichten" melden: „Die Bauern Fehmerns kümmerten sich gestern um nichts. Sie pflügten sogar weiter, als etwa 15 Hubschrauber auf dem Feld landeten und Bomber Angriffe flogen." Warum sollten die Bauern auch Interesse haben, die Expansionsvorbereitungen ihrer Unterdrücker zu beschauen? Was sie am Manöver interessiert, ist, wie es verhindert werden kann. Darüber hat es zahlreiche Beratungen und Versuche des Zusammenschlusses gegeben. In Störkaten, wo Soldaten einquartiert werden sollten, hatten mehrere Bauern angekündigt, den Militäreinheiten jegliche Unterstützung zu verweigern. Daraufhin wurde versichert, lediglich eine Feldküche aufzubauen, und auch das wurde fallengelassen.

Die bürgerlichen Zeitungen haben geschrieben, die Manöverschäden seien rasch und vollständig und zur Zufriedenheit der Bauern entschädigt worden. Das ist eine Lüge. Genauso ist es eine Lüge und blanker Zynismus, wenn die bürgerlichen Tintenkulis behaupten: „Vier Tote bei Manöver Bold Guard" (KN). Als Tote und Verletzte bei den Manövern zählen sie nur die Soldaten, und auch die nur, wenn es sich nicht mehr verheimlichen läßt. So wurde der Tod eines Soldaten bei einer Schießübung in Todendorf erst nach einer Woche bestätigt. Am Sonnabend zählen die „Kieler Nachrichten" „36, zum Teil schwerverletzte Soldaten".

Faßt man die in lokalen Zeitungen veröffentlichten Meldungen zusammen, kommt man auf die Zahl von mindestens acht Toten. Die hohe Zahl der Umgekommenen ist ein direkter Gradmesser für die gesteigerten Anstrengungen der Bourgeoisie bei den Vorbereitungen zu einem erneuten imperialistischen Krieg. Entschieden muß dagegen der Kampf organisiert werden. Bezahlung der Manöverschäden! Abzug aller fremden Truppen! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges! Einigung der Massen auf diese Forderungen und Ergreifung von Kampfmaßnahmen zu deren Durchsetzung behindern den Expansionismus der Imperialisten und schaffen bessere Voraussetzungen zu deren Sturz.

Am 16.9. führte das SRK Holstein gemeinsam mit den Bezirksverbänden Holstein, Flensburg und Hamburg eine Kundgebung in Brunsbüttel anläßlich des Tages der offenen Tür auf dem Zerstörer 2 der Bundesmarine durch. Sofort nach Beginn der Kundgebung, in der die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten angegriffen wurden, und die Einheit von Soldaten, Arbeitern und Bauern propagiert wurde, verkündeten die Offiziere über den Bordlautsprecher das Ende der Besuchszeit. Daß die Soldaten und die Besucher der Kundgebung den Liedern ausfmerksam zuhörten, und daß viele Debatten geführt wurden, und für die ZANU gesammelt wurde, konnten sie damit nicht verhindern.

„. . .muß der Soldat zum Durchhalten gewillt sein . . ."

„In der Kampfausbildung erwirbt der Soldat die Fähigkeiten, die er für den Kampf braucht. Außerdem muß er – zum Kämpfen bereit und zum Durchhalten gewillt sein und – Aufträge verläßlich durchführen", beschreibt der „Reibert, Handbuch für den Soldaten" die Manö-

Wuchtig und überaus schnell hatten sie im Raum zwischen Hamburg und Lübeck durch Vorstoß gegen „Blau" Raum gewonnen. Innerhalb von zwei Tagen war „Blau" über die Autobahn Hamburg-Neumünster an den Nord-Ostsee-Kanal gedrängt worden und konnte erst im letzten Augenblick das Blatt wenden. Mit „Vorwärtsverteidigung", deren Notwendigkeit von den NATO-Imperialisten alle drei Tage propagiert wird, haben die Bewegungen von „Blau" überhaupt nichts zu tun. Das war die Rolle, die „Rot" aus-

wo Soldaten einquartiert werden sollten, hatten mehrere Bauern angekündigt, den Militäreinheiten jegliche Unterstützung zu verweigern. Daraufhin wurde versichert, lediglich eine Feldküche aufzubauen, und auch das wurde fallengelassen.

Die bürgerlichen Zeitungen haben geschrieben, die Manöverschäden seien rasch und vollständig und zur Zufriedenheit der Bauern entschädigt worden. Das ist eine Lüge. Genauso ist es eine Lüge und blanker Zynismus, wenn die bürgerlichen Tintenkulis be-

Am 16.9. führte das SRK Holstein gemeinsam mit den Bezirksverbänden Holstein, Flensburg und Hamburg eine Kundgebung in Brunsbüttel anläßlich des Tages der offenen Tür auf dem Zerstörer 2 der Bundesmarine durch. Sofort nach Beginn der Kundgebung, in der die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten angegriffen wurden, und die Einheit von Soldaten, Arbeitern und Bauern propagiert wurde, verkündeten die Offiziere über den Bordlautsprecher das Ende der Besuchszeit. Daß die Soldaten und die Besucher der Kundgebung den Liedern ausfmerksam zuhörten, und daß viele Debatten geführt wurden, und für die ZANU gesammelt wurde, konnten sie damit nicht verhindern.

Das Übungsgebiet ist Feindesland

20 Millionen DM geschätzte Manöverschäden / Schikanierung der Bauern gehört zum Geschäft der Armeeführung

b.pes. „Panzer fahren wie auf Eiern" und „Wundern Sie sich nicht, wenn Sie weniger Panzer sehen, das gehört zum Übungsziel", wußten die bürgerlichen Zeitungen über die Manöver und ihre Auswirkungen gegenüber den Bauern und den Volksmassen zu berichten. Allmählich rückten sie dann damit raus, daß die Manöverschäden allein in Schleswig-Holstein nach „vorsichtigen Schätzungen etwa 20 Mio. DM" betragen würden. Die Bevölkerung als Feind zu betrachten und entsprechend zu behandeln, gehörte entsprechend der Vorwärtsverteidigung auch zu den Manöverzielen. Schließlich muß man einmal voll durchs Maisfeld fahren", kommentiert die „Süddeutsche Zeitung" die systematische Zerstörung der Felder. Daran ist so viel wahr, daß es die Bourgeoisie billiger kommt, weil sie die Manöverschäden sowieso nur zu Bruchteilen decken will. Dieselbe Zeitung schreibt zu den „Übungsschadensoffizieren": „Sie können letztlich nicht aus ihrer Uniform heraus. Sie gehören zur Truppe, denken in taktischen Kategorien und haben im Zweifelsfalle wohl doch eher für ihre Kameraden in den Streitkräften Verständnis".

Offiziell läßt die Landesregierung

„. . .muß der Soldat zum Durchhalten gewillt sein . . ."

Das Übungsgebiet ist Feindesland

20 Millionen DM geschätzte Manöverschäden / Schikanierung der Bauern gehört zum Geschäft der Armeeführung

b.pes. „Panzer fahren wie auf Eiern" und „Wundern Sie sich nicht, wenn Sie weniger Panzer sehen, das gehört zum Übungsziel", wußten die bürgerlichen Zeitungen über die Manöver und ihre Auswirkungen gegenüber den Bauern und den Volksmassen zu berichten. Allmählich rückten sie dann damit raus, daß die Manöverschäden allein in Schleswig-Holstein nach „vorsichtigen Schätzungen etwa 20 Mio. DM" betragen würden. Die Bevölkerung als Feind zu betrachten und entsprechend zu behandeln, gehörte entsprechend der Vorwärtsverteidigung auch zu den Manöverzielen. Schließlich muß man einmal voll durchs Maisfeld fahren", kommentiert die „Süddeutsche Zeitung" die systematische Zerstörung der Felder. Daran ist so viel wahr, daß es die Bourgeoisie billiger kommt, weil sie die Manöverschäden sowieso nur zu Bruchteilen decken will. Dieselbe Zeitung schreibt zu den „Übungsschadensoffizieren": „Sie können letztlich nicht aus ihrer Uniform heraus. Sie gehören zur Truppe, denken in taktischen Kategorien und haben im Zweifelsfalle wohl doch eher für ihre Kameraden in den Streitkräften Verständnis".

Offiziell läßt die Landesregierung

„In der Kampfausbildung erwirbt der Soldat die Fähigkeiten, die er für den Kampf braucht. Außerdem muß er – zum Kämpfen bereit und zum Durchhalten gewillt sein und – Aufträge verläßlich durchführen", beschreibt der „Reibert, Handbuch für den Soldaten" die Manö-
verausbildung der Soldaten. Mit einem Zentner Last auf dem Buckel, dazu noch eine Panzerfaust oder MG im Laufschritt durchs Gelände rödeln ist eine beliebte Übung der Offiziere zur Schikanierung der Soldaten. Eine Woche Manöver bedeutet für die Soldaten ununterbrochen Dienst, geschlafen wird im Stehen, oder wenn man vor Müdigkeit umfällt, fast jeden Tag Gewaltmärsche. Ohne zerschundene Füße, Prellungen, Hautabschürfungen kommt kein Soldat aus dem Manöver. Waschen ist nicht, auch wenn man im Dreck auf dem Bauch durchs Gelände kriechen muß, das ist Übung zum „Durchhalten". Daß es aber damit hapert, „Aufträge verläßlich auszuführen", zeigt ein Beispiel, das uns Soldaten aus der Nähe von Segeberg berichtet haben. Allgemein üblich bei den Panzerfahrern wird es, sich an einer geeigneten Stelle in Morast zu wühlen und solange sich einzugraben, bis der Lehm und Morast sich fest zwischen Kette und Kettenführung preßt, daß diese abspringt oder reißt. Dann hat man erstmal Ruhe, denn im Gelände ist eine Reparatur so gut wie unmöglich.

als Offizier Übung bei der Schikanierung und Terrorausübung gegenüber der Bevölkerung haben, will man erfolgreich den Auftrag der westdeutschen Finanzbourgeoisie ausführen.

In Todesfelde im Kreis Segeberg befahl ein Offizier dem Panzerkommandanten, auf ein frisch aufgeschüttetes Fundament für einen Schweinestall zu fahren, um dort „Stellung zu beziehen". Sofort war das Fundament zerstört mit tiefen Furchen. Als der Bauer sich daraufhin beschwerte und das Imperialistengesindel vom Hof jagen wollte, reagierte die Offiziersbande, indem sie die Panzer vor die Scheune des Bauern kommandierte, so daß dieser weder seinen Trecker noch andere Geräte für die Arbeit rausfahren konnte. Hartnäckig weigerten sie sich, die Panzer wegzufahren, so daß sich der Bauer einen Traktor bei seinem Nachbarn ausleihen mußte. Einen „Einzelfall eines übereifrigen Soldaten" werden das Bourgeoisschreiberlinge und Offiziersgesindel später nennen. Von wegen, es ist systematische Schikane. „Ein Meter Bordstein ist teurer, als verlauten: „Das Finanzministerium weist darauf hin, daß Manöverschäden, die von amerikanischen, britischen, dänischen oder niederländischen Truppen oder von gemischt deutsch-alliierten Verbänden verursacht werden, innerhalb von drei Monaten beim Amt für Verteidigungslasten . . . angemeldet werden müssen" (PdL 15.9.78). Was gezahlt wird, läßt sich am nächsten Beispiel ermessen. In Quaal berichtete uns ein Bauer: „Bei mir auf dem Hof hatten sie die Feldküche. Die Soldaten haben alles wieder ordentlich sauber gemacht, aber meine Wintergerste haben sie mir zweimal kaputt gefahren mit ihren Panzern. Gestern haben wir bis früh um zwei Uhr die Felder neu nachgesät, heute morgen war wieder alles niedergewalzt. Meinem Nachbarn haben sie das Rapsfeld völlig kaputtgefahren. Einen halben Meter tiefe Furchen haben sie gefahren. In den nächsten Jahren kann da kaum etwas wachsen, weil der Boden kaputt ist. 4000 DM will der Nachbar dafür haben als Entschädigung, aber sie weigern sich, den Schaden anzuerkennen."

Besatzer raus aus Westdeutschland!

Knapp 30000 Soldaten der „NATO-Partner" treiben sich gegenwärtig in Schleswig-Holstein herum. Die US-Besatzer ziehen am meisten Aufsehen auf sich, nicht nur weil sie ständig in der bürgerlichen Presse hochgejubelt werden, sondern weil die Massen besonders schlimme Erfahrungen mit ihnen gemacht haben. Zwei Tote und mehrere Schwerverletzte haben die „Marines" bereits auf dem Gewissen. Auf den Feldern der Bauern hausen sie wie Wildschweine im Wald. Mit „lustigen" Burschen, wie es einem im obigen Bild vorgegaukelt werden soll, haben sie nichts gemein. Daß das auch die Massen, insbesondere die Arbeiterklase auch so sieht, denkt sich die Bourgeoisie. Nicht umsonst macht sie keinen großen Tamtam über die Wiedereinschiffung der „Ledernacken" in Kiel, sondern schleust sie am Wochenende in den „Abend- und Nachtstunden" durch die Stadt. Zahlreiche Parolen: „Besatzer raus aus Westdeutschland! BRD raus aus der NATO! Friedensvertrag!" werden sie empfangen.

„Die Wehrkräfte müssen gedanklich flexibel sein"

b.sal.Brunsbüttel. Eine Jahresübung der Brunsbütteler Freiwilligen Feuerwehr fand in der letzten Woche unter folgender Übungslage statt: „Beim Ausflug auf das Festland von der Dithmarscher Bucht herkommend ist ein Jagdflugzeug außer Kontrolle geraten und über den Ortsteil Welmenhusen abgestürzt. Dabei sind verschiedene landwirtschaftliche Betriebe in Brand geraten und durch Funkenflug gefährdet." Zur Durchführung dieser Übung meldet die DLZ vom 22.9.: „Die Ostermoorer Wehr schützte den Hof Cornelsen, der besonders gefährdet war, weil sich dort Lagergut (Aluminiumpulver) eines örtlichen Industriebetriebes befindet."

Jammerte Apel noch vor zwei Wochen, daß er die Zivilschutzverbände nicht richtig im Griff hat, so versucht er doch schon seit längerem, diese Verbände, die im Ernstfall dem militärischen Oberkommando unterstehen, noch straffer zu organisieren, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam zu unterwerfen, um sie für die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie einsetzen zu können. Man kann also unschwer den Zusammenhang der Feuerwehrübung mit den derzeit stattfindenen NATO-Manövern erkennen. Im Falle eines Krieges müssen als erstes so wichtige Nachschubgebiete wie Dithmarschen gesichert werden.

„Die Wehrkräfte müssen gedanklich flexibel sein, wie etwa in einem Ernstfall wurden sehr schnell die Tanklöschzüge abgezogen und binnen kürzester Zeit zum neuen Einsatzort gebracht." (DLZ,22.9.) Die Übung übertragen auf den „Ernstfall", um 3,5 km nach Osten verschoben, würde bedeuten: Sicherung der wichtigsten wirtschaftlichen Nachschubwege, ausgehend vom Ostermoorer Hafen bei gleichzeitiger bzw. anschließender Sicherung und Instandsetzung der Produktionsanlagen von Bayer, Veba und Kali-Chemie.

Die Großbauern lauern schon auf die Felder der kleinen Bauern

b.erm. Mitte letzter Woche hat es drei halbwegs trockene Tage gegeben und am Freitag wieder Regen. Die Bauern mußten an diesen Tagen den Rest ihrer Ernte einbringen, den Hafer, der sowieso schon zum großen Teil ausgewest oder durchwachsen am Boden lag und den Weizen und Roggen, der ausgefallen war oder anfing, am Halm neu zu wachsen. Gleichzeitig muß die Bestellung der Wintergerste erfolgen, denn Wintergerste muß möglichst bis 20. September gesät sein, um optimalen Ertrag zu bringen. Der kleine und mittlere Bauer, der allein auf seinem Hof wirtschaftet, kann von der Ausrüstung der Maschinen und von den Arbeitskräften her diese Menge nicht schaffen. Ihm ist entweder noch einmal etwas von der Ernte verregnet, die er jetzt ganz abschreiben kann oder er hat die Wintergerste nicht aussäen können und muß auf die weniger ertragreiche Sommergerste ausweichen. Nur der Großbauer mit Landar-

Die Übung übertragen auf den „Ernstfall", um 3,5 km nach Osten verschoben, würde bedeuten: Sicherung der wichtigsten wirtschaftlichen Nachschubwege, ausgehend vom Ostermoorer Hafen bei gleichzeitiger bzw. anschließender Sicherung und Instandsetzung der Produktionsanlagen von Bayer, Veba und Kali-Chemie.

Die Großbauern lauern schon auf die Felder der kleinen Bauern

b.erm. Mitte letzter Woche hat es drei halbwegs trockene Tage gegeben und am Freitag wieder Regen. Die Bauern mußten an diesen Tagen den Rest ihrer Ernte einbringen, den Hafer, der sowieso schon zum großen Teil ausgewest oder durchwachsen am Boden lag und den Weizen und Roggen, der ausgefallen war oder anfing, am Halm neu zu wachsen. Gleichzeitig muß die Bestellung der Wintergerste erfolgen, denn Wintergerste muß möglichst bis 20. September gesät sein, um optimalen Ertrag zu bringen. Der kleine und mittlere Bauer, der allein auf seinem Hof wirtschaftet, kann von der Ausrüstung der Maschinen und von den Arbeitskräften her diese Menge nicht schaffen. Ihm ist entweder noch einmal etwas von der Ernte verregnet, die er jetzt ganz abschreiben kann oder er hat die Wintergerste nicht aussäen können und muß auf die weniger ertragreiche Sommergerste ausweichen. Nur der Großbauer mit Landar-
beitern, die um solche Zeiten rund um die Uhr getreten werden, kann arbeitsteilig verfahren. Nur er hat die Maschinerie, um auch feuchtere Böden zur Herbstbestellung in kürzester Zeit herzurichten. Viele von ihnen haben die Wintergerste bereits gesät und spekulieren darauf, die Flächen des kleinen Nachbran im Frühjahr mitzusäen.

Landrat Buhse: „Traget die Dithmarscher Landesflagge in alle Welt . . ."

b.chg.Dithmarschen. Ein freches Beispiel von Expansionsgelüsten und Chauvinismus reinsten Wassers lieferte jüngst der Dithmarscher Landrat Buhse. Vorausgegangen war das Geschenk des früheren Leiters des Elbehafens in Brunsbüttel an ihn, nämlich ein Foto, auf dem die gehißte Dithmarscher Kreisflagge vor dem Hintergrund der südlichsten Spitze Korsikas zu sehen ist.

Buhse hatte daraufhin eine „Idee". „Eine Idee von Landrat Buhse: Wettbewerb mit der Kreisflagge – wer trägt sie am weitesten fort?" posaunte die DLZ auch gleich den Geistesblitz von Buhse aus: Der Kreis Dithmarschen sollte jährlich einen Wettbewerb starten, bei dem derjenige als Sieger hervorgeht, der die Dithmarscher Kreisflagge an dem am weitesten entfernten Ort der Erde getragen und dort gezeigt hat. Buhse träumt wohl von „Dithmarschen in Südafrika", „Dithmarschen in Indochina" usw. Mit solch chauvinistischen Ideen versucht die Bourgeoisie die Volksmassen für den Vorstoß in alle Orte der Erde zu gewinnen. Mit dem Segen der westdeutschen Imperialisten darf Buhse seine „Idee" also „ausreifen lassen".

„Freiheit ist nur ein Wort für einen neuen Unterdrücker“

„Die Wildgänse kommen“ – psychologische Kriegsführung zur Vorbereitung der imperialistischen Intervention im südlichen Afrika. Eine Filmvorschau

z.mat.London. Auf der pechschwarzen Leinwand züngelt eine Flamme empor. Während sie sich zu einem lodernden Brand entwickelt, erstarren ihre Umrisse zu Afrika. Der ganze Kontinent steht in Flammen. Die Flammen gehen in wogende Menschenmassen über, die, feuerrot verfärbt, planlos hin und herlaufen. Sie werden wieder abgelöst von schwerbewaffneten Polizisten, die Menschenmassen zurückdrängen. Dann erscheinen die Grenzen der Länder des Kontinents. In einer kurzen Passage wird das südliche Zentralafrika näher herangebracht und wieder in den Kontinent zurückgeblendet, gerade lange genug, um erkennen zu lassen, daß alle Grenzen aus Stacheldraht sind. Über allem, traurig, gepreßt, der Titelsong: „Wir haben uns bemüht, daß es von Dauer ist. Was konnten wir mehr tun?“*)

Das ist der Vorspann zu dem Film „Wildgänse“, der zur Zeit in London läuft und am 29. September in der Bundesrepublik anläuft. Die Geschichte selbst ist schnell erzählt. Limbani, Präsident eines afrikanischen Landes, ist von General Ndofa gestürzt worden. Angeblich ist er seit einigen Jahren tot. Tatsächlich wird er vom Präsidenten eines Nachbarlandes gefangen gehalten, weil er sich eines Tages als nützlich herausstellen könnte. General Ndofa weigert sich, mit einem britischen Konzern ein Kupferabkommen zu schließen. Der Konzern wirbt eine Söldnertruppe an, die mit Billigung der britischen Regierung in Lesotho ihr Trainingslager errichtet und dann eingeflogen wird, um Limbani zu befreien. Sie soll ihn in sein Land zurückbringen und Ndofa beseitigen. Die Söldner überraschen die Wachsoldaten des Gefangenenlagers, vergasen die zweihundert Soldaten im Schlaf, befreien Limbani und nehmen den nahen Flughafen ein, von wo sie dem Plan gemäß abgeholt werden sollen. Inzwischen jedoch hat der Konzern den Kupfervertrag erreichen können und braucht Limbani nicht mehr. Das Flugzeug wird zurückbeordert und dreht ab, ohne die Söldner an Bord zu nehmen. In einem langen Konvoi schlägt sich der verratene Haufen unter erheblichen Verlusten nach Süden durch. Limbani wird dabei verwundet. Ein Priester, auf den sie in einem Dorf im Busch stoßen, zeigt ihnen den Weg zu einer Rollbahn, auf der eine alte Dakota steht. Mit ihr steuern sie Salisbury in „Rhodesien“ an, wo sie Landeerlaubnis erhalten, weil Limbani an Bord ist. Mit dem letzten Tropfen Benzin setzen sie auf der Landebahn auf. Limbani ist Minuten vorher gestorben.

Das südliche Afrika ist gegenwärtig ein Sturmzentrum der Weltrevolution, wo der bewaffnete Befreiungskampf der Völker große Siege errungen hat

kommen zu schließen. Der Konzern wirbt eine Söldnertruppe an, die mit Billigung der britischen Regierung in Lesotho ihr Trainingslager errichtet und dann eingeflogen wird, um Limbani zu befreien. Sie soll ihn in sein Land zurückbringen und Ndofa beseitigen. Die Söldner überraschen die Wachsoldaten des Gefangenenlagers, vergasen die zweihundert Soldaten im Schlaf, befreien Limbani und nehmen den nahen Flughafen ein, von wo sie dem Plan gemäß abgeholt werden sollen. Inzwischen jedoch hat der Konzern den Kupfervertrag erreichen können und braucht Limbani nicht mehr. Das Flugzeug wird zurückbeordert und dreht ab, ohne die Söldner an Bord zu nehmen. In einem langen Konvoi schlägt sich der verratene Haufen unter erheblichen Verlusten nach Süden durch. Limbani wird dabei verwundet. Ein Priester, auf den sie in einem Dorf im Busch stoßen, zeigt ihnen den Weg zu einer Rollbahn, auf der eine alte Dakota steht. Mit ihr steuern sie Salisbury in „Rhodesien“ an, wo sie Landeerlaubnis erhalten, weil Limbani an Bord ist. Mit dem letzten Tropfen Benzin setzen sie auf der Landebahn auf. Limbani ist Minuten vorher gestorben.

Das südliche Afrika ist gegenwärtig ein Sturmzentrum der Weltrevolution, wo der bewaffnete Befreiungskampf der Völker große Siege errungen hat
und erringt. In dem Film kommen die Völker Afrikas nur als die feuerroten Menschenmassen des Vorspanns vor und als afrikanische Soldaten, die von den Söldnern scharenweise getötet werden, selbst feige und unfähig sind und außerdem blutrünstig: ist es ihnen gelungen, einen der Söldner zu töten, weil er sein Magazin leergeschossen hat, dann hauen sie alle blindwütig auf die Leiche ein. Sonst handelt der Film von dem, was die Imperialisten vorbereiten, von bewaffneter Intervention.

Vorlage des Films, einer britischen Produktion (Regie: Andrew McLaglen), ist das vor einem Jahr erschienene Buch des Rhodesien-Siedlers Daniel Carney. „Nach dreieinhalb Jahren Polizeidienst ... teilt er heute seine Zeit auf in Schriftstellertätigkeit und Verteidigung der Grenzen seines Landes gegen Guerilla-Angriffe“, heißt es im Vorwort des Buches. Fachkundige Beratung garantiert, daß auch Filmproduzent Euan Lloyd seinen Teil der Interventionsvorbereitungen so wirkungsvoll wie möglich gestaltet: Colonel Mike Hoare, Söldnerführer 1961 in Katanga und 1964 im Kongo, ist als „technischer Berater“ verpflichtet worden.

Der Film erhebt keinen Anspruch darauf, ein Meisterwerk zu sein. Farbe, Musik und Bildführung sind nicht hervorstechend „künstlerisch“, eher solide Profiware. Nicht durch Effekte soll der Film sein Ziel erreichen. Seine Absicht ist, im Zuschauer Verständnis zu wecken für einen alternden Söldnerhaufen, bis er zum Schluß die Vorstellung verläßt mit dem Gedanken: „Tüchtig geschlagen habt ihr euch ja, aber wir würden das besser machen.“ Das mag wie ein verzweifeltes Projekt klingen, aber die Imperialisten sind zu allem entschlossen, und ihre Künstler sind für Geld zu allem bereit.

Daß die Befreiungskriege der unterdrückten Völker bei den werktätigen Massen, für die der Film gedreht worden ist, Unterstützung finden, während der Imperialismus verhaßt ist, wissen die Imperialisten. Direkte Propaganda für den Imperialismus ist aussichtslos. Der Film bietet deshalb gleich zu Beginn eine Abschlagszahlung auf den gerechten Haß der Zuschauer gegen den Imperialismus an. Der Abschlag ist Sir Edward, Repräsentant des Rohstoffkonzerns. Seine kaltblütige Planung des Verbrechens stempelt ihn sofort zum Schurken. Wen wundert es, daß er höchstpersönlich nachts um vier Uhr den Chef der Londoner Mafia trifft, um den für die Söldnerbande vorgesehenen Shaun Finn vor dem Tod zu retten. Die Geschichte ist so absurd, daß man lachen möchte. Wer käme je auf den Gedanken, Schmücker oder Abs träfen sich nachts auf der Straße mit der Mafia? So etwas findet im Aufsichtsratszimmer statt. Die Szene erfüllt aber ihren Zweck: wer mit der Mafia verhandelt, kann nur ein Schurke sein. Sir Edwards Verrat an den Söldnern tut ein übriges. Der Zuschauer fühlt sich in seinem Haß auf den Imperialismus bestätigt. Gleichzeitig ist damit die imperialistische Regierung, ohne deren Unterstützung das ganze Unternehmen nicht gelaufen wäre, aus der Schußlinie herausgehalten worden und steht für eine positive Verwendung noch zur Verfügung. Warum, wird man noch sehen.

Nach dieser Vorbereitung des Zuschauers kommen also die Söldner: 4 Offiziere, einige mittlere Ränge, etwa 50 Mannschaften. Über Colonel Faulkner (Richard Burton), der den Vertrag mit Sir Edward aushandelt und die Bande kommandiert, erfährt man zunächst wenig. Von Anbeginn an

den Imperialismus an. Der Abschlag ist Sir Edward, Repräsentant des Rohstoffkonzerns. Seine kaltblütige Planung des Verbrechens stempelt ihn sofort zum Schurken. Wen wundert es, daß er höchstpersönlich nachts um vier Uhr den Chef der Londoner Mafia trifft, um den für die Söldnerbande vorgesehenen Shaun Finn vor dem Tod zu retten. Die Geschichte ist so absurd, daß man lachen möchte. Wer käme je auf den Gedanken, Schmücker oder Abs träfen sich nachts auf der Straße mit der Mafia? So etwas findet im Aufsichtsratszimmer statt. Die Szene erfüllt aber ihren Zweck: wer mit der Mafia verhandelt, kann nur ein Schurke sein. Sir Edwards Verrat an den Söldnern tut ein übriges. Der Zuschauer fühlt sich in seinem Haß auf den Imperialismus bestätigt. Gleichzeitig ist damit die imperialistische Regierung, ohne deren Unterstützung das ganze Unternehmen nicht gelaufen wäre, aus der Schußlinie herausgehalten worden und steht für eine positive Verwendung noch zur Verfügung. Warum, wird man noch sehen.

Nach dieser Vorbereitung des Zuschauers kommen also die Söldner: 4 Offiziere, einige mittlere Ränge, etwa 50 Mannschaften. Über Colonel Faulkner (Richard Burton), der den Vertrag mit Sir Edward aushandelt und die Bande kommandiert, erfährt man zunächst wenig. Von Anbeginn an
um Sympathie für ihn zu werben, ist zu riskant, das akzeptiert der Zuschauer hier noch nicht. Seine Frau ist vor einigen Jahren gestorben, die Kinder sind erwachsen – das ist zunächst alles.

Als erster ausführlich eingeführt wird Shaun Finn (Roger Moore). Er ist der jugendliche Offizier, leichtlebig, nicht gerade gesetzestreu, aber prinzipienfest und tüchtig. Er fliegt „jedes Flugzeug, das es gibt“, und bringt trotz Schußverletzung am Bein die Dakota, die schon auf zwei Motoren hustet, in Salisbury noch heil auf den Boden. Der Zuschauer lernt ihn auf einer Party kennen, wo er im Hinterzimmer eine Abrechnung zu erledigen hat. Von der Mafia, für die er hin und wieder arbeitet, ist er ohne sein Wissen mit der Auslieferung von Heroin beauftragt worden. Sein erster Kontakt war eine Neunzehnjährige, die sich in Todeskrämpfen wand. Also geht er jetzt hin und zwingt den, der dafür verantwortlich ist, den Stoff selbst herunterzuschlingen. Man sieht, der Mann hat Moral.

Rafer, der dritte der Offiziere (Richard Harris), plant gerade mit seinem vielleicht zwölfjährigen Sohn einen Skiurlaub für die Weihnachtsferien, als Faulkner ihn aufsucht. Faulkner und er waren vor zehn Jahren schon einmal „da unten“, und Rafer war der Logistiker. Jetzt will er nicht noch einmal, denn „ich weiß nicht mehr, wer die Guten sind und wer die Bösen.“ Über eine

Die britische Bourgeoispresse berichtet begeistert von dem Film „Die Wildgänse kommen“: „... Ich verspreche, am Schluß sitzen Sie auf dem Rand Ihres Sessels und beten, daß die Gruppe überlebt ... zwei Stunden Spannung und Aufregung. Der Film verdient, ein großer Hit zu werden. Insgesamt ein Klassefilm, wunderbar gemacht“ (The Sun).

Karte des Landes gebeugt, die Faulkner mitgebracht hat, hält es ihn dann aber doch nicht. Später verabschiedet er sich von seinem Jungen im Internat. Dabei kommt der Junge auf seine Mutter zu sprechen, die in Frankreich wohnt und sonst im Film an keiner Stelle wieder auftaucht. Sie war mit einem französischen Mann hier, sagt er. „Die älteren Jungen sagten, sie sehe aus wie eine Hure. Ich wußte nicht, was das ist, und habe gelacht. Dann hat es mir jemand gesagt.“ – „Achte nicht darauf, was sie sagen. Du weißt und ich weiß: Sie ist die freundlichste und beste Frau der Welt.“

„Die Huren des Krieges: Söldner heute“ ist der Titel eines Buches, das vor einem Jahr in England erschienen ist und von britischen und US-Söldnern in Angola handelt. Von den Revisionisten wird es wärmstens empfohlen. Söldner, Huren des Krieges? „Achte nicht darauf, was sie sagen. Du weißt und ich weiß ...“ Rafer ist Söldner, aber er liebt seinen Jungen, und er

Die britische Bourgeoispresse berichtet begeistert von dem Film „Die Wildgänse kommen“: „... Ich verspreche, am Schluß sitzen Sie auf dem Rand Ihres Sessels und beten, daß die Gruppe überlebt ... zwei Stunden Spannung und Aufregung. Der Film verdient, ein großer Hit zu werden. Insgesamt ein Klassefilm, wunderbar gemacht“ (The Sun).

Karte des Landes gebeugt, die Faulkner mitgebracht hat, hält es ihn dann aber doch nicht. Später verabschiedet er sich von seinem Jungen im Internat. Dabei kommt der Junge auf seine Mutter zu sprechen, die in Frankreich wohnt und sonst im Film an keiner Stelle wieder auftaucht. Sie war mit einem französischen Mann hier, sagt er. „Die älteren Jungen sagten, sie sehe aus wie eine Hure. Ich wußte nicht, was das ist, und habe gelacht. Dann hat es mir jemand gesagt.“ – „Achte nicht darauf, was sie sagen. Du weißt und ich weiß: Sie ist die freundlichste und beste Frau der Welt.“

„Die Huren des Krieges: Söldner heute“ ist der Titel eines Buches, das vor einem Jahr in England erschienen ist und von britischen und US-Söldnern in Angola handelt. Von den Revisionisten wird es wärmstens empfohlen. Söldner, Huren des Krieges? „Achte nicht darauf, was sie sagen. Du weißt und ich weiß ...“ Rafer ist Söldner, aber er liebt seinen Jungen, und er
hat noch Worte der Achtung und Liebe für seine ehemalige Frau.

Dann ist da Skinner, blond, Südafrikaner mit dem deutschen Akzent Hardy Krügers, der die Schwarzen „Kaffer“ nennt, pleite ist und gern eine Farm in Südafrika möchte. Schließlich die einfachen Dienstgrade, unter ihnen auch ein Schwarzer, der Witze reißt und gleich nach Vorschuß fragt, der im Kampf ergeben ist wie ein Hund und auch nicht mit der Wimper zuckt, wenn mal überraschend eine Kehle durchgeschnitten werden muß. Nicht zu vergessen der Arzt, völlig heruntergekommen und Quelle gängiger billiger Witze („Habe ich noch Zeit für eine Scheidung? – 26 Stunden. – Ich kann gar nicht abwarten, das Gesicht zu sehen, das er machen wird.“).

Ein gemischter Haufen also. Ihr hättet lieber zu Hause bleiben sollen, denkt sich der Zuschauer. Die meisten sind doch schon weit über vierzig und hängen nur an ihren Erinnerungen von früheren Einsätzen. Die Offiziere sind ja nicht unsympathisch, aber auch nicht jünger. Die Zeiten für Söldnertruppen sind sowieso vorbei. Welche Regierung kann sich das heute schon leisten? Wenn schon, dann ... ja, was dann? Aber erst einmal wird dem Zuschauer Zeit gelassen. Training im Lager, wo alle gleich geschleift werden, Offiziere wie Mannschaften. Dann Fallschirmabsprung im Einsatzgebiet. Unten liegt Afrika, fremd, aber schön, Bäume überall, der Horizont weit. Als die Söldner abspringen, wird das Brummen der Motoren von aufjubelnder beschwingter Militärmusik abgelöst. Man sieht die Männer über der Erde schweben, sie gleiten wie Möven über dem Meer, 60 ganze Sekunden lang. Einige fassen sich kurze Zeit an den Händen, bilden einen Stern, ein Ruhe ausstrahlendes, ja faszinierendes Bild. Dann öffnet sich ein Fallschirm nach dem anderen, die Füße fassen Land.

Der Einsatz klappt zunächst ohne Schwierigkeiten. Als der Verrat offenbar wird und spontanes Mitgefühl aufkommen muß, ist die Zeit reif für den nächsten ideologischen Großangriff. Schon bei der Einsatzplanung hatte Skinner gesagt: „Ich will nur meine Farm. Ihr wollt der Zukunft der Menschheit euer Modell aufzwingen, ob es nun richtig ist oder falsch. Eines Tages werden wir moralisch gegeneinander abgewogen werden.“ Jetzt schleppt er den verwundeten Limbani

Bäume überall, der Horizont weit. Als die Söldner abspringen, wird das Brummen der Motoren von aufjubelnder beschwingter Militärmusik abgelöst. Man sieht die Männer über der Erde schweben, sie gleiten wie Möven über dem Meer, 60 ganze Sekunden lang. Einige fassen sich kurze Zeit an den Händen, bilden einen Stern, ein Ruhe ausstrahlendes, ja faszinierendes Bild. Dann öffnet sich ein Fallschirm nach dem anderen, die Füße fassen Land.

Der Einsatz klappt zunächst ohne Schwierigkeiten. Als der Verrat offenbar wird und spontanes Mitgefühl aufkommen muß, ist die Zeit reif für den nächsten ideologischen Großangriff. Schon bei der Einsatzplanung hatte Skinner gesagt: „Ich will nur meine Farm. Ihr wollt der Zukunft der Menschheit euer Modell aufzwingen, ob es nun richtig ist oder falsch. Eines Tages werden wir moralisch gegeneinander abgewogen werden.“ Jetzt schleppt er den verwundeten Limbani
durch den Busch. Ganz zwanglos ergeben sich dabei Rastpausen. Fünf ganze Filmminuten dauert die Rast, wobei Skinner und Limbani einen Dialog vortragen, der einmündet in: Skinner: „Ich will ein eigenes Zuhause.“ Limbani: „Sage nicht, daß wir uns nicht wiedersehen. Die Aussicht, daß du und ich als freier Mann in meinem Heimatland uns wiedersehen, das ist gut genug. ... Freiheit ist nur ein Wort für einen neuen Unterdrücker. ... Wir brauchen einander, weißer Mann, das ist ganz sonderbar.“ – „Mann, ihr habt noch euer Land, und jetzt schmeißt ihr uns raus. Ihr lebt von ausländischer Hilfe, während ihr euch gegenseitig umbringt. Nein, wenn du was besseres für mich hast, werde ich auch auf der richtigen Seite stehen.“ – „Die Völker haben etwas besseres für dich. ... Ihr Weißen tut euch mit uns zusammen und helft uns, unseren Völkern zu helfen.“ – „Das ist ein Argument, aber hast du auch den Weg dahin?“ – „Ich habe den Willen dazu, weiter nichts. Wir vergeben euch für die Vergangenheit, und ihr vergebt uns für die Gegenwart, wenn wir keine gemeinsame Zukunft haben, weißer Mann, dann haben wir keine Zukunft.“ – „Doch, das klingt gut. Vielleicht brauchen wir einander.“ Sie brechen auf, und als Skinner später tödlich getroffen stirbt, ist die neugeschlossene Freundschaft schon tief verwurzelt. Mit Gewalt muß Limbani von dem Toten losgerissen werden.

Der Haufen landet also in Salisbury. Etwa zwanzig Mann Verluste, sieben Verwundete, Limbani tot – eine ziemliche Pleite, ist man versucht zu sagen. Aber eigentlich konnten sie ja nichts dafür. Schuld ist Sir Edward, der Rohstoffkonzern. Wieso hat eigentlich die Regierung nicht ...? Eine Regierung würde ihre Truppen nicht einfach sitzen lassen. Die Söldner haben sich ja tapfer geschlagen, aber besser sind halt doch reguläre Truppen. Wenn die Regierung die Sache in der Hand hat, läuft schließlich alles seinen geordneten Gang. – Der Zuschauer denkt auf der gewünschten Bahn. Sein Gedanke muß behutsam verfestigt werden. Nicht durch offene Propaganda für direkte staatliche Intervention, das wäre zu plump. Er muß in seinen gerechten Gefühlen bestärkt werden, dann wird auch für die Verfestigung anderer Gedanken etwas abfallen. Auf die Landung in Salisbury folgt deshalb noch eine letzte Szene in Londen.

Sir Edward genießt nach einem anstrengenden Tag einen Cognac und steht vor seinem Schachbrett. Faulkner, eine Pistole in der Hand, tritt hinter einem Vorhang hervor, um abzurechnen. Aus dem Safe läßt er sich das Geld geben, das Sir Edward ihm schuldet und mit dem er jetzt sein Leben erkaufen will. Er nimmt das Geld, für „die Witwen und Waisen“, und erschießt Sir Edward. Der Schurke ist tot. Faulkner geht und nimmt Rafers Jungen, der bei dem Unternehmen seinen Vater verloren hat, an sich, wie er es Rafer versprochen hatte. Abschied von einem Helden, dessen Zeit vorbei ist. „Wir haben uns bemüht, daß es von Dauer ist. Was konnten wir mehr tun?“ Nichts. Wir, die werktätigen Volksmassen der imperialistischen Länder, werden unter dem Kommando unserer Regierungen euer Werk zu Ende führen. – Wenn das das Ergebnis des Kinobesuchs ist, hat der Film seinen zielstrebig verfolgten Zweck erreicht.

„Wir sollen die Gefangenen und Füsilierten vergessen und die Zellen, in die diejenigen geworfen wurden, die den Kugeln der kolonialen Herrscher

zu plump. Er muß in seinen gerechten Gefühlen bestärkt werden, dann wird auch für die Verfestigung anderer Gedanken etwas abfallen. Auf die Landung in Salisbury folgt deshalb noch eine letzte Szene in Londen.

Sir Edward genießt nach einem anstrengenden Tag einen Cognac und steht vor seinem Schachbrett. Faulkner, eine Pistole in der Hand, tritt hinter einem Vorhang hervor, um abzurechnen. Aus dem Safe läßt er sich das Geld geben, das Sir Edward ihm schuldet und mit dem er jetzt sein Leben erkaufen will. Er nimmt das Geld, für „die Witwen und Waisen“, und erschießt Sir Edward. Der Schurke ist tot. Faulkner geht und nimmt Rafers Jungen, der bei dem Unternehmen seinen Vater verloren hat, an sich, wie er es Rafer versprochen hatte. Abschied von einem Helden, dessen Zeit vorbei ist. „Wir haben uns bemüht, daß es von Dauer ist. Was konnten wir mehr tun?“ Nichts. Wir, die werktätigen Volksmassen der imperialistischen Länder, werden unter dem Kommando unserer Regierungen euer Werk zu Ende führen. – Wenn das das Ergebnis des Kinobesuchs ist, hat der Film seinen zielstrebig verfolgten Zweck erreicht.

„Wir sollen die Gefangenen und Füsilierten vergessen und die Zellen, in die diejenigen geworfen wurden, die den Kugeln der kolonialen Herrscher
entkamen? ... Die gehässige Zwangsarbeit, für einen Lohn, von dem wir in unserem Hunger nicht essen, uns nicht kleiden und nicht anständig wohnen konnten, unsere lieben Kinder nicht aufziehen konnten? ... Ehre den Kämpfern für unsere nationale Befreiung! Es lebe die Unabhängigkeit und die afrikanische Einheit!“ (Patrice Lumumba)

„Es ist unsere Aufgabe und unsere Absicht, den Krieg auszuweiten, so daß der Feind schließlich vernichtet ist. Es ist ebenso unsere Aufgabe, unsere Front zu bewahren und weiter zu festigen als politische und militärische Front, so daß wir dem Feind beständig geschlossen und fest gegenübertreten können“ (Robert Mugabe).

*) alle Zitate nach der englischen Originalfassung

Kommunistische Volkszeitung